

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode
Montag, 5. Dezember 1966

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967
Spezialdebatte
 Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 2674)
 Ordnungsruf (S. 2741)

Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung, betreffend die Reform des österreichischen Presserechtes (S. 2674)
 Schriftliche Anfragebeantwortungen 114 und 115 (S. 2674)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlagen 268, 269, 289 und 290 (S. 2674) und des Antrages 31/A (S. 2674)

Regierungsvorlagen

- 254: Übereinkommen über die Regelung von Wasserentnahmen aus dem Bodensee (S. 2674)
- 256: Einbringung einer Sacheinlage bei der Dachstein Fremdenverkehrs - Aktiengesellschaft (S. 2674)
- 266: 10. Novelle zum Notarversicherungsgesetz 1938 (S. 2674)
- 267: Bestimmungen über die Dienstzweige, Amtstitel und Anstellungserfordernisse der Beamten in handwerklicher Verwendung (S. 2674)
- 270: Regelung von Forderungen gegen die Axamer Lizum Aufschließungs-Aktiengesellschaft (S. 2674)
- 280: Erhöhung von Richtsätze für die Gewährung von Ausgleichszulagen im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes (S. 2674)
- 281: 16. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz (S. 2674)
- 282: Agrarverfahrensnovelle 1966 (S. 2674)
- 285: Gewährung einer Teuerungszulage an Bezieher von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (S. 2674)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 d. B.)
Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie
 Spezialberichterstatter: Dipl.-Ing. Hammerle (S. 2674)

Redner: Meißl (S. 2676), Ing. Sallinger (S. 2681), Kostroun (S. 2686), Ing. Helbich (S. 2688), Peter (S. 2691 und S. 2765), Dr. Mussil (S. 2697), Pay (S. 2702 und S. 2756), Marberger (S. 2708), Adam Pichler (S. 2712), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 2715), Dr. Tull (S. 2717), Weidinger (S. 2721), Ströer (S. 2723), Kulhanek (S. 2726), Thalhammer (S. 2727), Krempel (S. 2731), Lane (S. 2734), Staudinger (S. 2737), Zeillinger (S. 2741), Vizekanzler Dr. Bock (S. 2745 und S. 2767), Czernetz (S. 2750), Mitterer (S. 2756), Dr. Scrinzi (S. 2761), Dr. Kreisky (S. 2763) und Dr. Pittermann (S. 2769)

Ausschlußentschließung, betreffend Ersatzbetriebe in den Kohlengebieten (S. 2676) — Annahme (S. 2772)

Entschließungsanträge Pay betreffend höhere Bergbauförderung (S. 2706) und Ersatzbetriebe vor Bergbauschließung (S. 2706) sowie Dr. Tull betreffend Auswirkung eines EWG-Arrangements (S. 2720) — Ablehnung (S. 2772)

Annahme der Beratungsgruppe IX (S. 2772)

Eingebracht wurde

Anfrage der Abgeordneten

Robak, Babanitz, Müller und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Wasserversorgung des nördlichen Burgenlandes (137/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Liwanec und Genossen (114/A. B. zu 116/J) des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Sandmeier und Genossen (115/A. B. zu 132/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Die amtlichen Protokolle der 33. Sitzung vom 30. November und der 34. Sitzung vom 1. Dezember 1966 sind in der Kanzlei aufgele-

Präsident

gen, unbeanstanden geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frühbauer und Dr. van Tongel.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Anfragestellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Der in der letzten Sitzung eingebrachte Antrag 31/A der Abgeordneten Benya und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird, weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Machunze, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Machunze: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Übereinkommen über die Regelung von Wasserentnahmen aus dem Bodensee (254 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Einbringung einer Sacheinlage bei der Dachstein Fremdenverkehrs-Aktiengesellschaft (256 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Notarversicherungsgesetz 1938 abgeändert und ergänzt wird (10. Novelle zum Notarversicherungsgesetz 1938) (266 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem im Gehaltsüberleitungsgesetz Bestimmungen über die Dienstzweige, Amtstitel und Anstellungserfordernisse der Beamten in handwerklicher Verwendung getroffen werden (267 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Regelung von Forderungen des Bundes gegen die Axamer Lizum Aufschließungs-Aktiengesellschaft (270 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend die Erhöhung von Richtsätze für die Gewährung von Ausgleichszulagen im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Gewerblichen Selbständigen - Pensionsversicherungsgesetzes (280 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz abgeändert wird (16. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen - Pensionsversicherungsgesetz) (281 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Agrarverfahrensgesetz 1950 abgeändert und ergänzt wird (Agrarverfahrensnovelle 1966) (282 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend die neuerliche Änderung des Bundesgesetzes, mit dem Beziehern von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung eine Teuerungszulage gewährt wird (285 der Beilagen).

Ferner ist eingelangt:

Bericht der Bundesregierung, betreffend die Reform des österreichischen Presserechtes.

Präsident: Ich werde diese Vorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der morgigen Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

268 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 neuerlich geändert wird (16. Gehaltsgesetz-Novelle),

269 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 neuerlich abgeändert wird (12. Vertragsbediensteten-gesetz-Novelle), und

290 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend Veräußerung und Belastung von bundeseigenen Liegenschaften,

dem Finanz- und Budgetausschuß;

289 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengebot neuerlich abgeändert wird,

dem Landesverteidigungsausschuß.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen)

Spezialdebatte
Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967.

Wir gelangen zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hämmerle. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dipl.-Ing. Hämmerle: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 11. November 1966 die Beratungsgruppe IX des Bundesvoranschlagsgesetzes für das Jahr 1967 der Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag 1966, der noch vor dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBI. Nr. 70/1966 fertiggestellt worden war, konnten die aus der Kompetenzänderung sich ergebenden Auswirkungen noch nicht berücksichtigt werden. Der Bundesvoranschlag 1966 weist

Dipl.-Ing. Häammerle

daher unter Kapitel 20 noch Ansätze auf, die nach der neuen Kompetenzlage dem Anweisungsrecht sowohl des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie als auch des Bundesministeriums für Bauten und Technik unterliegen. Artikel III Abs. 5 Punkt 1 des Bundesfinanzgesetzes 1966 enthält deshalb gewisse Bestimmungen, die diesem Umstand Rechnung tragen und eine ordnungsgemäße Verrechnung ermöglichen.

Nunmehr werden erstmals unter der Bezeichnung „Kapitel 63“ die Kredite veranschlagt, die dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zur Verfügung stehen. Ein Vergleich der Ansätze des Kapitels 63 mit denen des Kapitels 20 ist aus den oben erwähnten Gründen nicht ohne weiteres möglich. Um aber eine solche Gegenüberstellung durchführen zu können, wurden neben den Ansätzen des Kapitels 63 für 1967 jeweils die Ziffern errechnet und ausgewiesen, die in den Vorjahren für die gleichen Zwecke zu Lasten des Kapitels 20 veranschlagt und ausgegeben wurden.

Nach der Natur der Dinge ist das Volumen der bei Kapitel 63 veranschlagten Kredite geringer als das des ehemaligen Kapitels 20. Im Jahre 1966 beläuft sich der Anteil des Kapitels 63 am Gesamtvoranschlag des Bundes (ordentliche und außerordentliche Gebarung) auf 0,46 Prozent, für das Jahr 1967 erhöht sich diese Zahl geringfügig auf 0,47 Prozent.

Bei Kapitel 63 sind im Bundesvoranschlag 1967 Ausgaben in einem Gesamtbetrag von ... 367,546.000 S vorgesehen, die zur Gänze auf die ordentliche Gebarung entfallen.

Der Personalaufwand wird mit 80,883.000 S und der Sachaufwand mit ... 286,663.000 S veranschlagt.

Gegenüber 1966 ergibt sich ein Mehrerfordernis von 41,642.000 S.

Dieses resultiert aus einem gegenüber 1966 um 8,658.000 S erhöhten Personalaufwand und aus einem gegenüber 1966 um ... 32,984.000 S erhöhten Sachaufwand.

Die Einnahmen sind mit ... 340,558.000 S veranschlagt; sie sind gegenüber 1966 um 23,077.000 S höher geschätzt.

Höhere Einnahmen zeigen sich insbesondere bei den Förderungsmaßnahmen (rund 3,9 Millionen Schilling), weil einerseits die Beiträge der Länder und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu den Kosten des Vereines „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ erhöht wurden, andererseits höhere Rückflüsse aus Darlehensaktionen zu erwarten sind.

Die Einnahmen des Österreichischen Patentamtes sind um rund 9,2 Millionen Schilling höher angesetzt, weil eine Erhöhung der Patentgebühren durch Novellierung des Patentgesetzes beabsichtigt ist. Ferner wird mit einem um rund 10 Millionen Schilling erhöhten Anfall an Montangebühren gerechnet.

Der Berechnung des Personalaufwandes wurde ein veranschlagter Stand von insgesamt 1036 Dienstposten zugrunde gelegt. Davon entfallen 567 Dienstposten auf Beamte der allgemeinen Verwaltung und 469 Dienstposten auf Vertragsbedienstete. Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber 1966 ist im wesentlichen bedingt durch die Vorsorge für die Gehaltsregulierung der Bundesbediensteten sowie die Kosten der alljährlichen Vorrückungen und der Anrechnung von Vordienstzeiten.

Die für sachliche Ausgaben bestimmten Kredite wurden, wie oben erwähnt, um rund 33 Millionen Schilling, das sind rund 13 Prozent, gegenüber dem Vorjahr höher veranschlagt.

Nahezu die Hälfte dieses Betrages, rund 16 Millionen Schilling, kommt den Förderungskrediten zugute. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß für die Förderung des Fremdenverkehrs eine Aufstockung in nahezu der gleichen Höhe, nämlich rund 16 Millionen Schilling, vorgesehen werden konnte. Für die Förderung der gewerblichen und industriellen Wirtschaft einschließlich Zweckforschung sind rund 7,7 Millionen Schilling mehr veranschlagt. Dies war möglich, weil nahezu der gleiche Betrag bei Messen und Ausstellungen infolge Verminderung des Beitrages für die Weltausstellung Montreal eingespart werden konnte.

Die Aufwandskredite erfuhren eine Erhöhung um rund 13,5 Millionen Schilling, wovon rund 4,9 Millionen Schilling zusätzlich zu den Förderungskrediten für Zwecke des Fremdenverkehrs und rund 4,4 Millionen Schilling für Aufgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung benötigt werden. Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen (Druck von Veröffentlichungen) muß das Österreichische Patentamt rund 2,5 Millionen Schilling und die Zentrale rund 1,8 Millionen Schilling (erhöhte Beiträge für internationale Organisationen, wie EFTA, GATT und dergleichen) mehr ausgeben. Die Aufwandskredite für Zwecke der Verwaltung konnten geringfügig gesenkt werden.

Durch äußerste Zurückhaltung bei der Vorsorge für Neuanschaffungen konnten die Anlagenkredite, denen bei diesem Kapitel ohnedies keine besondere Bedeutung zukommt, vor allem bei der Zentrale und beim Österreichischen Patentamt um rund 0,4 Millionen Schilling gesenkt werden.

Dipl.-Ing. Hämmerle

Die Erhöhung des Verwaltungsaufwandes um rund 3,9 Millionen Schilling ist durch die allgemein steigenden Kosten für Reinigung, Post, Bahn (Dienstreisen) und dergleichen bedingt.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich eine Reihe von Abgeordneten, deren Namen Sie dem Bericht entnehmen wollen.

Vizekanzler Dr. Bock beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX gemäß der Regierungsvorlage vom Finanz- und Budgetausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ferner hat der Finanz- und Budgetausschuß auf Antrag des Abgeordneten Tödling die dem Ausschußbericht beigedruckte Entschließung angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht beigedruckte Entschließung wird angenommen.

Diese Entschließung lautet:

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre Bemühungen fortzusetzen, in den Kohlengebieten die Ansiedlung von Ersatzbetrieben zu fördern.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für uns Freiheitliche ist die Ablehnung des Kapitels 63: Handel, Gewerbe und Industrie, in dem Mißtrauensvotum begründet, das dieses Haus der Amtsführung des zuständigen Ressortministers Dr. Bock am 23. November entgegengebracht hat. Dieses Mißtrauensvotum richtete sich wohl in erster Linie gegen den sogenannten Bausumpf, den wir ja nicht heute, sondern erst morgen nachmittag behandeln werden. Ich möchte hier auch sagen, daß das Fernsehen zu dieser Zeit nicht mehr im Hause sein wird. Es sei mir gestattet, zu den anderen Fragen Stellung zu nehmen und auch in diesem Zusammenhang unsere Ablehnung zu begründen.

Wir wissen, daß beide Ministerien voneinander getrennt sind, daß die Fragen Bauten und Technik nunmehr einem neuen Ministerium, dem Ministerium des Ministers Doktor

Kotzina unterstehen. Die Frage der Integration wird mein Parteifreund Peter noch behandeln.

Ich möchte jetzt zusammenfassen und dann im einzelnen unsere Ablehnung noch kurz begründen.

Erstens: Es ist keine steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden eingetreten. Wir müssen feststellen, daß die leistungsfeindliche Steuerprogression diese Gruppen der Wirtschaftstreibenden unvermindert hart trifft und daß die Abwanderung in die Unselbständigkeit — ich sagte dies schon mehrmals in diesem Hause — weiterhin anhält. Dieses „Gesundschrumpfen“, das wir auch von der Landwirtschaft kennen, hat auch auf diese Gruppe der Selbständigen übergegriffen.

Zweitens: Fast zehn Jahre wird uns schon die Reform der Gewerbeordnung versprochen. Auch hier nur Versprechungen des Ministers, der immer wieder erklärt, die Gewerberechtskommission sei wohl an der Arbeit; wir haben einen Bericht ins Haus bekommen, aber konkret ist nichts geschehen, das heißt, keine Vorlage im Haus.

Zum dritten: Keine rechtzeitigen Maßnahmen gegen die sich bereits seit acht Jahren abzeichnende Krise im Kohlenbergbau. Beim Energieplan ist es dasselbe. Wenn wir auch hier zugestehen, daß es früher unter der schwarz-roten Koalition schwierig war, zu einer Koordinierung bezüglich der Kohlenmisere zu kommen, kann man sich nicht damit begnügen, zu sagen, das Ministerium habe eben hier die Dinge schleifen lassen.

Und zum vierten — das soll keine Reihung sein, das ist ein sehr wichtiger Punkt —, nämlich der Frage der Koordinierung in unserer Fremdenverkehrswirtschaft: Wir wissen alle, daß die passive Zahlungsbilanz nur durch die Deviseneingänge aus dem Fremdenverkehr ausgeglichen werden kann. Auch dieses Verhältnis verschiebt sich von Jahr zu Jahr zuungunsten dieses Ausgleiches. Deshalb müßte die Fremdenverkehrswirtschaft leistungsfähiger gemacht werden.

Der fünfte Punkt, den ich anführen möchte, ist die Untätigkeit des Ministeriums in der Regelung der Genossenschaftsfrage. Wir wissen alle, daß seit Jahren zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Wirtschaft Schwierigkeiten bestehen. Hier wäre es Aufgabe des Ressorts gewesen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um zu einer Vereinbarung zu kommen.

Wir kennen Vereinbarungen der letzten Zeit, die immer vor Wahlen geschlossen wurden, um sie dann in der Praxis nicht einzuhalten. Wir kennen auch die Bestrebungen der letzten

Meißl

Zeit. Der Herr Präsident der Bundeswirtschaftskammer hat ja auch unlängst in Graz erklärt, man müsse von den Bauern etwas lernen. Also: Sallinger werde hart! So ungefähr kam es heraus.

Richtschnur unserer freiheitlichen Politik, die keinen Klassenkampf kennt und im Gemeinschaftsgedanken verankert ist, sind unsere Grundsätze. Die freiheitliche Opposition, durch die Entwicklung nach dem 6. März in eine schwierige Situation gestellt, hat zu Beginn erklärt: Wir wollen hier im Hause eine konstruktive Opposition führen. Hart und kompromißlos dort, wo Mißstände aufzuzeigen sind, wo vielleicht die 85 Mandate der Mehrheitsregierung der ÖVP stärker ins Spiel gebracht werden sollen. Wo sie ihre Macht parteipolitisch ausnützen will, dort werden wir kompromißlos auftreten. Wir haben genauso erklärt, daß wir zur Mitarbeit dort bereit sind, wo es um die Lösung von Fragen geht, die in Österreich seit Jahren auf der Warteliste stehen und die die Koalition nicht mehr lösen konnte. Nach diesen Grundsätzen haben wir es bisher immer gehalten.

Wenn ich versuche, ganz kurz nur einiges aufzuzeigen: Wir haben das Kompetenzgesetz abgelehnt, weil wir nicht einzusehen vermochten, warum man fünf Staatssekretäre in einer Einparteienregierung beibehält. Es war doch immer die Meinung auch dieses Hauses, daß die Staatssekretäre früher die Rolle von parteipolitischen Aufpassern gehabt haben.

Wir haben das Gesetz über die Erhöhung des Zuschlages zur Mineralölsteuer abgelehnt, weil wir gesagt haben, daß es keine echte Lösung der finanziellen Misere des österreichischen Straßenbau- und Autobahnwesens bringt und bestimmten Gruppen neue Lasten auferlegt. Wir haben in diesem Haus vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das erst den Ölofenbesitzern den Ausgleich bringen mußte.

Dem Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz haben wir unsere Zustimmung gegeben. Es war noch kein ideales Gesetz, das wußten wir alle; aber es war der gesetzlose Zustand bezüglich der Meisterkrankenkassen zu sanieren. Wir haben den Grundsatz der Freiwilligkeit durchsetzen können, sicherlich gemeinsam mit der ÖVP, dem Wirtschaftsbund, der den entsprechenden Vorschlag gemacht hat, und haben dann diesem Gesetz die Zustimmung gegeben.

Zu den Wachstumsgesetzen darf ich sagen, daß auch hier noch nicht die Lösung vorliegt, die sich die Wirtschaft vorstellt; selbstverständlich, aber ein Anfang, ein Ansatz. Auch hier unsere Zustimmung.

Wenn ich vielleicht kurz unsere sonstige Mitarbeit anführe: Allgemeines Hochschul-

Studiengesetz, Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, Rundfunkgesetz.

Wir haben unsere Mitarbeit immer durch die Tat bewiesen. Es ist also nicht so, wie der Herr Abgeordnete Harwalik vor einigen Tagen sagte, nämlich, hier werde nur eine Opposition um der Opposition willen gemacht. Nein, wir sind auch weiterhin bereit, diese unsere Rolle hier im Hause unter Beweis zu stellen. Kein Verständnis allerdings haben wir dafür, wenn sie dann — in diesem Falle die ÖVP — versucht, von ihren Schwierigkeiten — die Skandale der letzten Zeit, Müllner, „Bausumpf“ bis Prader — abzulenken, indem sie uns angreift. Hier werden wir hart zurückschlagen, und wir haben hart zurückgeschlagen. Auch das soll man zur Kenntnis nehmen.

Ich darf nun im einzelnen Stellung nehmen. Wir Freiheitlichen haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir nur in einer funktionierenden und florierenden Wirtschaft die Voraussetzung für den allgemeinen Wohlstand und für die Hebung des Lebensstandards sehen. Alles, der soziale Fortschritt, die soziale Sicherheit, die bessere Dotierung unserer Bildungspolitik, kulturelle Förderung, ja genauso die bessere Dotierung oder mehr Mittel für den Grünen Plan können nur aus der Leistung der Wirtschaft kommen. Zuerst müssen diese Mittel erarbeitet werden, um sie dann verteilen zu können.

Ich glaube, es gibt niemand in diesem Haus, der bezweifelt, daß unsere Bemühungen in dieser Richtung nicht aufrichtig und ehrlich sind. Deshalb verstehen wir umso weniger die Haltung der ÖVP zu uns in Fragen der Wirtschaft. Wir haben wiederholt den Wunsch angemeldet — und ich muß es noch einmal sagen —, daß wir die aktive Mitarbeit im Handelsausschuß unter Beweis stellen möchten. Bisher hat man sich nicht bereit gefunden, die Zahl der Mitglieder des Handelsausschusses auf 27 zu erhöhen, um einem Mitglied von uns die Mitarbeit und auch das Stimmrecht zu gewährleisten. Hier liegt es an der Regierungs-Partei, die Voraussetzungen zu schaffen, die Anzahl auf 27 zu erhöhen. Es bedarf nur etwas guten Willens.

Ich möchte auch eine andere Frage nicht unerwähnt lassen, die wohl nicht in die Kompetenz dieses Hauses gehört, die aber sehr wohl auch hier die gute Absicht unter Beweis stellen könnte. Ich meine unsere Mitarbeit in der Bundeswirtschaftskammer. Ich möchte es hier sagen: Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender wird es sich überlegen, ob er in Zukunft noch gemeinsame Listen mit dem Wirtschaftsbund bei den Handelskammerwahlen macht, wenn man ihm in der Bundes-

2678

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Meißl

wirtschaftskammer das entsprechende Mitspracherecht nicht einräumt, ein Mitspracherecht, das in den Handelskammern der Länder sehr wohl vorhanden ist — ich erkläre das hier ausdrücklich —, aber in der Bundeswirtschaftskammer noch nicht möglich ist. Man war wohl bereit, einen sozialistischen Vizepräsidenten ohne weiteres zu akzeptieren.

Wir Freiheitlichen haben mit großem Interesse eine Aktion in diesem Hause zur Kenntnis genommen, die zum Inhalt gehabt hat, den amtlichen Stimmzettel bei den Arbeiterkammerwahlen einzuführen. ÖVP und FPÖ haben diesen Antrag gemeinsam unterstützt, daß das Haus und die Regierung aufgefordert wird, eine entsprechende gesetzliche Aktion zu setzen.

Was aber dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Wir sind daher der Meinung, daß die Handelskammer-Wahlordnung geändert werden müßte und daß die Einführung des amtlichen Stimmzettels ebenso dazugehört.

Ich darf daher dem Hause einen Antrag unserer Fraktion zur Kenntnis bringen mit folgendem Wortlaut:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehe baldigst den Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, durch den § 46 des Bundesgesetzes vom 24. Juli 1946, BGBl. Nr. 182, betreffend die Errichtung von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Handelskammergegesetz), dahin gehend novelliert wird, daß die Wahlen der Organe der nach dem Handelskammergegesetz gebildeten Körperschaften auf Grund eines eigenen Bundesgesetzes über die Wahlen in die Handelskammern (Handelskammer-Wahlordnung) durchgeführt werden. Gleichzeitig wird die Bundesregierung ersucht, dem Nationalrat den Entwurf eines solchen Bundesgesetzes (Handelskammer-Wahlordnung) vorzulegen, der unter anderem auch die Einführung des amtlichen Stimmzettels für alle Wahlen in die Kammern der gewerblichen Wirtschaft vorsieht.

Ich darf beide Fraktionen des Hohen Hauses bitten, diesen Antrag zu unterstützen, und den Herrn Präsidenten ersuchen, die Unterstützungsfrage zu stellen und, wenn diese positiv ausfällt, diesen Antrag mit in Verhandlung zu ziehen.

Ich komme nun zu der Frage der Reform der Gewerbeordnung. Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben durch unsere Sprecher hier im Haus seit Jahren urgert, daß im Interesse der Wirtschaft die längst fällige Reform der Gewerbeordnung nun endlich auf eine gesetzliche Basis gestellt wird. Wir haben auch heuer im Ausschuß diese

Frage an den Herrn Vizekanzler gerichtet. Er hat erklärt, daß man im Jahr 1967 versuchen wird, einen Teil zu verwirklichen. Wir glauben, das ist dringend notwendig. Wir glauben darüber hinaus, daß man diese Absicht etwas beschleunigen müßte. Seit 1958 gibt es die Gewerbeordnungskommission, und in dieser Zeit, seit fast zehn Jahren, müßte es doch möglich gewesen sein, eine Regierungsvorlage ins Haus zu bringen, die dieser Forderung Rechnung trägt.

Ich darf deshalb hier einen zweiten Antrag der freiheitlichen Fraktion vorlegen, der lautet:

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung so zeitgerecht vorzulegen, daß eine Beschlussfassung noch bis Ende 1967 erfolgen kann.

Ich bitte hier ebenfalls, die Unterstützungsfrage zu stellen und, wenn die Unterstützung gegeben wird — ich darf beide Parteien darum ersuchen —, auch diesen Antrag mit in Verhandlung zu ziehen. Ich glaube, daß hier vom Haus aus die notwendige Beschleunigung in Angriff genommen werden muß.

Die gleiche Saumseeligkeit, meine Damen und Herren, müssen wir auch in der Kohlenmisere feststellen. Ebenfalls von den freiheitlichen Sprechern des Hauses wurde immer wieder der Energieplan und der Kohlenplan gefordert. Der Herr Minister stellte immer fest, es sei richtig und notwendig; aber er hat sich — mit Recht, möchte ich ihm zugestehen — zur Zeit der Koalition in der Frage des Energieplanes auf die Koalition ausreden können, auf die verschiedenen Kompetenzen, die bei schwarzen und roten Ministerien in dieser Hinsicht verteilt waren.

Aber diese Ausrede gilt nicht für den Kohlenplan, denn der Herr Handelsminister, der Herr Vizekanzler Dr. Bock, hat die Funktion einer obersten Bergbaubehörde und hätte hier rechtzeitig Maßnahmen treffen können. Der ÖVP-Handelsminister mit dem ÖVP-Finanzminister und zumindest mit den ÖVP-Landeshauptleuten hätte doch in der Lage sein müssen, rechtzeitig Vorsorge zu treffen; denn Schließungen und Reduzierungen von Kohlengruben müssen wirklich Jahre vorbereitet werden, damit man dann nicht immer vor der Frage der Beschaffung neuer Arbeitsplätze steht, wenn es schon brennt und wenn hunderte Millionen von Schilling bereits sinnlos vergeudet wurden.

Meine Damen und Herren! Wie viele Betriebe — Sie wissen das alle — sind in den letzten zehn Jahren in manchen Gegenden ange siedelt worden, Betriebe, die in kurzer Zeit die Arbeitskräfte aufgebraucht haben und wo dann — das ist das Groteske dabei — neue

Meißl

Pendler die Frage der Arbeitskräfte lösen mußten. Zur Zeit der Hochkonjunktur — wir haben sie leider nicht mehr — wären diese vorausschauenden Maßnahmen ohneweiters möglich gewesen. Jetzt — das sei zugegeben — ist es weit schwieriger geworden. Jetzt erst spricht man von Umschulungen, von Betriebsansiedlungen und so weiter und wird weiterhin manche dieser Betriebe subventionieren müssen, obwohl das ein wirtschaftlicher Unsinn ist.

Ich komme nun zu einem weiteren Punkt, wo ebenfalls mehr Voraussicht und Planung notwendig gewesen wäre, Planung in dem Sinn, wie wir es verstehen: Vorausplanung. Ich habe schon einleitend festgestellt, daß unsere Fremdenverkehrswirtschaft stärker gefördert werden muß. Diese ist ja geradezu zu einer Schlüsselfigur unserer Devisenbilanz geworden. Es braucht nicht noch einmal betont zu werden, daß die Deviseneingänge aus dem Fremdenverkehr die einzige Möglichkeit darstellen, um unser Handelsbilanzpassivum nur einigermaßen abzufangen. Sicherlich können hier steuerliche Maßnahmen Entlastung bringen. Das wurde schon wiederholt gesagt, wenn ich nur an die Frage der Herabsetzung der Küchenumsatzsteuer auf 1,7 Prozent denke. Es sind auch andere steuerliche Maßnahmen, die hier Entlastung bringen können.

Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende sind unserer Ansicht nach zwei Fragen. Die eine ist das zu geringe Kapital in diesem Wirtschaftszweig, der Mangel an Eigenkapital, der — leider, muß ich sagen — nur durch entsprechende Kreditoperationen ausgeglichen werden kann. Die Kredite, die der Fremdenverkehrswirtschaft gewährt werden, auch die ERP-Kredite, sind unserer Meinung nach zum Teil nicht richtig gezielt, andererseits zu gering und nicht günstig genug, vor allem in der Tilgungsdauer. Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist die einer besseren Koordinierung unserer Werbung. Wir kennen verschiedene Institutionen auf Bundesebene: Fremdenverkehrswerbung und so weiter. Auch hier hätte sich das Ministerium stärker einschalten müssen. Der Herr Vizekanzler hat im Ausschuß eine Enquête für Feber in Aussicht gestellt, wo diese Fragen einer besseren Koordinierung besprochen werden sollen. Das alles ist halt ein bissel spät.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen sind ja froh darüber, daß es in unserem Lande überhaupt noch Menschen gibt, die Initiative haben, die bereit sind, ein Eigenrisiko zu übernehmen. Aber hier müßte dann auch die Hilfe des Staates einsetzen, um im

Interesse einer gesunden Volkswirtschaft auch diesen Gruppen entsprechend zu helfen.

Ich möchte aber bezüglich der Kreditinvestitionen noch eines sagen: Selbstverständlich gehört eine entsprechende Beratung dazu, um Fehlinvestitionen auszuschließen.

Und nun komme ich zu einer weiteren Frage, die sicherlich von großem Interesse ist — ich habe sie schon in meinen einleitenden Worten angeführt —: das ist die Frage der Genossenschaften, und diese Frage sei in diesem Hause ganz offen diskutiert.

Wir Freiheitlichen glauben, daß es nicht genügt, wenn Bauernbund und Wirtschaftsbund von Fall zu Fall und vor allem vor Wahlen entsprechende Erklärungen abgeben, die dann nicht eingehalten werden. Hier müßte es wirklich zu einer entsprechenden Abklärung kommen, und zwar im Interesse der Bauernschaft genauso wie vor allem im Interesse des Konsumenten. Wir kennen die vielen Versuche, die unternommen wurden, aber wir möchten auch eines sagen: Hier muß wirklich etwas unternommen werden. Ich darf daher noch einmal an den Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer appellieren, daß er seinen Versprechen nun auch Taten folgen läßt.

Wir Freiheitlichen brauchen in diesem Fall gar nicht unsere eigenen Zeitungen zu zitieren. Ich darf Ihnen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vorlesen, was der Wirtschaftsbund selbst dazu sagt. Es sind sehr interessante Ausführungen. Ich bringe aus der Zeitung des Steirischen Wirtschaftsbundes „Steirischer Wirtschaftsbund“, Folge IX, einen sehr interessanten Artikel des damaligen Geschäftsführenden Obmannes Kaufmann auszugsweise zur Verlesung. Nur ein paar kleine Sätze, die dieses Problem aber, glaube ich, sehr gut beleuchten:

Franz Kaufmann führt unter dem Titel „Gleiche Startbedingungen für alle!“ aus:

„Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich zu einem Wirtschaftsfaktor ersten Ranges entwickelt. Ihre Zahl ist auf etwa 4000 angestiegen, und die Zahl ihrer Mitglieder beträgt heute über 1,4 Millionen. Nicht zu Unrecht befürchtet man daher auf Seiten der gewerblichen Wirtschaft, von dieser Übermacht, die noch dazu über die wesentlich besseren Startbedingungen verfügt, erdrückt zu werden, zumal die Genossenschaften ihren Mitgliedern Vorteile offerieren können, die der Handel kaum bieten kann. Es ist also durchaus keine Jammerei und keine Übertriebung, wenn man behauptet, daß vor allem der Landhandel, der eine wertvolle Bastion der Freiheit darstellt, in seinem schweren Existenzkampf entscheidend bedroht wird.“

Meißl

So Kaufmann in der Zeitung des Österreichischen Wirtschaftsbundes.

Er führt dann weiter aus, daß man sich in gesamtösterreichischen Versuchen schon zu Beginn der sechziger Jahre geeinigt hatte. Er sagt dann weiter: „Man hatte sich darauf geeinigt, daß bei der Schaffung von genossenschaftlichen Reparaturwerkstätten der Lokalbedarf berücksichtigt werde und daß das Sortiment der genossenschaftlichen Abgabestellen nur „Betriebsmittel für den landwirtschaftlichen Betrieb“ enthalten dürfe.“

Er zählt dann die Steuerleistungen der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft auf und kommt dann zu einem, wie ich glaube, sehr wichtigen Satz: „Die genossenschaftlichen Werkstätten und Betriebe konkurrenzierten jene der gewerblichen Wirtschaft nicht deshalb niedrig, weil sie besser arbeiten, sondern lediglich deshalb, weil sie von anderen Startbedingungen ausgehen als die gewerblichen Betriebe. Es besteht eine Subventionsbevorzugung, der die gewerbliche Wirtschaft ganz einfach nicht gewachsen ist und die selbst durch die beste Arbeit nicht ausgeglichen werden kann.“

Er kommt dann zu einem weiteren Satz, den ich für sehr wichtig erachte: „Handel und Gewerbe haben es bisher abgelehnt, Almosen oder Subventionen zu verlangen und anzunehmen. Wenn aber andere Wirtschaftsgruppen Forderungen ins Unermeßliche stellen und die Gewerbetreibenden in ihrer Lebensexistenz bedrohen, so wird es notwendig sein, von dieser Gestion abzugehen und an Vater Staat ebenfalls Forderungen zu stellen.“

Ich darf Ihnen dazu sagen: Das ist selbstverständlich grundsätzlich falsch. Es müßte die Frage anders geklärt werden können: nicht daß man neuerlich an den Staat Forderungen stellt, sondern daß, wie in diesem Artikel am Anfang erwähnt wird, eben die gleichen Bedingungen für alle geschaffen werden.

Auch in der Folge X beschäftigt man sich mit der Genossenschaftsfrage. Es stehen dort die sicherlich imponierenden Zahlen von Genossenschaften, von Mitgliedern und so weiter.

Ich darf noch ein kurzes Einzelbeispiel aus der letzten Folge, aus Nummer XI, zitieren, das drastisch aufzeigt, wie schwierig dort die Situation geworden ist.

In einem Artikel „Genossenschaften: Kein Ende“ heißt es hier nach einer Einleitung, daß man eben ein Beispiel aufzeigen möchte: „Es ist dies der Fall der Ein- und Verkaufssowie Reparaturgenossenschaft Graz-Nord. Diese Genossenschaft soll gegründet werden für das Tätigkeitsgebiet . . .“, und jetzt werden 15 Gemeinden aufgezählt. „Diese Gemeinden

und Orte haben zusammen 18.171 Einwohner. Diese Genossenschaft soll gegründet werden, obwohl in diesem Gebiet insgesamt 196 einschlägige Gewerbebetriebe ihren Standort haben. Im einzelnen handelt es sich dabei um 66 Gemischtwarenhandlungen, 28 Landesproduktanhänger, 8 Maschinenhändler, 5 Kfz-Händler, 30 Holzhandlungen, 23 Brennstoffhandlungen, 7 Mineralölhändler, 2 Wagner, 3 Schlosser, 11 Schmiede, 4 Kfz-Mechaniker, 3 Verleiher von Baumaschinen und 6 Tankstellen. Dazu kommt noch, daß die Gemeinden in der Nähe der Hauptstadt Graz liegen, wo eine noch größere Zahl gleichartiger Betriebe ihren Standort hat.“

Ich möchte noch ein persönliches Beispiel aus den letzten Tagen anfügen: Ich habe auch mit jemandem diese Frage besprochen, mit einem Mann der Wirtschaft, der einen kleinen Betrieb hat und der mir sagte: Was soll ich machen? Ich kaufe meinen Zement ja auch bei der Landgenossenschaft Raabtal. Ein Gewerbebetrieb! Ich fragte ihn: Ja, wieso? Gibt es keine Baustoffhändler, gibt es keine Zementfabrik, die Ihnen das günstiger geben kann? Darauf sagte mir derjenige, der durchaus nicht den Willen hatte, bei der Genossenschaft zu kaufen: Was soll ich machen? Ich habe einen neuen Fertigungszweig, wo ich viel Zement brauche. Ich habe mir Offerte geholt vom Baustoffhandel, bin zur Zementfabrik gegangen, habe mir das günstigste Offert geben lassen bei Selbstabholung und habe dann von der Landgenossenschaft Raabtal ein Offert bekommen, das noch billiger ist, wobei mir gesagt wurde, ich könne ruhig meinen Zement selbst bei der Fabrik abholen, es wird nur mehr über die Landgenossenschaft Raabtal fakturiert. — Unter Abzug der Frachtvergütung, die er als mehr als ausreichend bezeichnet, kommt ihm der Zement von der Landgenossenschaft Raabtal billiger als von der Zementfabrik selbst bei Selbstabholung.

So sind die Dinge, und die, glaube ich, sind die gravierendsten dabei. Da können dann natürlich stolze Erfolgsziffern darüber herauskommen, wie weit sich die Genossenschaften ausweiten könnten.

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zum Schluß. In einer Zeit, wo der gewerbliche Mittelstand wirklich zu kämpfen hat — ich habe das wiederholt in diesem Hause betont —, wo Gruppen — und ich möchte nur eine davon erwähnen, die zurzeit vielleicht einem besonderen Druck ausgesetzt ist: den Lebensmittelkleinhandel — durch Supermarkets, durch Discounters schwer bedroht werden, wo auf der anderen Seite die landwirtschaftlichen Genossenschaften eine

Meißl

Bedrohung darstellen, wo — um hier auch nur etwas zu sagen — man bisher noch nicht in der Lage war, eine komplizierte Lohnverrechnung zu vereinfachen, und wo eine leistungsfeindliche Steuerpolitik — ich möchte das mit allem Nachdruck sagen — das risikolose Sicherheitsdenken fördert und ihm Vorschub leistet, muß von dem zuständigen Ressortminister mehr Aktivität verlangt werden!

Das war in den vergangenen Jahren nicht der Fall, und wir haben auch nicht das Vertrauen, daß es in der Zukunft so sein wird, und deshalb werden wir Freiheitlichen diesem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, bewußt unsere Zustimmung versagen. (*Beitfall bei der FPÖ.*)

Präsident: Es liegen zwei Entschließungsanträge der Abgeordneten Meißl und Genossen vor, die der Antragsteller verlesen hat. Beide Entschließungsanträge sind nicht genügend unterstützt. Ich stelle also — mit Zustimmung — für beide gemeinsam die Unterstützungsfrage. Ich bitte jene Damen und Herren, die die beiden Anträge unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist nicht die erforderliche Anzahl. Sie stehen daher nicht mit in Diskussion.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Ing. Sallinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Meißl, hat mich als Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer hier einige Male apostrophiert, und zwar in der Hauptsache wegen der Genossenschaftsfrage. Ich darf als Präsident der Bundeswirtschaftskammer, aber auch als Präsident des Wirtschaftsbundes sagen, daß wir das Problem der Genossenschaften sehr ernst nehmen, daß wir es aber ruhig abwägen und genau durchbesprechen, und ich glaube, daß wir mit der Bauernschaft zu einer vernünftigen Lösung kommen werden.

Bei der heutigen Besprechung über das Kapitel Handel möchte ich mich aber eingehender mit der Investitionspolitik, mit der Gewerbeförderung, mit der Berufsausbildung und auch mit dem Begutachtungsrecht befassen.

Wenn ich den vorliegenden Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1967 grundsätzlich begrüße, so nicht nur aus der Sicht der Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft heraus, sondern auch als Abgeordneter, der sich gegenüber der Volkswirtschaft sehr verantwortlich weiß. Bringt doch dieses Budget 1967 für unsere Volkswirtschaft gezielte Wachstumsimpulse, die mir angesichts des Rückganges des wirtschaftlichen Wachstums gerade in den letzten Jahren überaus notwendig

erscheinen. Im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1955 betrug die jährliche Wachstumsrate noch 6,1 Prozent, 1955 bis 1960 5,2 Prozent und 1960 bis 1964 4,2 Prozent; 1965 erreichte diese Entwicklung mit einer nunmehr 3prozentigen Wachstumsrate ihren Tiefpunkt.

Angesichts dieser Entwicklung, die uns im Wohlstand gegenüber anderen Industriestaaten wieder zurückfallen ließ, ist es entscheidend, den wachstumspolitischen und nicht den verteilungspolitischen Maßnahmen den Vorrang in der Wirtschaftspolitik einzuräumen. Dieser Vorrang muß auch im kommenden Jahr gelten, um das vom Finanzministerium in seiner Vorschau auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1967 genannte Ziel einer Zunahme des Bruttosozialproduktes um 4 Prozent zu erreichen. Angesichts des Umfanges des Budgets und der vielfältigen Einwirkungsmöglichkeiten der Budgetpolitik in den Wirtschaftsprozeß kommt den vom Budget ausgehenden Wachstumsimpulsen eine besondere Bedeutung zu. Mit einer Verringerung der Preissubventionen im Ausmaß von zirka 900 Millionen Schilling setzt der Budgetentwurf insofern eine neue Weichenstellung, als dadurch vermehrte Budgetmittel für die Investitionstätigkeit freigemacht werden können. Gegenüber einer Steigerung der Gesamtausgaben des Bundes um 11 Prozent sind die Anlagenkredite der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung mit 2,2 Milliarden Schilling um 30 Prozent höher als im Vorjahr.

Wachstumspolitisch überaus positiv zu werten ist die verstärkte Förderung von Forschung, Bildung und Erziehung. Hier setzt der Finanzminister die schon in den Vorjahren begonnenen Initiativen fort. Beachtlich ist, daß sich von 1962 bis 1967 die Budgetansätze im Kapitel Unterricht mit 87 Prozent fast doppelt so stark erhöht haben wie das gesamte Budgetvolumen. Dies trägt insbesondere der Erkenntnis Rechnung, daß damit die Grundlagen für den technischen Fortschritt, der in jeder hochentwickelten Wirtschaft den entscheidenden Motor für das wirtschaftliche Wachstum darstellt, etwas verbreitert wurden.

Und nun zu den öffentlichen Investitionen, die eines der wichtigsten Instrumente der Wirtschaftspolitik darstellen.

Mit den Investitionen in die Infrastruktur, im besonderen im Bereich des Verkehrswesens und der Bildungseinrichtungen, werden einmal die unerlässlichen Voraussetzungen und Grenzen für das Wachstum der Wirtschaft überhaupt geschaffen. Ist die Versorgung der Wirtschaft mit öffentlichen Diensten, Anlagen und Einrichtungen unzureichend, so wird die unternehmerische Tätigkeit und Aktivität entscheidend eingeengt. Für die bestehenden Unternehmen bestimmt zugleich der Ausbau der Infrastruktur

Ing. Sallinger

maßgeblich die Höhe der Produktionskosten. Bleibt somit die Entwicklung der Infrastruktur im Vergleich zum Ausland zurück, so ist auch die Kostenbelastung der heimischen Wirtschaft größer als in den anderen Staaten, und die österreichische Wirtschaft verliert an Wettbewerbsfähigkeit.

Es wäre allerdings falsch, anzunehmen, daß die Förderung dieser öffentlichen Investitionen allein genügt, um ein vermehrtes wirtschaftliches Wachstum zu erreichen. Eine Zunahme dieser öffentlichen Investitionen im Verkehrswesen und Bildungssektor wirkt sich nämlich nicht kurzfristig wie die Erhöhung der privaten Investitionen in einer Vergrößerung der Wachstumsrate aus; Infrastrukturinvestitionen werfen in der Regel keinen oder nur einen geringen unmittelbaren Ertrag ab, sie leisten keinen unmittelbaren Beitrag zur Produktion von Investitions- und Konsumgütern. Will man keine weitere Wachstumsverlangsamung in Kauf nehmen, so darf daher die Ausdehnung der öffentlichen Investitionen nicht zu Lasten der Investitionen der gewerblichen Wirtschaft gehen. Vielmehr ist es notwendig, auch die Förderung der privaten Investitionen konsequent fortzusetzen. Während die Wachstumsgesetze eine allgemeine Belebung der privaten Investitionstätigkeit bewirken werden, müssen dazu noch in den nächsten Jahren jene Maßnahmen kommen, die eine verstärkte Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft forcieren können: Eines der wichtigsten Anliegen dabei ist die Steigerung der Mobilität des Kapitals.

Es kommt aber nicht nur darauf an, daß die öffentlichen Investitionen im erforderlichen Ausmaß erhöht werden, um eine bessere Infrastruktur für das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft zu sichern, sondern es geht um ein möglichst gleichmäßiges Wachstum dieser Investitionen; nur dann wird die Budgetpolitik nicht nur längerfristig, sondern auch kurzfristig ihren Beitrag zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen erbringen. Für die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufes ist es in vielen Fällen notwendig, daß die öffentlichen Investitionen kontinuierlich, stetig und angepaßt an den vorhandenen Produktionskapazitäten der Wirtschaft durchgeführt werden. Diese Stetigkeit sollte für die Unternehmer vorhersehbar sein, das heißt nichts anderes, als daß für die gewerbliche Wirtschaft Orientierungsbehelfe in Form längerfristiger Budget- und Investitionskonzepte geschaffen werden müssen.

In dieser Sicht gesehen, gewinnt die in Zusammenarbeit zwischen dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen und dem Finanzministerium erstellte längerfristige Budgetvorschau besondere Bedeutung. In ihr wurden

die zukünftigen Einnahmen vorhergeschätzt und die gesetzlichen Verpflichtungen der kommenden Jahre festgehalten. Der Herr Finanzminister kündigte in seiner Budgetrede an, daß er dem Parlament eine revidierte Budgetvorschau in Kürze vorlegen wird.

Wenn die Budgetpolitik auf rationalere Grundlagen gestellt werden soll, sollte nun aber nicht bei der bloßen Budgetvorschau haltgemacht werden. Vielmehr sollte unverzüglich die Erstellung von längerfristigen Budgetkonzepten in Angriff genommen werden, die schon bestimmte Zielsetzungen und sogar wirtschaftspolitische Entscheidungen enthalten. Längerfristige Entscheidungen der Budgetpolitik kamen nicht nur, wie eben angeführt wurde, den Dispositionen der privaten Wirtschaft zugute. Sie würden auch die Wirksamkeit der privaten längerfristigen Investitionspläne gerade in jenen Industriezweigen beträchtlich erhöhen, die in einer starken Abhängigkeit von der Vergabe durch staatliche Dienststellen stehen. Den wirtschaftspolitischen Instanzen würden durch diese längerfristige Vorschau Kriterien für die Entscheidung über die Rangordnung der einzelnen mehrjährigen Projekte vorgelegt werden; gleichzeitig würde eine längerfristige Gesamtschau auch erkennen lassen, inwieweit die einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung geeignet sind. Längerfristige Budgetkonzepte wären weiters auch ein Garant dafür, daß Großprojekte, wie zum Beispiel der Ausbau der Forschung in Österreich, auch wirklich durchgeführt werden. Die öffentliche Hand schließlich könnte aus längerfristigen Ausgabenprogrammen den Nutzen ziehen, die kostengünstigsten Lieferbedingungen der Privatwirtschaft in Anspruch zu nehmen. Insgesamt würde auch in der Verwaltung aus sorgfältig geplanten Vorräten vermehrte Wirtschaftlichkeit, Zeitersparnis und erhöhte Wirksamkeit resultieren, Zielsetzungen also, denen man gerade in der heutigen Zeit eine besondere Beachtung schenken sollte.

Folgen Sie mir bitte, meine Damen und Herren, nach meinen Ausführungen über die Finanzierungsprobleme der Gesamtwirtschaft nun zu den Finanzierungsfragen der Betriebe; und hier möchte ich besonders die des Gewerbes aufzeigen.

Die erhöhten Ansätze des Bundesvoranschlags 1967 für öffentliche Investitionen, die mit 23,7 Milliarden Schilling um nahezu $3\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling höher sind als im laufenden Jahr, können mit ihren positiven Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft teilweise zumindest aber auch als gewerbefördernd betrachtet werden. Ebenso werden die Beiträge, die im Bundesfinanzgesetz 1965 als

Ing. Sallinger

Förderungsmaßnahmen für Handel, Gewerbe und Industrie vorgesehen sind, etwas gesteigert werden. Von diesen rund 200 Millionen Schilling, die Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen für angewandte Forschung, Aufwendungen für den Fremdenverkehr, für Messen und Ausstellungen umfassen, entfällt jedenfalls ein beträchtlicher Anteil auf solche Bereiche, aus denen das Gewerbe unmittelbar einen Nutzen zieht.

Dennoch wird die Kapitalschwäche des Gewerbes für uns weiterhin eine vordringliche Sorge bleiben. Das Gewerbe sieht daher in der angekündigten Reform der Einkommensteuer, die einen Abbau der erhöhten Progression bei mittelständischen Einkommen und eine Reform der Haushaltsbesteuerung bringen soll, eine unbedingte Notwendigkeit. Obwohl in den letzten Jahren der Absetzungsbetrag für die mittätige Gattin erhöht wurde, ist damit keine wesentliche Entlastung oder Erleichterung eingetreten. Die steuerliche Benachteiligung des Alleinverdieners gegenüber doppelverdienenden Ehepaaren mit gleich hohen gemeinsamen Einkommen wirkt sich in vielen gewerblichen Betrieben sehr fühlbar aus. Das Gewerbe wie die Wirtschaft überhaupt würde in der Einführung des Splittingssystems nach wie vor den besten Weg zu einer familiengerechten Besteuerung der Einkommen sehen.

Auf steuerlichem Gebiet ist ferner zu erwähnen, daß das Gewerbe auf die Beibehaltung und möglichst einen weiteren Ausbau der Richtlinienbesteuerung größten Wert legt. Die Steuerpauschalierung bedeutet für rund 25.000 Gewerbetriebe, die sie in Anspruch nehmen, keineswegs ein Steuergeschenk, wohl aber eine wesentliche administrative Entlastung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hinweisen, die Gründung neuer und gesunder Existenzen im Gewerbe mehr als bisher zu fördern. Die Nachwuchssprobleme des Gewerbes werden durch die Schwierigkeiten verstärkt, die junge Leute bei Betriebsgründungen gerade dadurch haben, daß in zunehmendem Ausmaß die technische Mindestausstattung nicht gegeben ist. Ich halte es für durchaus gerechtfertigt, auch in Österreich den Sparwillen junger Leute, die sich im Gewerbe eine Existenz schaffen wollen, großzügiger als bisher zu honorieren. Dies umso mehr, als gerade die für die Allgemeinheit unentbehrlichen gewerblichen Leistungen, wie Reparaturen und Dienstleistungen, verschiedenster Art, bei jüngeren Gewerbetreibenden, die ihren Betrieb erst aufmachen müssen, einen Schwerpunkt der Betätigung bilden.

Wenn von dem nach wie vor wichtigen Anliegen der Gewerbeförderung die Rede ist,

muß die Bedeutung dieses Zweiges unserer Volkswirtschaft mit Nachdruck unterstrichen werden. Mit einem Beschäftigtenstand von rund 550.000 Arbeitskräften ist das Gewerbe Existenzbasis für rund ein Sechstel der österreichischen Bevölkerung. Mit zirka 100.000 Betrieben nimmt das Gewerbe zahlenmäßig eine beachtliche Stellung in der österreichischen Volkswirtschaft ein. Auf die sogenannten Einmannbetriebe entfallen von dieser Gesamtzahl 35 Prozent, auf solche mit 1 bis 4 Arbeitskräften 42 Prozent. 18 Prozent der Gewerbetriebe beschäftigen 5 bis 19 Arbeiter und 5 Prozent über 20 bis zu 1000 Arbeitnehmer. Die Bedeutung des Gewerbestandes für die österreichische Wirtschaft läßt sich aus diesen Zahlen unschwer beweisen. Nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Überlegungen sollte der gewerbliche Mittelstand eine wesentlich bessere Beachtung und Unterstützung erfahren.

Die technische Entwicklung drängt zu Rationalisierung und Spezialisierung, zur betrieblichen Zusammenfassung verwandter Berufszweige und zu einer immer stärkeren Arbeitsteilung der gewerblichen Produktionsstätten mit der Industrie. Der Strukturwandel zeigt sich in einem Rückgang der Zahl der Gewerbetriebe. In erster Linie sind davon die einst für das Kleingewerbe typischen Einmannbetriebe betroffen. Erfreulicherweise ist jedoch eine Ausweitung der durchschnittlichen Betriebsgröße von ehemals 3 auf derzeit 5 Beschäftigte festzustellen.

Gewerbeförderung bedeutet nun keineswegs, durch Subventionen oder protektionistische Maßnahmen einem Strukturwandel Einhalt zu gebieten, der sich aus der Entwicklung der Wirtschaft ergibt. Mit dem Verlangen nach Gewerbeförderung geht es uns darum, die Leistungsfähigkeit des Gewerbes zum Tragen kommen zu lassen und damit für den durch nichts zu ersetzen Beitrag dieses Wirtschaftszweiges an den Leistungen der ganzen Volkswirtschaft bessere Voraussetzungen zu schaffen. Das ist möglich, indem man ihm Wettbewerbsneutralität sichert und auf jenen Gebieten Hilfestellung leistet, deren Berücksichtigung über die Kräfte des einzelnen Betriebes hinausgeht.

Die Hauptlast dieser Hilfeleistung wird seit jeher von der Interessenvertretung selbst getragen. So dienen die Wirtschaftsförderungsinstitute der Handelskammern seit vielen Jahren der fachlichen Weiterbildung der Gewerbetreibenden und ihrer Mitarbeiter ebenso wie der konkreten Beratung der Betriebe in Fragen der Produktions- und Arbeitstechnik sowie der Betriebsführung, wozu noch eine Reihe von Instituten kommt, die unmittelbar der

2684

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Ing. Sallinger

Gewerbeförderung dienen und in einem Nahverhältnis zur Handelskammerorganisation stehen.

Ich möchte aber auch nochmals hervorheben, daß das Gewerbe keinesfalls die Schaffung eines Reservates im Auge hat. Unbedingt notwendig ist es jedoch, gewisse Versäumnisse der Vergangenheit wiedergutzumachen, die nicht zuletzt in der Nichtbeachtung der Auswirkungen gesetzlicher Maßnahmen auf die Mittelschichten gelegen sind. Die Lage des Gewerbes und des Mittelstandes überhaupt, der ohnehin durch die vom technischen Fortschritt ausgelösten Umstellungen im Wirtschaftsprozeß unter beachtlichem Druck steht, wurde dadurch noch weiter erschwert.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß im Gewerbe trotz aller Bemühungen um die Mechanisierung der Produktion die menschliche Arbeitskraft immer wesensbestimmend bleiben wird. Die Kosten für die Arbeitskraft spielen daher im Gewerbe eine entscheidende Rolle; somit wirken sich hier alle Regelungen lohnpolitischer oder arbeitsrechtlicher Art besonders nachhaltig aus. Der Einklang mit den Forderungen einer gesunden Wirtschaftspolitik ist gerade in diesem Punkt nicht zu übersehen, wie überhaupt eine weitblickende Wirtschaftspolitik die Gewerbeförderung als integrierenden Bestandteil gewissermaßen automatisch beinhalten müßte. Somit wäre es als äußerst wünschenswert anzusehen, auch bei allen gesetzlichen Maßnahmen die Frage zu prüfen, wie das Gewerbe davon betroffen wird, um schädliche Auswirkungen möglichst hintanzuhalten.

Nun zu jenem Teil meiner Ausführungen, der sich mit der Berufsausbildung in der gewerblichen Wirtschaft befaßt. Diese Frage ist in Österreich ebenso wie in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich durch die Lehre im Betrieb, begleitet vom Unterricht in den Berufsschulen, bestimmt. Die Heranbildung von tüchtigen und fachkundigen Nachwuchskräften der gewerblichen Wirtschaft in einer wirklichkeitsnahen betrieblichen Lehre stellt eine der vornehmsten Aufgaben der Unternehmerschaft dar. Betriebe, die sich der Lehrlingsausbildung widmen, um qualifizierte Mitarbeiter für ihr eigenes Unternehmen heranzubilden, erfüllen im Hinblick auf die Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl jedoch gleichzeitig auch eine überbetriebliche Aufgabe, die der Gesamtheit der Wirtschaft, aber auch den jungen Menschen dient.

In Österreich stehen derzeit auf Grund der letzten zahlenmäßigen Erfassung — Stichtag 31. Dezember 1965 — nicht weniger als 150.300 Lehrlinge in einer Berufsausbildung,

und zwar verteilt auf zirka 60.000 Lehrbetriebe. 102.450 männliche Lehrlinge stehen hierbei 47.850 weiblichen Lehrlingen gegenüber.

Die Gesamtzahl der in einer betrieblichen Ausbildung stehenden jungen Leute ist — etwa seit der Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft um 1955 — weitgehend stabil geblieben, im Verhältnis zur Wohnbevölkerung der entsprechenden Geburtsjahrgänge sogar relativ etwas gestiegen.

Ausgehend von der gesamten österreichischen Wohnbevölkerung, die in einem Lebensalter von 14½ bis 17½ Jahren steht, betrug der Anteil der Lehrlinge im Jahre 1952 36,6 Prozent, überschritt aber etwa 1955 die 40 Prozent-Grenze und erreichte schließlich bei der letzten Zählung Ende 1965 einen Höhepunkt von 50,7 Prozent. Daraus geht hervor, daß mehr als die Hälfte der gesamten österreichischen Jugend dieser Jahrgänge ihre Berufsausbildung den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft anvertraut hat. Dies ist wohl der beste Beweis dafür, daß das System der betrieblichen Berufsausbildung keineswegs, wie es gelegentlich behauptet wird, nur als Ruine aus der guten alten Zeit in unsere Tage herübergänge und einen rückläufigen Trend aufweise. Vielmehr kann gesagt werden, daß sich die gewerbliche Wirtschaft Österreichs ihrer wichtigen Aufgabe auch auf dem Sektor der Berufsausbildung voll bewußt ist und ihr, trotz derzeit unzulänglicher gesetzlicher Vorschriften, vorbildlich zu entsprechen bestrebt ist.

Auch der Anteil der Schüler aller Schultypen, die im Lebensalter von 14½ bis 17½ Jahren stehen, an der gesamten Wohnbevölkerung dieser Jahrgänge hat während der letzten 15 Jahre zugenommen. Zu diesem erfreulichen Ergebnis gelangte eine kürzlich von der Bundeswirtschaftskammer durchgeführte Untersuchung. Dies widerlegt damit eine vielfach verbreitete Annahme, daß sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr junge Leute direkt einer Hilfsarbeitertätigkeit zuwenden. Ganz im Gegenteil hat zum Beispiel der Anteil der männlichen Jugendlichen der erwähnten Jahrgänge, die entweder als Lehrlinge der gewerblichen Wirtschaft oder als Schüler an Gymnasien, Fachschulen und so weiter in Ausbildung stehen, von 1952 bis 1963 von 68,8 Prozent zugenommen und dürfte derzeit bereits 90 Prozent übersteigen. Hierbei sind jedoch in den restlichen etwa 10 Prozent auch noch die in der Landwirtschaft beschäftigten beziehungsweise in Ausbildung stehenden Jugendlichen enthalten.

Von großer Bedeutung für Schule und Wirtschaft unseres Landes ist der Umstand, daß die Anzahl der derzeit etwa 300.000 männlichen und weiblichen Jugendlichen der erwähnten drei Jahrgangsgruppen auf Grund der Bevöl-

Ing. Sallinger

kerungsbewegung in den nächstfolgenden Jahren weiter absinken und erst um das Jahr 1970 wieder die derzeitige Größenordnung erreichen wird. Dementsprechend wird auch voraussichtlich in den nächsten Jahren, abgesehen von den Auswirkungen des 9. Schuljahres, mit einer sinkenden Tendenz der absoluten Lehrlingszahlen zu rechnen sein.

Durch die Einführung des 9. Schuljahres ist die gewerbliche Wirtschaft Österreichs besonders hart betroffen. Zunächst sind allerdings lediglich Auswirkungen auf dem Lehrlingssektor zu verzeichnen, indem im Herbst dieses Jahres nur ein Bruchteil der sonst üblichen Anzahl von neuen Lehrverhältnissen begründet wurde. In zwei bis drei Jahren jedoch wird voraussichtlich durch einen längeren Zeitraum eine weitere Verknappung an ausgelernten Mitarbeitern daraus resultieren. Umso wichtiger erscheint eine Vertiefung der schulischen Ausbildung auf dem Gebiete der Allgemeinbildung aller künftigen Pflichtschulabgänger.

Die Erfahrungen bei der Durchführung von jährlich etwa 40.000 Lehrabschlußprüfungen, das sind Gesellenprüfungen, Facharbeiterprüfungen, Kaufmannsgehilfenprüfungen und sonstige Gehilfenprüfungen, haben immer wieder bedauerliche Lücken in den Kenntnissen der jungen Leute auf dem Gebiete des Rechnens, Lesens und Schreibens aufgezeigt. Die gewerbliche Wirtschaft knüpft daher an das 9. Schuljahr die berechtigte Erwartung, daß seine Absolventen künftig über bessere Kenntnisse in Mathematik und deutscher Sprache verfügen werden, da das Wissen auf diesen Gebieten wohl für die Ausbildung und Ausübung ausnahmslos aller Berufe von unerlässlicher Bedeutung ist.

Unser besonderes Interesse gilt der Schaffung eines Berufsausbildungsgesetzes. Bereits seit der Gewerberechtsnovelle 1952 war man bestrebt, die berufsausbildungsrechtlichen Vorschriften in Österreich gesetzlich neu zu regeln. Nach einer in der zweiten Hälfte 1964 erfolgten Fühlungnahme zwischen dem Herrn Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Benya und mir wurden direkte Gespräche zwischen den Sozialpartnern mit dem Ziele der Herbeiführung einer einvernehmlichen Klärung wichtiger Vorfragen aufgenommen. Diese führten zum Abschluß einer Grundsatzvereinbarung, in deren Rahmen hinsichtlich einer Reihe wichtiger, bisher aber strittig gewesener Probleme eine einvernehmliche Regelung zwischen den Sozialpartnern erzielt werden konnte.

Auf der Basis dieser Grundsatzvereinbarung ist derzeit das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie auf Ersuchen beider

Sozialpartner damit befaßt, einen neuen Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes auszuarbeiten. Damit scheint die Schaffung eines österreichischen Berufsausbildungsgesetzes, das die rechtliche Grundlage für die Berufsausbildung für Hunderttausende von jungen Menschen in den kommenden Jahren darstellen wird, in greifbare Nähe gerückt.

Als wesentliches Ergebnis der erwähnten Grundsatzvereinbarung erscheint mir, daß die Heranbildung unseres Nachwuchses in der gewerblichen Wirtschaft auch in der Zukunft in Form der vielfach bewährten betrieblichen Ausbildung beziehungsweise Meisterlehre erfolgen wird.

Nun möchte ich auch von dieser Stelle aus die gleiche Bitte an die Bundesregierung richten, die die Bundeswirtschaftskammer schon wiederholt ausgesprochen hat. Die Begutachtungsfristen, die den Interessenvertretungen eingeräumt werden, lassen oft eine eingehende Behandlung der Gesetz- und Verordnungsentwürfe nicht zu. Die zur Begutachtung eingeräumten Zeiträume bieten dann keine Möglichkeit, sich mit dieser schwierigen Materie näher zu befassen. Ohne auf die Beispiele direkt eingehen zu wollen, möchte ich nur erwähnen, daß beim Energieanleihegesetz 1967 für die Versendung und für die Bearbeitung nur zwei Werkstage zur Verfügung standen. Der Entwurf der 19. ASVG-Novelle umfaßt 76 Seiten und kann daher wirklich nur nach eingehendem Studium kritisch beleuchtet werden. Für die Begutachtung waren jedoch nur vier Wochen zur Verfügung. Beim Finanzausgleichsgesetz 1967 wurden wir überhaupt nicht befragt.

Das Begutachtungsrecht der Kammern ist im Handelskammergesetz verankert. Dieses Recht, zu einschlägigen Gesetz- und Verordnungsentwürfen Stellung nehmen zu können, ist aber nur dann gewährleistet, wenn die gesetzlich vorgesehenen Fristen eingehalten werden können. Das Handelskammergesetz bestimmt die Bundeswirtschaftskammer, jeweils die Meinung der Landeskammern und der Bundessektionen einzuhören. Aber nur ausreichende Begutachtungsfristen ermöglichen es der Bundeskammer, ihre Stellungnahme so zu erarbeiten, wie es das Handelskammergesetz zwingend vorschreibt.

Zum Abschluß möchte ich nochmals meiner Meinung Ausdruck geben, daß das vorliegende Budget unter den gegenwärtigen Verhältnissen zweifellos das Maximum an Wachstumsförderung bringt. Ich darf aber angesichts der überaus ungünstigen Wachstumsquoten für 1967 mit dem dringenden Appell an alle verantwortlichen Stellen schließen, die wachstumsfördernden Ausgaben des vor-

2686

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Ing. Sallinger

liegenden Budgetentwurfes, insbesondere die der Infrastruktur, nicht während des Budgetjahres zu kürzen. Nur unter der Voraussetzung, daß die im Bundesfinanzgesetz 1967 vorgesehenen Ausgaben auch tatsächlich realisiert werden, können die Impulse, die von diesem Budget ausgehen sollen, tatsächlich wirken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kostroun. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kostroun (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Schon im Finanz- und Budgetausschuß habe ich bei der Behandlung dieser Budgetgruppe daran erinnert, in welcher bedenklichen Situation sich unsere Wirtschaft gegenwärtig befindet. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten unserer Exportwirtschaft aus mannigfachen Gründen immer größer, ihre Ertragsnisse angesichts der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten aber immer geringer werden. Dadurch und durch die derzeitige, immer größer werdende Importausweitung werden auch die negativen Auswirkungen auf weite Teile unserer Industrie immer fühlbarer, und das Handelsbilanzdefizit wird immer bedrohlicher.

Dazu aber, meine Damen und Herren, kommt noch die Entwicklung unseres Fremdenverkehrs. Die Deviseneingänge aus dem Ausländerfremdenverkehr brachten in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres noch immer die ansehnliche Summe von 13,3 Milliarden Schilling. Im gleichen Zeitraum aber sind die Ausgaben für Auslandsreisen von Österreichern, vorwiegend von Urlaubern, auf fast 3½ Milliarden Schilling gestiegen.

Angesichts dieser Entwicklung sind auch die hohen Eingänge aus dem Ausländerfremdenverkehr nicht mehr ausreichend, das Handelsbilanzdefizit in der Zahlungsbilanz auszugleichen oder wenigstens wie früher in vertretbaren Grenzen zu halten.

Darum muß darüber allseitig Klarheit bestehen:

1. Das Handelsbilanzdefizit ist in der derzeitigen Höhe dauernd unhaltbar.

2. Das Zahlungsbilanzdefizit ist in dem gegenwärtigen Ausmaß bedrohlich auch für die weitere Sicherung von Konjunktur und Vollbeschäftigung.

3. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Zahlungsbilanzdefizit — selbst bei weiter bis an die sichtbaren Grenzen des Möglichen steigenden Einnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr — erheblich abgebaut oder gar einigermaßen ausgeglichen werden könnte.

Allein diese Gesamtsituation erfordert im Interesse der Zukunft unserer Gesamtwirt-

schaft — nicht allein der gewerblichen, sondern ebenso der Agrar- und Forstwirtschaft — sofort zielführende Maßnahmen, die leider in dieser Budgetvorlage in keiner Weise in ausreichendem Maße ihren Niederschlag gefunden haben.

Selbst das jetzt lebhafte Weihnachtsgeschäft kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß auch der Geschäftsgang in einer Reihe von Branchen unserer Binnen- und Konsumgüterwirtschaft im Vergleich zur gleichen Zeit früherer Jahre oder des Vorjahres bereits unbefriedigend ist und eine bedenkliche Entwicklung aufzeigt. Die Umsätze in diesen Wirtschaftszweigen sind trotz Kostenerhöhungen gegenüber dem Vorjahr entweder summenmäßig gleichgeblieben oder sogar bereits rückläufig geworden. Die Wirtschaftstreibenden dieser Branchen wissen, daß auch ein befriedigender Dezemberumsatz keineswegs die enttäuschten Erwartungen früherer Monate ausgleichen kann.

Mit ernster und begründeter Sorge sieht man den nächsten Monaten des neuen Jahres entgegen. Gewerbetreibende in vielen Branchen fürchten weiter verringerte Aufträge, Kaufleute prüfen bereits das Ausmaß der heuer unverkauft gebliebenen Warenbestände und bangen um das Morgen. Je kapitalschwächer ein Betrieb ist, desto größer sind naturgemäß die Sorgen, wie man die in den nächsten Monaten anfallenden Verpflichtungen — Warenrechnungen, Steuern, Abgaben und natürlich auch die Verpflichtungen gegenüber den betrieblichen Mitarbeitern — aufbringen und erfüllen wird. Auch der letzte Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung und die Mitteilungen beziehungsweise die PresseausSENDungen unserer Nationalbank bestätigen die Richtigkeit aller meiner heutigen Feststellungen.

Noch ist das alles trotz alledem kein Grund, die Situation zu dramatisieren. Noch ist die Stagnation in einzelnen Wirtschaftsbereichen keine echte Wirtschaftskrise. Es ist aber wahrlich auch kein Grund, die heutige Situation auf wirtschaftlichem Gebiet etwa zu bagatellisieren. Es wäre höchste Zeit, aus der Entwicklung unserer Wirtschaft richtige, erfolgbringende Konsequenzen zu ziehen, anstatt sich darüber hinwegzutäuschen oder darüber hinwegzutäuschen versuchen und, wie der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede, das vorliegende Budget über den grünen Klee zu loben.

Dieses Budget entspricht auch in dem vorliegenden Kapitel nicht, wie es der Herr Finanzminister hinzustellen versucht hat — ich zitiere —, „einem längerfristigen Konzept der Wachstumsförderung bei Kaufkrafterhaltung“.

Kostroun

Ich gebe zu, daß sich bei der Budgeterstellung neuerlich unsere Agrar- und Forstwirtschaft wieder voll durchgesetzt hat. Allein die Mittel für den Grünen Plan werden im nächsten Jahr nach der Budgetvorlage um 190 Millionen Schilling auf 730 Millionen Schilling erhöht. Dazu kommt aber noch, daß für die Düngemittelstützung und Treibstoffverbilligung der Landwirtschaft neuerlich eine Erhöhung um 300 Millionen vorgesehen wird. Es wäre wahrlich interessant, zu wissen, wieviel von diesen Förderungsmitteln die großagrarischen und Forstbetriebe erhalten, und wieviel oder, besser gesagt, wie wenig auch hier für die Kleinen übrigbleiben wird.

Jedenfalls verdient es vermerkt und aufgezeigt zu werden:

In den offiziellen und objektiven Hypothesen über die voraussichtliche Wachstumsentwicklung unserer Gesamtwirtschaft im nächsten Jahr prognostiziert man bei der Land- und Forstwirtschaft eine reale Wachstumserhöhung um 6 Prozent, in der Industrie und dem Gewerbe dagegen nur um 3,5 Prozent.

So erfreulich die Prognosen über die Steigerungsrate angesichts der echt höher dotierten Förderungmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft sind, so bedenklich müssen diese Ziffern über das Wachstum in Gewerbe und Industrie gewertet werden. Diese Prognosen müßten aus mannigfachen Gründen auch zu anderen Rückschlüssen führen, als sie in diesem Budget zum Ausdruck kommen.

Im übrigen ist es, meine Damen und Herren, längst auch kein Geheimnis mehr, daß man sich entgegen der bekannten, vom Herrn Finanzminister in seiner Budgetrede mitgeteilten Prognose für eine Erhöhung des Nationalproduktes um 4 Prozent in einer Revision bereits nur zu einer Steigerungserwartung von 3 Prozent für das nächste Jahr entschlossen hat.

Es wäre ein schlechter Trost, wenn man über all diese Feststellungen einfach mit dem Hinweis hinwegzugehen versuchen würde, daß sich auch andere Staaten bereits in einer ähnlichen Wirtschaftssituation befinden. In diesem Geist aber hat man offenbar dieses Budget erstellt. Man ist trotz der aus verschiedenen Gründen gegebenen Exportschwäche in einer völlig neuen veränderten Situation die alten Wege gegangen. Alle Bemühungen und bisherigen Erfolge unserer Exportwirtschaft, der Außenhandelsorganisation und Außenhandelsstellen brauchen aber mehr denn je die Ergänzung durch neue Außenhandelsförderungmaßnahmen, auf die schon in diesem Budget Bedacht genommen werden müßte, aber nicht Bedacht genommen wurde.

Unsere bisherigen Exportförderungsmaßnahmen sind längst ungenügend geworden und erfordern, wie wir Sozialisten es vorschlagen, entweder die Gründung eines besonderen Exportfonds, insbesondere auch in der Richtung der jetzigen Konditionserfordernisse, und dazu noch die Erhöhung des Förderungsrahmens für diese Exportwirtschaft.

Aber auch angesichts der Importzahlen, die Sie kennen, meine Damen und Herren, sind ebenso Maßnahmen zur Eindämmung einer überdimensionierten Einfuhr von Luxusgütern durch eine Überprüfung und Reform der Ausgleichsteuer erforderlich. Wir brauchen — ich will das aufzeigen, ich habe das zum Teil schon, bedauerlicherweise ohne Antwort des Herrn Handelsministers, im Finanz- und Budgetausschuß getan — vor allem ein längerfristiges Programm für öffentliche Investitionen, wie wir es einst schon gehabt haben. Sie erinnern sich an das Zehnjahres-Investitionsprogramm. Der Erfolg dieses Zehnjahres-Investitionsprogramms müßte uns dazu veranlassen, ein neues Programm im Interesse unserer Wirtschaft zu erstellen.

Wir brauchen echte struktur- und regionalwirtschaftliche Maßnahmen, für die unsere Regierung nach wie vor in Wahrheit kein Konzept hat, und in dem Kapitel dieser Budgetgruppe ist nichts als ein Versprechen und eine Ansatzpost vorgesehen. Wir brauchen Raumordnungsmaßnahmen und dazu noch endlich den längst fälligen und bereits vorhandenen Energieplan im Interesse der Zukunft unserer Wirtschaft.

Wir brauchen nicht nur eine echte und höhere Dotierung für die Förderung unseres Fremdenverkehrs, wie sie in diesem Budget — objektiverweise zugegeben — vorgesehen ist, sondern auch eine Lenkung der Förderungmaßnahmen für den Fremdenverkehr in der Richtung, daß auch Klein- und Mittelbetriebe ausreichende verbilligte Kredite zu Rückzahlungsfristen erhalten, die ihnen die Aufnahme von Krediten leichter machen und die Rückzahlung ermöglichen sollen.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen schließlich auch neue Wege in der Gewerbeförderung. Wenn es bisher jährlich einen Landwirtschaftsbericht gegeben hat und nunmehr auch einen Sozialbericht geben wird, so muß es auch zur Erstellung eines jährlichen Gewerbeberichtes kommen, damit die förderungswürdigen Zweige festgestellt und für sie echte und wirksame Förderungmaßnahmen eingeleitet werden können. Dazu wird die Errichtung und ausreichende Dotierung eines Gewerbeförderungsfonds erforderlich sein, so wie wir Sozialisten ihn anstreben.

Kostroun

Die gegenwärtige Bewertungsfreiheitsregelung — darüber kann es keinen Zweifel geben, das kann nicht abgeleugnet werden, das sind objektive Tatsachen — nützt in erster Linie nur Unternehmungen mit großen Erträgnissen. Die Regelung über die Rationalisierungsrücklagen muß als kleiner, aber völlig ungenügender Fortschritt gewertet werden. Für die ertragsarmen Klein- und Mittelbetriebe aber müssen neue Wege zur Förderung beschritten werden, damit sie ihre unentbehrliche wirtschaftliche Funktion auch im Hinblick auf die europäische Integration erfüllen und sich durch eine raschere Anpassung und Modernisierung ihrer Betriebs- und Verkaufsstätten in der Konkurrenz gegenüber in- und ausländischen Großunternehmungen auch in Hinkunft behaupten können.

Man soll uns nun nicht mit dem Hinweis kommen, daß zu allem, was nötig wäre und von uns verlangt wird, kein Geld da ist. Ich habe heute schon aufgezeigt, wofür man auch in diesem Budget immer wieder erhebliche Mittel findet und bereitstellt. Man soll ernstlich überprüfen, ob der Einnahmenentfall des Bundes zu verantworten ist, der durch die von der Mehrheit dieses Hauses gegen unsere Stimmen beschlossenen gesetzlichen Regelungen entstehen wird, der den in- und ausländischen Großwarenhäusern und Großunternehmungen ab 1. Jänner 1967 — zu diesem Zeitpunkt tritt die Einkommensteuergesetz-Novelle 1967 in Kraft — die summenmäßig unbegrenzte vorzeitige Abschreibung der Baukosten von Luxusportalen ermöglichen wird. Wäre hier nicht eine Begrenzung — ich frage Sie alle, meine Damen und Herren, und auch Sie, Herr Handelsminister — mit 200.000 S für alle Portalbauten, wie wir sie vorgeschlagen haben, ausreichend gewesen? Hätte sich der Staat damit nicht im Laufe der nächsten Jahre hunderte Millionen an Steuerentfall von Großunternehmungen erspart, die gerecht und besser für ausreichende Förderungsmaßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe eingesetzt worden wären?

Ich bedaure es, aber ich erwarte mir auch diesmal, wie im Finanz- und Budgetausschuß, dazu und zu unseren Vorschlägen keine Stellungnahme des Herrn Handelsministers. Auch darum können wir diesem Kapitel des Budgetentwurfes kein Vertrauen entgegenbringen und ihm keine Zustimmung geben.

Ich weiß, daß auch andere Staaten vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen. Dort aber versucht man, solchen neu entstandenen Schwierigkeiten mit neuen Methoden entgegenzuwirken. So hat man erst kürzlich in Holland ein neues Wirtschaftsförderungsgesetz beschlossen. Neben anderen Maßnahmen

sieht dort die neue gesetzliche Regelung für förderungswürdige Betriebe besondere Zuwendungen für wirtschaftlich unvermeidliche oder notwendige Betriebsumstellungen, Aussiedlungen auch von Gewerbe- und Handelsbetrieben von ihrer bisherigen Betriebsstätte an eine andere Betriebsstätte, wie etwa in den Kohlenbergbaugebieten, und für Rationalisierungen und Betriebsmodernisierungen auch von Handels- und Gewerbebetrieben eigene Förderzuwendungen vor.

In der deutschen Bundesrepublik ist man ebenso zur Erkenntnis gekommen, daß man nicht nur die außenpolitischen, sondern auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten leichter, früher und besser im Zusammenwirken der beiden großen Parteien meistern können wird. Bei uns aber gibt man sich nach wie vor der Illusion hin, daß es so wie bisher weitergehen kann. Manchem scheinen die fragwürdigen Sorgen Otto Habsburgs wichtiger als die Sorgen um die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Landes. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Zeit aber, meine Damen und Herren, drängt auch bei uns zu einer neuen, revidierten Staats- und Wirtschaftspolitik, die den Vorrang vor allem haben muß. Wir Sozialisten, meine Damen und Herren, werden alles tun, damit es in Österreich zur Abkehr von einer illusionären Politik und wieder zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik kommt, die neuerlich unsere Wirtschaft und damit auch den Wohlstand vorwärts und aufwärts bringt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Helbich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Helbich (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist ressortmäßig zuständig für die Integration.

Schon seit vielen Jahrzehnten wurde in Europa getrachtet, größere Wirtschaftsräume zu bilden. Aber erst nach 1945 war es möglich, dies in die Tat umzusetzen; vor allem deswegen, weil durch die großen Verluste infolge des zweiten Weltkrieges die Volkswirtschaften derartig erschüttert waren, daß man hier näher zusammenrücken mußte. Es gingen sehr, sehr viele Millionen von den Marshall-Geldern nach Europa, und das waren die Fundamente zum Wiederaufstieg der europäischen Volkswirtschaften.

Auch Österreich bekam nun rund 5,6 Milliarden Schilling, das heißt, jeder Österreicher erhielt 2894 S, und jeder Amerikaner gab 115 S. Damit war auch für Österreich das Fundament für einen Wiederaufstieg gegeben. Die euro-

Ing. Helbich

päischen Völker rückten nun einander näher, und 1951 wurde die Montanunion gegründet, das heißt, Deutschland, Belgien, Frankreich, Holland und Luxemburg machten einen Vertrag, der Kohle und Stahl abstimmte. Das war damals verhältnismäßig leicht, weil Kohle und Stahl Mangelware waren.

Im Jahre 1957 wurde dann der Vertrag von Rom unterschrieben, der der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des EURATOM. Es wurde anschließend getrachtet, eine große Freihandelszone zu bekommen; diese sollte weitere europäische Völker zusammenschließen. Leider kam es nicht zu dieser großen Freihandelszone, und das führte daher im Jahre 1960 zur Gründung der EFTA. Wir sind Gründungsmitglied der EFTA. Wie es auch in der Präambel heißt, ist die EFTA ein Mittel zum Zweck für ein großes Europa.

Es war daher schon von Anfang an klar, daß Bestrebungen im Gange waren, die beiden großen Blöcke einander näherzubringen.

Jahrelang wurde versucht, einen Brückenschlag zwischen EFTA und EWG zu erreichen. Dies war jedoch nicht möglich. Und so suchten am 15. Dezember 1961 Österreich und andere europäische Staaten bei der EWG um einen Vertrag an. Es kam zu keinem Vertrag, wohl aber zu vorbereitenden Gesprächen, die im Jahre 1963 durchgeführt wurden. Von diesem Zeitpunkt an gab es laufend Kontakte und Gespräche. Erst im Jahre 1965 wurde ein Verhandlungsmandat erteilt. Dieses führte dazu, daß bereits sechs Verhandlungsrunden durchgeführt wurden. Österreich spricht und diskutiert daher seit fünf Jahren mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, um hier einen Vertrag besonderer Art zu erreichen.

Während wir diskutieren und sprechen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß einstweilen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein sehr großer Verschmelzungsprozeß vor sich geht: Ab 1. April 1968 wird es innerhalb des Gemeinsamen Marktes nur mehr eine gemeinsame Agrarpolitik geben. Das ist also eine sehr, sehr entscheidende Sache, und nur der Fachmann wird wissen, was das bedeutet.

Ab 1. Jänner 1970 wird es innerhalb der EWG keine Zölle mehr geben, und die Außenzölle sind harmonisiert, sind also gleichgezogen.

Der „Europa-Zug“ ist hiemit abgefahren, das Vereinte Europa ist somit eine Realität, und wir haben dies zur Kenntnis zu nehmen. Österreich strebt daher auf Grund der gegebenen Situation einen Vertrag besonderer Art an, der unserer Neutralität und unserem Osthandel Rechnung trägt.

Man wird uns vielleicht fragen: Warum streben wir diesen Vertrag an? Deshalb, weil unsere Volkswirtschaft exportmäßig und wirtschaftlich sehr stark mit den einzelnen Ländern der EWG verbunden ist. Während wir im Jahre 1958 noch 50 Prozent unserer Waren nach der EWG exportierten, sind es 1965 nur mehr 47 Prozent. Das heißt, der Verkauf österreichischer Waren nach der EWG ist in den letzten Jahren zurückgegangen, während hingegen der Einkauf im gleichen Zeitraum von 54 auf 60 Prozent angestiegen ist. Der Export österreichischer Waren nach der EFTA ist erfreulicherweise von 11 auf 17 Prozent gestiegen und die Importe von 11 auf 14 Prozent. Österreich hat einen verhältnismäßig sehr hohen Anteil am Osthändel, er beträgt 16 Prozent, während im Schnitt die EFTA-Staaten 4,7 Prozent und die EWG-Staaten 4,1 Prozent haben. Das heißt also, wir exportieren viermal soviel nach dem Osten wie im Schnitt ein Staat in der EWG oder der EFTA. Wir müssen daher aus den vorher erwähnten Überlegungen trachten, den Außenhandel besser zu streuen.

Es ist interessant, daß die Schweiz einen viel höheren Überseehandel hat als Österreich; er ist doppelt so groß, denn 30 Prozent ihres Außenhandels geht nach Übersee und von Österreich nur 15 Prozent. Der Streuung des Exportes wird daher in den nächsten Jahren unser besonderes Augenmerk gelten. Wir müssen uns spezialisieren, um besser und mehr exportieren zu können.

Es ist auch interessant, zu sehen, daß zum Beispiel die Schweizer pro Kopf der Bevölkerung um 11.000 S pro Jahr exportieren und wir Österreicher nur 5000 S. Sie exportieren also rund doppelt soviel pro Kopf wie wir. Weiters ist interessant, zu sehen, daß in Österreich rund 53 Prozent der exportierten Güter Fertig- und Halbfertigwaren sind, während es in der Schweiz 90 Prozent sind. Aus diesen beiden Punkten kann man ersehen, daß hier noch manches drinnen liegt.

Wir müssen daher mehr exportieren, mehr spezialisieren, daß wir uns den Verkauf österreichischer Waren sichern können. Denn 400.000 Arbeiter sind in Österreich beschäftigt, die Waren erzeugen, die nach dem Ausland exportiert werden.

Wir müssen alles tun, um dies voranzubringen. Wir müssen uns daher auch die Forschung besonders genau ansehen. Wer nämlich heute keine Forschung betreibt, wird morgen keine Staubsauger mehr exportieren können. Der Forschungsaufwand im vergangenen Jahr war in der Welt 1560 Milliarden Schilling oder rund das 20fache eines österreichischen Budgets.

2690

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Ing. Helbich

Wenn man nun fragt, wo der Forschungsaufwand „vergeben“ wurde — wenn ich so sagen kann —, dann ein Drittel in USA, ein Drittel in Rußland und ein Drittel in den übrigen Staaten der Welt. Wenn man in den einzelnen Staaten die Pro-Kopf-Quote anschaut, so stellt man fest, daß im Jahre 1965 Amerika pro Kopf 1786 S ausgegeben hat, Schweden 526, die Schweiz 520, England 491, Frankreich 343, Deutschland 255, Holland 241 und Österreich 55 S (!) pro Kopf. Das heißt, die Holländer geben viermal soviel und die Schweizer zehnmal soviel pro Kopf für Forschung aus wie wir.

Daher müssen wir auf diesem Gebiet etwas tun, wollen wir nicht die Hilfsarbeiter von morgen in einem großen Europa sein. Hier zahlt natürlich auch der Staat einen großen Anteil und nimmt darauf einen entscheidenden Einfluß. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika werden 80 Prozent vom Staat übernommen, in Frankreich 70, in England 60 und in Deutschland 40 Prozent.

Während sich ein Unternehmer freut, wenn er Waren exportieren kann, ist bei uns im vergangenen Jahr der Export von Akademikern sehr groß geworden. Über einen Akademiker-Export können wir uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht freuen. Vom Jahre 1955 bis 1965 sind 27 Professoren, 79 Dozenten und 200 Assistenten nach dem Ausland gezogen und haben dort ihre Tätigkeit aufgenommen. (Abg. Rosa Jochmann: Sie wissen auch, warum!) Bitte, ich komme sofort darauf. Es ist interessant, zu hören, daß jeder zehnte Lehrer an einer deutschen Hochschule ein Österreicher ist. 43 Prozent der Absolventen der Technischen Hochschule in Wien nehmen ihre erste Stelle im Ausland an. Und warum, bitte vielmals? (Abg. Dr. Tull: Weil die ÖVP das Unterrichtsministerium verwaltet hat!) Weil es im Ausland bessere Forschungsmöglichkeiten und Weiterbildungsmöglichkeiten gibt und weil die Anfangsbezüge besser ausgestattet sind. (Abg. Dr. Tull: Weil die ÖVP seit 20 Jahren das Unterrichtsressort verwaltet hat!)

Lieber Herr Abgeordneter Tull, es fängt nicht alles am 6. März an. Sie wissen ganz genau, daß gerade in den letzten Jahren sehr viel für Forschung getan und bedeutend mehr als in den vergangenen 20 Jahren ausgegeben wurde. (Beifall bei der ÖVP.) Also man kann nicht alles auf einmal machen.

Ich erlaube mir nur darauf hinzuweisen, daß auf dem Gebiet der Forschung und der Wissenschaft in den nächsten Jahren noch gewaltige Beträge verwendet werden müssen, wenn wir ähnlich nachziehen wollen, wie es andere Völker, kleinere Völker, als wir es sind, getan haben. (Abg. Dr. Tull: Sie brau-

chen nur unsere Initiativen unterstützen, Herr Kollege!) Herr Dr. Tull, wir haben in dem letzten Budget sehr, sehr viel ausgegeben. In den letzten Jahren ist das besonders gefördert worden. (Abg. Dr. Tull: Forschungsrat und so weiter! Sie brauchen nur zuzustimmen! ÖVP-Domäne!) Aber trotz dieser Förderung sind wir in den letzten Jahren in eine Diskrepanz gekommen, die eben mit den Mitteln, die hier gegeben werden können, nur langsam geschlossen werden kann.

Wenn wir nun weiter ausschauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann können wir feststellen, daß auf dem Personalsektor der Forschung und der Entwicklung auch sehr divergierende Ansätze sind. In Österreich sind 1500 Akademiker in der Forschung und in der Entwicklung beschäftigt, in Belgien 8000, in Frankreich 28.000, in Deutschland 40.000, in England 59.000, in Rußland 435.000 und in den Vereinigten Staaten 487.000. (Abg. Dr. Broda: Ich freue mich über Ihre Unterstützung! Ich hoffe, daß sie sich auch auswirken wird!) Ich danke vielmals, wir haben das ja schon in sehr reichlichem Maße getan, und wir hoffen auch, daß Sie uns diesbezüglich weiter unterstützen werden. Wir freuen uns, Herr Dr. Broda, daß Sie auch unserer Meinung sind.

Ich darf also sagen: Während in Österreich ein Mann über ein Problem nachdenkt, denken in Belgien 5 Mann, in Frankreich 20, in England 40 und in den USA 300 Mann nach. Das heißt, wir müssen wirklich — wir sehen das Problem auf uns zukommen — weiterhin die Forschung und die Wissenschaft groß schreiben, wollen wir nicht ins Hintertreffen geraten. (Abg. Dr. Tull: Forschungsrat, Herr Kollege!) Ich weiß; jawohl, das ist uns alles bekannt. Wir konnten seit dem 6. März nicht alles auf den Kopf stellen, Herr Abgeordneter! (Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Sie wissen, wir sind viele Jahre gemeinsam in einer Regierung gewesen, wir haben immer gemeinsam beschlossen. (Abg. Czettel: Nein, Sie waren für diese Ministerien verantwortlich!) Ja, selbstverständlich, das haben wir ja getan, und ich möchte Ihnen hier nur sagen ... (Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte, keine Zwischendebatten!

Abgeordneter Ing. Helbich (fortsetzend): Es ist zum Beispiel interessant zu hören, daß die Schweizer ... (Abg. Czettel: Die erste Ausrede, die er hat! — Abg. Dr. Broda: Eine höchst unmoderne Ausrede! — Weitere Zwischenrufe.) Gestatten Sie, daß ich weiter spreche, Sie haben ja dann die Möglichkeit, auch Ihre Stellungnahme abzugeben.

Ing. Helbich

Es ist interessant, zu hören, daß zum Beispiel 60 bis 80 Prozent des Wachstums in der Schweiz von der Forschung und von der Entwicklung kommen, daß bei der chemischen Industrie 60 Prozent aus den Forschungsergebnissen der letzten fünf Jahre sind und daß die Amerikaner heute 20 Prozent der Industrieprodukte des Jahres 1969 noch nicht kennen, weil diese Produkte erst in der Entwicklung sind. (Abg. Dr. Tull: Herr Kollege! Dort leistet ja auch die Industrie mehr als in Österreich! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden Sie einsehen, daß wir uns in der nächsten Zeit sehr, sehr stark mit diesen Problemen beschäftigen (Abg. Dr. Tull: Aber nicht nur theoretisch!) und gewaltige Beträge für die Forschung und für die Entwicklung reservieren müssen. (Abg. Dr. Tull: Stimmen Sie unserem Antrag zu, Herr Kollege!)

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre es klüger, daß wir, wenn wir heute noch nicht wissen, wann wir eines Tages in dieses große Europa hineingehen, nicht hier sitzen und nur schauen, sondern daß wir die Zeit nützen, um uns auf diesen Tag X vorzubereiten. (Abg. Dr. Tull: Sagen Sie das Ihrer Fraktion!) Eines Tages werden wir einen Vertrag besonderer Art bekommen (lebhafte Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen), der unserem Osthändel Rechnung trägt. Die Zeit ist daher gut genutzt. Wir haben jetzt fünf Jahre verhandelt, diskutiert, gesprochen, und nun müssen wir schauen, daß es zu diesem Vertrag besonderer Art kommt. Denn wir wollen Europa gewinnen, ohne aber unser Vaterland Österreich zu verlieren. — Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorerst habe ich mich namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion mit jenen Vorwürfen der Österreichischen Volkspartei auseinanderzusetzen, die uns Freiheitlichen unterstellt, wir wären zu einer konstruktiven Mitarbeit im diesem Hohen Hause nicht bereit und unsere Tätigkeit würde sich lediglich in einer negativen Kritik erschöpfen.

Diesem Vorwurf der Österreichischen Volkspartei möchte ich folgende Tatsachen entgegenstellen: Vorerst die Frage: Ist die Österreichische Volkspartei dort, wo sich grundsätzliche gemeinsame Berührungspunkte zwischen der Regierungspartei und der freiheitlichen Fraktion ergeben, bereit, eine solche Mitarbeit zu ermöglichen und zu gewährleisten?

Lassen Sie mich dem entgegenhalten, daß die Österreichische Volkspartei, seit sie die Alleinregierung übernommen hat, eine stimmberechtigte Mitgestaltung der Freiheitlichen im Handelsausschuß verhindert. Gerade im Handelsausschuß gäbe es eine Reihe wesentlicher und grundsätzlicher Berührungspunkte zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs. Aber nicht nur aus dem Handelsausschuß hat man die Freiheitlichen verdrängt, sondern auch in einer Reihe anderer wesentlicher Ausschüsse wird diese stimmberechtigte Mitgestaltung der Freiheitlichen von der derzeitigen Regierungspartei unmöglich gemacht. Derselbe Zustand ist im Außenpolitischen Ausschuß gegeben, und ebenso sieht die Situation im Landesverteidigungsausschuß aus. Auch dort gibt es keine stimmberechtigte Mitgestaltung der Freiheitlichen. (Abg. Steiner: Auf Grund des Wahlergebnisses!) Wenn Ihnen, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, eine solche Mitarbeit der Freiheitlichen Partei zweckmäßig und notwendig erscheint, so liegt es in Ihrer Hand, die Voraussetzungen für eine derartige Mitgestaltung zu schaffen.

Herr Abgeordneter Steiner! Ich habe elf Jahre dem oberösterreichischen Landtag unter einer absoluten ÖVP-Landtagsmehrheit angehört. Auf Grund dieser Erfahrung darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, daß in diesen elf Jahren von der absoluten Mehrheitspartei eine andere Gesinnung den Minderheitsparteien gegenüber an den Tag gelegt wurde, als dies seit dem 6. März dieses Jahres im Nationalrat der Fall ist. Sie sollen nicht immer die Dinge mit einer Handbewegung und mit dem Hinweis auf den 6. März 1966 abtun.

Wenn Sie — die ÖVP — bei dieser Haltung verbleiben, werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Auseinandersetzung manchmal einen polemisch-scharfen Charakter annimmt, den man vermeiden könnte, wenn die Regierungspartei entsprechende Gesprächsgrundlagen schaffen würde. (Abg. Steiner: Sie werden doch überall informiert! — Abg. Dr. J. Gruber: Herr Abgeordneter Peter! Sie sind aber schon mit einem scharfen Ton aus Oberösterreich gekommen! Auf Sie hat sich das gute Klima anscheinend nicht ausgewirkt!) Zum Unterschied von Ihnen, Herr Abgeordneter Gruber, der Sie auch aus Oberösterreich kommen, machte dieser scharfe Ton Ihrer ÖVP-Landtagsmehrheit weniger aus, als Ihrer empfindsamen Natur im Nationalrat zuträglich zu sein scheint. (Abg. Dr. J. Gruber: Ich bin nicht empfindsam!) Sie sollten nicht in den Fehler verfallen, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, anzunehmen, daß es in Ihrer Hand läge, zu bestimmen, wie der Ton

2692

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Peter

einer solchen Auseinandersetzung sein kann und darf.

Zum Wesen der Demokratie gehört auch die Bereitschaft, nicht nur dem anderen zuzuhören, sondern auch das Argument der anderen Seite beziehungsweise der anderen Seiten zu prüfen. Wir haben doch in den letzten Wochen und Monaten in diesem Hohen Hause immer wieder erlebt, wie wenig die ÖVP-Alleinregierung bereit ist, die Argumente der anderen Fraktionen zu prüfen, weil sie ja das Machtinstrument der 85 Mandate in Händen hat und am Abend in der Lage ist, die Meinungen der anderen Fraktionen, ohne sie geprüft zu haben, niederzustimmen. Damit glaube ich, erweist die Mehrheitspartei der Demokratie in Österreich keinen besonderen Dienst. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist heute durch meinen Parteifreund Meißl bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Haltung der Österreichischen Volkspartei ja nicht nur im Nationalrat, sondern auch auf anderen Ebenen außerhalb des Nationalrates immer wieder zutage tritt.

Der „Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender“ steht in einer Reihe österreichischer Bundesländer mit dem Wirtschaftsbund der Österreichischen Volkspartei bei Handelskammerwahlen in einer Listengemeinschaft. Diese Listengemeinschaft, die seit Jahren besteht, wird von der ÖVP auf Bundesebene nicht zur Kenntnis genommen. Auf der Bundeskammerebene tut man die Anliegen der Freiheitlichen mit genau derselben Handbewegung wie hier in diesem Hohen Hause ab. Im Bereich der Bundeshandelskammer bringt man immer wieder verlegen zum Ausdruck: Das sind Ländervereinbarungen, die uns auf Bundes- ebene nichts angehen.

Diesen Ländervereinbarungen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, liegt ja letzten Endes eine gleichgeartete Wirtschaftsgesinnung zugrunde, und das scheint uns Freiheitlichen dabei das Wesentliche zu sein. Sie von der Österreichischen Volkspartei und wir von der Freiheitlichen Partei Österreichs bekennen uns gemeinsam zur Sicherung der privatwirtschaftlichen Initiative in diesem Staat. Dort, wo diese Handlungsgemeinschaft gemäß den gemeinsamen Programmen dieser beiden Parteien zutage treten und wirksam werden soll, verwehren Sie von der Österreichischen Volkspartei uns Freiheitlichen sehr wesentliche Mitgestaltungsmöglichkeiten, weil Sie sich zu sehr auf das Recht des Stärkeren be rufen.

Auch in einem anderen Punkt, der sich vom Bereich der Wirtschaft nicht trennen läßt,

verfahren Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, in ähnlicher Weise mit den Freiheitlichen. Sie verhandeln sehr wohl mit den Sozialisten über die Neuordnung der verstaatlichten Industrie. Sie haben es aber bis heute nicht der Mühe wert gefunden, auch nur ein einziges Informationsgespräch zu diesem Gegenstand mit den Abgeordneten der Freiheitlichen Partei zu führen.

Ich möchte Ihnen eine Meinung, die von einer unabhängigen Tageszeitung am Samstag der vergangenen Woche zum Ausdruck gebracht wurde, in Erinnerung rufen. Herr Gruber schrieb in der „Presse“:

„Zwischen der Regierung und der parlamentarischen Opposition wird gegenwärtig über eine Beteiligung der Opposition an der künftigen Industrieverwaltung verhandelt. Das ist, auch wenn das Land von einer Einparteienregierung geleitet wird, durchaus konsequent, denn die verstaatlichten Unternehmen sind Eigentum der Republik, die Republik Österreich aber — das sind alle Österreicher.“

In der „Presse“ heißt es weiter:

„... nur mit den Sozialisten“ sollen die Gespräche geführt werden? „Die Gesamtheit der politisch mündigen Österreicher wird doch durch 165 Abgeordnete repräsentiert, darunter auch die sechs der FPÖ. Gerade sie fallen der Regierung zwar immer wieder durch besondere Aggressivität auf die Nerven, sind darum als Volksvertreter aber nicht minder legitimiert als die anderen 159 Abgeordneten. Sie haben daher gewiß den gleichen Anspruch, in der Industrieverwaltung durch einen Vertrauensmann beratend und kontrollierend“ mitzugesten.

Bis zum heutigen Tag, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, hat kein einziges Gespräch mit den Freiheitlichen über die Neuordnung der verstaatlichten Industrie stattgefunden. Wahrscheinlich besteht auch keine Bereitschaft, das Mitgestaltungsrecht der Freiheitlichen in diesem nicht unwesentlichen Wirtschaftszweig Österreichs zu gewährleisten. Das geht bereits so weit, daß es unabhängigen Journalisten auffällt.

Dabei sollten wir im besonderen darauf bedacht sein, die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu erhalten, weil ja durch die Konkurrenzfähigkeit derselben die Existenzgrundlagen aller Bürger dieses Staates gesichert werden. Es handelt sich zweifelsohne um kein parteipolitisches, sondern um ein eminent staatspolitisches Anliegen, das bei diesem Budgetkapitel zur Diskussion steht.

Das ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil die österreichische Wirtschaft besonderen

Peter

Strukturschwierigkeiten ausgesetzt ist. Diese Strukturschwierigkeiten bestehen letzten Endes darin, daß in einer kleinen Volkswirtschaft mit 7 Millionen Einwohnern zwei entgegengesetzte Wirtschaftssysteme einander gegenüberstehen: das der verstaatlichten Industrie auf der einen Seite und das der Privatwirtschaft auf der anderen Seite. Dieses Strukturproblem stellte uns in den abgelaufenen Jahren vor eine Reihe von Schwierigkeiten, die bis zum heutigen Tage nicht gelöst werden konnten.

Auf privatwirtschaftlicher Seite ist in den letzten Jahren nicht jenes Förderungsniveau erreicht worden, das dieser Wirtschaftszweig verdienen würde. In der verstaatlichten Industrie wiederum ist dem Prinzip der Marktwirtschaft nicht jenes Augenmerk zugewendet worden, das auch für diesen Bereich lebensnotwendig ist.

Ebenso bedauern wir Freiheitlichen, daß dem kreditpolitischen Anliegen der Privatwirtschaft so wenig im Sinne einer echten Förderung entsprochen wurde, wie das im abgelaufenen Jahr der Fall war. Diese Privatwirtschaft ist in Österreich seit Jahren einem enormen Steuerdruck ausgesetzt. Der Staat berücksichtigt nicht, daß gerade der Privatwirtschaftstreibende ungheure Risken auf sich nimmt. Nicht nur mit dem Einsatz seiner gesamten Person, sondern darüber hinaus mit dem Einsatz seines gesamten Eigentums und seines gesamten Vermögens trachtet er, der österreichischen Volkswirtschaft und darüber hinaus der gesamten Volksgemeinschaft zu dienen.

Was hat die Bundesregierung dieser Belastung entgegengestellt? Einen teuren Kapitalmarkt, der für die Privatinitiative so teuer ist, daß sie sich dieses Kapitalmarktes in der Regel nur unter größten Schwierigkeiten bedienen kann. Die Finanz- und Budgetpolitik des Staates war in den abgelaufenen Jahren in Österreich so schlecht, daß dieser den Privatwirtschaftstreibenden vom Kapitalsektor immer mehr verdrängt hat.

Besonders bedauerlich ist aber, daß die Allmacht des Staates ein für die Wirtschaft unerträgliches Ausmaß erreicht hat! Die Interventionen des Staates im Bereich der Wirtschaft sollen nach Ansicht der Freiheitlichen sparsam und zielführend sein. Wenn wir die Gesamtsituation der Wirtschaft überprüfen, stellt sich heraus, daß die Interventionen des Staates gegenüber der Wirtschaft weder sparsam noch zielführend gewesen sind.

Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Bundeshandelskammerpräsidenten Sallinger nicht anschließen, der dieses Budget 1967 und die Wachstumsförderung in einem so günstigen Licht sieht, das meines Erachtens

den Tatsachen nicht entspricht. Heute hätte der Bundeshandelskammerpräsident sein Ceterum censeo erheben und auf jene Schwierigkeiten verweisen müssen, denen die österreichische Wirtschaft auf Grund staatlicher Fehlleistungen ausgesetzt ist.

Welche Schwierigkeiten der Staat in den letzten Jahren einem maßgeblichen Teil unserer Wirtschaft bereitet hat, geht aus der Tatsache des Bautenskandals hervor, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben. Warum kam es zu diesen Unzulänglichkeiten auf dem Bau-sektor? Unter anderem deswegen, weil heute 70 bis 80 Prozent der österreichischen Bauwirtschaft von den Aufträgen des Staates abhängig sind.

Darin liegt eine der Ursachen für unverantwortliche Fehlentwicklungen, die alles andere als erfreulich sind. Es wäre interessant, gerade vom ressortverantwortlichen Minister zu erfahren, welche Wege er zu beschreiten gedenkt, um die Allmacht des Staates gegenüber der Wirtschaft abzubauen, und welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten er sieht, die Interventionen und Eingriffe des Staates in den Bereich der Wirtschaft auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Aber nicht nur im Bereich der Bauwirtschaft, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen tritt diese Intervention des Staates in einer unerfreulichen Art und Weise zutage. Endlich ist es so weit, daß in Österreich eine zweite Erdölraffinerie errichtet wird. Die Erreichung dieses Ziels war für die private Erdölwirtschaft schwer genug, weil die Monopolstellung des Staates nicht angetastet werden sollte. Als sich nun die private Mineralölwirtschaft darüber im klaren war, wo diese zweite Raffinerie errichtet werden soll, setzte neuerdings die Intervention des Staates in einer vom wirtschaftlichen Standpunkt unhaltbaren Weise ein. Wieder ist es der Staat, der ein zügiges Vorantreiben dieses Projekts erschwert. Wir konnten gerade in der vergangenen Woche zur Kenntnis nehmen, daß sogar die ÖMV deswegen behindert ist, weil der Landeshauptmann von Kärnten noch immer wie ein Löwe um den Standort dieser Raffinerie in Kärnten kämpft und weil deswegen entscheidende Beschlüsse hinausgeschoben werden müssen.

In Österreich wird eine zweite Raffinerie errichtet, ohne einen einzigen Schilling vom Staate hiefür zu beanspruchen. Es kann darum nicht Aufgabe des Staates sein, zu bestimmen, wo diese zweite Raffinerie errichtet wird. Es wäre vielmehr die Aufgabe des Staates, dann helfend, fördernd, unterstützend, aber nicht hemmend in Erscheinung zu treten, wenn das verlangt werden sollte.

2694

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Peter

Hingegen heißt es in einem Wirtschaftsbericht vom 1. Dezember dieses Jahres:

„Auf die Frage nach dem Standort der geplanten zweiten Raffinerie Österreichs erklärte Kommerzialrat Bauer, der Generaldirektor der ÖMV, daß die Hauptversammlung der ÖMV beschlossen habe, die Bestimmung des Standortes bis zum 15. Dezember hinauszuschieben.“

Bis dahin wird es dem Kärntner Landeshauptmann Sima obliegen, alle Gründe für die von ihm geförderte Raffinerie auf Kärntner Boden darzulegen.“

Der Landeshauptmann von Kärnten weiß ja bereits, warum die privaten Erdölfirmen die Raffinerie nicht in Kärnten zu errichten beabsichtigen: weil sie sonst mit ihrer eigenen Raffinerie in Triest in Konkurrenz treten müßten und weil sie dadurch Gefahr laufen, ihr Kapital falsch zu investieren. Zudem soll diese Raffinerie nach Ansicht der privaten Erdölfirmen im Raum von Graz errichtet werden, weil sie unter anderem den Zweck erreichen soll, Erdölimporte aus dem Südosten abzuschirmen, um die Leistungsfähigkeit der eigenen Betriebe zu gewährleisten.

Wieder aber greifen staatliche Stellen ein, ohne daß eine entsprechende Notwendigkeit und Voraussetzung dafür gegeben ist. Wir Freiheitlichen bekennen uns nach wie vor zu dem Grundsatz: Nur so viel Staat wie unbedingt nötig, aber so viel Freiheit wie nur irgendwie möglich! (Beifall bei der FPÖ.) Dieser Grundsatz hat auch für den Bereich der Wirtschaft zu gelten; vor allem dann, wenn die Wirtschaft durch ihre eigene Leistung, durch ihre eigenen Mittel dem Staat und der Gesamtheit aller Bürger dient.

In diesem Zusammenhang darf man der Bundesregierung und der verantwortlichen Ressortführung doch in Erinnerung rufen, daß die Probleme von übermorgen nicht mit den Methoden von vorgestern bewältigt werden können. Dieser Grundsatz trifft im besonderen für die Wirtschaft zu, für die verstaatlichte Wirtschaft ebenso wie für den Bereich der privaten Wirtschaft.

Wie ist denn der Prozeß der Kapitalbildung von der Regierung in den letzten Jahren vorangetrieben worden? Zu langsam, mit vielen Erschwernissen für die Privatwirtschaft ebenso wie für den Bereich der verstaatlichten Industrie. Hier wie dort fehlt es an den notwendigen Investitionsmitteln, um die österreichische Wirtschaft in der Weltkonkurrenz leistungsfähig zu erhalten. Dieser Prozeß der Kapitalbildung und Kapitalsicherstellung ist von der Regierung weder im Geistigen noch im Materiellen entscheidend unterstützt worden.

Darüber hinaus müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß die Planmäßigkeit der Wirtschaftspolitik heute auch im Rahmen der Marktwirtschaft unerlässlich ist. Wenn sich alle Kräfte zu diesem Grundsatz bekennen, so wird dadurch die erste Voraussetzung dafür geschaffen, daß Strukturschwächen in beiden Bereichen der österreichischen Wirtschaft, der privaten und der verstaatlichten, erfolgreich bekämpft werden können.

Ich möchte aber nicht verfehlten, dem verantwortlichen Ressortchef jene Sorge in Erinnerung zu rufen, die immer wieder hinsichtlich des Strukturmangels der österreichischen Wirtschaft zum Ausdruck gebracht wird. Zu diesem Thema zitiere ich den Wirtschaftsjournalisten der „Presse“, der jüngst erklärte:

„Die österreichische Wirtschaft leidet an einem Strukturmangel: Sie hat keine oder jedenfalls zuwenig ‚Wachstumsindustrien‘, Unternehmen also, die in moderne Produktionsbereiche vorstoßen, große Zuwachsraten in der Produktion, eine überlegene Produktivität und Rentabilität erreichen könnten. Darum fehlt es der österreichischen Wirtschaft an Kapital, um in der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung mit den großen Industriationen Schritt halten zu können. Die österreichische Wirtschaft ist in dieser Beziehung im Verzug, um 10 oder 15, vielleicht sogar um 20 Jahre.“

Darum müssen wir Freiheitlichen mit aller Vehemenz der Feststellung entgegentreten, die der Finanzminister in seiner Budgetrede getroffen hat: nämlich der Auffassung, daß der Staat im Jahre 1967 den österreichischen Kapitalmarkt weitestgehend schonen würde. Ich habe schon bei der ersten Lesung des Budgetvoranschlag für 1967 dieser Auffassung des Finanzministers widersprochen und muß auch heute namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion zum Ausdruck bringen, daß der Staat im Jahre 1967 den Kapitalmarkt zum Nachteil der Privatwirtschaft eher belasten, denn schonen wird. Daher sehe ich keine Förderung, keine Unterstützung im Bereich des inländischen Kapitalmarktes durch eine vernünftige, sachgerechte und verantwortungsbewußte Budgetpolitik des Bundes zugunsten der österreichischen Wirtschaft.

Mein Parteifreund Meißl hat einleitend bereits zum Ausdruck gebracht, daß hinsichtlich der Gewerbeordnung und des Gewerberechtes die Dinge im argen liegen. Hier handelt es sich um einen Wirtschaftszweig, der größten Belastungen, größten Schwierigkeiten ausgesetzt ist und dessen Initiative Österreich andererseits wesentliche wirtschaftliche Erfolge verdankt.

Wie aber nimmt sich der Staat gerade dieses Wirtschaftsteiles an? Das lassen Sie mich

Peter

an Hand einer „Presse“-Aussendung charakterisieren, in der es heißt:

„Die Gewerbeordnung, sagen heute viele, sei ein Korsett, das in den Nähten platzt und von der Dynamik der Wirtschaft gesprengt zu werden droht. Also müsse man ... daran gehen, ein neues, den Erfordernissen des Jahres 2000 angemessenes Korsett zu schneidern.“

Das ist die Forderung, die aus Kreisen der gewerblichen Wirtschaft erhoben wird. Wie aber der Staat dieser Forderung entsprochen hat, beleuchtete schon einleitend Abgeordneter Meiβl. Ich muß die Bedenken der Freiheitlichen wiederholen:

Anläßlich der Budgetdebatte 1957 ist in diesem Haus von allen drei Fraktionen ein Entschließungsantrag angenommen worden, der der Bundesregierung die Reform der Gewerbeordnung auferlegt hat. Am 16. Mai 1958 trat unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Bock erstmalig die Gewerberechtskommission, bestehend aus Parlamentariern, Verwaltungsfachleuten, den Vertretern der Interessenverbände und jenen der Wissenschaft, zusammen.

Wie aber hat die Bundesregierung diesem Entschließungsantrag des Nationalrates aus dem Jahre 1957 entsprochen? So, daß die Reform des Gewerberechtes bis zum heutigen Tag leider Gottes nach wie vor nicht Tatsache geworden ist. Man sprach davon, daß zumindest die Diskussionsgrundlagen für den „Allgemeinen Teil“ erarbeitet worden sind.

Ich richte daher an Sie, Herr Minister die Frage: Bis zu welchem Zeitpunkt sieht sich die Bundesregierung in der Lage, dem Nationalrat eine Vorlage zur Reform des Gewerberechtes zu unterbreiten?

Wenn da und dort manchmal noch das Wort vom „Rentnerelend“ anklingt und wenn dieses Wort in Einzelfällen oft seine Berechtigung hat, dann trifft dieses Wort auch auf einen anderen Berufsstand der österreichischen Wirtschaft zu: auf den der Kleingewerbetreibenden. Dieser Kreis von Wirtschaftstreibenden unterliegt genauso schlechten Einkommensbedingungen wie andere sozial schwache Gruppen im Staat. Der Arbeitnehmer, soweit er zu den sozial Schwachen gehört, darf wenigstens für sich das Recht in Anspruch nehmen, das Wenige am Lohnauszahlungstag sicher zu erhalten. Bei den Kleingewerbetreibenden ist oft das Wenige in Frage gestellt. Darum richten wir Freiheitlichen in diesem Zusammenhang an die Bundesregierung, aber auch an die ÖVP-Wirtschaftsbundabgeordneten die Frage: Wie soll dieser Berufsstand der Kleingewerbetreibenden, wie soll der Familienbetrieb

gefördert werden, um ihn wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen? Ich nehme doch an, wir alle wollen diesen Berufsstand der Kleingewerbetreibenden, den Familienbetrieb erhalten. Soll dieses Ziel erreicht werden, so muß rasch geholfen werden. Nicht Subventionen sind für den Kleingewerbetreibenden erstrebenswert, sondern eine wirksame Strukturverbesserung durch echte und verantwortungsbewußte Förderung streben wir Freiheitlichen für die gewerbliche Wirtschaft an.

Auf dem Gebiet der Integrationspolitik konnte durch die Bundesregierung auch in den letzten Monaten leider keine Klarheit geschaffen werden. Wir Freiheitlichen sind jene Partei, die das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, zuerst den Weg Österreichs in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorgeschlagen zu haben. Wir Freiheitlichen haben die beiden anderen Parteien vor dem Umweg über die kleine Freihandelszone in die EWG gewarnt. Österreich steht heute zwischen beiden Stühlen, ohne Klarheit darüber zu haben, wann der Sondervertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft tatsächlich unter Dach und Fach gebracht werden kann. Die Österreichische Volkspartei ließ sich seinerzeit von den Sozialisten beeindrucken und ging mit diesen — ich glaube, heute sagen zu dürfen, wider besseres Wissen — den Weg in die EFTA.

Den Sozialisten gegenüber müssen wir Freiheitlichen einen schweren Vorwurf erheben. Er trifft weniger die Partei als vielmehr die Person ihres derzeitigen Vorsitzenden. Die diskriminierenden EWG-Erklärungen des Vizekanzlers a. D. Dr. Pittermann sind nicht ohne Folgen geblieben. Die Verteufelung — ich wage dieses Wort bewußt —, die Herr Pittermann gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jahrelang betrieben hat, hat ihre Früchte getragen. (Abg. Czettel: Zum Beispiel? Welche Verteufelung?) Zum Beispiel, Herr Abgeordneter Czettel: Wer für den Weg Österreichs in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eintritt, spricht sich für einen Anschluß Österreichs an Deutschland aus. — Genau dieselben Argumente, die Pittermann vor Jahren in Sonntagsreden gebrauchte, wandte in den letzten Wochen der russische Staatspräsident Podgorny in Österreich an. Podgorny und mit ihm die Russen brauchen im Zusammenhang mit der EWG-Frage nur Pittermann zu zitieren, um die „besten“ Argumente gegen den Weg Österreichs in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft anzuführen. (Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Czettel: Das glauben Sie doch selber nicht!) Das glaube ich sehr wohl, weil zum Unterschied vom Abgeordneten Dr. Pitt-

2696

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Peter

mann der Abgeordnete Kreisky und andere sozialistische Abgeordnete in den abgelaufenen Jahren wesentlich EWG-freundlichere Stellungnahmen abgegeben haben. Es gibt sogar eine Feststellung des früheren Außenministers Kreisky, die in diesem Punkt in krassem Gegensatz zu den Erklärungen des Abgeordneten Pittermann steht. Herr Abgeordneter Czettel! Ich kann Ihnen jederzeit diese Pittermann-Zitate über die EWG ausheben und dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen. (Abg. Mitterer: Sie sind ihm selbst zuwider genug!)

Die ÖVP hat sich in den letzten Jahren zu einem langsamem Umdenken in der EWG-Frage entschlossen. Das macht aber jenen Zeitverlust nicht wett, der uns heute außerordentlich zu schaffen macht und der für die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren schwere Belastungen mit sich gebracht hat; abgesehen von den außenpolitischen Schwierigkeiten, denen wir heute gegenüberstehen. Die Österreichische Volkspartei erweist sich nach wie vor als eine Partei, die sich wohl zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bekennt, aber beileibe nicht alle Möglichkeiten ausschöpft, um den Weg in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft rasch zu finden.

Über das Brückenschlagkonzept, das die Bundesregierung seit Jahren vertritt, äußerte sich Außenminister Tončić in den letzten Tagen im Hohen Hause. Er hat mit vielen schönen Worten inhaltlich wenig oder nichts gesagt. Der Herr Außenminister war nicht in der Lage, zu sagen, welche konkreten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Brückenschlag derzeit ergriffen werden sollen. Andererseits hat sich Außenminister Dr. Tončić vergangene Woche in Salzburg wieder sehr „EWG-optimistisch“ geäußert.

Ich habe in der vergangenen Woche dem Herrn Außenminister den Vorwurf gemacht, daß seine „Modellfallerklärung“ bei den europäischen Gemeinschaften wenig Freude ausgelöst hat. Der Herr Außenminister stellte von der Regierungsbank aus fest, daß er diese Erklärung über den Modellfall Österreich niemals in der von mir zitierten Form abgegeben habe. Er hat aber andererseits die Pressemeldungen, die diesen „Modellfall“ wiedergegeben haben, nicht berichtigt. Es drängt sich daher die Frage auf, ob die vielen Erklärungen, die der Herr Außenminister in den letzten Wochen zur EWG-Frage abgegeben hat, der Integrationsbemühung Österreichs dienen oder nicht. Ein Weniger des Herrn Außenministers wäre in Sachen EWG vermutlich mehr gewesen.

Auch der Generalsekretär der EFTA hat in den allerletzten Tagen zum Ausdruck

gebracht, daß seine Auffassung hinsichtlich des Brückenschlages außerordentlich pessimistisch ist. Der EFTA-Generalsekretär meinte, daß man heute überhaupt nicht sagen könne, welche konkreten Absichten die einzelnen EFTA-Partner bezüglich ihres EWG-Weges haben. Hier herrsche also sehr wenig Klarheit über das Wollen der einzelnen EFTA-Partner, sagte der Generalsekretär der EFTA.

Jetzt geht eben jeder EFTA-Partner seinen eigenen Weg, worüber in diesen Tagen in London im Beisein von Dr. Klaus eingehend beraten wird. Darum sind wir Freiheitlichen der Meinung, daß die Bundesregierung ihre Meinungsäußerungen zum Thema Integration gründlicher abwägen muß, soll nicht durch solche Erklärungen neues Unheil hervorgerufen werden.

Dann wollen wir Freiheitlichen vom Integrationsminister auch Klarheit dahin gehend erhalten, welche Ergebnisse die letzten EFTA-Beratungen gezeigt haben. Was man ausländischen Wirtschaftsnachrichten darüber entnehmen kann, ist alles andere denn erfreulich. So soll bei der jüngsten Tagung in Portugal, die der Pariser vorausgegangen ist, großer Widerstand, großes Befremden von Seite der anderen EFTA-Partner hinsichtlich des Weges zutage getreten sein, den Österreich einzuschlagen gedenkt. Österreich wird der Vorwurf gemacht, daß es die EFTA-Solidarität in Frage stellen würde. Wir Abgeordneten tun uns außerordentlich schwer, derartige Pressestimmen zu beurteilen, wenn wir vom verantwortlichen Ressortchef über diese Beilage keine oder nur unzulängliche Mitteilungen erhalten.

An dieser Stelle wiederum ein Wort an die Österreichische Volkspartei: Man beklage sich nicht über den harten Ton der Auseinandersetzungen, wenn man den Oppositionsfraktionen dieses Hauses notwendige Erklärungen über wesentliche staatspolitische Anliegen vorbehält. Entweder ist die Regierung bereit, diese Lebensprobleme Österreichs mit den anderen Parteien einer eingehenden Diskussion zu unterziehen — dann besteht die Möglichkeit, einen gemeinsamen Weg zu erarbeiten —, oder die ÖVP-Regierung übernimmt diese Arbeit so ausschließlich, wie es in der Vergangenheit der Fall war. In diesem Fall trägt sie dafür aber auch die alleinige Verantwortung. Darauf muß sich die Österreichische Volkspartei im klaren sein.

Wir Freiheitlichen streben nach wie vor eine rasche Klärung des Nahverhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Montanunion an, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Österreichs zu garantieren.

Peter

Darunter verstehen wir Freiheitlichen eine Europapolitik der mittleren Schritte, die auf unsere neutralitätsgesetzlichen Verpflichtungen maximale Rücksicht nimmt.

Wir Freiheitlichen bekennen uns zur österreichischen Neutralitätspolitik als einem Resultat weltpolitischer Verhältnisse.

Wir Freiheitlichen werden daher stets bemüht sein, die europäische Solidarität unserer Heimat so mitzustalten, daß sie dem Postulat der Neutralität niemals entgegen gesetzt ist.

Wir Freiheitlichen sind aber auch der Überzeugung, daß die Europapolitik der österreichischen Bundesregierung ein gemeinsames Anliegen aller drei Parteien in diesem Hause zu sein hat.

Wir Freiheitlichen bedauern es daher, daß die Österreichische Volkspartei an ihrem partei egoistischen Machtstreben festhält und dadurch die stimmberechtigte Mitgestaltung der FPÖ im Handels-, Landesverteidigungs- und im Außenpolitischen Ausschuß verhindert. Solange diese Gesinnung der Regierung den Freiheitlichen gegenüber aufrechterhalten wird, solange sind wir nicht in der Lage, dem Kapitel Handel die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Mussil das Wort.

Abgeordneter Dr. Mussil (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst auf einige Ausführungen zurückkommen, die meine Vorredner heute vorgebracht haben.

Zuerst zu dem, was Abgeordneter Meißl bezüglich der steuerlichen Entlastung der Kleinbetriebe erwähnt hat. Ich darf dazu sagen, daß wir mit aller Intensität eine steuerliche und auch eine sonstige Besserstellung gerade der Klein- und Mittelbetriebe verfolgen. Es ist in den letzten Jahren sehr viel auf diesem Gebiete geschehen. Wir wissen, daß das noch nicht genug sein kann. Ich verweise nur auf die Steuerpauschalierung, auf die Investitionsrücklage, auf Entlastungen in der Umsatzsteuer und so weiter. Daß wir die Progression nicht neuerlich im gleichen Augenblick in Angriff nehmen können und konnten wie die Wachstumsgesetze, meine sehr geehrten Herren, ist eine Selbstverständlichkeit, das wäre budgetär nicht zu tragen gewesen.

Der Herr Abgeordneter Kostroun wiederum hat erwähnt, daß die Portale für die Kaufleute bei der Abzugsfähigkeit in den Einkommensteuergesetzen mit 200.000 S hätten begrenzt werden sollen; es wäre eine Unrechtmäßigkeit, wenn Großwarenhäuser und so weiter die Möglichkeit hätten, auch ihre

Portalbauten abzugsfähig von der Einkommensteuer gestalten zu können. Mit dem Augenblick aber, wo man hier eine Grenze zieht, muß man in der Industrie, im Geld- und Kreditwesen und auf allen anderen Gebieten ebenfalls eine Grenze ziehen. Wenn Sie ins Ausland fahren und sich die Portalbauten oder die Repräsentivbauten der Geld- oder Kreditinstitute und auch der Industrie ansehen, dann werden Sie, wenn wir in Österreich nicht als rücksichtlich gelten wollen, zu dem Ergebnis kommen müssen, daß eine Grenzziehung in diesem Ausmaß zweifellos nicht gerechtfertigt gewesen wäre.

Der Abgeordnete Meißl hat weiters auf das Gewerberecht hingewiesen — ebenso wie der Herr Abgeordneter Peter — und hat gemeint, daß die Dinge schon zu lange dauern. Im Jahre 1957 sei diese Gewerberechtsreformkommission gegründet worden, und es ist bisher noch immer nicht zu einer Aussendung zumindest des allgemeinen Teiles der neuen Gewerbeordnung gekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin selber in der Gewerberechtsreformkommission seit ihrem Entstehen als Mitglied tätig. Die Standpunkte und die Probleme sind derart vielschichtig und derart divergierend, daß es außerordentlich schwierig ist und schwierig war, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen: Am Anfang ist von einzelnen Mitgliedern dieser Kommission vertreten worden, daß im Sinne einer stärkeren Gewerbefreiheit sowohl der Befähigungsnachweis wie das Konzessionssystem, der Konzessionszwang und so weiter als Einschränkungen der Gewerbefreiheit abzubauen wären und daß das Prinzip „Freie Bahn dem Tüchtigen“ 100prozentig zum Durchbruch zu kommen hätte. Einer dieser Vertreter hat gesagt: Die beste Meisterprüfung ist das Leben selbst; dort soll sich der Betreffende bewähren, und wenn er sich nicht bewährt, hat er auszuscheiden. Das gestaltet die Atmosphäre zum Leben für die anderen Gewerbetreibenden nur umso besser. Das würde bedeuten, daß letzten Endes die beste Gewerbeordnung, wenn man das konsequent verfolgt, die Konkursordnung wäre.

Wir haben in langwierigen Verhandlungen zuwege gebracht, eine gemeinsame Auf fassung in der Gewerberechtsreformkommission herbeizuführen. Der Entwurf eines allgemeinen Teiles ist jetzt vor der Aussendung. Er wird in den nächsten Wochen versendet und das Begutachtungsverfahren darüber eingeleitet werden.

Ich darf einen Vergleich mit der Zeitdauer anstellen, die für unsere Vorfäder im Jahre

Dr. Mussil

1859 bei der erstmaligen Erstellung der Gewerbeordnung gegolten hat, um mit diesem Gesetzeswerk fertig zu werden. Diese Arbeiten der damaligen Gewerberechtsreformkommission haben 40 Jahre gedauert. (Abg. Zeillinger: *Da haben wir schöne Aussichten!*) Herr Abgeordneter Zeillinger, wir nehmen uns das nicht als Vorbild und wollen dem durchaus nicht nachheifern. Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß das eine Materie ist, die man nicht so rasch und die man nicht mit Schlagworten erledigen kann. Man muß sie genau studieren und muß in dieser Kommission zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Das ist uns, glaube ich, gelungen. (Abg. Peter: *Herr Dr. Mussil! Wie viele Jahre brauchen wir noch?*) Herr Abgeordneter Peter, ich habe schon erwähnt, daß die Gewerbeordnung jetzt ausgesendet wird, und es wird ein halbes Jahr oder dreiviertel Jahr Begutachtungsfrist sein. Während dieser Zeit wird der besondere Teil der Gewerbeordnung verhandelt.

Ein zweites Thema, das von mehreren Vorednern angeschnitten worden ist, ist die Genossenschaftsfrage. Ich glaube, nicht im Verdachte zu stehen, daß ich subjektiv zu stark für die landwirtschaftlichen Genossenschaften eintrete. Aber ich darf vollkommen konkret sagen: Wenn wir die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht hätten, dann müßten sie jetzt gegründet werden, meine Damen und Herren, genauso wie die Genossenschaften auf unserer eigenen Seite. Wir haben im Gewerbe, im Handel, im Fremdenverkehr und so weiter an die hundert Genossenschaften, die in den allgemeinen Fragen, wie Nichtmitgliedergeschäft, in den Fragen der Besteuerung und so weiter vollkommen die gleiche Linie vertreten wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es ist daher für uns ein außerordentlich schwieriges Problem, einen richtigen Mittelweg zu finden. Wir haben im Jahre 1962 ein Abkommen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zustande gebracht, das etwa drei Jahre gehalten hat. Aber die Genossenschaften sind selbständige Wirtschaftskörper, die nicht weisungsunterworfen sind, weder der Landwirtschaftskammer noch dem Bauernbund noch der Bundeskammer oder sonst jemand. Wir müssen Mittel und Wege suchen, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen, wo die landwirtschaftlichen Genossenschaften weiterleben können, aber auch die Klein- und Mittelbetriebe innerhalb der gewerblichen Wirtschaft. Auf dieser Basis sind nun die Verhandlungen angelaufen, die der Herr Präsident Sallinger angedeutet hat.

Ein nächstes Kapitel ist die ÖIG. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da hat

der Abgeordnete Peter unter Zitierung einer unabhängigen Zeitung die Meinung vertreten, daß es notwendig wäre, im Aufsichtsrat eine Vertretung der Freiheitlichen vorzusehen. Darf ich dazu eines sagen: Gerade von Ihnen, meine sehr geehrten Herren, ist die völlige Entpolitisierung der verstaatlichten Industrie seit eh und je verlangt worden und der sogenannte Proporz in der verstaatlichten Industrie mit aller Macht bekämpft worden. Wir sind im wesentlichen hier auch der gleichen Meinung, sind aber der Auffassung, daß gerade im Aufsichtsrat der Dachgesellschaft der Staat vertreten sein muß im Verhältnis der politischen Parteien im Parlament, weil die verstaatlichte Industrie ja Eigentum des Staates ist. Meine sehr geehrten Herren! Der Aufsichtsrat der ÖIG umfaßt 17 Mandate. (Abg. Peter: *Da haben Sie gerechnet!*) Da kann man rechnen, wie man will, da kann man von vorn nach hinten, von oben nach unten und kreuz und quer rechnen: Da ist der Platz für Sie noch nicht drinnen. Vielleicht später einmal (Abg. Peter: *Sie haben es durchgerechnet, aber zu unserem Nachteil!*), wir wollen Ihnen die Hoffnungen, Herr Peter, nicht abgraben, aber im Moment sind Sie noch nicht dabei. (Zwischenruf des Abg. Meißl.)

Dann ist die Frage der Wachstumsförderung erwähnt worden; in dem Zusammenhang auch der — ich gebrauche ausdrücklich noch einmal das Wort — sogenannte Bauskandal. Es ist in dem Zusammenhang auch erwähnt worden, daß es unrichtig wäre, daß 100 Prozent der Aufträge gerade beim Straßenbau und so weiter von der öffentlichen Hand vergeben werden. Ich betone noch einmal: Ich dürfte auch nicht im Verdachte stehen, für eine zu starke Ausbreitung des Staatseinflusses in der Wirtschaft jemals eingetreten zu sein (Abg. Peter: *Sie stimmen nur mit!*) und auch in Zukunft jemals eintreten zu können, Herr Peter. Darf ich nur eines sagen: Wer soll denn die Aufträge für den Straßenbau vergeben? Man kann nachdenken, ob man Aktien für verstaatlichte Betriebe ausgeben kann und so weiter. Aber daß man jemals den Straßenbau privatisieren kann, Herr Peter, das ist ausgeschlossen. (Abg. Peter: *Daran ist auch gar nicht gedacht! Das hat niemand behauptet! „Die gesamten Bauaufträge“, habe ich gesagt!*) Sie haben es in der Richtung hin gemeint. Aber ich darf eines sagen in dem Zusammenhang: Dieses 100prozentige Monopol auf der Auftragsseite ist sicherlich eine der Ursachen, warum es in der Bauwirtschaft zu dieser Entwicklung gekommen ist. Darum ist die Bauwirtschaft und sind auch wir seit eh und je für eine Koordinierung der Bauwirtschaft eingetreten (Abg. Melter: *Sie hätten es ja machen können!*), für eine Koordi-

Dr. Mussil

nierung der Auftragsvergabe. Es ist leider nicht dazu gekommen (*Abg. Horr: Ich werde das heute noch sagen, warum!*), weil von Ihrer Seite ... Du warst ja nicht in dem Achterkomitee drinnen, lieber Freund Horr, aber ich bin eineinhalb Jahre in dem Achterkomitee drinnen gesessen und habe mich bemüht, die Institutionalisierung, die eigene Kommission, die Einbeziehung der Privatwirtschaft in ein Bewilligungssystem und die ganzen dirigistischen Gedankengänge aus dieser Koordinierung herauszubekommen. In dem Augenblick, wo das der Fall war, ist diese Empfehlung auch von der Paritätischen Kommission verabschiedet worden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aber heute noch mit einem Problem auseinandersetzen, das im Laufe der Budgetdebatte sehr, sehr häufig angeschnitten worden ist, und das ist die Entwicklung der Löhne und Preise in der letzten Zeit. Als höflicher Mensch versuche ich ständig, mich den Gedankengängen meiner Gesprächspartner anzupassen, und da Sie immer sagen, daß die Preise diejenigen waren, die zuerst in die Höhe gegangen sind, und daß daher die Preise schuldtragend sind an der Lohnerhöhung, möchte ich mit den Preisen beginnen.

Vor allem möchte ich aber dieses Thema heute auch deswegen anschneiden, weil bei uns in Österreich sich gewisse Dinge abzeichnen, die außerordentlich besorgniserregend sind. In Fachkreisen wird prophezeit, daß im nächsten Jahr die Wachstumsrate wahrscheinlich um ein halbes, wenn nicht noch um ein ganzes Prozent sinken wird. (*Abg. Doktor Pittermann: Trotz der Wachstumsgesetze?*) Ich komme auf die Wachstumsgesetze, Herr Dr. Pittermann, noch eingehend zu sprechen. Ich komme noch eingehend darauf zu sprechen (*Abg. Dr. Pittermann: Aber! Geh, geh, das glaube ich nicht!*), wenn Sie mir noch fünf Minuten Geduld schenken. In England ist es so weit, daß die Wachstumsrate bereits auf Null heruntergesunken ist, und in Deutschland beginnt man bereits mit Lohnreduktionen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, in großen Betrieben im Einvernehmen mit den Betriebsräten, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Wir müssen daher alles daransetzen, gemeinsam mit diesen Dingen fertigzuwerden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber eines vorausschicken: Eine noch so starke Verschärfung des Preisregelungsgesetzes, was wiederholt verlangt wird, würde nicht das Ergebnis bringen können, das man sich unter Umständen vorstellt. Es ist eine Binsenwahrheit, daß behördliche Preise, die über den echten Marktpreisen liegen, nicht lukriert werden können, weil sie die Wirtschaft und

der Markt eben nicht hergibt. Umgekehrt würde der Staat, wenn er die Preise unter den echten Marktpreisen festsetzen würde, damit ebenfalls nichts erreichen können, dann würde die gute Qualität aus den Geschäftsläden verschwinden, und es würde ein Grauer Markt entstehen. Die amtliche Preisregelung ist wiederholt verglichen worden mit einem Arzt, der zu einem Fieberkranken kommt, das Fieber mißt und sieht, er hat 39 Grad, und anstatt die Krankheit an den Wurzeln zu packen, hergeht, das Fieberthermometer nimmt und es herunterbeutelt. Mehr kann man also mit einer amtlichen Preisregelung anhaltend nicht erreichen. (*Abg. Dr. Pittermann: Gut, daß Sie uns das sagen!*) Ja sicher, das haben wir, Herr Dr. Pittermann, seit eh und je vertreten. (*Abg. Dr. Pittermann: Daher muß man Preissteigerungen auf einem anderen Weg ausgleichen!*)

Es ist auch kein Geheimnis, daß eine Anzahl von Unternehmungen gar nicht so uninteressiert wäre an einer amtlichen Preisregelung, weil jedes Preisamt die effektiven Kosten anerkennen muß. Bei der amtlichen Preisregelung richten sich die Preise nach den Kosten, und da fehlt jeder Zwang zu einer Kostensenkung, zur Rationalisierung.

In der Marktwirtschaft ist das umgekehrt. Da müssen sich die Kosten nach den Preisen richten, und die Preise müssen auf einen ständigen Wettbewerbsdruck reagieren. (*Abg. Skritek: Das ist aber ein Märchen, was Sie da erzählen!*) Ich komme schon darauf zu sprechen, wie die Dinge hier liegen, meine sehr geehrten Herren, Sie sind so ungeduldig, Sie wollen alles vorwegnehmen, aber Sie brauchen keine Angst zu haben, ich gehe auch auf diese Dinge ein.

Meine Damen und Herren! In der letzten Zeit ist viel davon geredet worden, daß sich die Löhne nicht nach dem wirklichen Wirtschaftswachstum richten sollten, sondern nach dem möglichen Wirtschaftswachstum. Wenn eine derartige expansive Lohnpolitik den damit verfolgten Rationalisierungszweck erreichen soll — und das kann ja überhaupt nur der Zweck einer derartigen Lohnpolitik sein; ich bin überdies der Meinung, daß das auch nicht aufgehen würde —, dann kann das nur bei einer vollkommenen freien Preisbildung funktionieren. Bei jeder amtlichen Preisregelung müßten die überhöhten möglichkeitsorientierten Löhne als Kosten anerkannt werden, und damit wäre der Rationalisierungsdruck von vornherein verschwunden.

Meine sehr geehrten Herren! Jetzt komme ich auf das zu sprechen, was Sie erwähnt haben. Es ist uns schon bekannt, daß in der freien Wirtschaft eine gewisse Tendenz zur

2700

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Dr. Mussil

Selbstausschaltung des Wettbewerbes besteht. Da liegt einer der Hauptunterschiede zwischen dem Manchester-Liberalismus und der sozialen Marktwirtschaft, daß eben der Staat die Aufgabe hat, darüber zu wachen, daß diese Selbstausschaltung möglichst wenig stattfindet. In breiten Kreisen der Industrie, des Gewerbes und des Handels herrscht eine sehr, sehr scharfe Wettbewerbssituation, in manchen Zweigen eine ausgesprochen ruinöse. Der Importdruck ist so stark — diese Ziffer ist heute schon erwähnt worden —, daß unsere Handelsbilanz heuer mit etwa 18 Milliarden passiv ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kreisky.*) Dort, wo Tendenzen zur Ausschaltung des Wettbewerbs vorhanden sind, werden wir eingreifen müssen. Ich sage das sehr bewußt, auch wenn es den Betroffenen im Moment wehtun sollte. Wenn man sich zur Wettbewerbswirtschaft bekennt, und ich tue das aus vollster Überzeugung, dann bedeutet das eben den Verzicht auf Sicherheit und Bequemlichkeit für die Betriebe. Ich könnte mir daher viel eher vorstellen, daß man das preispolitische Gewicht der Paritätischen Kommission dadurch stärkt, daß weiterhin Wege gesucht werden, den Wettbewerb zu heben, anstatt die amtliche Preisregelung zu verschärfen. Über eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir uns aber im klaren sein: Nach den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es weder möglich noch anzustreben, daß die Einzelpreise angebunden bleiben; die Preise werden immer in Bewegung sein, sowohl branchenmäßig als auch betrieblich.

Was wir, die Sozialpartner gemeinsam erreichen müssen, ist eine möglichste Stabilisierung des Preisniveaus. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Österreich im hohen Ausmaße außenhandelsverflochten ist, die Preise in Österreich können sich daher nicht unabhängig von den Preisen im Ausland entwickeln. (*Abg. Dr. Pittermann: Auch nicht die Löhne, Herr Direktor!*) Wir haben im vergangenen Jahr eine verhältnismäßig hohe Steigerungsrate der Preise erlebt, meine sehr geehrten Damen und Herren, heuer sieht es wesentlich günstiger aus, wobei wir wissen und das auch zugeben, daß eine gewisse Überdeckung durch die Entwicklung der Saisonpreise bei Obst und Gemüse stattfindet, die voriges Jahr durch die schlechte Witterung verhältnismäßig sehr stark angezogen haben und sich heuer wieder normalisiert haben. Die verhältnismäßig entspannte Situation auf dem Preissektor soll aber kein Anlaß sein, die Hände in den Schoß zu legen.

Im europäischen Durchschnitt liegt unsere Preisentwicklung aber durchaus nicht schlecht,

sonst hätte der Umrechnungskurs des Schillings in ausländische Währungen nicht seit dem Jahre 1953 unverändert gehalten werden können, und es wären schwarze Devisenkurse entstanden.

Noch eines dürfen wir nicht übersehen: daß es Wirtschaftszweige gibt, die stark rationalisieren können, wie vor allem manche Industriezweige, und solche, die sehr lohnintensiv sind, bei denen die Möglichkeit, zu rationalisieren, sehr beschränkt ist, wie die Dienstleistungsberufe, vor allem der Handel. Wir müssen es daher als eine wirtschaftliche Gegebenheit betrachten, daß sich die Preise der Dienstleistungen im Verhältnis zur anderen Preisentwicklung stärker bewegen müssen. Das ist auf der ganzen Welt so, nicht allein bei uns in Österreich.

Wenn wir den Ursachen unseres hohen Handelsbilanzdefizits nachgehen, so sind dies außer der immer stärker werdenden Diskriminierung österreichischer Waren in der EWG vor allem der Verlust der preislichen Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe sowohl auf den Auslandsmärkten als auch zunehmend im Inland gegenüber der Importkonkurrenz. Wenn hier nicht energisch eingegriffen und dieser Entwicklung nicht rasch Einhalt geboten wird, so besteht die Gefahr, daß wir über kurz oder lang — ich habe schon darauf hingewiesen — in eine Situation geraten wie in England. (*Abg. Dr. Pittermann: Welche Vorschläge machen Sie dazu?*) Die kommen jetzt.

Die österreichischen Betriebe müssen verstärkt rationalisieren (*Abg. Dr. Pittermann: Gut!*), müssen sich vielfach auf andere Erzeugnisse umstellen, die vom Markt der Zukunft verlangt werden. (*Abg. Dr. Pittermann: Zum Beispiel?*) Und jetzt kommt das, was ich Ihnen sagen wollte, Herr Dr. Pittermann: Die Wachstumsgesetze, die Sie so stark kritisieren, die am 1. Jänner 1967, zum Teil aber erst am 1. Jänner 1968 in Kraft treten, können nur das Klima für die entsprechenden Investitionen schaffen, investieren müssen die Betriebe selbst. (*Abg. Dr. Pittermann: Dann ist es eine Air-Condition, aber kein Wachstum!* — *Ruf bei der SPÖ: Das Klima kostet viel Geld!* — *Abg. Dr. Pittermann: Das haben Sie vorher nicht gesagt!*) Das ist das Wichtigste. Das haben wir immer in dieser Richtung vertreten. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie haben versprochen!*) Ja, das wird auch eingehalten werden können, wenn auf anderem Gebiete Einsicht endlich einmal eintritt. (*Abg. Doktor Pittermann: Welche?*) Sie sind immer so wahnsinnig neugierig, Herr Dr. Pittermann (*Abg. Dr. Pittermann: Ja!*), das kommt jetzt.

Dr. Mussil

Es ist uns auch klar, daß die Wachstums-
politik nicht allein eine Frage der steuerlichen
Anreize ist. Es gehört hier die Arbeitsmarkt-
politik, die Forschungsförderung, auch eine
verstärkte Kreditpolitik hinein, und so weiter.
(*Abg. Dr. Pittermann: Was?*) Eines muß
ich Ihnen aber mit aller Eindringlichkeit
sagen (*Abg. Dr. Pittermann: Auf der
passiven Zahlungsbilanz wollen Sie eine Kredit-
politik machen?*): Was immer wir tun, ob auf
dem Gebiete der Wachstumsgesetze oder auf
anderen Gebieten, um die Unternehmungen
zu stärkeren Investitionen anzureizen, so
ist Voraussetzung dafür, daß die Betriebe
die entsprechenden Gewinne haben oder zu-
mindest die Gewinnchancen als Kreditbasis,
um diese Investitionen tatsächlich finanzieren
zu können, um von den Investitionsbegün-
stigungen in den Wachstumsgesetzten Gebrauch
machen zu können. Wenn man ihnen aber
durch überproportionale Lohnforderungen
seit Jahren diese Gewinne abschöpft, meine
sehr geehrten Herren, dann ist kein Platz
für diese Investitionen vorhanden. Da kann
das Investitionsklima noch so gut sein, wenn
keine entsprechenden Gewinne vorhanden
sind, so ist es aussichtslos! (*Abg. Dr. Pittermann:
Also Europapreise, aber keine Europalöhne!
Sagen Sie doch das Programm, Herr
Mussil!*) Auf das komme ich auch noch zu
sprechen, Herr Dr. Pittermann. (*Abg. Doktor
Pittermann: Europapreise zahlen, aber keine
Europalöhne kriegen!*)

Heuer sind die Effektivverdienste, Herr
Dr. Pittermann, um 10 Prozent gestiegen.
(*Abg. Dr. Pittermann: Na und?*) Darf ich
dazu sagen, daß im Vergleich dazu, meine
sehr geehrten Herren, die Produktivität etwas
mehr als um ein Drittel gestiegen ist und das
Wachstum auch nur etwas um mehr als ein
Drittel. (*Abg. Dr. Pittermann: Um ein
Drittel?*) Ja, von 10 Prozent etwas mehr als
ein Drittel: etwa 4 Prozent. (*Zwischenruf des
Abg. Kern.*) Ja, um das ist es gestiegen.
Und das ist die Hauptursache, warum unsere
Industrie und unser Gewerbe effektiv nicht
die Möglichkeit hat, zu investieren, trotz der
vorhandenen Wachstumsgesetze.

Diese schwache Investitionstätigkeit in
unserer Wirtschaft ist also auf diese Ent-
wicklung der Lohnpolitik zurückzuführen.
Hier liegt wirklich die Schlüsselstellung für die
künftige Entwicklung auch unseres Lebens-
standards und des Wohlstandes. Wenn wir
den Betrieben heute durch eine überproportionale
Lohnpolitik die Möglichkeit nehmen,
zu investieren, werden wir morgen nicht
besser leben können! Das ist das Um und Auf
der gegenwärtigen Situation. (*Beifall bei der
ÖVP.* — *Zwischenruf des Abg. Czettel.* —

*Abg. Dr. Pittermann: Die Löhne bleiben
zurück, die Preise steigen: das ist Ihr Pro-
gramm!*) Solange die Investitionen nicht
getätigt werden, wenn man rechnerisch nach-
denkt, und solange nicht investiert wird,
kann ja nichts hergeschenkt werden, denn
dann kommen ja die Begünstigungen gar nicht
zum Tragen, die kommen doch erst zum
Tragen, wenn stärker investiert wird. (*Abg.
Czettel: Falls überhaupt investiert wird!*) Und
stärker wird so lange nicht investiert
werden, als man durch überproportionale
Lohnforderungen den Betrieben die Mög-
lichkeit dazu nicht läßt. (*Abg. Dr. Pittermann:
Die Preise können nicht gebunden werden,
aber die Löhne binden wir an!*) Wir wollen
sie nicht binden, wir wollen nur eine sachliche
Politik auf diesem Gebiete. (*Abg. Dr. Pitter-
mann: Das wissen wir schon!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Wir liegen mit unseren Investitionen in
Prozenten des Nationalproduktes — (*Redner
wendet sich zum Abg. Czettel*) ich glaube, Sie,
Herr Abgeordneter, haben das vor kurzem
einmal erwähnt — im europäischen Durch-
schnitt durchaus nicht schlecht. (*Abg.
Dr. Pittermann: Ganz gut!*) In absoluten
Ziffern ist die Investitionsquote pro Kopf
der Bevölkerung zum Teil aber um ein Viel-
faches niedriger bei uns als in west-
europäischen Ländern. Aus diesem Grunde
ist das Pro-Kopf-Einkommen bei uns ebenfalls
geringer. Mit anderen Worten: Europalöhne,
Herr Dr. Pittermann — da komme ich auf
das zurück, was Sie gesagt haben —, setzen
das Vorhandensein einer Europaproduktivität
voraus! Produktivität ist aber eine Folge
von Investitionen, und die Investitionen hän-
gen vom Gewinn ab — der Gewinn wieder
von einer sachlichen, nach objektiven Merk-
malen orientierten Lohnpolitik. Das ist eine
wirtschaftliche Kausalkette, die man nicht
durchbrechen kann. (*Abg. Dr. Pittermann:
Also zuerst Gewinn, dann Lohn!*)

Wenn Jahre hindurch die Löhne wesentlich
stärker steigen als die Produktivität oder das
Wirtschaftswachstum, so kann das auf die
Dauer nicht gut gehen. (*Abg. Dr. Pitter-
mann: Die Einkommen der Selbständigen
steigen rascher!*) Dann steigen die Kosten
und damit die Preise zu stark, meine Ver-
ehrten. Die Betriebe können nicht genug
investieren, und es kommen daher zuwenig
Güter und zuviel Geld auf den Markt. (*Abg.
Dr. Pittermann: Wo ist denn heute Geld
auf dem Markt?*) Dann darf man sich nicht
wundern, wenn auch von der Geldseite her
die Preise entsprechend reagieren. (*Abg.
Dr. Pittermann: Zuviel Geld auf dem Markt,
Herr Dr. Mussil? Davon habe ich noch*

Dr. Mussil

nichts gehört!) Zuviel Geld noch immer im Verhältnis zur Güterproduktion, Herr Dr. Pittermann. (Abg. Dr. Pittermann: *Das erzählen Sie der Kreditsektion!*) Natürlich sind uns die Kreditrestriktionen nicht angenehm, aber immerhin ist das die einzige Bremse, um damit fertig zu werden. (Abg. Dr. Pittermann: *Sie bekommen doch keinen Kredit zum Investieren!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß: Der Arbeiter und Angestellte (Abg. Dr. Pittermann: *... zahlt es!*) hat von noch so starken Lohnerhöhungen nichts, wenn sie ihm durch die Teuerung wieder weggenommen werden (Abg. Dr. Pittermann: *Wir nehmen sie ihm weg?*), wenn sie also nicht real gesichert bleiben. Diese Teuerung ist durch die überhöhten Lohnforderungen und durch das Unmöglichmachen der Wachstumsgesetze entstanden. (Abg. Czettel: *Das ist Ihre Theorie!*) Darum ist es hoch an der Zeit, daß sich die Sozialpartner — ich darf das hier mit allem Nachdruck sagen — wie schon so oft in ernster Stunde zusammensetzen, um einen gemeinsamen Weg zu finden, um mit diesen Schwierigkeiten fertigzuwerden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pay das Wort.

Abgeordneter Pay (SPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Am vergangenen Wochenende fanden in allen Bergbaugemeinden unserer Republik wiederum die traditionellen Barbara-Feiern statt. Dem alten Brauchtum folgend, marschierten die Bergmänner mit Fahnen und mit Musik in die Kirche zur Barbara-Messe, und anschließend gab es die Feiern, bei denen zuerst ein Rückblick über das abgelaufene Bergmannsjahr gehalten und anschließend über Zukunftsfragen gesprochen wurde. In den Standorten des heimischen Kohlenbergbaues war die sonst meist vorherrschende heitere, fröhliche Stimmung von der Sorge um die Arbeitsplätze, also um die wirtschaftliche Existenz der Bergleute und ihrer Familien und damit aller Menschen, die in diesen Bergaugebieten wohnen, überschattet. Ich habe an drei solcher Barbara-Feiern teilgenommen und hatte nach dem offiziellen Teil Gelegenheit, mit den Bergleuten und mit ihren Angehörigen zu sprechen. Überall, bei allen Gesprächen, die sonst meistens ganz anderen Zwecken gedient haben, kam diesmal die Sorge der Menschen dieser Gebiete zum Ausdruck, und gleichzeitig wurde die Frage aufgeworfen, was mit dem österreichischen Kohlenbergbau geschehen werde. Es wurde gefragt: Gibt es in Wien kein Verständnis für uns? Hat man uns nur in den

Jahren von 1945 bis 1950 gebraucht? — Das war überall zu hören, ein Vorwurf, der auch an mich als Abgeordneter gerichtet war. Wir mußten dann den Menschen Aufklärung geben, wie es hier in diesem Hohen Hause um die Möglichkeiten steht, für die Bergaugebiete zu wirken beziehungsweise die Bergbauförderung zu forcieren.

Im besonderen gilt diese Feststellung der Sorge um den Kohlenbergbau Tauchen im Burgenland, um den Karl-August-Schacht in Fohnsdorf und um den Bergbau Pölfing-Bergla im Gerichtsbezirk Eibiswald. Dabei muß man aber erwähnen, daß die betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten beispielsweise bei der Wolfsegg-Traunthaler und bei der LAKOG nicht kleiner sind als bei den von mir erwähnten Bergbauen.

Es ist vor einiger Zeit gesagt worden, daß man bei der LAKOG nicht einmal das Geld hat, um die gesetzlich vorgesehene Weihnachtsauszahlung an die dort beschäftigten Bergarbeiter vorzunehmen. In diesem Zusammenhang soll eine Vorlage für eine Budgetüberschreitung hier in das Haus kommen, damit der entsprechende Beschuß für die Vergabe der notwendigen Mittel erfolgen kann. Bis heute ist mir nicht bekannt, ob eine solche Vorlage schon hier ist.

Im Sommer dieses Jahres wurden die Bergarbeiter während der Haupturlaubszeit durch Zeitungsmeldungen aufgerüttelt, denen zu entnehmen war, daß ein Beamtenkomitee in Wien vorgeschlagen hat, die von mir bereits erwähnten drei Kohlenbergbaue mit Wirkung vom 31. März 1967 zu schließen. In die gleiche Kerbe wie diese Zeitungsmeldung hat auch eine längere Mitteilung in der Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ geschlagen, in welcher es in dem Artikel „Der Sinn für die Realität“ folgendermaßen heißt:

„Das Paradebeispiel für eine unumgänglich notwendige Strukturbereinigung ist selbstverständlich der österreichische Bergbau, wo so rasch als möglich ohne Ressentiments und Sentiments eine Lösung gefunden werden muß — das heißt, klar ausgedrückt, daß unrentable Betriebe geschlossen und die frei werdenden Arbeitskräfte woanders nutzbringender verwendet werden sollen. Hinweise“ — wie es in dieser Zeitschrift heißt — „auf soziale Rücksichten sind hier nicht angebracht.“

Das ist auch ein Bekenntnis, wie man jetzt versucht, den Dank an die österreichischen Kohlenbergarbeiter abzustatten.

Die darauffolgenden Abwehraktionen der Bergarbeiter der betroffenen Gebiete, der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter,

Pay

der Arbeiterkammer, der Bezirkskammern der gewerblichen Wirtschaft, der Bauernkammer und vor allem der Gemeinden der betroffenen Gebiete haben dann immerhin erreicht, daß man sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt, vorerst die Termine für das Zusperren zurückgestellt hat.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß man mit der Diagnose „Defizit“ und mit der Therapie „Zusperren“ das Problem der notwendigen Umstrukturierung der österreichischen Bergaugebiete, im besonderen der Kohlenbergaugebiete, nicht lösen kann.

Durch die Schwierigkeiten im österreichischen Kohlenbergbau hat das Bergbauförderungsgesetz, das im Juli 1963 beschlossen wurde, eine besondere Bedeutung bekommen. Dieses Gesetz wurde damals einhellig hier im Hohen Haus beschlossen und hat eine Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1967. Die entscheidenden Bestimmungen dieses Bergbauförderungsgesetzes sind klar und eindeutig seinem § 4 Abs. 2 zu entnehmen. Es soll dieses Bergbauförderungsgesetz erstens der Sicherung des Bestandes des Bergbaues dienen.

Neben vielen anderen Argumenten, die dafür sprechen, daß man den Kohlenbergbau in richtiger Größenordnung sichern muß, ist sehr wesentlich und sehr bedeutungsvoll, daß wir auch eine nationale Energiereserve für den von uns zu erstellenden allumfassenden Landesverteidigungsplan brauchen. Es nützt uns nichts, wenn wir im Landesverteidigungsplan alle Probleme der Energieversorgung wohl auf dem Papier festlegen, uns aber dann, wenn wir diese heimischen Energiequellen dringend brauchen, sagen müssen: Wir haben keine Kohle mehr, weil wir verschiedene Bergbaue, die auch eine wichtige Energiequelle darstellen, zugesperrt haben und diese Betriebe einfach nicht mehr vorhanden sind. Ich möchte nochmals mit aller Eindringlichkeit, mit aller Deutlichkeit sagen: Ein Kohlenbergbau ist kein Industriebetrieb, den man heute zusperren und vielleicht in einem Jahr wieder aufmachen kann. Hier kann man die Maschinen nicht abstauben und später wieder in Betrieb nehmen, denn in einem Jahr ist alles ersoffen oder alles verbrannt — eines von beiden —, wenn in der Grube oder in einem Tagbau nicht die notwendigen Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Wir müssen also daran denken, daß wir zur Sicherung der Neutralität im Zusammenhang mit der Landesverteidigung auch Energiereserven haben müssen, die zur Verfügung stehen, wenn es notwendig sein sollte.

Es heißt zweitens in diesem Bergbauförderungsgesetz, daß aus den verbleibenden Mitteln

der Bergbauförderung zur Deckung von Aufwendungen für Betriebsstilllegungen Beihilfen gewährt werden können, wenn die Stilllegung den Bestand der übrigen Betriebe des gleichen Bergbauzweiges sichern hilft. Das heißt, daß man stilllegen kann, daß aber das Wesentliche bei der Bergbauförderung nicht die Stilllegung, sondern die Förderung der bestehenden Betriebe sein soll.

Wie sehen die für die Bergbauförderung bereitgestellten Mittel seit dem Bestehen dieses Gesetzes aus? Im Voranschlag 1963 waren erstmals 65 Millionen Schilling vorgesehen. Abzüglich einer 5prozentigen Bindung, die der Finanzminister verfügt hat, wurden tatsächlich 61,7 Millionen Schilling verwendet und verteilt. 1964 waren wieder 65 Millionen Schilling eingesetzt; diesmal gab es keine Bindung, und dieser Betrag wurde an die verschiedenen Bergbaubetriebe ausgegeben. 1965 waren 65 Millionen vorgesehen, abzüglich einer 14prozentigen Bindung, sodaß die tatsächlich zur Verfügung stehende Summe nur mehr 55,9 Millionen Schilling betrug. 1966 waren 65 Millionen und eine Bindung von 25 Prozent vorgesehen; der tatsächlich vorhandene Betrag beträgt somit 43,8 Millionen Schilling. Für 1967 wurde nicht einmal mehr der Betrag von 65 Millionen eingesetzt, sondern bereits ein Betrag von 43,8 Millionen Schilling.

Für insgesamt fünf Jahre, bis einschließlich 1967, ist somit ein Gesamtbetrag von 270,3 Millionen Schilling für die Bergbauförderung vorgesehen, wobei ein gewisser Prozentsatz dieser Mittel für den Buntmetallbergbau zur Verfügung steht, also nicht der ganze Betrag für den österreichischen Kohlenbergbau verwendet werden kann.

Bevor ich mich nun mit der unzureichenden Bergbauförderung und der teilweise gesetzwidrigen Verteilung der Bergbauförderungsmittel beschäftige, richte ich nochmals an den Herrn Vizekanzler als den zuständigen Minister die dezidierte Frage, ob es bei den 43,8 Millionen Schilling Bergbauförderung für 1967 bleibt oder ob die Absicht besteht, die Bergbauförderungsmittel doch in irgendeiner Form zu erhöhen.

Ich möchte dem Hohen Hause einen Auszug aus einem Telegramm des steirischen Landeshauptmannes, das er am 6. November an den Zentralbetriebsratsobmann der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft gerichtet hat, nicht vorenthalten. In diesem Telegramm des steirischen Landeshauptmannes heißt es unter anderem: Unter Vorsitz des Bundeskanzlers wurde ausgesprochen, daß für die Defizitabdeckung der Alpine, der LAKOG usw. der Ministerrat einen Betrag von 140 Millionen Schilling in das Budget 1967 aufnehmen

Pay

und denselben Betrag bis einschließlich 1969 jährlich im Budget einsetzen wird. Das sind jene 420 Millionen Schilling, die auch im Kommuniqué der Bundesregierung für den österreichischen Kohlenbergbau erwähnt wurden. — Nach einer anderen Version, die ich gehört habe, soll die Höhe der Bergbauförderungsmittel 1967 160 Millionen Schilling, 1968 140 und 1969 120 Millionen Schilling betragen. Das wären zusammen wiederum die 420 Millionen, von denen ich vorhin gesprochen habe.

Im Finanz- und Budgetausschuß hat der Herr Vizekanzler Dr. Bock auf die gleiche Frage, wie sie heute von mir gestellt wird, erklärt, daß die Auffassung des steirischen Landeshauptmannes — der auch der Österreichischen Volkspartei angehört — nicht zutreffend sei, und am Donnerstag, den 17. November, am Tag der Schlußabstimmung im Finanz- und Budgetausschuß, hat der Herr Finanzminister Dr. Schmitz, der es ja wissen muß, auf die direkte Anfrage meines Parteifreundes Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Weihns ebenfalls wörtlich erklärt, daß er im Budget 1967 keinesfalls über den eingesetzten Betrag von 43,8 Millionen Schilling gehen werde und daß die Bundesregierung keine Verantwortung für die Schließung von Kohlengruben, aber auch keine Verantwortung für die Schaffung von Ersatzbetrieben übernehme. Damit haben zwei Minister der Österreichischen Volkspartei den steirischen Landeshauptmann, der ein sehr einflußreicher Mann innerhalb der Österreichischen Volkspartei ist, berichtet.

Bei der Jubilarehrung, die am vergangenen Freitag im Köflacher Kohlenrevier stattgefunden hat und bei der auch der steirische Landeshauptmann und andere Ehrengäste geladen waren, hat sich der Landeshauptmann ziemlich offen über die Verständnislosigkeit der Wiener verantwortlichen Stellen gegenüber dem österreichischen Kohlenbergbau beklagt. Er hat wörtlich erklärt: „Unglücklich und bedauerlich ist, daß es am Ring in Wien keine Kohlengruben gibt.“ Und er hat weiter ausgeführt, man solle nicht leichtfertig von Betriebsstilllegungen reden. In diesem Fall kann ich als Sozialist die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes nur vollauf unterstützen und sagen, daß er damit wahrscheinlich den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Aber er müßte das noch intensiver und vor allem jenen Politikern sagen, die bisher verhindert haben, daß eine entsprechende Bergbauförderung durchgeführt wird, nämlich dem Finanzminister und dem zuständigen Ressortminister.

Die steirische Landesregierung und der steirische Landtag haben in dieser Frage eine einheitliche Stellung bezogen: Alle Parteien

des Landtages lehnen das Zusperren ab, solange nicht Ersatzbetriebe geschaffen werden.

Und nun möchte ich fragen: Was ist das für ein Spiel, das hier getrieben wird? In der Steiermark sind die führenden Funktionäre der Österreichischen Volkspartei gegen das Zusperren und für die Ersatzbetriebe. Hier in Wien sind andere Funktionäre der gleichen Österreichischen Volkspartei nicht dafür zu haben, daß man für den österreichischen Bergbau die notwendigen Aktionen setzt. Alle von uns — sei es hier im Hohen Haus, sei es im Finanz- und Budgetausschuß — vorgebrachten Anträge wurden vom Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei entweder niedergestimmt oder, was meistens der Fall war, gar nicht behandelt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf einen Initiativantrag der Abgeordneten Pay, Josef Schlager, Eberhard, Dr. Tull, Troll, Wielandner und Ge nossen vom 21. Juni 1966, in dem wir damals eine Verlängerung und gleichzeitige Novellierung des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1963 zur Sicherung des Bestandes des österreichischen Bergbaues verlangt haben. Einen ähnlichen Antrag hat mein Parteifreund Babanitz gestellt. Auch diese Anträge wurden entweder nicht behandelt oder, wie es im Finanz- und Budgetausschuß der Fall war, abgelehnt.

Die Mehrheit dieses Hauses hat allerdings der ersten Lesung dieses Antrages „großzügig“ zugestimmt — dafür möchte ich nochmals verbindlichen Dank sagen, die Bergarbeiter haben zwar nichts davon —, aber kein Abgeordneter der Mehrheitspartei hat dazu nur ein Wort gesagt, keiner der Abgeordneten des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, die jetzt so aktiv sind, die vor Betriebsratswahlen nicht wissen, was sie noch alles verlangen und fordern sollen, damit sie in den Augen ihrer Kollegen ein bissel besser dastehen, hat hier in diesem Haus für unseren Antrag, für die Verlängerung des Bergbauförderungsgesetzes oder für eine Novellierung dieses Gesetzes gesprochen. Ich weiß nun nicht: Durfte niemand vom Klub der Österreichischen Volkspartei dazu reden? (Abg. Czettel: Sie haben ja nichts zu reden da drüber!) Durfte niemand dazu reden — das ist auch bedauerlich —, oder haben Sie nichts dazu zu sagen? Beides wäre in diesem Fall äußerst bedauerlich. Wir werden draußen bei den Bergarbeitern von Ihrer Haltung sprechen. Wir werden sagen, wie wenig Interesse Sie dafür aufbringen, einen relativ kleinen Betrag im Bundesvoranschlag für die österreichischen Bergarbeiter zur Verfügung zu stellen. Der Betrag wäre relativ klein, wenn man bedenkt, daß wir eine Aufstockung von 43,8 Millionen auf 140 Millionen Schilling verlangen, bei einem gesamten Um-

Pay

fang des Bundesvoranschlages von 78.000 Millionen Schilling! Wie bescheiden die Summe, die wir für die Kohlenbergarbeiter oder für die Bergbauförderung verlangen, im großen Rahmen des Bundesvoranschlages ist, das können Sie sich selber ausrechnen.

Ich habe vielmehr den Eindruck, daß weder der Parlamentsklub noch die einzelnen Angehörigen der Österreichischen Volkspartei hier etwas zu sagen haben. Das Maßgebliche — und darnach richten sich anscheinend Ihre Kollegen — hat der Herr Finanzminister gesagt in seiner Budgetrede hier im Hohen Haus am 17. Oktober dieses Jahres. Ich möchte Ihnen diesen Passus über den Kohlenbergbau nicht verhehlen. (Abg. Krempl: *Die Hauptsache ist, daß man etwas tut und nicht immer nur redet!* — Abg. Dr. Tull: *Sie reden nur, Herr Kollege!*) Wir haben schon gespürt, Herr Kollege Krempl, was geschehen ist. (Ruf bei der ÖVP: *In der Steiermark geschieht schon etwas, da brauchen Sie sich nicht zu sorgen!*) Herr Kollege, Sie hätten die Rede des Herrn Landeshauptmannes in Rosenthal hören müssen; da hätten Sie gesehen, wie wenig er von dem beeindruckt ist, was von Wien aus für den Kohlenbergbau geschieht. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede folgendes erklärt: „Zur Strukturbereinigung des Kohlenproblems wurden konkrete Schritte eingeleitet, die gleichzeitig mit den konzentrierten Bemühungen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Anpassung der Kohlenförderung an die Absatzmöglichkeiten zum Ziele haben. Es ist beabsichtigt“ — sagt weiter der Herr Finanzminister — „über die im Budget vorgesehenen Mittel nach dem Bergbauförderungsgesetz hinaus weitere Mittel teils zur Abdeckung von Defiziten, teils zur Finanzierung von Stillegungen vorzusehen, sobald entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gesellschaftsorgane erfolgen oder vorliegen.“

Das heißt, wenn man es genau nimmt, daß hier eine Erpressung vorliegt. Entweder beschließen die Gesellschaftsorgane eine Herabsetzung der Förderung oder das Zusperren von Betrieben, dann werden Mittel bereitgestellt. Erfolgen diese Beschlüsse der Gesellschaftsorgane nicht, dann gibt es, so wie wir jetzt immer noch sehen müssen, keine Mittel für die Bergbauförderung.

Ich möchte nun anführen, was nach sozialistischer Auffassung bei dieser schwierigen Frage des österreichischen Braunkohlenbergbaus notwendig und entscheidend ist.

Zuerst muß eine Vorsorge für lohnintensive Arbeitsplätze für Männer in zumutbarer Entfernung von der Wohnstätte bereitgestellt werden. Ich sage: zumutbare Entfernung

und Wohnstätte. Warum Wohnstätte? Im Bergbau Bergla, im Gerichtsbezirk Eibiswald, sind von 440 dort beschäftigten Bergarbeitern rund 280 in Eigenheimen, die sie sich selbst erspart und unter schwierigen Umständen geschaffen haben, untergebracht. Sie wohnen dort, sie leben dort. Sie können ihr Haus nicht zusperren und sagen: Ich gehe jetzt irgendwohin, vielleicht in die Oststeiermark oder nach Oberösterreich. Wir müssen das verstehen. Deshalb sprechen wir von zumutbarer Entfernung. Der Mann soll bleiben können, damit seine Familie nicht auseinandergerissen wird.

Weiters ist es notwendig — davon wird von den Kollegen der Österreichischen Volkspartei wenig gesprochen —, daß nun auch den Bergbaugemeinden die Mittel zur Verfügung stehen, damit Grundstücke für die Ansiedlung von neuen Betrieben angekauft und Aufschließungsarbeiten vorgenommen werden. Die Gemeinden wissen — es sind vielleicht einige Bürgermeister hier —, wie sehr sie durch bereits bestehende gesetzliche Verpflichtungen ausgelastet sind. Es bleiben manchen Gemeinden nicht einmal 10 Prozent ihres Voranschlages für besondere Leistungen, weil alles schon festgelegt ist. Nun sollen diese Gemeinden, die durch die Schließung von Bergbaubetrieben finanziell äußerst geschädigt werden, auch noch zusätzlich Mittel für Grundankäufe und Aufschließungsarbeiten aufbringen. Meistens verlangen Unternehmer, die sich irgendwo ansiedeln wollen, von den Gemeinden noch viel mehr als das Grundstück und die Aufschließungskosten. Sie verlangen Steuerfreiheit auf einige Jahre, sie verlangen zum Teil die Bereitstellung von Lagerräumen, von Fabriksräumen und so weiter — lauter Dinge, die eine Gemeinde, und das sind keine großen Gemeinden, nicht aus eigenem Leisten kann.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß es beim Abschluß des Finanzausgleiches dazu kommen wird, daß einige Gemeinden durch den Finanzausgleich weniger bekommen werden als bisher. In unserem Bezirk Voitsberg werden die Gemeinde Voitsberg und die Gemeinde Bärnbach durch den neuen Finanzausgleich in den ersten zwei Jahren Mindererinnahmen von zusammen 500.000 S im Jahr haben, das ist eine halbe Million Schilling für zwei Gemeinden, die mit diesen Sorgen des Bergbaues verbunden sind. (Abg. Neumann: *Schauen wir uns das Budget nächstes Jahr an!*) Ja, wir werden es uns genau anschauen, Herr Kollege Neumann, da können Sie sicher sein. Wir werden uns auch das anschauen, was ihr oft in der weststeirischen Zeitung darüber schreibt. (Zwischenruf des Abg. Eberhard. — Abg. Neumann: *Das Budget von Voitsberg wird nächstes Jahr in Ordnung sein!*)

2706

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Pay

Wir müssen schon jetzt für die Zeit vorsorgen, wenn einmal von Schließung gesprochen werden muß — das wird sich in späterer Folge, so offen und so ehrlich sind wir, nicht ganz umgehen lassen. Wir wissen, daß wir keine Pragmatik für das dauernde Bestehen haben, weil es ja auch Auskohlungen geben wird neben Betrieben, die unrentabel sind. Aber wenn man zur Schließung von Bergbauen kommt, die wirklich volkswirtschaftlich unrentabel sind, dann darf man nie übersehen, daß aus Schließungseifer dann Schwierigkeiten entstehen, die — ich habe es bereits erwähnt — auch Schwierigkeiten für einen Zweig unserer Landesverteidigung bringen könnten. Ich möchte es mit aller Deutlichkeit ausdrücken: Sollte ein anderer Weg gegangen werden, dann werden wir Sozialisten so wie bisher alle Maßnahmen der österreichischen Kohlenbergarbeiter unterstützen, die zur Sicherung und Erhaltung ihrer Existenz notwendig sind.

Zu dieser von mir erwähnten Vorsorge gehört nun die entsprechende Bereitstellung von Mitteln für die Bergbauförderung. Dazu gehört die Novellierung und die Verlängerung des Bergbauförderungsgesetzes, weil dieses Gesetz in einem Jahre ausläuft, und es gehört dazu eine Erhöhung der Förderungsmittel.

Ich erlaube mir daher heute, zwei Anträge zu stellen, und bitte den Herrn Präsidenten, diese Anträge in Verhandlung zu ziehen:

1. Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay, Babanitz, Dr. Tull, Josef Schlager und Genossen, betreffend ausreichende und planmäßige Vorsorge für die Bergbauförderung.

Von Fachleuten wurde festgestellt, daß für Zwecke der Bergbauförderung im Laufe der nächsten drei Jahre rund 420 Millionen Schilling erforderlich sind. Die Regierung hat jedoch bisher keine ausreichende Vorsorge getroffen, um diesen Erfordernissen Rechnung tragen zu können, obwohl dies für die Betroffenen von allergrößter Wichtigkeit ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen daher nachstehenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Erstellung der Bundesfinanzgesetze für 1968 und 1969 je einen Betrag von 140 Millionen Schilling für die Zwecke der Bergbauförderung vorzusehen und auch im kommenden Finanzjahr einen ausreichenden Betrag zur Verfügung zu stellen.

2. Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay, Babanitz, Dr. Tull, Josef Schlager und Genossen, betreffend Schaffung

von Ersatzarbeitsplätzen vor einer allfälligen Schließung von Bergbaubetrieben.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß keine Schließung von Bergbaubetrieben vorgenommen wird, solange nicht entsprechende Ersatzbetriebe zur Verfügung stehen.

Nun liegt hier im Haus eine Entschließung zur Gruppe Handel in 258 der Beilagen auf, wo es heißt: „Die Bundesregierung wird ersucht, ihre Bemühungen fortzusetzen, in den Kohlengebieten die Ansiedlung von Ersatzbetrieben zu fördern.“ Wir freuen uns, daß diese Entschließung vorliegt, wir möchten aber doch feststellen, daß hier die konkrete Feststellung fehlt, daß zuerst die Frage der Ersatzbetriebe zu klären ist und dann erst die Frage der Schließung behandelt werden kann.

Ich möchte nun an einigen wenigen Beispielen in Kürze versuchen, die Praktiken bei der Bewilligung und Vergabe von Bergbauförderungsmitteln, so wie sie bisher gehandhabt wurden, aufzuzeigen. Im Gegensatz zu den klaren Gesetzesbestimmungen gibt es schon seit geraumer Zeit Eigenmächtigkeiten und Gesetzwidrigkeiten bei der Zuteilung von Bergbauförderungsmitteln. Die steirischen Blätter „Kleine Zeitung“ und „Neue Zeit“ haben sich mit dieser Frage heuer im Juli beschäftigt.

Unter dem Titel „Begräbnis dritter Klasse“ brachte die „Kleine Zeitung“ mit dem Motto „Klar, wahr und unabhängig“ eine Schilderung von Beispielen, wie die Bergbauförderungsmittel verteilt werden, beziehungsweise sie führt in einem Kommentar Fälle an, wie sie nicht verteilt werden sollen.

Am Beginn — ich will diesen Artikel wirklich nicht zur Gänze verlesen, das würde zu lange dauern — dieses Artikels wird die Feststellung getroffen, daß einmal der Bergbau Fohnsdorf, und zwar im Jahre 1963, 21 Millionen Schilling an Bergbauförderungsmitteln bekommen hat und dafür dann an den Finanzminister an Gewinn- und Gewerbesteuer wiederum 12,5 Millionen Schilling abgegeben werden mußten.

Aber wie leicht manche kleine private Betriebe eine Bergbauförderung bekommen, ist auch hier aus diesem Artikel zu ersehen. Es gibt in der Weststeiermark den kleinen Habisch-Bergbau bei Eibiswald. Der „Kohlenbaron“ Habisch, wie er in unserer Gegend genannt wird, hat versucht, Bergbauförderungsmittel zu bekommen, und ohne daß eine besondere Prüfung stattgefunden hätte, ohne daß vom Handelsministerium genau fest-

Pay

gestellt worden wäre, ob dieser Betrieb subventionsbedürftig sei, wurde vom Handelsministerium angeordnet, daß dieser kleine Bergbaubetrieb des Ing. Habisch große Mittel der Bergbauförderung bekommen soll. (Abg. *Frodl*: *Diesbezüglich war die Entgegnung, das steht ganz genau drinnen!*)

Ein zweiter Fall, den ich auch nicht unerwähnt lassen will, ist der Fall der Frau Lippe vom kleinen Ilzer Kohlenbergbau. Auch in diesem Fall war man sehr rasch und sehr großzügig mit der Bergbauförderung. Nun wird in dem Blatt die Frage aufgeworfen, ob diese Großzügigkeit bei der Vergabe der Bergbauförderung im Falle der Frau Lippe aus Ilz damit zusammenhängt, daß sie sehr gute und besondere Beziehungen zum Geschäftsführer des Fachverbandes Bergwerke und eisenerzeugende Industrie in der Bundeswirtschaftskammer, nämlich mit dem Herrn Dr. Denk, hat.

Einen dritten Fall, der in dieser Zeitung aufgezeigt wird, möchte ich auch erwähnen, weil es wieder etwas anderes ist. (Abg. *Krempl*: *Sie sollten lieber bei der Wahrheit bleiben!* — Abg. *Eberhard*: *Das schreibt eure Zeitung!*) Es ist dies nicht unsere Zeitung, das möchte ich noch einmal betonen! (Abg. *Doktor J. Gruber*: *Das hat nicht die Zeitung geschrieben, das hat der Pay gesagt!*) Das hat die Zeitung geschrieben. Sie können alles nachlesen, Herr Kollege! Ich will nur aus Zeitgründen nicht den ganzen Artikel hier zitieren. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Aber ich möchte nun auch etwas Gegenteiliges aufzeigen. Einem anderen Bergbaubesitzer wiederum, dem man zugesagt hat, daß er für die Schließung beziehungsweise Stilllegung des Bergbaubetriebes Mittel bekommen soll, hat man diese Mittel, die bei Habisch und Lippe so großzügig verteilt wurden, mit einem Betrag von 340.000 S noch vorenthalten! Hier ist nun für den — ich nenne den Namen — Herrn Pfeifer aus Eibiswald eine bunte Kette von Interventionen abgerollt, damit dieser Herr Pfeifer, dem man 1 Million Schilling zugesagt hat, zur Gänze sein Geld bekommt.

Intervenierte hat in diesem Zusammenhang Herr Altbundeskanzler Dr. Gorbach, der darauf hinweist, daß man diese Summe doch bezahlen soll, weil ja der Betrag „bestimmt in keinem Verhältnis zu einem ideellen Schaden“ steht, den die Österreichische Volkspartei bei der Nichtbezahlung dieses Betrages erleiden könnte. Und der Herr Altkanzler schreibt dann an den Herrn Handelsminister: „Pfeifer und die steirischen Abgeordneten haben auf Dein Wort gebaut.“ Es betrifft die Zusage dieser 1 Million Schilling.

Eine weitere Intervention kam vom Herrn Kollegen Mitterer — er ist auch hier in diesem

Haus —, gerichtet an den Herrn Handelsminister Dr. Bock, mit der Überschrift: „Lieber Freund!“ In diesem Schreiben hat der Herr Kollege Mitterer seinen „lieben Freund“, den Herrn Minister, gebeten, die Sache vorwärtszutreiben, und er hat nicht nur einen Bericht verlangt, sondern eine Untersuchung, weil die Vorgangsweise des Herrn Sektionschefs Dr. Kern im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau äußerst seltsam und „sehr eigenartig“ ist. Das ist die wörtliche Äußerung hier in diesem Brief.

Aus Zeitgründen will ich nur sagen: Einmal wird überreichlich gegeben, dann wird Versprochenes und auch Vertretbares nicht eingehalten und diese Nichteinhaltung mit äußerst fadenscheinigen Argumenten begründet.

Wenn man das ganze Problem der Bergbauförderung und der Verteilung ansieht, so hat man das Gefühl, daß der Herr Sektionschef Dr. Kern sehr einseitig handelt und daß er klare Gesetzesbestimmungen, wie ich sie vorher am Beginn meiner Rede zitiert habe — § 4 Abs. 2 des Bergbauförderungsgesetzes —, nach seinem Gutdünken interpretiert, nach seinem Gutdünken auslegt und dann nach seinem Gutdünken die Förderungsmittel verteilt.

Zusammenfassend möchte ich noch sagen, daß die kleinen Kohlenbetriebe in Österreich rund 5 Prozent Anteil an der gesamten Kohlenförderung unseres Landes haben und daß der Anteil dieser von mir genannten Betriebe bei der Bergbauförderung weit über 10 Prozent hinausgeht, sodaß bei diesen privaten Betrieben ungefähr eine Förderung von 100 S je Tonne aus den Mitteln der Bergbauförderung herauskommt.

Die Grube Bergla beispielsweise, deren Sperrung man verlangt hat und die unter schwierigen Umständen fördern muß, hat bis zum heutigen Tage noch keine Bergbauförderung im Rahmen der Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft erhalten, weil diese Gesellschaft bei der nunmehrigen Verteilung der Bergbauförderungsmittel nicht aufscheint.

Ich habe hier eine Aufstellung der bisher verteilten Mittel für die Kohlenbergbaue, und das sind nur Vorschüsse. Man kann aber an sich bei der Bergbauförderung keine Vorschüsse ausgeben, weil von Vorschüssen in dem von mir erwähnten Gesetz in keinem Satz auch nur mit einem Wort die Rede ist.

Nach der mir vorliegenden Aufstellung wurden im heurigen Jahr folgende Bergbauförderungsmittel zur Auszahlung gebracht: für Grünbach 16,700.000 S, für die LAKOG 2,450.000 S, für Tauchen 11,990.000 S, für Noxberg 50.000 S und für Tombach 1,000.000 S. Weiters sind vorgesehen: für die LAKOG

Pay

1.050.000 S, für Tauchen 4.000.000 S, für Noxberg 35.000 S und für die Hohe Wand 300.000 S. Die gesamte Reserve für die Kohlenbergbauförderung beträgt, wenn man den Buntmetallbergbau abzieht, noch sage und schreibe 300.000 S.

Ich glaube, das war auch den Herren der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft bekannt, denn es ist ein unnützes Beginnen, einen Antrag auf Auszahlung von Bergbauförderungsmitteln für die Alpine Montangesellschaft zu stellen, wenn man weiß, daß nur noch 300.000 S zur Verfügung stehen.

Im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex der Bergbauförderung haben wir an den Herrn Minister die schriftliche Anfrage gerichtet, den Abgeordneten eine Aufstellung der bisherigen Verwendung der Bergbauförderungsmittel von 1963 bis 1966 zuzuleiten. Wir hoffen, daß wir diese interessante Aufstellung bald bekommen werden und daraus genau ersehen können, in welcher Form und in welcher Art die Bergbauförderungsmittel bisher vergeben wurden.

Abschließend sei noch einmal betont, daß die Bergbauförderung zu gering ist, die Verteilung zum Teil gesetzwidrig und eine Novellierung und Verlängerung des Bergbauförderungsgesetzes unbedingt notwendig ist. Unsere Anträge dazu liegen vor. Ich würde mich freuen, wenn wir alle zusammen, alle Parteien in diesem Hohen Haus, eine gemeinsame Basis für die Erledigung dieses Problems finden würden. Ich habe bereits erwähnt, daß hiezu keine großen Mittel erforderlich sind, sondern daß es bescheidene Mittel sind, die wir für die Bergbauförderung noch benötigen. Ich möchte aber nochmals festhalten, daß bisher von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei zu dieser Frage hier im Hohen Hause noch kein Wort geredet wurde. Solange das nicht geschieht, werden wir, so wie wir es immer getan haben, für die österreichischen Kohlenbergbauarbeiter sprechen, handeln und eintragen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Die beiden vom Herrn Abgeordneten Pay gestellten Entschließungsanträge wurden von ihm verlesen. Sie sind genügend unterstützt und stehen zur Debatte.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Marberger das Wort.

Abgeordneter Marberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Gebiet, das ich behandeln werde, ist völlig anders gelagert — ich möchte gerne zum Thema Fremdenverkehr sprechen — als das, das mein sehr geschätzter Herr Vorréder Pay behandelt

hat. Ich kann zu dem Thema Kohlenbergbau keine Ausführungen machen, bin aber überzeugt, daß meine Freunde und Kollegen aus der ÖVP dieses Thema noch gründlich aus unserer Sicht behandeln und hier im Hause die nötigen Anträge vorlegen werden.

Das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie, das heute in Verhandlung steht, beinhaltet auch einige Ansätze für Förderungsmaßnahmen zugunsten der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft. Gestatten Sie mir daher, einige Überlegungen zum österreichischen Fremdenverkehr vorzubringen. Ich möchte meine Ausführungen zum Thema Fremdenverkehr mit einem kurzen Überblick über die letzte Entwicklung beginnen und werde einige aktuelle Zahlen aus der Fremdenverkehrsstatistik herausgreifen, die wie Streiflichter die gegenwärtige Situation im österreichischen Fremdenverkehr beleuchten sollen.

Um es kurz zu sagen: Die Zuwachsrate des Fremdenverkehrs hat sich verringert; im Ausländerverkehr konnte noch eine Steigerung erreicht werden, der Inländerverkehr ist gleichgeblieben. Im Juli dieses Jahres gab es zum ersten Male eine sehr überraschende Feststellung: die Deviseneinnahmen ergaben für diesen Monat einen Rückgang von 1,1 Prozent gegenüber dem Jahre 1965. Es ist zu bemerken, daß wahrscheinlich auch die ungünstige Witterung dabei eine große Rolle gespielt hat.

Am 31. Oktober ist das Fremdenverkehrs-jahr 1965/66 abgelaufen. Die genauen statistischen Daten sind zwar noch nicht verfügbar, aber bei der Zahl aller in Österreich gezählten Nächtigungen, die man als Gradmesser für die Entwicklung des Fremdenverkehrs bezeichnen könnte, kann man doch mit einer Steigerung von 3 bis 4 Prozent gegenüber dem Fremdenverkehrs-jahr 1964/65 rechnen. Wie schon gesagt, haben die Nächtigungen der Ausländer erfreulicherweise um zirka 5 Prozent zugenommen; die der Inländer erreichten den Stand des vorigen Berichtsjahres; damals waren es 18.900.000 Nächtigungen. Der sonnige Süden, Jugoslawien und Italien, mit doch verhältnismäßig stabileren Wetterverhältnissen lockt eben unsere inländischen Gäste ins Ausland.

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Devisenbilanz der Österreichischen Nationalbank, die für das abgelaufene Fremdenverkehrs-jahr bereits vorliegt. Die Deviseneinnahmen haben sich wieder um knapp eine Milliarde auf 15,419 Milliarden erhöht. Das ist ein eindeutiger Erfolg der Bemühungen der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft, der die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die gesamte österreichische Wirtschaft wieder unterstreicht. Die Ausgaben der Österreicher

Marberger

für Urlaubsreisen im Ausland sind relativ stark gestiegen, nämlich auf 4,3 Milliarden Schilling, aber der Aktivsaldo der Reiseverkehrsbilanz hat doch die Rekordhöhe von 11,119 Milliarden Schilling erreicht.

Aus dem letzten OECD-Bericht über den Tourismus in den Mitgliedstaaten ist zu entnehmen, daß Österreich mit einem Einnahmenüberschuß aus dem Ausländerfremdenverkehr nach Spanien und Italien immerhin an dritter Stelle in der Reihung der OECD-Länder steht. (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Interessante Ergebnisse bringt auch die Berechnung des Anteils der Gesamtausgaben der Ausländer, der auf eine Nächtigung entfällt. In der Bundesrepublik Deutschland beträgt der Durchschnittssatz der Ausgaben für eine Ausländernächtigung 1415 S, was auf den hohen Anteil des Geschäftsreiseverkehrs zurückzuführen ist. Die Schweiz und Italien haben als typische Fremdenverkehrsländer Devisenausgaben pro Nächtigung in der Höhe von 760 beziehungsweise 603 S zu verzeichnen. So ziemlich am unteren Ende der Skala steht Österreich mit 338 S Ausgaben pro Ausländer. Österreich ist also ein sehr billiges Reiseland. Die ausländischen Touristen kommen zwar in Scharen, geben aber hier im Vergleich zu anderen Ländern wenig aus. Der einzige Weg, dies nachhaltig zu ändern, besteht in einer Aufwertung des Angebotes.

Aus diesen und aus anderen Gründen ist der Ruf nach mehr Qualität im Fremdenverkehr immer lauter geworden, so laut, daß er hoffentlich nicht mehr zu überhören ist. Diese Forderung ist durchaus zu begrüßen und zu unterstützen. „Mehr Qualität“ ist aber nicht nur ein Erfordernis der österreichischen Gastlichkeit, sondern letztlich — ich verwende jetzt mit Absicht ein hartes Wort — eine Existenzfrage. Der österreichische Fremdenverkehr muß attraktiver und besser werden, um den Gast umso sicherer zufriedenzustellen. In vielen Ländern, auch bei uns, ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß der Fremdenverkehr beachtliche Vorteile mit sich bringt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Neue besondere Beachtung und Interesse findet. Die Entfernungsspielraum auf Grund der Verkehrsentwicklung immer weniger Rolle, sodaß der gesamte Mittelmeerraum, insbesondere auch Nordafrika, attraktive Urlaubsmöglichkeiten, auch bezüglich der Preise, für den Touristen bieten kann. Das Angebot wird für das Reisepublikum zusehends umfangreicher, und Österreich wird verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, um im Wettbewerb unter den Fremdenverkehrsländern auch fernerhin bestehen zu können.

Eine besondere Chance hat Österreich als Land für Wintererholungsreisen und in besonderem Maße als Land des Wintersports. Ich werde darauf später noch zurückkommen.

Die Einsicht, daß der österreichische Fremdenverkehr vor allem Qualitätsverbesserungen braucht, ist wesentlich, aber es müssen auch die Voraussetzungen für ihre praktische Durchführung geboten werden. An Unternehmergeist ist wahrlich kein Mangel, aber ohne ausreichende finanzielle Mittel sind auch notwendigste Investitionen nicht durchführbar. Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft hat drei ganz große Sorgen, die man sehr vereinfacht kurz formulieren kann: Kreditmöglichkeiten, Steuer und Abgaben, Personalfragen. Die Situation auf dem Kreditsektor ist gerade für die Fremdenverkehrswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die aufgeschlossene Haltung der Bundesregierung bezüglich der ERP-Kredite sowie der Fremdenverkehrs-Zinsenzuschußaktion verpflichtet uns zu Dank, denn nur auf dem Wege einer intensiven Fremdenverkehrsförderung durch billiges Investitionskapital werden wir den Leistungsstandard in der Fremdenverkehrswirtschaft erhalten beziehungsweise verbessern können.

Im Budget 1967 sind erhöhte Mittel vorgesehen für Fremdenverkehrswerbung, Zinsenzuschüsse und Subventionen; insgesamt 81,3 Millionen Schilling, was gegenüber dem Voranschlag 1966 immerhin einer Steigerung von rund 35 Prozent entspricht. Im Rahmen der für 1967 veranschlagten Fremdenverkehrsausgaben spielen die Zinsenzuschüsse für laufende Kreditaktionen, die dem Fremdenverkehr die Investitionstätigkeit erleichtern sollen, eine wesentliche Rolle.

Außerdem ist im Voranschlag 1967 für eine neue Kreditaktion budgetäre Vorsorge getroffen worden. Im Wege der Bürgschaftsfonds-Ges. m. b. H. ist eine Stützungsaktion geplant, durch welche durch Zahlung von Zinsenzuschüssen zur Kreditverbilligung und der Übernahme der teilweisen Haftung dieser Gesellschaft eine Kreditkostensenkung erreicht werden soll. Dadurch soll es Fremdenverkehrsgebieten ermöglicht werden, notwendige Bauvorhaben und Investitionen, wie Schwimmbäder, Schlepppläne und so weiter, zu finanziell tragbaren Bedingungen zu realisieren. Natürlich können auch Küchenbetriebe, Restaurants und Beherbergungsbetriebe von dieser Aktion Gebrauch machen, sofern sie rationalisieren und eine Verbesserung herbeiführen.

Der ständig steigende Antragsüberhang bei den Förderungskrediten, insbesondere bei ERP, spricht für sich. Bei der Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhand sind bereits wiederum für rund 150 Millionen

Marberger

Schilling ERP-Kreditanträge anhängig, obwohl die Jahrestranche für 1966/67 bereits zur Gänze vergeben ist. Es ist also höchste Zeit, daß die Förderungsaktionen für den österreichischen Fremdenverkehr wesentlich ausgebaut werden, denn die österreichischen Fremdenverkehrsbetriebe sehen sich der immer schärfer werdenden Konkurrenz europäischer Reiseländer mit wesentlich günstigeren Kreditbedingungen gegenüber. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Laufzeit als auch des Zinsfußes. So werden zum Beispiel in Italien Hotelkredite mit 2 bis 3 Prozent Verzinsung vergeben; Sonderaktionen sehen sogar eine Laufzeit bis zu 40 Jahren vor.

Wie es bisher mit dem Ausmaß der Förderungskredite für den Fremdenverkehr stand und zum Teil heute noch steht, darüber gibt eine jüngst veröffentlichte Statistik (Mitteilungen 8/66 der Österreichischen Nationalbank) beredte Auskunft: In dem Fremdenverkehrsland Österreich entfallen nur 2,9 Prozent der gesamten per 30. Juni 1965 ausstehenden subventionierten Kredite auf den Fremdenverkehr! Wenn man von dem fast ausschließlich mit Förderungskrediten finanzierten Wohn- und Siedlungsbau absieht, könnte man sicherlich einwenden, daß der Fremdenverkehr im Verhältnis zu seinem gesamten Kreditvolumen, das sind per 30. Juni 1965 4,3 Milliarden Schilling, mit hievon 1,4 Milliarden Schilling subventionierten Krediten nicht unterdurchschnittlich gefördert wird. Doch genügt das in einem Lande wie Österreich, welches zu einem Erholungszentrum par excellence für Europa werden könnte? Genügt das im Hinblick auf die gewaltigen Anstrengungen unserer Nachbarländer, insbesondere auch der östlichen, den Strom des europäischen Reisepublikums über ihre Grenzen zu lenken? Wie sehr sich die öffentlichen Stellen sogar in Ländern, in welchen die Entfaltung der Privatinitiative höchstes Ziel der Wirtschaftspolitiker darstellt, der Förderung des Fremdenverkehrs widmen, zeigt sich sehr deutlich am Beispiel der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredite, welche vom Bund sowohl durch nicht rückzahlbare Darlehen als auch durch Beteiligung am Stammkapital massiv gestützt wird. Daß es in Österreich noch immer an einer ähnlichen Einrichtung wie der der Fremdenverkehrsbanken in den vielen anderen Fremdenverkehrsländern Europas fehlt, ist als sichtbarer Ausdruck für die bisherige geringe Förderung des Fremdenverkehrs zu werten.

In diesem Zusammenhang dürfen die schwer in Mitleidenschaft gezogenen Hochwasseropfer nicht unerwähnt bleiben. Die Fremdenverkehrswirtschaft hat durch die Katastrophen

der Jahre 1965 und 1966 besonders gelitten. Der durch die Hochwasser hervorgerufene Schaden ist groß, die Existenz der betreffenden Betriebe auf das schwerste gefährdet. Nur ein umfassendes Hilfsprogramm durch erleichterte Kreditbedingungen, durch Subventionen und durch Steuererleichterungen wird imstande sein, die Wunden, die die entfesselte Natur geschlagen hat, auch nur einigermaßen zu heilen.

Nicht zu unterschätzen sind auch die sekundären Folgen, das ist die negative Werbung, die mit diesen Katastrophen für Österreichs Fremdenverkehr verbunden ist. Die Fremdenverkehrswirtschaft sollte daher bei Vergabe der Mittel aus dem Hochwasserschädenfonds in erster Linie berücksichtigt werden. Dringend notwendig erscheint auch die Ausschaltung der Gefahrenquellen durch großzügige Wildbach- und Lawinenverbauung und Flußregulierungen, denn für die Urlaubsgäste, und das muß man unterstreichen, ist zweifellos das Gefühl der Sicherheit entscheidend für die Auswahl des Urlaubsortes.

Der Hochwasserschutz berührt eine andere Materie, mit der der Fremdenverkehr eng verbunden ist: die Raumordnung. Zur Raumordnung als optimaler Gesamtgestaltung des Staatsgebietes beziehungsweise seiner Teile werden die Unterlagen und Vorschläge der Raumplanung benötigt.

Die Bundesverfassungsnovelle 1962 gab der örtlichen Raumplanung, die nunmehr in den selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinden fällt, den geeigneten Rahmen. Für die Gemeindeplanung wichtige nähere Ausführungen werden in Landesgesetzen getroffen. Leider sind die Bestimmungen oft stark voneinander abweichend beziehungsweise ungenügend. Auch andere Landesgesetze, Fremdenverkehrs-materien betreffend, sehen völlig unterschiedliche Bestimmungen vor, zum Beispiel über das Campingwesen, die Privatzimmervermietung und die Fremdenverkehrsabgabe.

In den Bundesländern, in denen noch keine Raumordnungsgesetze bestehen, werden solche zu erlassen sein. Hiebei wie auch bei anderen Rechtsnormen, den Fremdenverkehr betreffend, sollte eine gewisse unerlässliche Koordinierung durchgeführt werden.

Auf Bundesebene hat man die Bedeutung der Raumordnung erkannt. Seit Mai vorigen Jahres ist ein Ministerkomitee mit der Aufgabe befaßt, raumordnungspolitische Leitlinien für die Gesamtgestaltung des Bundesgebietes zu schaffen. Die Grundlagen hierfür werden durch ein wissenschaftliches Gutachten erstellt werden, das einen weiteren Beitrag zur Ver-sachlichung der politischen Entscheidungen

Marberger

darstellt. Der Fremdenverkehr, und das ist für die Fremdenverkehrswirtschaft besonders wichtig, scheint in der Disposition des Gutschaltens wiederholt auf. Somit ist die Hoffnung berechtigt, daß dem Fremdenverkehr im Rahmen der gesamten Arbeit das nötige Augenmerk geschenkt wird, das ihm infolge seiner Bedeutung und seiner Probleme zu kommt.

Meine Damen und Herren! Zu den wesentlichen Voraussetzungen einer weiteren Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs zählt auch ein leistungsfähiges, gut ausgebautes System an Verkehrswegen, aber auch einer Verkehrsbedienung, die den Anforderungen unserer Gäste aus dem In- und Ausland gerecht werden muß. Im Rahmen des Ausbaues der Verkehrswege ist ein konsequenter, planmäßig vorangetriebener Ausbau des Straßennetzes von besonderer Bedeutung. Von 61,2 Millionen im Jahre 1965 verzeichneten Grenzübertritten einreisender Ausländer entfielen 51,7 Millionen auf die Straße, 9,2 Millionen auf Bahn und Schiff und immerhin auch schon 286.000 auf das Flugzeug.

Der weitaus überwiegende Teil unserer ausländischen Gäste, aber auch jener aus dem Inland, erreicht mit dem Kraftfahrzeug sein Urlaubsziel und will dasselbe auch während des Urlaubs benützen. Daher ist ein gutausgebautes Netz von Hauptverbindungsstraßen für den Fremdenverkehr Voraussetzung.

Ebenso darf auch die Bedeutung von Landes- und Gemeindestrassen und auch von Güterwegen, die abgeschiedene Höfe im Gebirge und Streusiedlungsgebiete erschließen, nicht unterschätzt werden.

Der Fremdenverkehr hat ja den Beweis als brauchbares Instrument einer Strukturpolitik längst erbracht. Viele absiedlungsgefährdete Bergbauerngebiete sind durch die starke Expansion des Fremdenverkehrs zu Wohlstandsgebieten geworden. Besonders auch der Wintersport und Wintertourismus haben vielen hochgelegenen Orten gute Existenz- und Verdienstmöglichkeiten gebracht und zum Teil Gebiete, die sonst wirtschaftlich nicht genutzt werden können, erschlossen.

Die Erfolge Österreichs im Winterfremdenverkehr wären aber ohne das gut ausgebaute Netz von Seilbahnen, Sessel- und Schleppplisten, kurz Aufstiegshilfen, undenkbar. Mit über 90 Seilbahnen, 170 Sessellisten und fast 1000 Schleppplisten, mit denen im Jahr 1965 rund 64 Millionen Personen befördert wurden, nimmt Österreich in der Seilbahnwirtschaft auch tatsächlich einen führenden Rang in der Welt ein. Auf diesem Sektor bieten wir unseren Gästen wirklich Qualität. Überall dort,

wo Seilförderanlagen im erforderlichen Ausmaß errichtet wurden, wo auch gute Beherbeigungsbetriebe zur Verfügung standen, nahm der Sommer- und insbesondere der Winterfremdenverkehr äußerst stark zu.

Da in der Schweiz, in Frankreich, Italien und auch in anderen Ländern vehemente Anstrengungen in dieser Richtung unternommen werden — in Italien zum Beispiel in Höhenlagen über 600 m durch Steuerfreiheit vom Staat besonders gefördert —, sollten die Bemühungen zur Errichtung und Verbesserung um Seilförderanlagen in Österreich noch verstärkt werden.

Immer größere Bedeutung bekommt eine verhältnismäßig junge Form des Urlaubsreiseverkehrs, der Luftcharterverkehr. Welche Möglichkeiten sich in dieser Richtung ergeben, kann daraus ersehen werden, daß allein mit österreichischen Flugzeugen im vergangenen Jahr rund 40.000 Urlaubsgäste aus Großbritannien nach Österreich befördert wurden. Wenn die im Luftcharterverkehr liegende Chance für unseren Fremdenverkehr voll genutzt werden soll, wird es eines verstärkten Ausbaues der Flughäfen auch in den Landeshauptstädten bedürfen.

Heute berichten die „Salzburger Nachrichten“ von einer Resolution über den Ausbau des Salzburger Flughafens für Nachtlandemöglichkeiten.

Die Verkehrsdiene der Bundesbahnen müssen anerkannt werden. Mit Befriedigung kann feststellen, daß sich die Österreichischen Bundesbahnen durchaus bemühen, eine rasche und bequeme Erreichung der österreichischen Fremdenverkehrsräume sicherzustellen. Die Ausstattung der österreichischen Transitzüge läßt noch manchen Wunsch offen. Aber auch hier werden wir mit der Zeit den internationalen Standard erreichen.

Dieses Wunschkonzept an fremdenverkehrs-fördernden Einrichtungen muß durch die Verbesserung der sogenannten Infrastruktur der Fremdenverkehrsgebiete ergänzt werden. Den Gemeinden entstehen große Aufgaben durch die Vorsorge für die Wasserversorgung, Kanalisierung, Errichtung von Parkplätzen, Ortsumfahrungen, Ruhezonen und so weiter. Das bedeutet ein Investitionsprogramm, das voraussichtlich nie ganz erfüllt sein wird! Dazu bedarf es nicht nur finanzieller Mittel, sondern auch echter Fremdenverkehrsgesinnung und aufopfernder Arbeit.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn nun die Frage erhoben wird: „Lohnt sich all dieser Idealismus und der materielle Aufwand?“, so kann dies entschieden und ehrlich bejaht werden. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die österreichische Wirt-

Marberger

schaft ist längst erkannt. Dieser stille Export und die überaus wichtige Einnahmsquelle ist aus unserer Volkswirtschaft nicht mehr wegzudenken. Die völkerverbindende Funktion des Fremdenverkehrs leistet außerdem einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Verständigung.

Schon seit langer Zeit bemühen sich die Experten der Fremdenverkehrswirtschaft um Prognosen für die Zukunftsentwicklung dieses Wirtschaftszweiges. Man kommt zur Feststellung, daß die Aussichten für die Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs nicht ungünstig sind. Das Bedürfnis, Urlaub zu machen, wird in dem hastigen Berufsleben der modernen Industriegesellschaft immer größer. Die soziale Entwicklung, die den Menschen noch mehr Freizeit und bessere Einkommensverhältnisse bringen wird, ist ein weiterer zu beachtender Faktor für die Ausweitung des Tourismus. Die längere Lebenserwartung der Menschen unseres Zeitalters ist ebenso ein Umstand, der sich auf den Tourismus auswirken wird. Außerdem hat der Wunsch beziehungsweise die Möglichkeit, Urlaub zu machen oder zu reisen, bei weitem noch nicht alle Bevölkerungskreise erfaßt.

Eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach behandelt das Urlaubsverhalten der westdeutschen Bevölkerung. Das ist für uns außerordentlich interessant, da zirka drei Viertel aller ausländischen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland kommen.

Die Befragung ergab, daß nur 55 Prozent der Deutschen 1965 Urlaub gemacht haben. Es zeigte sich, daß nur 31 Prozent der Landwirte, 47 Prozent der Arbeiter und 58 Prozent der Selbständigen Urlaubsreisen unternahmen.

Meine Damen und Herren! Zu einem längerfristigen Konzept für unseren Fremdenverkehr — damit komme ich zum Ende — gehört auch die Beachtung der Auswirkungen der Steuerpolitik auf diesen Wirtschaftszweig. Im österreichischen Gast- und Beherbergungsgewerbe hat sich eine ganz spezielle Betriebsform besonders bewährt: das ist der kleine und mittlere Familienbetrieb, in dem das Besitzer-ehepaar und Familienmitglieder einen Großteil der Verantwortung und Arbeit übernehmen. Der Gast schätzt diese Familienbetriebe ganz besonders, findet er doch individuelle Betreuung und eine freundliche persönliche Atmosphäre, die in einem Grandhotel nicht vorhanden sein kann. Außerdem ist es im Familienbetrieb leichter möglich, die durchgehende Inanspruchnahme der Dienstleistungen eines Gast- oder Beherbergungsbetriebes aufrechtzuerhalten, da Familienmitglieder eher bereit sind, Mehrarbeit auf sich zu nehmen. Besonders die mitarbei-

tende Ehegattin ist sehr oft für den reibungslosen Ablauf der innerbetrieblichen Arbeit, besonders auch in der Küche, unerlässlich. Steuerlich wird diese verantwortungsvolle Arbeit schlecht belohnt. Sie wird im Gegenteil immer noch bestraft. Der Freibetrag für die mitarbeitende Ehegattin ist zu gering und muß unbedingt erhöht werden. Mit der Verwirklichung dieses Wunsches würde ein Unrecht aus der Welt geschafft.

Ebenso trifft die Erbschafts- und Schenkungssteuer die Hotellerie besonders hart. Wie wir hören, ist eine Novellierung dieser drückenden Steuer im Gange.

Das sind nur zwei Fragen aus einem Paket von Wünschen, die das österreichische Gast- und Schankgewerbe und damit die ganze österreichische Fremdenverkehrswirtschaft immer noch geltend machen.

Die Wirtschaftstreibenden im Gast- und Beherbergungsgewerbe und in der Hotellerie sind zu einem großen Prozentsatz kleine und mittlere selbständige Erwerbstätige. Sie verkörpern eine Wirtschaftsstruktur, die in einem Staate als stabil bezeichnet werden kann und volkswirtschaftlich gesehen wertvoll ist.

Die österreichische Steuergesetzgebung nimmt auf diese Wirtschaftsgruppe wenig Rücksicht. 1967 werden verschiedene finanzpolitische Maßnahmen, die unter dem Titel „Wachstumsgesetze“ bekanntgeworden sind, zum ersten Mal wirksam werden. Dies ist zumindest ein Anfang zur Kapitalbildung und damit zur Möglichkeit von Investitionen. Im Budget 1967 sind auch größere Mittel für Förderungsmaßnahmen ausgewiesen als je zuvor. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß diese Förderungsmaßnahmen, verstärkt durch weitere Vorsorge in den Bundesländern und Gemeinden, der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft die benötigte Hilfe geben, damit wir gegen die weltweite Konkurrenz in diesem Wirtschaftszweig weiterhin bestehen können. Der Fremdenverkehr weist zurzeit noch die größte Steigerungsrate unter allen Wirtschaftszweigen auf. Es lohnt sich, den Fremdenverkehr zu fördern und damit der Volkswirtschaft neue Impulse zu geben sowie das internationale Ansehen Österreichs zu mehren. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Adam Pichler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Adam Pichler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das heute zu behandelnde Kapitel 63: Handel, Gewerbe und Industrie, ist unserer österreichischen Wirtschaft gewidmet.

Ich habe mir vorgenommen, zu diesem Kapitel zu sprechen, will aber nur ein ganz spezielles

Adam Pichler

Thema, die Fremdenverkehrswirtschaft, besonders behandeln. Ich komme mir da fast überflüssig vor, wenn ich nun den Vortrag meines Herrn Kollegen Marberger betrachte; denn in vielen Dingen würde sich meine Meinung mit der seinigen decken. Nur habe ich allen Grund dazu, die Dinge anders vorzutragen. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Einladung könnte ich an Sie ergehen lassen, vielleicht wäre es für Sie ganz nützlich, die Dinge einmal von einer anderen Seite betrachten zu dürfen. Ich darf noch immer das sagen, was ich hier in diesem Hohen Hause zu sagen habe. Bei Ihnen hat man nicht immer diesen Eindruck. Aber ich kann mich ja täuschen.

Sehr viele Argumente, die der Herr Kollege Marberger über den Fremdenverkehr und die Wirtschaft vorgetragen hat, sind — darüber läßt sich gar nicht streiten — sehr richtig gewesen. Auch ich habe mich nicht nur dazu zu melden, sondern ich habe den Auftrag, darüber zu sprechen (*Heiterkeit bei der ÖVP.*), den Auftrag der Wirtschaftstreibenden meines Wahlbezirkes; damit keine Mißverständnisse möglich sind. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Herr Kollege, Sie sind heute so unternehmungslustig, fast möchte ich sagen, angrifflustig. Ich freue mich, mit Ihnen in die Debatte darüber eingehen zu dürfen.

Gerade heute ist fast bei allen Sprechern, die in diesem Hohen Hause über die Wirtschaft zu sprechen veranlaßt waren, die Sorge angeklungen, wie unsere Wirtschaft in allernächster Zukunft aussehen wird. Gerade diese Frage veranlaßt mich, zu diesem extremen Problem der Fremdenverkehrswirtschaft Stellung zu nehmen. Ich glaube kaum zu übertreiben, wenn ich behaupte, daß die Fremdenverkehrswirtschaft im Gesamtwirtschaftskonzept Österreichs doch den bestimmten Anspruch darauf erheben darf, ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig zu sein. Denn, wie schon von verschiedenen Rednern hier angeführt wurde, tragen doch gerade die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr in über großem Maße dazu bei, unser Handelsbilanzpassivum abzudecken. Bis vor wenigen Jahren war es noch möglich zu sagen, aus den Eingängen der Fremdenverkehrswirtschaft werde dieses Handelsbilanzpassivum abgedeckt. Seit dem Jahre 1966 kann man das leider nicht mehr behaupten.

Dies allein wäre Grund genug, daß wir uns alle mit den Problemen dieses Wirtschaftszweiges eingehend beschäftigen, dies umso mehr, als, wie ich schon sagte, im Jahre 1966 nicht nur eine Stagnation, sondern sogar ein leichter Rückgang, der allerdings nicht überall in gleichem Ausmaß spürbar war, festzustellen ist. Ich bin der Meinung, daß man dieses

„spürbar“ als Alarm bezeichnen könnte, als Alarmzeichen sicher, aber es ist keine Überraschung, weder für die, die im Fremdenverkehr direkt oder indirekt tätig sind, noch auch für jene, die sich bei uns in Österreich für die Wirtschaft immer verantwortlich fühlen

Deshalb haben wir uns heute die Frage zu stellen: Was ist bisher für diesen Wirtschaftszweig geschehen, und ist für ihn genug getan worden? Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach: Ein glattes Nein wäre am Platz!

Glauben Sie nicht, daß dieser spürbare Rückgang nicht früher erkennbar war, nicht früher abzufangen gewesen wäre? Ich bejahe diese Frage; denn nicht nur wir in den Ländern draußen haben das spüren müssen, sondern alle, die in der Wirtschaft stehen und für die Wirtschaft verantwortlich sind, haben diese Entwicklung, wenn schon nicht früher, so doch in den letzten Jahren, besonders im letzten Jahr, voraussehen müssen. Mit diesen Problemen werden wir nun fertig zu werden versuchen müssen. Daß man diesen Rückgang schon früher spüren konnte, wurde auch dadurch bewiesen, daß Ihr Generalsekretär, Herr Dr. Withalm, vor wenigen Wochen hier in diesem Hause ebenfalls mit großer Besorgnis über diese Entwicklung gesprochen hat.

Die bisher von der Bundesregierung oder den zuständigen Ministern vorgesehenen Förderungsmittel waren zu gering. Und selbst um diese geringen Mittel zu erreichen, bedurfte es eines schwierigen Weges. Diese Bemerkung war in der Hauptsache auf die ERP-Mittel gemünzt. Ich kenne sehr viele Gewerbetreibende gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft, die auch den Versuch unternahmen, ERP-Mittel zu bekommen. Aber als sie dann im Zuge der verschiedenen Erhebungen verpflichtet wurden, alle diese Bogen auszufüllen, haben sie lieber „Danke schön“ gesagt. Diese Prozedur wollten sie nicht hinnehmen. Diese Schwierigkeiten und dieser langwierige Prozeß waren ihnen zu ungewiß. Aber auch solche Betriebe, die mit aller Berechtigung hoffen durften, diese Kredite doch zu bekommen, haben sich dafür entschieden, ihre Kredite auf einem anderen Wege, auch wenn sie teurer waren, zu erhalten.

Die Mittel aus der Fremdenverkehrsziensstützungsaktion — das ist ein furchtbar schönes Wort — sind wesentlich wirtschaftsnäher. Das ist eine gute Einrichtung, doch die betreffenden Mittel sind für eine so lange Zeit vorausgebunden, daß auch hier unerträglich lange Wartezeiten in Kaufgenommen werden müssen.

So begrüßenswert die im Budget 1967 für die Zinsenstützung vorgesehenen, nicht unerheblichen Beträge auch sind, sind sie nicht nur noch immer zu gering, sondern auch hier

2714

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Adam Pichler

drängt sich einem die Frage auf: Warum erst jetzt? Diese Frage ist umso berechtigter, als man ja weiß, daß der Verschuldungsstand der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft laut Statistik der Österreichischen Nationalbank von 1961 bis 1964 von 1210 Millionen auf 3275 Millionen angestiegen ist.

Diese Zahlen müßten Ihnen genauso wie mir bekannt sein, daher ist es mir unverständlich, warum man aus dieser Situation heraus noch nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen hat.

Obwohl sich Berufsvertretungen und Fremdenverkehrsexperten und auch hier im Hohen Hause alle Jahre wieder Abgeordnete, ganz gleich, von welcher Partei, zum Worte gemeldet und versucht haben, für diese Fremdenverkehrswirtschaft bessere Bedingungen zu finden für Förderungsmaßnahmen bei Krediten, die nicht nur bezüglich Rückzahlung, sondern auch hinsichtlich der Laufzeit erträglich waren, war es bisher unmöglich, eine merkbare Besserung auf diesem Gebiet zu erreichen.

Wie schon angeführt, sind im heurigen Budget erstmals solche Zinsenstützungen für Investitionskredite in brauchbarer Form spürbar — so dürfen wir wenigstens hoffen — vorgesehen. Fast ist man versucht, auch hier wieder mit einiger Vorsicht zu sagen: brauchbar — vielleicht. Man ist auch noch versucht zu sagen: spät tatet ihr's, aber ihr tatet's, nämlich solche Mittel im Budget in der Form vorzusehen.

Daß diese von der Fremdenverkehrswirtschaft an den Bund gestellten Forderungen seit eh und je nicht unberechtigt waren, zeigen doch die Maßnahmen, die andere Fremdenverkehrsländer für ihre Fremdenverkehrswirtschaft bereits getroffen haben, um ihr Kreditmöglichkeiten zu schaffen, die ihr gestatten, Investitionen wirklich und sofort zu erträglichen Bedingungen vorzunehmen.

Ich darf Ihnen hier einen kleinen Vergleich bringen. Herr Kollege Marberger hat sehr viel von diesen Dingen zu sagen gewußt. Ich kann nur einige wenige Beweise erbringen, sie dürften aber nicht uninteressant sein.

In Österreich ist der normale Zinsfuß 8 bis 9 Prozent. Ich bin ja bescheiden geblieben; es gibt Leute, die anders sagen würden. Fremdenverkehrskredite über ERP und so weiter waren in beschränktem Ausmaß zu $5\frac{1}{4}$ Prozent zu erreichen. In der Schweiz sind normal 4 bis 5 Prozent, Fremdenverkehrskredite mit 2 bis 3 Prozent. In Italien normal 6 Prozent, für Fremdenverkehrskredite 2 bis 3 Prozent. Und dann — wie Kollege Marberger schon anzuführen wußte — sind noch wesentliche andere Erleichterungen in Italien für den Fremdenverkehr vorgesehen. In Frankreich

ist der normale Zinssatz von 3 bis 5 Prozent, für den Fremdenverkehr nur 3 Prozent; es ist aber vorgesehen, das im kommenden Jahr auf 2 Prozent zu ermäßigen.

Besonders bezeichnend ist hier eine Gegenüberstellung: Die Steuerbelastungen der Fremdenverkehrsbetriebe betragen in Österreich im Durchschnitt 9 Prozent, in der Schweiz 1,5 Prozent, in Italien 2 Prozent und in Frankreich zwischen 2 und 3 Prozent.

Sehen Sie, wo hier der wesentliche Unterschied liegt? Bei uns wird diese indirekte Förderung nicht beachtet. Man ist hier wieder versucht, ein Sprichwort anzuwenden: Bei uns melkt man die Kuh, bevor sie Milch gibt.

Die Voraussetzungen für unsere bisher immer noch gute Stellung im internationalen Fremdenverkehr sind gegeben, wir müssen sie nur auszuwerten wissen. Wir brauchen — wie heute schon angeführt wurde — auch keine quantitative Vermehrung und Ausweitung unserer Fremdenverkehrseinrichtungen, sondern eine qualitative Aufwertung. Sprechen wir auch darüber klar und deutlich. Hier ist der Nachholbedarf enorm. Enorm besonders dann, wenn wir den Standard erreichen wollen, wie ihn unsere Konurrenzländer im Fremdenverkehr bereits als selbstverständlich bezeichnen. Diesen Nachholbedarf hat aber nicht nur die Privatwirtschaft, sondern ihn haben auch andere Gebietskörperschaften, die sich auf diesem Gebiet verpflichtet sehen, große Anstrengungen zu machen.

In diesem Zusammenhang sei gesagt, daß die Ansprüche, die der Fremdenverkehr an die Gemeinden stellt, nicht unerheblich sind; ich möchte sie fast als gewaltig bezeichnen.

Es ist höchste Zeit, daß auch Gemeinden bei der Beschaffung von zinsgestützten Krediten die gleichen Bedingungen vorfinden. Das möchte ich besonders unterstreichen, denn bisher war es den Gemeinden nur auf Umwegen möglich, an diese zinsgestützten Kredite heranzukommen. Die Gemeinden mußten irgendwie bei einer Kapitalgesellschaft sein. Wozu diese Beschränkung war, ist mir heute nicht nur unerklärlich, es ist mir unverständlich. Ich frage mich, ob diese Beschränkungen eine positive Wirkung erzielt haben. Darüber, glaube ich, kann man aber ein anderes Mal eingehender sprechen.

Es darf und kann doch nicht übersehen werden, wie viele Anliegen in bezug auf den Fremdenverkehr beziehungsweise auf die Fremdenverkehrseinrichtungen an die Gemeinden herangetragen werden und wie viele Einrichtungen von den Gemeinden finanziert werden müssen, weil sich die Privatwirtschaft ganz außerstande sieht, alle diese Dinge selbst zu finanzieren. Sehr viele dieser Anlagen, die ich dann noch

Adam Pichler

näher anführen werde, werden einfach notgedrungen nur von Gemeinden oder Körperschaften errichtet werden können. Ich nenne hier genauso wie mein Herr Vorredner: Schwimmbäder, Badeanlagen, Kurhäuser, Lesehallen, Lifte, Bahnen, Seilbahnen, Parkanlagen, Promenaden; nicht zuletzt auch, wozu ja jeder Fremdenverkehrsort in erster Linie verpflichtet ist, für die Wasserversorgung und die Abwasserabfuhrung die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit aus dem Ort ein Fremdenverkehrsort werden kann. Denn beim heutigen Angebot des Auslandes ist es selbstverständlich, daß der zu uns kommende Guest die gleichen Bedingungen an den Fremdenverkehrsort stellt, wie er sie anderswo als selbstverständlich vorfinden kann.

Diese ganz kurze Darstellung erhebt wirklich keinen Anspruch auf Vollständigkeit; denn über Fremdenverkehrswirtschaft, deren Förderungsmaßnahmen und Förderungsmöglichkeiten ließe sich noch viel sagen. Ich bin der Meinung, daß nicht nur Herr Kollege Marberger und ich zu diesem Problem etwas zu sagen wissen, es werden noch mehrere dazu sprechen wollen. Daher glaube ich, daß ich mit diesen Dingen vorläufig aufhören darf.

Es wäre für mich erfreulich, wenn es mir gelungen wäre, Sie davon ernstlich zu überzeugen, daß wir um die weitere Entwicklung unseres Fremdenverkehrs ernstlich besorgt sind, da außer Zweifel steht, daß es unser aller Anliegen sein müßte, einem für die österreichische Gesamtwirtschaft so wichtigen Erwerbszweig nicht nur die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken, sondern endlich alle Voraussetzungen für eine gedeihliche Aufwärtsentwicklung zu schaffen und auch zu sichern.

Ich darf mir daher heute noch einmal erlauben, meine schon im Budgetausschuß ausgesprochene Überlegung zu wiederholen. Ich möchte das fast wörtlich so sagen, wie ich es damals gesagt habe. Es wäre nicht mehr als recht und billig, ein für alle Mal ausreichende Mittel für unsere Fremdenverkehrswirtschaft zu sichern. Ich denke dabei an eine Art von Exportrückvergütung, wie sie anderswo auch schon besteht, im Ausmaße von 2 Prozent aus den Deviseneingängen des Fremdenverkehrs zur Bildung eines Fonds, der zweckgebunden lediglich zur Zinsenstützung für Fremdenverkehrseinrichtungen und Fremdenverkehrsinvestitionskredite verwendet werden soll.

Ich bin mir dessen bewußt, daß zur Verwirklichung dieser Überlegung noch sehr viel notwendig ist; besonders bürokratische Schranken werden hier auftreten. Aber ich bin auch der Überzeugung: Wenn wir alle unserer Wirtschaft zuliebe uns bemühen,

aber nicht nur zuliebe, weil uns nichts Besseres einfällt, sondern weil wir die Notwendigkeit erkennen müssen, daß gerade für diesen für Österreich so wichtigen Wirtschaftszweig die notwendige Aufmerksamkeit aufgewendet und die notwendigen Unterlagen geschaffen werden müssen, dann wird es uns auch gelingen, wenn wir wollen, wenn wir den Mut haben, zu wollen, die Sicherheit der Mittel, die die Fremdenverkehrswirtschaft braucht, in dieser Form hier festzulegen. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vom Standpunkt der Landwirtschaft zu einigen Fragen im Zusammenhang mit dem angestrebten Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kurz Stellung nehmen.

Von österreichischer Seite wird unter anderem auch eine gewisse Sonderregelung im Handelsverkehr mit den Oststaaten angestrebt. Diese Sonderregelung soll darin bestehen, daß den Oststaaten Exporterleichterungen nach Österreich genehmigt werden. Die Oststaaten sollen damit im Rahmen eines bestimmten Warenaufanges günstiger als andere Drittstaaten gestellt werden.

Dieser Wunsch Österreichs wurde in Brüssel bereits angemeldet und unter anderem damit begründet, daß wir im Sinne unserer Neutralitätsverpflichtung die Unabhängigkeit nach außen bewahren müssen und dies am besten durch ein Entgegenkommen beim Osthandel dokumentieren können.

Neben dieser neutralitätspolitischen Überlegung stehen dahinter auch gewisse Exportinteressen unserer Industrie. Bekanntlich pflegen die Oststaaten noch immer weitestgehend den bilateralen Handelsverkehr, das heißt, daß für Lieferungen nach dem Osten in gleichem Umfange Güter aus dem Osten bezogen werden müssen.

Im Zuge der von Österreich angestrebten Sonderregelung zugunsten der Oststaaten wird immer wieder darauf hingewiesen, daß auch die Landwirtschaft in diese Sonderregelung einbezogen werden müßte. Diese Einbeziehung der österreichischen Landwirtschaft in eine Osthandelssonderregelung ist jedoch aus mehreren Gründen außerordentlich problematisch. Ich möchte das vielleicht ganz kurz erläutern, indem ich auch die Situation schildere, die in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besteht.

2716

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist im Bereich der Landwirtschaft ein wesentlich strafferes System eingeführt als in den übrigen Bereichen der Wirtschaft, und zwar eine sehr strenge Regelung hinsichtlich der Preisbildung und sonstigen Bedingungen. Es ist so, daß diese Ziele der Agrarmarktregelung ein ordnungsgemäßes Funktionieren voraussetzen, und zwar so, daß die festgelegten Maßnahmen unbedingt eingehalten werden. Diese Maßnahmen sind dadurch gekennzeichnet, daß sich der gemeinsame Markt auf dem Gebiete der Agrarprodukte sehr stark gegenüber Drittstaaten abschirmt. Diese starke Abschirmung, diese Maßnahmen, die von der EWG eingeführt wurden, wirken sich bekanntlich auf uns Österreicher schon sehr empfindlich aus, und zwar haben wir das im heurigen Jahr besonders beim Schlachtvieh gespürt und auch bei Molkereiprodukten, die in den EWG-Raum ausgeführt wurden. Denn die Abschöpfungsregelungen, die von der EWG eingeführt worden sind, bringen in vielen Fällen ein vollkommenes Erliegen der Exporte mit sich.

Es ist nun so, daß eine Durchlöcherung der Außenhandelsregelung das ganze System der EWG-Marktordnung in Frage stellt. Wenn wir also mit dem Osten eine Sonderregelung durchführen, die auch die Landwirtschaft einbezieht und damit ermöglicht, daß landwirtschaftliche Produkte ohne Abschöpfung oder nur mit halber Abschöpfung hereinkommen, bringen wir damit das EWG-System in Unordnung. Das bedeutet, daß wir verringerte Abschöpfungseinnahmen hätten, einen verstärkten Preisdruck und daß wir die Interventionsschwelle wesentlich früher erreichen würden, mit anderen Worten, wesentlich weniger Einnahmen und dafür entsprechend höhere Ausgaben. Der österreichische Bauer wäre dem vollen Wettbewerb aus den EWG-Staaten bei einer Regelung mit der EWG und einem stärkeren Importdruck aus den Oststaaten ausgesetzt und hätte daher wesentlich ungünstigere Bedingungen auf sich zu nehmen als sein Berufskollege in den übrigen EWG-Staaten. Eine solche Doppelkonkurrenz kann und darf der österreichischen Landwirtschaft nicht zugemutet werden.

Eine Sonderregelung mit den Oststaaten auf dem Agrarsektor ist unserer Meinung nach auch deshalb nicht notwendig, weil die Oststaaten sehr frachtgünstig zu Österreich liegen und dies gerade bei Agrarprodukten von besonderer Bedeutung ist, da ja die Frachtvorteile sehr beachtlich sind.

Eine weitere für die Landwirtschaft bedeutende Frage im Zuge der angestrebten Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der EWG wird der Ausrichtungs-

und Garantiefonds im Bereich der Landwirtschaft sein.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß dieser Fonds im Gemeinsamen Markt die Aufgabe hat, Marktinterventionen bei Agrarprodukten auf dem Binnenmarkt der EWG durchzuführen, die Überschüsse, begünstigt mit Exporterstattungen, außer Landes zu bringen und Mittel für Strukturverbesserung und Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Dieser Ausrichtungs- und Garantiefonds wird aus Beiträgen und Abschöpfungen der Mitgliedsländer gespeist. Die beim Import eingehobenen Abschöpfungsbeträge fließen ebenfalls in diesen Fonds und haben bereits einen bedeutenden Umfang. Wie Sie sicherlich wissen, sind Marktinterventionen auf dem Binnenmarkt der EWG für Milchprodukte, Getreide und Zucker zwingend vorgeschrieben und für Rindfleisch bereits eingeführt. Man denkt auch daran, für Schweinefleisch und Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft Interventionsmaßnahmen einzuführen. Gewisse Regelungen sind auch für Obst und Gemüse vorgesehen.

Für das Funktionieren der Agrarmarktordnung ist das Bestehen eines gemeinsamen Ausrichtungs- und Garantiefonds der EWG eine Voraussetzung, weil nur dadurch die Richtpreise für die Grundprodukte annähernd gehalten werden können. Zum Unterschied von uns kennt ja die EWG keine Fixpreise, sondern nur Richtpreise. Damit die Schwankungen der Agrarpreise im Interesse der Produzenten, aber auch der Konsumenten in einem vernünftigen Maß gehalten werden können, wird eine Untergrenze des Schwankungsbereiches, der sogenannte Interventionspreis, festgesetzt, zu dem eben dann diese Produkte aufgekauft werden müssen.

Es ist nun im Rahmen einer zukünftigen Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der EWG sehr wichtig, auf dem Sektor Ausrichtungs- und Garantiefonds eine Regelung zu finden, denn ohne einen solchen Fonds oder eine ähnliche Einrichtung in Österreich könnte eine harmonisierte Agrarpolitik nicht funktionieren. Österreich müßte daher trachten, eine besondere Form der Teilnahme am EWG-Ausrichtungs- und Garantiefonds zu finden.

Aus Gründen der Neutralität und der allfällig notwendigen Lösungsmöglichkeit eines Vertrages müßte eventuell auch daran gedacht werden, einen nationalen Fonds für Österreich mit ähnlichen Aufgaben zu schaffen, um das Funktionieren einer der EWG weitestgehend ähnlichen Agrarmarktregelung sicherzustellen beziehungsweise zu ermöglichen. Sicherlich wird gerade das Problem der Finanzierung eines solchen Fonds besondere Schwierig-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

keiten bereiten, doch muß im Interesse der österreichischen Agrarproduktion auch hier eine zufriedenstellende Lösung gesucht und gefunden werden.

Ich möchte abschließend noch ganz kurz zu den vom Herrn Abgeordneten Meißl angeschnittenen Fragen bezüglich des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens kurz Stellung nehmen.

Herr Abgeordneter Meißl hat unter anderem angeführt, daß ungleiche Bedingungen zwischen der gewerblichen Wirtschaft und den landwirtschaftlichen Genossenschaften besonders hinsichtlich des Landhandels und der landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften beständen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders die Stellungnahme des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil hervorheben, der hier wirklich ein wahres Wort gesprochen hat, indem er feststellte, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften, wenn sie nicht beständen, geschaffen werden müßten.

Ich möchte zu den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Meißl feststellen, daß erstens zwischen den landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften und dem Landhandel keine steuerlichen Unterschiede bestehen, im Gegenteil, daß die landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften nach dem letzten Stand auf Grund der Wirtschaftswachstumsgesetze sogar ungünstiger gestellt sind als die Konkurrenten, zweitens, daß die landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften keine Subventionen, keine Beihilfen erhalten und auch keine verbilligten Agrarinvestitionskredite, sondern daß sie höchstens die Möglichkeit haben, ihre Maßnahmen über ERP-Kredite zu finanzieren, welche Möglichkeit aber allen Bereichen offensteht, und drittens, daß die Selbsthilfeorganisationen der Landwirtschaft eine ganz beachtliche volkswirtschaftliche Bedeutung haben. Ich verweise nur darauf, daß hier in erster Linie das stoßweise Angebot besonders auf dem Getreidesektor aufgefangen werden muß, daß hier eine Lagerhaltung betrieben wird, die für die Volkswirtschaft von großem Nutzen ist, daß wir diese Selbsthilfeeinrichtungen wegen der Verderblichkeit der Produkte und auch wegen der stark schwankenden Nachfrage schaffen müßten.

Es wurde von Herrn Dr. Mussil schon festgestellt, daß sich jede Gruppe unserer Volkswirtschaft genossenschaftliche Selbsthilfeeinrichtungen schafft, soweit sie notwendig sind, und daß diese Dinge für alle gelten.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften — ich spreche hier besonders vom Standpunkt Oberösterreichs aus — sind zur frucht-

baren Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen der gewerblichen Wirtschaft bereit. Wir bitten aber, daß man unsere Probleme objektiv betrachtet und nicht mit einer einseitigen und tendenziösen Stellungnahme die Atmosphäre auf dem Lande vergiftet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Ich ertheile es ihm.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! (*Abg. Dr. J. Gruber: Wenn die ÖVP nicht wäre, hätten Sie keine Zuhörer! — Heiterkeit.*) Das, was ich zu sagen habe, richtet sich vor allem an Ihre Adresse, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren! Noch nie empfand ich mit jenen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, die der Fraktion der Christlichen Gewerkschafter und dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund angehören, ein so aufrichtiges Mitgefühl und Mitleid wie heute während der Ausführungen des Direktors der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Österreich (*Rufe bei der ÖVP: Generalsekretär!*) oder des Generalsekretärs — entschuldigen Sie — der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Österreich, des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil. Geradezu zu Salzsäulen erstarrt saßen Sie hier und ließen die provozierenden Ausführungen, diese provozierende Kapuzinerpredigt des Herrn Generalsekretärs Dr. Mussil über sich ergehen. Hätte es noch eines Beweises für die Ohnmacht der Abgeordneten des ÖAAB und der Christlichen Gewerkschafter bedurft (*Abg. Ofenböck: Verständnis heißt das, nicht Ohnmacht!*), so haben Sie diesen Beweis heute zweifelsohne hier eindrucksvoll erbracht, und man kann wirklich sagen: Ihre Einflußlosigkeit innerhalb der Österreichischen Volkspartei scheint nur noch von Ihrer Bedeutungslosigkeit in der gesamten österreichischen Arbeiterschaft überboten zu werden. (*Abg. Staudinger: Sie haben eine Ahnung! — Abg. Ofenböck: Sie strafen den Dr. Kreisky Lügen! Dr. Kreisky ist anderer Meinung!*) Ansonsten wäre es nicht möglich gewesen, daß Sie das, was hier alles von Herrn Dr. Mussil hinsichtlich der Preis- und Lohnentwicklung in Österreich wiedergegeben worden ist, so widerspruchlos hinnehmen können. Es war doch im Grunde genommen nur das uralte Lied: Nur die Arbeiter sind schuld, die Begehrlichkeit der Arbeiter. (*Abg. Kinzl: Kein Mensch hat das gesagt!*) Man verlangt, daß die arbeitenden Menschen immer und immer wieder Disziplin an den Tag legen. Sie würden es am liebsten sehen, wenn bei den horrendesten Preisentwicklungen die arbeitenden Menschen mucks-

Dr. Tull

mäuschenstill dasitzen und nicht einmal daran denken, eine Abgeltung für diese Preisentwicklung, für die Preiserhöhungen für sich in Anspruch zu nehmen. (Abg. Dr. Kummer: Sie reden einen Unsinn daher, Herr Kollege Tull!)

Wenn Sie, meine Damen und Herren des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes und der Christlichen Gewerkschafter, hiezu nichts zu sagen haben, wenn Sie das widerspruchslos zur Kenntnis nehmen — von Herrn Dr. Mussil können wir nichts anderes erwarten, er ist ja der treue Diener seines Herrn, aber von Ihnen, meine Damen und Herren der Christlichen Gewerkschafter und des ÖAAB, hätten wir erwarten müssen, daß Sie dem etwas zu erwideren haben, es sei denn, daß vielleicht noch nachher einer der Abgeordneten des ÖAAB oder der Christlichen Gewerkschafter hierherellt und von sich aus erklärt, daß er das, was Herr Dr. Mussil gesagt hat, nicht zur Kenntnis nehmen kann. (Abg. Steiner: Er hat die Wahrheit gesagt!)

Aber ich möchte in diesem Zusammenhang nunmehr doch einige Zeugen anführen, die wahrhaftig nicht verdächtigt werden können, daß sie für uns Propaganda machen, daß sie uns parteipolitisch sehr nahestehen und für unsere Belange sehr viel übrigahaben.

Es wurde heute hier davon gesprochen, daß zwar die arbeitenden Menschen für sich Europalöhne verlangen, daß man sehr viel von Europapreisen spricht, daß wir aber hinsichtlich der Leistung, der Produktivität doch noch weit zurück sind. Erst Europaproductivität und dann meinewegen, eventuell, wenn es gut geht, wenn die Reichen noch reicher geworden sind, auch Europalöhne. (Abg. Dr. Kummer: Die alte Walze! Das ist nichts Neues mehr!)

Meine Damen und Herren! Wie sieht es aber mit den Tatsachen in Österreich aus? Ich habe hier eine interessante Aufstellung über die Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne in den Jahren von 1960 bis 1965. Aus dieser Aufstellung geht eindeutig hervor, daß die Produktion je Arbeiterstunde in diesem Zeitraum um 27 Prozent und die Produktion je Beschäftigten um 21 Prozent zugenommen hat, während die Reallöhne in diesem Zeitabschnitt lediglich um 14 Prozent gestiegen sind. (Abg. Dr. J. Gruber: Wann? Von 1960 bis ...?) Von 1960 bis 1965. Und zwar sagt dies ein unverfänglicher Zeuge: Das ist ein Ausschnitt aus dem „Kurier“.

Ein namhafter Nationalökonom befindet sich derzeit auf einer Europareise. (Abg. Dr. J. Gruber: Das Statistische Handbuch der Arbeiterkammer sagt etwas anderes! — Abg. Staudinger: Auf Seite 275!) Herr Dr. Gruber

und Herr Staudinger, ich zitierte den „Kurier“, zweifelsohne nicht uns nahestehend, sondern Ihnen. Ja, wenn es nach Ihnen geht: Sie drehen es, wie Sie es gerade brauchen. Sie nehmen das, was Ihnen ins Konzept paßt. (Abg. Dr. J. Gruber: Wir werden Ihnen die Arbeiterkammer zitieren!) Aber, Herr Kollege Gruber, zu Ihrer Beruhigung: Ich zitiere da noch etwas, was Ihnen unter Umständen sehr unangenehm werden könnte und wahrhaftig unter die Haut gehen wird.

Ein namhafter Nationalökonom befindet sich derzeit, wie diese Zeitung hier ausführt — ich werde Ihnen nachher sagen, um welche es sich handelt —, auf einer Odyssee in der gesamten freien Welt, und zwar zitiere ich: „Der Nationalökonom, der sich derzeit, wie er es nennt, auf einer wissenschaftlichen Odyssee um die Welt befindet, gestaltet diese Odyssee zu einem Kriegszug gegen die These von der sogenannten Kosteninflation, womit eine vermutete Preissteigerung gemeint ist, von welcher angenommen wird, daß sie durch gezwungene, übermäßige Lohnerhöhungen verursacht wird.“ Das ist, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Gruber, ein Zitat aus der „Presse“, einer Zeitung, die bekanntlich in gewisser Tuchfühlung zur Vereinigung Österreichischer Industrieller steht. Der Zeitungsausschnitt ist vom 8. Juni heurigen Jahres.

Und nun zu etwas weiterem. Ich habe hier die „Oberösterreichische Rentnerzeitung“ vor mir, eine Zeitung, die Ihnen, meine Herren aus Oberösterreich, nicht ganz unbekannt sein dürfte. Hier heißt es: „Landeshauptmann Dr. Gleißner prägt den harten Schilling.“ Und nun darf ich mit gütigem Einverständnis des Herrn Präsidenten wörtlich einen Absatz zitieren: „Vieles ist in den letzten Monaten teurer geworden: die Milch und die Semmel, die Bahn und die Post und viele andere Bedarfsgüter.“ Das schreiben Sie in Ihrer ÖVP-Zeitung. (Abg. Dr. Gorbach: Stimmt ja!) „Am Gewicht dieser Teuerung tragen alle, am schwersten die Rentner und Pensionisten. Es ist bekannt, daß mit jedem wirtschaftlichen Aufschwung ein gewisses Anziehen der Preise einhergeht. Man verdient mehr, man gibt mehr aus, man wird zahlungskräftiger, verstärkt die Nachfrage und treibt damit indirekt auch die Preise in die Höhe. Sollte dabei nicht immer ein kleiner Vorteil für den einzelnen übrig bleiben? Nicht die Preise dürfen den Löhnen, sondern die Löhne müßten den Preisen davonlaufen! Das müßten sie. Aber wir spüren es zu deutlich: sie hinken. Mühsam hinken auch die Renten nach.“ Und dann kommt eine weitere Passage, in der Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, den Rentnern alles Heil und Glück versprechen,

Dr. Tull

wenn sie nur bereit sind, in Scharen dem Rentnerbund beizutreten, wenn sie bereit sind, der Österreichischen Volkspartei beim nächsten Mal die Stimmen zu geben. (Abg. Dr. J. Gruber: *Das tun sie auch! Der „Rentenklau“ hat nicht verfangen!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir uns die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil gut merken. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden vor allem jene Passagen, in denen deutlich herausgestellt worden ist, daß die Lohn erhöhungen die Preisentwicklungen zur Folge hatten und nicht umgekehrt, daß quasi also die Arbeiter allein an dieser verheerenden Entwicklung der Preis- und Lohnerhöhungen schuld sind, diese Passagen werden wir, darauf können Sie sich verlassen, den arbeitenden Menschen zur Kenntnis bringen. Wir werden dafür sorgen, daß im letzten Winkel Österreichs davon Kenntnis genommen wird, daß man erkennt, wie eigentlich Ihre Auffassung in dieser für das gesamte Volk so bedeutsamen Angelegenheit ist.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einem anderen Problem. Es ist heute schon sehr viel über den österreichischen Bergbau gesprochen worden. Ich glaube, wenn nicht alle Anzeichen trügen, so scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß man das Problem des Bergbaues nicht mit Methoden des einfachen Zusperrens lösen kann, daß die Zeit der Bergbautöter einfach vorbei ist. Wenn man sich zum Grundsatz „Kohle bedeutet Sicherheit“ bekennt, und das ist ein absolut richtiger Grundsatz, vor allem für einen neutralen Staat, dann muß man auch bereit sein, dem Energieträger Kohle jene Rolle, jene Stellung in der gesamten Wirtschaft einzuräumen, die diesem Energieträger zukommt.

Ich glaube, es ist daher richtig, wenn nunmehr auch in Österreich auf Grund unseres neutralen Status die Erkenntnis Platz greift, daß wir alle Anstrengungen unternehmen sollten, um unsere nationale Energiereserve zu sichern. Solche Stimmen werden heute erfreulicherweise überall hörbar. Aber wenn ich noch von etwas Skepsis erfüllt bin, so einfach deswegen, weil ich der Meinung bin, daß eine Schwalbe noch lange keinen Sommer macht, und vor allem deswegen, weil ich der Meinung bin, daß schöne Worte, Verheißen, Deklamationen, Versprechungen zuwenig sind. Meines Erachtens müßte wirklich alsbald jene Vorsorge getroffen werden, die notwendig ist, um dieses so komplexe Problem im Interesse des Kohlenbergbaus, aber auch der gesamten österreichischen Wirtschaft zu lösen.

Der Hausruck-Kohlenbergbau nimmt, meine Damen und Herren, im mitteleuropäischen

Bergbau, und zwar bedingt durch seine sehr guten Leistungen, die vor allem darauf zurückzuführen sind, daß er in den letzten Jahren modernisiert, ausgebaut, rationalisiert worden ist, eine führende Stellung ein. In den Jahren 1963 und 1964 wurden je über eine Million Tonnen gefördert. Seither ist die Förderung in diesem Gebiet zurückgegangen, aber die Leistung pro Arbeiter ist weiter beachtlich angestiegen. Pro Mann und Schicht stieg die Leistung um rund 18 Prozent. Von diesem Bergbau leben in Oberösterreich im Hausruckviertel direkt oder indirekt über 10.000 Menschen. Das ist die Existenzgrundlage für unzählige Familien in den Bezirken Vöcklabruck und Grieskirchen. Der Betrieb hat auch im Jahre 1965 keine Bergbauhilfe erhalten, und trotzdem — und das muß anerkennenswerterweise gesagt werden — ist dieser Betrieb bis zum Jahre 1966 aktiv geblieben.

Jetzt gerät er allerdings in einen sehr unangenehmen Engpaß, nicht nur in einen wirtschaftlichen Engpaß, sondern auch hinsichtlich des Beschäftigtenstandes. Es ist heute hier bereits eingehend davon gesprochen worden, daß es notwendig werden wird, dafür zu sorgen, daß in den von der Auskohlung bedrohten Gebieten langsam, systematisch, überlegt nach einem großangelegten Konzept Ersatzbetriebe angesiedelt werden. Selbstverständlich wird auch in diesem Gebiet früher oder später — die vorhandene Kohlmenge reicht noch für ungefähr 30 bis 35 Jahre — daran gedacht werden müssen, entsprechende Ersatzbetriebe seßhaft zu machen. Ich glaube aber, daß die derzeitige Unsicherheit im Kohlenbergbau sich auch sehr nachteilig auf den Beschäftigtenstand auswirkt, nämlich die dort beschäftigten Leute in eine ständige Unruhe, in eine bange Sorge um ihren Arbeitsplatz versetzt. Die Folge davon ist, daß immer mehr und vor allem jüngere Menschen bestrebt sind, aus dem Kohlenbergbau auszuscheiden. Nun haben wir in diesem großen Unternehmen die etwas bedenkliche Situation, daß von rund 2000 Beschäftigten mehr als 300 bereits älter als 55 Jahre sind.

Meine Damen und Herren! Wenn wir den Kohlenbergbau erhalten und sichern wollen, dann, glaube ich, muß vor allem auch für eines Vorsorge getroffen werden, nämlich, daß eine gewisse Beruhigung unter den dort beschäftigten Personen einziehen kann, eine Beruhigung vor allem dadurch, daß der Absatz dieser Kohle gesichert wird.

Nach dem angeblich vorhandenen Kohlenplan soll dieses Unternehmen in Hinkunft jährlich rund 800.000 t Kohle fördern. Allerdings bedeutet das noch lange nicht, daß diese 800.000 t auch tatsächlich

2720

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Dr. Tull

abgesetzt werden können. 130.000 t von der künftigen Fördermenge können derzeit nicht untergebracht werden. Für diese Menge ist derzeit noch kein Abnehmer vorhanden. Ich möchte mich jetzt nicht, meine Damen und Herren, an die Klägemauer stellen und ein Lamento anklingen lassen. Ich möchte vielmehr hier nur, indem ich auf das zurückkomme, was ist bereits ganz kurz im Ausschuß angezogen habe, einen eindringlichen Appell, eine Mahnung, ein Ersuchen an die zuständigen Stellen in der Bundesregierung richten, dafür zu sorgen, daß hier jene Voraussetzung geschaffen wird, die notwendig ist, um den Absatz dieser 130.000 t Kohle zu gewährleisten.

Die Möglichkeit ist dann gegeben, wenn das in Linz geplante Fernheizkraftwerk auf einer sogenannten Mischgrundlage, das heißt auf einer Grundlage von Kohle und Öl, errichtet wird. In Linz ist man dazu bereit. Das Land Oberösterreich hat in den vergangenen Jahren — davon haben wir uns wiederholt überzeugen können — alles unternommen, um die Arbeitsplätze der Bergleute des oberösterreichischen Kohlenbergbaubereiches zu sichern. Auch die Stadt Linz hat das erforderliche Verständnis und ist bereit, dafür zu sorgen, daß dieses Fernheizkraftwerk auf dieser Mischgrundlage errichtet wird. Allerdings unter einer Voraussetzung: wenn seitens der Bundesregierung jene Mittel bereitgestellt werden, die sich aus der Kostendifferenz ergeben; das sind jährlich rund 5 Millionen Schilling. Wenn 5 bis 6 Jahre hindurch dieser Betrag entweder aus der Bergbauförderung oder aus anderen Mitteln bereitgestellt werden kann, ist damit der Arbeitsplatz für die mindestens 300 nunmehr um ihren Arbeitsplatz bangenden Kumpel gesichert. Ich glaube, das müßte möglich sein, ich glaube, daß die Bundesregierung bei entsprechendem Verständnis Wege finden wird, diese Mittel bereitzustellen.

Gestern — darauf ist mein Vorredner Pay bereits zu sprechen gekommen — haben die Bergarbeiter in ganz Österreich eindrucksvoll Barbara-Feiern begangen. Sie haben bei dieser Gelegenheit den Dank an ihre Schutzpatronin ausgesprochen, aber sie haben gleichzeitig den himmlischen Segen für ihre künftige Arbeit erflieht. Gewähren wir den Bergleuten jene Unterstützung, die sie brauchen, jene Mittel, die sie benötigen, um in Hinkunft glücklich und sorgenfrei leben zu können!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß bei der Behandlung dieses Kapitels Gelegenheit gehabt, auch Fragen der Integration kurz anzuschneiden und zu behandeln. Ich habe bei dieser Gelegenheit an den Herrn Vizekanzler einige

konkrete Fragen gerichtet. Ich habe ihn nämlich gefragt, ob bereits Studien vorhanden sind, wie sich die Diskriminierung auf einzelne Branchen auswirkt, wenn wir kein EWG-Arrangement zustande bringen beziehungsweise wie die Auswirkungen auf verschiedene Branchen aussähen, wenn ein solches Arrangement zustande käme. Ich glaube, es hat gar keine Sinn, hier rein emotionell irgendwelche Entscheidungen ins Auge zu fassen. Man muß bei solchen eminent wirtschaftlichen und weitreichenden politischen Fragen — denn damit sind ja weitreichende politische Entscheidungen verknüpft! — auch nüchterne Unterlagen ins Gespräch bringen, um damit auf Grund dieser Dokumente eine sachliche, ausschließlich dem gesamten Volke dienende Entscheidung fällen zu können. (Abg. Mitte-
rer: *Solche Rechnungen kann kein Mensch anstellen!*) Der Herr Bundesminister beziehungsweise der Herr Vizekanzler Dr. Bock hat uns damals noch nicht jene Antwort geben können, die uns zufriedenstellen könnte. Aus diesem Grunde richte ich in diesem Zusammenhang neuerlich die konkreten Anfragen an den Herrn Vizekanzler, wie das bei einem Zustandekommen branchenmäßig aussehen beziehungsweise wie sich das auswirken müßte, andernfalls welche Folgen eintreten, wenn ein Arrangement nicht zustande gebracht werden könnte.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir abschließend, auch noch einen Entschließungsantrag*) der Abgeordneten Czernetz, Dr. Firnberg und Dr. Tull folgenden Wortlautes einzubringen:

Im Hinblick auf die weitreichenden wirtschaftlichen Folgen eines allfälligen Arrangements Österreichs mit der EWG stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat über die Auswirkungen auf die einzelnen Branchen der österreichischen Wirtschaft für den Fall eines Arrangements mit der EWG (Montan-Union) beziehungsweise für den Fall, daß ein solches nicht zustande kommt, sowie über die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise zur Milderung von Umstellungsschwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft, die sich aus einem allfälligen Arrangement mit der EWG (Montan-Union) ergeben können, zu berichten.
(Beifall bei der SPÖ.)

*) Als Entschließungsantrag Dr. Tull und Ge-
nossen abgestimmt.

Präsident Wallner: Mir wurde ein Entschließungsantrag überreicht, der vom Redner verlesen wurde. Er hat die notwendige Unterstützung und steht mit zur Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weidinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Weidinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn hier der Abgeordnete Dr. Tull behauptet hat, daß die Wirtschaft arbeiterfeindlich eingestellt ist, so möchte ich ihm entgegenhalten, daß heute ein Großteil der Arbeiter gerade in der Privatwirtschaft Zuflucht sucht, weil sie dort besser untergebracht und auch besser bezahlt werden. (Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.) Es ist daher vollkommen falsch ... (Abg. Doktor Pittermann: *Wieso flüchten dann die Bergleute jetzt von Tauchen?*) Auch sie werden vielfach, wenn sie dort keine Arbeit finden, in der Privatwirtschaft Arbeit finden! (Abg. Dr. Tull: *Ein Evangelium, Herr Kollege?* Bekennen Sie sich zu den Ausführungen des Herrn Dr. Mussil?) Selbstverständlich! (Ruf bei der SPÖ: *Befehl ist Befehl!*)

Obwohl heute schon eine große Anzahl von Rednern über den Fremdenverkehr gesprochen hat, scheint es mir doch zweckmäßig, vor Abschluß dieses Kapitels auch noch einmal auf diesen so wichtigen Wirtschaftsfaktor unseres Staates zu sprechen zu kommen.

Im Bundesvoranschlag 1967 ist die Fremdenverkehrswerbung gegenüber 1966 um 12 Millionen Schilling höher dotiert, aber auch andere Förderungsmaßnahmen haben eine sehr beachtliche Erhöhung erfahren. Ich glaube, daß wir dem Fremdenverkehr und vor allem der Fremdenverkehrswerbung sowie auch der sonstigen Förderung des Fremdenverkehrs nicht genug Augenmerk zuwenden können. Es kam hier schon zu wiederholten Malen zum Ausdruck, daß der Fremdenverkehr zu unserem größten Devisenbringer geworden ist. Die jüngsten Erhebungen über die Fremdenverkehrsentwicklung ergaben jedoch einen zur Stagnation hinweisenden Trend. Es wäre verfehlt, diesen Rückschlag in der Fremdenverkehrswirtschaft ausschließlich auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Es wirkt sich hier vor allem sehr wesentlich auch das wachsende Interesse für die sogenannte Ferne, für das Unbekannte aus, das häufig zur Wahl anderer Reiseziele führt.

Für Österreich ist diese Entwicklung, die noch durch die zunehmenden Auslandsreisen unserer Inländer sehr begünstigt wird, deshalb sehr besorgniserregend, weil der Fremdenverkehr für Österreich ein ausschlaggebender Wirtschaftsfaktor geworden ist, der vor allem

dazu berufen ist, das wachsende Handelsbilanzpassivum abzudecken.

Im Jahre 1966 ist in den ersten neun Monaten das Handelsbilanzpassivum auf rund 12 Milliarden angestiegen, und es wird bis zum Ende des laufenden Jahres — es wurde heute schon einmal erwähnt — zirka 18 Milliarden erreichen. (Abg. Ing. Kunst: *Das ist die ÖVP-Wirtschaftspolitik!*) Warten Sie nur! Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr (Abg. Dr. Pittermann: *... stagnieren!*) im ganzen Jahr 1965 nach Abzug der Ausgaben für Auslandsreisen für die Inländer, die noch rund 11 Milliarden betragen haben, sind im laufenden Jahr nahezu unverändert geblieben. Wir kennen das Handelsbilanzdefizit dieses Jahres noch nicht (Abg. Dr. Pittermann: *18 Milliarden Schilling!*), doch steht heute schon fest, daß wir aus den Deviseneinnahmen bei weitem nicht das Handelsbilanzdefizit abdecken können. Diese Entwicklung ist für uns selbstverständlich alarmierend und bedarf auch einer gründlichen Überlegung, was geschehen muß, um sie zu stoppen, um sie wieder auf eine steigende Bahn zu bringen. (Abg. Ing. Kunst: *Planlose ÖVP-Wirtschaftspolitik! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Seien Sie versichert: Wir werden es hingeben! (Abg. Ing. Kunst: *ÖVP-Alleinheitlichkeit!*)

Was soll nun geschehen? Wir müssen erstens für unsere Werbung im Ausland mehr als bisher ausgeben, um sie zu verstärken. Diesem Wunsche wurde dadurch Rechnung getragen, daß im Voranschlag 1967 eine Erhöhung für diesen Zweck um über 4 Millionen Schilling vorgesehen ist. Dafür möchte ich dem Ressortminister und auch dem Herrn Finanzminister von dieser Stelle aus danken. Ich bin davon überzeugt, daß diese Mittel auch ihren Zweck erfüllen werden.

Wir müssen aber auch darauf hinzielen, daß unser Angebot qualitativ verbessert wird und daß eine wachsende qualitative Nachfrage auch wirklich Gehör findet. Wenn man bedenkt, daß Österreich nach dem OECD-Bericht unter 21 Staaten mit rund 43 Millionen Ausländernächtigungen im Jahr 1965 nach Italien mit rund 55 Millionen Nächtigungen an zweiter Stelle steht, mit seinen Deviseneinnahmen aber nur die siebente Stelle erreicht hat, so spricht dies wohl dafür, daß außer Italien fünf weitere Länder mit einer kleineren Nächtigungsziffer weit höhere Einnahmen erzielt haben. (Abg. Dr. Pittermann: *Weil bei uns die Preise „zu niedrig“ sind!*)

Nach der Qualitativstruktur unserer Fremdenverkehrsbetriebe wird Österreich wohl immer das Erholungsland für den Erholungssuchenden mit der sogenannten kleinen Brief-

Weidinger

tasche bleiben; doch wäre es nicht verfehlt, auch hier Voraussetzungen zu schaffen, um Reisende in größerer Anzahl aufnehmen zu können, die auch über eine größere Brieftasche verfügen.

Wie kann das erreicht werden? Erstens durch Investitionsbegünstigungen und zweitens auch durch Steuerbegünstigungen. Ich glaube, das wurde hier auch schon sehr ausdrücklich erwähnt.

Ich möchte mich aber vor allem dem Fremdenverkehr einmal von der Seite der Landwirtschaft zuwenden. Es ist selbstverständlich, daß auch die Landwirtschaft am Fremdenverkehr sehr interessiert ist. Die Landwirtschaft ist aber auch zur Förderung des Fremdenverkehrs als Betreuer von Grund und Boden besonders berufen. Der Landwirt bebaut die Felder, er betreut unsere Obst- und Wein-gärten, er pflegt die Wälder und die Almen, sodaß in unserer Heimat heute noch wogende Kornfelder, bunte Wiesen, blühende Obst- und Weingärten vorhanden sind, aber vor allem auch unser grüner Bauernwald, der den erholungsbedürftigen Gast begeistert.

Der Bauernstand ist aber auch der Stand, der dem Gast die Nahrung zur Verfügung stellt. Auf diesem Gebiete hat gerade die österreichische Landwirtschaft gewisse Spezialitäten aufzuweisen. Ich denke hier an den österreichischen Wein, an Obst, Käse, Butter, aber auch an die österreichische Gastfreundlichkeit, und das möchte ich überhaupt betonen: Der österreichische Mensch ist ebenfalls auch als eine Spezialität zu bezeichnen.

Als Ergebnis für den zusätzlichen Verbrauch an landwirtschaftlichen Produkten gerade durch den Ausländerfremdenverkehr ergibt sich bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Rohaufschlages von 80 bis 100 Prozent ein Betrag von 3 bis 3,5 Milliarden Schilling. Wenn wir zum Beispiel die Statistik vom Jahr 1927 betrachten, wo damals nur 1,25 Millionen Ausländer in Österreich waren, die rund 37 Millionen Kilogramm Lebensmittel, die ich hier nicht aufzählen will, verbraucht haben, so können wir wohl feststellen, was, wenn im vergangenen Jahr 6,5 Millionen Ausländer in Österreich waren und 43 Millionen Verpflegstage hier in Österreich verbracht haben, das für einen Absatz bedeutet.

Die Durchschnittsaufenthaltsdauer ist leider Gottes seit 1955 bei den Inländern nur von 4,8 auf 5,4 und bei den Ausländern nur von 5,2 auf 6,4 Tage bis 1965 angestiegen. Wenn man aber trotzdem den Verbrauch überlegt, müssen wir wohl sagen, daß es sehr beachtlich ist, was der Fremde gerade in Österreich verlebt.

Selbstverständlich müssen wir sagen, daß die Agrarprodukte, die der Ausländer hier

in Österreich braucht, der billigste Export überhaupt ist. Hier ist keine Verpackung oder eine billige Verpackung, hier ist bare Münze, kein Transport, keine Zölle und auch kein Risiko. Meine sehr Verehrten! Deshalb ist gerade der Bauernstand sehr wesentlich auch am Fremdenverkehr als Absatzmöglichkeit für unsere Agrarprodukte interessiert.

Die Nächtigungen in den gewerblichen Betrieben sind seit 1958 bis 1965 von 71 Prozent auf 66 Prozent zurückgegangen, in Privatbetrieben in derselben Zeit von 29 Prozent auf 34 Prozent angestiegen. Wir sehen also schon aus diesen paar Zahlen, daß auch die Privatwirtschaft sehr wesentlich an dem Fremdenverkehr interessiert ist und daß sich die Privatwirtschaft sehr bemüht, alles zu tun, den Fremden eine Möglichkeit des Aufenthaltes zu bieten.

Eine Nebenwirkung der gesamten Konsumsteigerung darf ich noch erwähnen. Der ausländische Gast, der die österreichischen Produkte in Österreich kennenlernt, wird dann auch eventuell in seinem Heimatlande solche Produkte anfordern und dadurch den österreichischen Agrarexport fördern.

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Landwirtschaft ist damit aber bei weitem noch nicht erschöpft. Eine sehr wichtige gesellschaftspolitische Funktion in der Hemmung der Landflucht muß ebenfalls erwähnt werden. Vielfach sind landwirtschaftlich nur schwierig zu nützende, aber landschaftlich sehr schöne, meist hochgelegene Gebiete nur dadurch vor der Entvölkerung zu bewahren, daß durch den Fremdenverkehr eine zusätzliche Einnahmsquelle ermöglicht wird.

Auch die Verkehrserschließung wird vielfach durch den Fremdenverkehr gefördert. So trägt der Fremdenverkehr tatsächlich sehr wesentlich dazu bei, auch unseren bäuerlichen Besitz zu festigen.

Daß auch die Gemeinden die Bedeutung des Fremdenverkehrs erkannt haben, geht schon daraus hervor, daß die Zahl der Fremdenverkehrsgemeinden von 700 im Jahre 1949 auf 1482 im Jahre 1965 angestiegen ist. Ja man hat heute schon Erholungsdörfer eingerichtet, Ortschaften, die meistens durch Umfahrungen etwas abseits vom Verkehr liegen. Man bemüht sich, hier gerade durch die Ruhe dem Erholungsbedürftigen einen angenehmen Aufenthalt zu bieten.

Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinden, die sich intensiver als bisher für die Fremdenverkehrseinrichtungen einsetzen müssen, hier auch sehr beachtliche Mittel aufwenden. Ich denke dabei an die Staubfreimachung von Verkehrswegen, an die Errichtung von Bädern, Parkplätzen, Kanalisationseinrich-

Weidinger

tungen, an die Trinkwasserversorgung, Beschaffung von Ruhezonen, Parkanlagen, Straßenbeleuchtung und dergleichen. Die Gemeinden, gerade die kleinen Landgemeinden und die bäuerlichen Gemeinden, machen sich heute große Sorgen, und sie geben auch große Summen dafür aus, um dem Fremden den Aufenthalt in der Gemeinde möglichst angenehm zu machen. Daher wäre die Möglichkeit der Gewährung von Zweckzuschüssen des Bundes an die Fremdenverkehrsgemeinden und die Förderung dieser Gemeinden aus Landesmitteln und Bedarfzuweisungsmitteln sehr zu empfehlen.

Als steirischer Abgeordneter darf ich wohl feststellen, daß das Land Steiermark durch seinen Fremdenverkehrsreferenten, Landesrat Wegart, aber auch durch die gesamte Landesregierung — ebenso sind vor allem die Gemeinden und Fremdenverkehrsvereine zu erwähnen —, sehr bemüht war und ist, das Bestmögliche zur Förderung des Fremdenverkehrs zu tun. Wenn die Gästezahl aus dem Inland in der Zeit von 1956 bis 1965 von 562.000 auf 713.000 und die Ausländerzahl in derselben Zeit von 115.000 auf 263.000 angestiegen ist, so ist das, glaube ich, ein Beweis, daß sich diese Bemühungen gelohnt haben, zumal die steirische Zuwachsrate im Ausländerfremdenverkehr über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch, daß ich einige allgemeine und auch einige steirische Wünsche bezüglich des Fremdenverkehrs hier anmelden, vor allem daß dem Land Steiermark mehr ERP-Mittel-Kredite zugeteilt werden mögen. Es wäre wünschenswert, wenn dem Landesfonds auch Bundesmittel in Form von ERP-Geldern zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch die Vereinfachung der Prozedur bei der ERP-Mittel-Vergebung wäre sehr zu empfehlen.

Nun einige weitere Wünsche, die uns am Herzen liegen. Da wäre besonders die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Graz—Spielberg zu erwähnen. Als oststeirischer Abgeordneter möchte ich unterstreichen, daß wir den Wunsch nach raschster Fertigstellung der Autobahn Graz—Gleisdorf haben, um die stark frequentierte Wechselbundesstraße zu entlasten. Es wäre bei diesem Autobahnbau also eine Sofortmaßnahme zu treffen. Der Ausbau der Wechselbundesstraße sowie der Bundesstraße 112 zwischen Mandling und Schladming, Bad Aussee und Trautenfels, Leimbach und Gußwerk sowie der Straße über den Präßichl; die dringliche Fertigstellung der Bundesstraße 77 über die Soboth und des Teilstückes Trieben—Hohentauern wären ebenfalls sehr wichtig.

Eine weitere Forderung der Steirer betrifft auf dem Sektor des Luftverkehrs den Ausbau des Flughafens Thalerhof, besonders die Verlängerung der Betonpiste, damit in Graz auch Düsenmaschinen landen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Interesse der Wirtschaft und des Bauernstandes sind wir geradezu verpflichtet, dem Fremdenverkehr noch größeres Augenmerk als bisher zuzuwenden, da durch den Fremdenverkehr Deviseneingänge, aber auch eine Vergrößerung der Exportmöglichkeit unserer Agrarprodukte gewährleistet sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ströer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ströer (SPÖ): Meine Damen und Herren! Herr Präsident Sallinger befaßte sich in seiner heutigen Rede mit der Berufsausbildung. Auch ich möchte diesem Thema einige Bemerkungen schenken. Präsident Sallinger hat meines Erachtens die Dinge etwas zu rosig dargestellt. Ich habe den Eindruck aus seiner Rede gewonnen, daß er meinte, es sei auf diesem Gebiet ohnedies alles in Ordnung. Was das Verlangen nach einem modernen Berufsausbildungsgesetz betreffe, seien ohnedies die Sozialpartner im Gespräch, und es werde, wenn das zuständige Ministerium einen Gesetzentwurf vorlegt, dann zu einer Beratung und Verabschiedung kommen.

Ich glaube sagen zu müssen, daß die Verhältnisse doch noch nicht reif sind, weil die Auffassungen über eine Neuregelung der Berufsausbildung noch immer sehr auseinandergehen. Ich möchte, um zu erhärten, wie notwendig es ist, auch in Österreich zu einem modernen Gesetz zu kommen, auf eine Studie verweisen, die uns von der OECD zugekommen ist und in der erinnert wird, daß in den nächsten zehn Jahren sowohl der Bedarf an Lehrlingen als auch an Fachkräften, die aus den berufsbildenden Schulen kommen, sehr stark steigen wird. Hier müssen wir uns aber zunächst mit der Lehrlingsausbildung beschäftigen.

Präsident Sallinger hat eine Zahl genannt, die immerhin beachtenswert ist: In Österreich gibt es tatsächlich rund 150.000 Lehrlinge, und dazu kommen noch die Hörer der berufsbildenden Schulen.

Die Lehrlingsausbildung nimmt in der Industrie, im Gewerbe, im Handel und im Fremdenverkehr eine ganz besondere Stellung ein. Die ihr zugrunde liegenden Bestimmungen der Gewerbeordnung stammen im wesentlichen noch aus dem Jahre 1860, ganz genau aus dem Jahre 1859 und entsprechen — das sagen wir immer wieder — längst nicht mehr der bisher stattgefundenen wirtschaftlichen Entwick-

Ströer

lung. Sie entsprechen auch nicht der in der internationalen Arbeitskonferenz 1962 beschlossenen Empfehlung über die Berufsausbildung. Aber schon gar nicht decken sich die Normen, die in Österreich gelten, mit den Vorstellungen über die Berufsausbildung, wie sie in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft heerrschen.

Die EWG wird ja in manchem als Vorbild für unsere Wirtschaft genommen. Daher möchte ich Ihnen einige Sätze aus einer Erklärung der EWG über eine gemeinsame Politik der Berufsausbildung zur Kenntnis bringen. Schon die Präambel zu diesen Grundsätzen ist interessant. Darin heißt es: „Der Berufsausbildung kommt eine zentrale Bedeutung für die Hebung der Qualifikation der Arbeitskräfte und damit für die Verbesserung des Leistungspotentials der Volkswirtschaft sowie für die Vollbeschäftigung zu.“

Es wird in 10 Leitsätzen festgestellt, was zu machen wäre, um zu einer gemeinsamen Politik zu kommen. Ich erwähne nur das Wichtigste: Man verlangt eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Berufsausbildung, und man versteht darunter eine gemeinsame fortschreitende Aktion von Initiativen, Plänen und Programmen. Ein Grundsatz verlangt zum Beispiel Voraussetzungen, die jedermann das Recht auf eine angemessene Berufsausbildung gewährleisten. Weiters werden Studien und Schätzungen über den Bedarf an Arbeitskräften in den verschiedenen Erwerbszweigen und dazu eine systematische Berufsausbildung verlangt. Verschiedene Maßnahmen sollen eine schrittweise Anpassung der Berufsausbildung in den Ländern der EWG ermöglichen. Und noch etwas finden wir in diesen Grundsätzen, nämlich die Forderung nach Bildung beratender Ausschüsse, die diese Arbeiten unterstützen sollen. Dabei sollen auch die Organisationen der Dienstnehmer mitwirken.

Wenn wir in Österreich das Verlangen stellen, die Gewerkschaften oder die Arbeiterkammern sollen zu Verhandlungen beigezogen werden und ein gewisses Mitspracherecht in Fragen der Berufsausbildung erhalten, dann wird uns stets ein sehr schroffes Nein entgegengesetzt. Es wird uns immer entgegengehalten, daß die Berufsausbildung nach wie vor eine Domäne der Unternehmer sei, vor allem eine Domäne der Handelskammer. Ich sage das mit einigem Bedauern, weil niemand abstreiten kann, daß von den Arbeitnehmerorganisationen, vornehmlich von den Arbeiterkammern und von den Gewerkschaften, schon sehr oft Impulse und Vorschläge für eine vernünftige Regelung dieser Fragen ausgegangen sind.

Diese Grundsätze, von denen ich vorhin gesprochen habe, wurden in Österreich sehr

stark kommentiert, und ein Kollege der Arbeiterkammer Wien, Sekretär Klaudinger, der sich seit Jahren mit dieser Materie beschäftigt und die Dinge kennt, hat meines Erachtens sehr treffend dazu folgendes geschrieben:

„Für Österreich sind die eben beleuchteten Grundsätze in ihrer soziologischen Einbettung von großem Interesse. Es ist höchste Zeit, sich zu besinnen und die österreichischen Ausbildungssysteme und -methoden einer Revision zu unterziehen. Die Berufsausbildung ist auch in Österreich längst über den gewerblichen Sektor hinausgewachsen. Vorschriften, die aus der Zeit der Jahrhundertwende stammen, sind für die heutige Zeit unbrauchbar. Wir werden der Konkurrenz der EWG-Länder kaum standhalten, wenn wir die Ausbildung des fachlichen Nachwuchses nicht den Erfordernissen der Zeit anpassen.“

Daß die gegenwärtige Ausbildung bei uns unbefriedigend ist, möchte ich an einem Beispiel darstellen. Die Zahl der Lehrlinge im Gewerbe beträgt rund 20 Prozent der Beschäftigten. Nicht alle im Gewerbe Ausgebildeten bleiben im Gewerbe. Was heißt das? Das bedeutet, daß viele ausgebildete Menschen — die Ausbildung verursacht natürlich auch Kosten — abwandern. Eine solche Ausbildung ist vom Standpunkt eines möglichst rationellen Einsatzes der ohnedies knappen Arbeitskräfte völlig verfehlt.

Die Sozialisten in diesem Hause, die Arbeiterkammern und die Gewerkschaften, aber auch die Jugendverbände und der Bundesjugendring, haben die Schwächen der gegenwärtigen Berufsausbildung längst erkannt. Was die Sozialisten in diesem Hause betrifft, ist zu sagen, daß sie bereits dreimal Initiativanträge für eine Neuregelung der Berufsausbildung eingebracht haben. Die ÖVP war aber leider nicht bereit, über diese Entwürfe, über diese Initiativanträge zu verhandeln. Ich möchte dazu bemerken, daß seit Jahren auch ein ziemlich konkret ausgearbeiteter Entwurf des Arbeiterkammertages vorliegt, der jedoch auch nicht behandelt werden konnte.

Nun noch einmal zum Herrn Präsidenten Sallinger. Es ist richtig, daß auf Initiative der Präsidenten Benya und Sallinger vor ungefähr 2 Jahren Gespräche über eine Reform der Berufsausbildung zwischen Fachleuten der Sozialpartner, konkret also zwischen Fachleuten der Bundeskammer und der Arbeiterkammer, stattgefunden haben. In einigen strittigen Punkten kam es tatsächlich zu einer Annäherung der Standpunkte. Leider konnte damit der Weg für einen Gesetzentwurf nicht freigemacht werden. Vielmehr liegt, wie auch Präsident Sallinger ausgeführt hat, die Initiative nun wieder beim zuständigen Ministe-

Ströer

rium für Handel, Gewerbe und Industrie. Es wird interessant sein, wie der Entwurf aussehen wird.

Die Sozialisten sind natürlich gerne bereit, über jeden Entwurf zu verhandeln, weil wir an diesen Fragen sehr ernst interessiert sind. Wir sagen aber gleich: Ein Berufsausbildungsgesetz müßte unserer Meinung nach nicht nur den Erfordernissen der Gegenwart, sondern auch den Notwendigkeiten der Zukunft entsprechen. Ein kleines Beispiel aus unserem Nachbarland, der Schweiz: Wir erfahren, daß dort seit ungefähr 40 Jahren ein Gesetz über die Berufsausbildung besteht, das sich sehr bewährt hat. Aber die Schweizer gehen zurzeit daran, die berufliche Ausbildung in ihrem Lande neu zu regeln, das heißt, das erst vor 40 Jahren beschlossene Gesetz zu ändern.

Wir verlangen eine Neuregelung auf Grund der rasanten Entwicklung der Technik. Neue Werkstoffe werden verarbeitet, die Arbeitsmethoden haben sich geändert, eine Umwandlung der beruflichen Tätigkeit von der handwerklichen zur maschinellen Fertigung ist erfolgt, und alles das bedingt auch neue Maßnahmen auf dem Gebiete der Berufsausbildung.

Wir meinen, daß die Vollbeschäftigung nur durch die Qualität der Ausbildung und durch die Einführung moderner Ausbildungsmethoden erhalten werden kann. Das gleiche gilt zum Teil natürlich auch für die Förderung des Wirtschaftswachstums. Die moderne Nationalökonomie hat die entscheidende Rolle der Ausbildung für das wirtschaftliche Wachstum längst erkannt. Ob der Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften befriedigt wird, hängt davon ab, ob sich die Ausbildungsmethoden und Ausbildungsformen an die Entwicklung der Technik und Gesellschaft anzupassen vermögen. Die Knappheit an Arbeitskräften führt seit langem zur Einführung von arbeitsparenden Rationalisierungsmaßnahmen. Denken wir nur an die Selbstbedienung im Handel und an die Automation in den Büros. Die Wartung dieser neuen, sehr kostspieligen Maschinen und Apparate verlangt die Beschäftigung von Facharbeitern mit besonderen Fertigkeiten und großer Kenntnis der Ausrüstung, die sie zu betreuen haben. Ein Stillstand automatischer oder halbautomatischer Einrichtungen verursacht hohe Kosten. Aber auch Maschinen, die weiterhin der menschlichen Kontrolle unterliegen, machen die Verwendung von Arbeitskräften notwendig, die einer eingehenden Schulung unterzogen wurden.

Wir können nicht länger zusehen und nicht weiterhin eine Lehrlingsausbildung betreiben, die im Mittelalter und im Zeitalter des Zunftwesens brauchbar war, den damaligen Erfordernissen sicher genügte, heute aber als über-

holt zu bezeichnen ist. Es ist zum Beispiel notwendig, traditionsmäßige Lehrberufe ohne Zukunft nicht mehr als solche zu führen, hingegen aber neue Lehrberufe zu schaffen, das heißt, einen neuen Katalog von Lehrberufen herzustellen. Wenn junge Menschen in Berufen ausgebildet werden, die ihnen keine Zukunft und keine Existenzmöglichkeit bieten, dann werden diese Menschen nicht nur persönlich benachteiligt, sondern es entsteht auch für die Wirtschaft ein ungeheuerer Schaden, weil die ohnedies geringe Zahl von Arbeitskräften nicht dem Bedarf entsprechend verwendet werden kann.

80 Prozent aller Lehrlinge in Österreich werden nach wie vor in gewerblichen Betrieben ausgebildet, wobei wir sofort dazu sagen, daß wir nicht daran denken, die Meisterlehre abzuschaffen, daß wir aber doch der Meinung sind, daß der Prozentsatz der heute in der Industrie ausgebildeten Lehrlinge von nicht einmal 7 Prozent doch vergrößert werden könnte.

Aus dem Gesagten geht eindeutig hervor, daß das Gewerbe nach wie vor für die Industrie Lehrlinge ausbildet, und wir meinen, auch die Industrie müßte zur Ausbildung Kosten aufbringen.

Heute ist es in vielen Gewerbebetrieben nicht möglich, eine umfassende Berufsausbildung zu vermitteln. Besonders qualifizierte berufliche Tätigkeiten können in einer betrieblichen Lehre überhaupt nicht erlernt werden. Es wird notwendig sein, das berufliche Schulwesen entsprechend auszubauen. Auch der Zwischenstufe des sogenannten „Technikers“, der zwischen dem qualifizierten Facharbeiter und dem Fachschulingenieur steht und in anderen europäischen Ländern bereits eine bekannte Einrichtung ist, wird in Österreich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß ein Berufsausbildungsgesetz dringend notwendig ist. Wir meinen, wir haben schon zuviel Zeit versäumt. Wir sollten darangehen, zu einem solchen Gesetz zu kommen. Ich bitte, nicht zu übersehen, daß man zum Wirtschaften nicht nur Rohstoffe, nicht nur Maschinen und Kapital braucht, sondern natürlich auch tüchtige, umfassend ausgebildete Arbeitskräfte.

Wir Sozialisten werden auf jeden Fall dafür sorgen, daß die Reform der Berufsausbildung in Österreich nicht von der Tagesordnung abgesetzt wird. Noch etwas werden wir nicht versäumen: Wir werden die Mehrheit dieses Hauses und die Regierung immer wieder an ihr Versprechen in der Regierungserklärung erinnern, in der es heißt, daß sich die Bundesregierung der außerschulischen Erziehung annehmen wird und sich zur Weiterbildung be-

2726

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Ströer

kennt, sowohl was die Berufsausbildung als auch die Berufsweiterbildung und die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten betrifft.

Wir erwarten daher möglichst bald einen Entwurf vom zuständigen Ministerium, der die Grundlage für vernünftige Gespräche bildet und der dann letzten Endes zu einem brauchbaren, vernünftigen Gesetz führen soll. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kulhanek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kulhanek (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat kritisiert, daß der Präsident der Bundeswirtschaftskammer zuviel Optimismus hinsichtlich der Schaffung des modernen Berufsausbildungsgesetzes besitzt, und er hat auch die Zeit bemängelt, die seit den ersten tastenden Versuchen bis heute vergangen ist.

Ich glaube aber, man kann beiden Seiten nicht absprechen, daß guter Wille vorhanden ist. Der Grund für die lange Zeitdauer liegt eher darin, daß eben die Unterschiede der Ansichten, mit denen an ein modernes Berufsausbildungsgesetz herangetreten wird, zu groß sind und daher eine gewisse Zeitdauer erforderlich ist. Aber gerade weil — trotz dieser Unterschiedlichkeit — in der Rede des Kammerpräsidenten ein Optimismus durchgeklungen ist, kann das einer rascheren Erledigung nur dienlich sein.

In der Debatte wurde auch mehrmals zum Problem des gewerblichen Mittelstandes, der Klein- und Mittelbetriebe, Stellung genommen. Vor allem waren es die Abgeordneten Kostroun und Peter, die sich dafür ausgesprochen haben, daß das Kleingewerbe in Österreich erhalten bleiben muß.

Gestatten Sie mir nur, eine ganz kurze Groteske zur Einstellung gegenüber dem gewerblichen Mittelstand — auch heute noch, im 20. Jahrhundert! — dem Hohen Hause zu unterbreiten. Die Einstellung zum gewerblichen Mittelstand war ja nicht immer gleich, und um mich gut verständlich zu machen, möchte ich jene Zeit herausstreichen, in der man durch das Aufkommen der Maschine und Rationalisierung mehr oder weniger der Meinung war, das Gewerbe sei zum Aussterben verurteilt. Danach war auch die Einschätzung dieses Berufsstandes. Wenn ich hier ein plastisches Bild von der Einschätzung der damaligen Zeit, also vor der Jahrhundertwende gebe, so möchte ich Sie an eine sehr bekannte Novelle von Arthur Schnitzler, „Leutnant Gustl“, erinnern. Dort wird kurz aufgezeichnet, daß in einem Foyer eines Hotels oder Theaters — wo es war, ist mir

heute nicht mehr so erinnerlich — ein Rencontre zwischen einem Gewerbetreibenden und einem Leutnant entsteht, das schließlich in eine Auseinandersetzung ausartet und damit endet, daß der Gewerbetreibende dem Leutnant eine Ohrfeige gibt. Daraufhin entsteht die groteske Situation, daß dieser Leutnant nicht weiß, wie er seine Ehre wieder reinwaschen soll, denn es war ja unmöglich, einen Gewerbetreibenden zum Duell zu fordern; ein Gewerbetreibender ist ja nicht „satisfaktionsfähig“, er ist ja ein Bürger dritter, minderer Ordnung.

Man sollte doch glauben, daß eine solche Einschätzung des Gewerbestandes, nämlich ein Stand minderer Ordnung zu sein, heute im 20. Jahrhundert, im Zeitalter der Demokratie und der Gleichberechtigung, längst verflogen ist. Man müßte annehmen, daß mit der technischen Entwicklung Hand in Hand sich auch die geistige Haltung des einzelnen geändert hätte, weiter geworden sei, aufgeschlossener, toleranter und gerechter geworden wäre. Leider ist dem nicht so. Es haben sich wohl die Umgebung und der Anlaß geändert, es haben sich die Worte geändert, aber die Betrachtung, die Einschätzung der Gewerbetreibenden ist gleichgeblieben.

Ich darf Ihnen wieder zitieren, aus der Gegenwart, und zwar aus einem Prozeß, den ein Gewerbetreibender gegen einen Arzt geführt hat, den der Gewerbetreibende gewonnen hat. Daraufhin hat der Rechtsanwalt dieses Arztes Berufung gegen dieses Urteil eingelegt. In dieser Berufung verwendet er auch ein Argument, das ich wohl oder übel dem Hohen Hause — wohl etwas beschämt, das möchte ich auch sagen — vortragen möchte. Es lautet folgendermaßen: „Es handelt sich nicht um Menschen von hochstehender Bildung, sondern um Personen, die ganz auf Erwerb eingestellt sind, es in ihrem Gewerbe zu etwas gebracht haben und eine Rücksichtslosigkeit in ihrem Vorgehen an den Tag legen. Solche Personen scheuen nicht vor unrichtigen Angaben zurück...“

Hohes Haus! Ich fühle mich nicht veranlaßt, einer solchen Feststellung einen Kommentar hinzuzufügen. Ich möchte nur die Feststellung treffen, daß ich aus diesen Worten nicht die allgemeine Ansicht über den gewerblichen Mittelstand herauslese, sondern einzig und allein ein klägliches, trauriges Armutszeugnis für den Verfasser dieser Worte. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Broda: Man muß den Zusammenhang bringen!)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Thalhammer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Thalhammer (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich nochmals als einer der Sprecher nur mit Fremdenverkehrsangelegenheiten beschäftige, dann nicht nur, um die Wichtigkeit dieses Wirtschaftszweiges zu unterstreichen, sondern auch deshalb, weil ich meine Akzente etwas anders setzen möchte wie die Herren, die vor mir nur oder zum überwiegenden Teil über Fremdenverkehr gesprochen haben. Ein Herr hat aus der Sicht des Gastgewerbes gesprochen, ein anderer hat seine Legitimation von der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft seines Wahlkreises bekommen, und ein anderer Sprecher wieder hat vor allem für die Fremdenverkehrsbelange in der Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte zum Fremdenverkehr sprechen als ein Abgeordneter eines Fremdenverkehrsgebietes, das einen sehr konzentrierten Fremdenverkehr aufzuweisen hat.

Ausgangspunkt sind natürlich, wie bei allen Ausführungen, die heute hier gemacht worden sind, die Zahlen, die uns bekannt sind. Da das Fremdenverkehrsjaahr bekanntlich bis zum 31. Oktober läuft, sind die endgültigen Ziffern noch nicht hier. Aber wir haben die Ziffern bis Ende September. Ich möchte die absoluten Ziffern, meine Damen und Herren hier nicht wiederholen. Ich möchte nur einige Bezugszahlen nennen. Wir wissen also, daß im Ausländerfremdenverkehr bis zum September um zirka 5,6 Prozent mehr Ausländernächtigungen zu verzeichnen gewesen sind. Wir wissen aber auch, daß der Inländerfremdenverkehr, der Inländerreiseverkehr fast stagniert hat und nur eine geringfügige Erhöhung von 0,5 Prozent aufzuweisen hat. Wir wissen auch, daß die Devisenerlöse aus dem Ausländerreiseverkehr über 15 Milliarden Schilling betragen, das ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um zirka 6,5 Prozent. Wir wissen aber auch, daß der Nettodevisenerlös, der Aktivsaldo aus diesem Reiseverkehr, nur 11,1 Milliarden Schilling betragen hat, das ist nur um knapp 2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Wir können also feststellen, daß heuer wohl eine Aufwärtsentwicklung im österreichischen Reise- und Gästeverkehr stattgefunden hat. Aber diese Aufwärtsentwicklung ist es ja gerade, die uns mit Sorge erfüllt. Während die Zuwachsrate in den vergangenen Jahren ziemlich hoch gewesen ist — 19, 20 Prozent betragen hat —, wird sie wahrscheinlich heuer nur noch 3 Prozent betragen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eine Pikanterie hinweisen, die, glaube ich, interessant ist. Wenn wir das Jahr 1958 als Ausgangsbasis ansehen und die Mehrnächtigungen gegenüberstellen, so würde sich für das Jahr

1958 unter Zugrundelegung der heurigen Mehrnächtigungsziern eine Zuwachsrate von 13 Prozent ergeben. Darin kommt die bisherige Entwicklung des Fremdenverkehrs zum Ausdruck, weil fast dieselbe Ziffer heuer eben, wie gesagt, nur 3 Prozent beträgt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte der Besorgnis Ausdruck geben, die wir alle haben, die mit dem Fremdenverkehr zu tun haben, und das sind in Wirklichkeit alle Staatsbürger, die gesamte Wirtschaft, alle Einwohner unseres Staates. Diese Besorgnis gründet sich darauf — auch das wurde schon erwähnt —, daß die Handelsbilanz durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr nicht mehr ausgeglichen werden kann. Aber es ist nicht Aufgabe der Fremdenverkehrswirtschaft allein, die Handelsbilanz auszugleichen, sondern Aufgabe der gesamten Wirtschaft. Hier müßte eine verstärkte Förderung Platz greifen, und ich habe in den Budgetansätzen zum Kapitel Handel eigentlich sehr wenig Förderungsmittel gefunden. Soviel ich entnehmen konnte, waren dafür eigentlich nur 800.000 S vorgesehen. Man sollte es also nicht der Fremdenverkehrswirtschaft allein überlassen, dieses Handelsbilanzdefizit auszugleichen, wenn auch in den vergangenen Jahren zugegebenermaßen — es wurde ja schon erwähnt — zum überwiegenden Teil diese Devisenerlöse das Defizit ausgeglichen haben. Wir stehen aber derzeit, meine Damen und Herren — und das wurde schon in verschiedenen Abhandlungen und Untersuchungen festgestellt —, doch vor der Tatsache, daß wir so hohe Zuwachsrate, wie sie bisher zu verzeichnen gewesen sind, nicht mehr erreichen werden, obwohl, und das, glaube ich, wurde heute noch nicht erwähnt, der OECD-Bericht davon spricht, daß der Höhepunkt im Reise- und Gästeverkehr in Europa noch nicht erreicht worden ist. Aber ich glaube doch, daß wir diese hohen Zuwachsrate nicht mehr erreichen werden können.

Man sollte die Ursachen dafür suchen, und man sollte nicht nur dem Wetter die Schuld geben, obwohl Befragungen des deutschen Reisepublikums zugegebenermaßen ergeben haben, daß 38 Prozent der Reisenden wegen der schönen Berge und 40 Prozent der deutschen Reisenden wegen der schönen Landschaft kommen. Aber man sollte die Schuld nicht nur dem Wetter geben, denn es gab ja auch Fremdenverkehrsgemeinden, die einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen hatten.

Es sollte etwas für den Fremdenverkehr geschehen. Da hören wir oder lesen wir nun in der Zeitung, daß ein Plan für die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft ausgearbeitet werden wird. Herr Vizekanzler Handelsminister Dr. Bock hat auch im Finanz- und Budget-

Thalhammer

ausschuß schon davon gesprochen. Es ist schon beachtlich, meine Damen und Herren, daß man nun doch auch von Plänen spricht. Ohne Pläne scheint man nicht auskommen zu können. Nur ist es immer so, daß, wenn wir von Plänen sprechen, das eine Diskriminierung bedeutet, und wenn die andere Seite von Plänen spricht, so ist das etwas Gutes. (Abg. *Lola Solar*: *Es ist ein Unterschied zwischen Planung und Planwirtschaft!* — Abg. *Ing. Kunst*: *Das eine ist die Theorie und das andere ist die Praxis!*) Es wurde heute ja auch schon von der Mitte des Hauses von einer „Planmäßigkeit“ gesprochen. Auch das ist, glaube ich, ein Fortschritt. Das sollte man feststellen.

Einen Fremdenverkehrsplan gibt es, aber dieser Plan wird erst 1967 bei einer großen Fremdenverkehrstagung bekanntgemacht werden. Ich frage mich, warum das denn erst 1967 geschehen soll. Alle Fachleute, alle mit dem Fremdenverkehr und dem Reiseverkehr Befaßten wissen und weisen darauf hin, daß es fünf Minuten vor Zwölf ist. Wenn dieser Plan schon existiert, wäre es höchste Zeit, mit ihm herauszurücken und ihn der Öffentlichkeit beziehungsweise den interessierten Stellen vorzulegen. Ich kann mir nur vorstellen, daß man diesen Plan hier wieder mit einem Mordsektat in die Öffentlichkeit bringen will, und vielleicht weiter nichts dahinter ist. Denn ich darf vielleicht — und auch das ist heute noch nicht gesagt worden — darauf hinweisen, daß es ja bereits einen solchen Plan gibt, der auf sehr gründlichen Untersuchungen beruht. Am Fremdenverkehrssektor besteht ein „Ausschuß für Planung und Investitionen“, und man sollte nicht immer sagen, der Fremdenverkehr sei Kompetenzsache der Länder. Auch vom Bund können ganz gewaltige Impulse gegeben werden. Dieser „Ausschuß für Planung und Investitionen“ ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Gast- und Hotelgewerbe allein nicht leben kann, sondern daß dazu eine gewaltige Verbesserung der Infrastruktur vorgenommen werden muß. Natürlich spielt das auch in andere Ressorts hinein und nicht nur in das Handelsressort.

Dieser Ausschuß hat den Bedarf festgestellt, der auf dem Sektor der Infrastruktur besteht. Er hat die Bedürfnisse des Beherbergungs- und Verpflegungssektors außer acht gelassen, weil die Dinge hier doch sehr kompliziert sind und die einzelnen Vorhaben nicht genau untersucht werden können. Das hat aber die Bundeskammer gemacht und hat diesen Plan des „Ausschusses für Planung und Investitionen“ ergänzt.

Der Ausschuß ist zur Erkenntnis gekommen, daß vor allem Seilbahnen, Schlepplifte, Sessel-lifte, Sportanlagen, Schwimmbäder, Kur-

anstalten, Schiabfahrten, Eislaufplätze, Parkanlagen, Wanderwege, Tagungsräume und so weiter hergestellt werden müßten. Er hat auch festgestellt, und davon habe ich heute eigentlich auch noch nichts gehört, meine Damen und Herren, daß man nicht vergessen sollte, da und dort Schnellrestaurants zu errichten. Auch das ist, glaube ich, eine Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf.

Aber der springende Punkt ist, daß diese Investitionen die Preisgestaltung nicht kritisch beeinflussen dürfen. Daher muß die Forderung erhoben werden, daß vom Bund — ich komme gleich darauf zurück — Unterstützungen gegeben werden. Die Preisgünstigkeit, die vor Jahren bei uns noch festzustellen war, ist aber nun langsam im Schwinden begriffen. Ich habe mir sagen lassen — es ist auch in der Zeitung gestanden —, daß der Unterschied zwischen dem Preisniveau unseres Landes, Österreichs, und der deutschen Bundesrepublik immer geringer wird, und daß manche Reisebüros schon dazu übergehen, in Bayern zu logieren, nur Tagesausflüge nach Österreich zu machen, und am Abend wieder nach Hause zu fahren.

Auch hier gibt es eine sehr tiefgründige Untersuchung eines sicherlich unbefangenen Fachmannes, der festgestellt hat, daß der Gesamtindex von 1955 bis 1964 um 29 Prozent gestiegen ist, die Zimmerpreise aber um 60 bis 107 Prozent und die Pensionen um 56 bis 89 Prozent. Also hier ist schon eine gewaltige Auseinanderentwicklung festzustellen.

Meine Damen und Herren! Die bisherige Preisgünstigkeit kommt darin zum Ausdruck, daß wir bei den Übernachtungszahlen unter den Fremdenverkehrsländern wohl an zweiter Stelle, bei den Einnahmen aber erst an siebenter Stelle stehen, das heißt, daß wir noch preisgünstig sind, diese Preisgünstigkeit aber nicht verlieren dürfen.

Ich möchte auf ein Intermezzo, ein Zwischenspiel im Finanz- und Budgetausschuß bei der Behandlung des Kapitels Handel zu sprechen kommen: Herr Abgeordneter Mitterer hat dort allen Ernstes verlangt, daß wir auf das Publikum, das weniger zahlungskräftig ist, nicht solch großen Wert legen sollten. Das war sogar dem Herrn Handelsminister Vizekanzler Dr. Bock zuviel, der dann in seiner Antwort gesagt hat, er könnte sich nicht vorstellen, daß man einen solchen Weg einschlagen sollte. Auch ich möchte vor diesem Weg sehr warnen. Denn eine der Grundsäulen und eine der Grundlagen, auf denen ein großer Teil der Beherbergungsbetriebe und auch der Gastgewerbebetriebe fußt, ist nun einmal das Publikum, das über Reisebüros kommt;

Thalhammer

ein Sozialtourismus für diejenigen, die eine dünnerne Brieftasche haben als die anderen.

Meine Damen und Herren! Noch einmal zurück zu dem Ausschuß für Investition und Planung, der nun auch — ich möchte nicht sehr viel mit Zahlen operieren — den Finanzbedarf für diese Investitionen festgestellt hat. Er hat dann eine Zusammenfassung vorgenommen: Für Investitionen zur Infrastrukturverbesserung, für öffentliche Einrichtungen und auch für das Gastgewerbe und die Hotellerie würde bei realer Einschätzung ein Bedarf von zirka 3 Milliarden Schilling in den nächsten drei Jahren erforderlich sein. Dabei möchte ich wieder feststellen, daß es weniger darum geht, die Bettenkapazität zu erhöhen, als vielmehr darum, doch ein bißchen auf die Ausstattung Wert zu legen. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich habe mir schon anläßlich einer Budgetdebatte erlaubt, über die sprunghafte Vermehrung der Zahl der Betten zu sprechen. Ich wurde von der rechten Seite, von den sogenannten Fachleuten belehrt, daß ich keine Sorge haben müßte, man werde das schon richten. Im Vorjahr wurden wieder um 8 Prozent mehr Betten errichtet, der Zuwachs an Übernachtungen wird aber immer kleiner. Das muß eines Tages zu einer ganz großen Diskrepanz führen.

Es ist auch wichtig, nicht so sehr A-Betriebe, also Luxusbetriebe, zu errichten beziehungsweise auszubauen, sondern es hat sich gezeigt, daß die B-Betriebe besser ausgenutzt sind, eine bessere Frequenz aufzuweisen haben und auch die Verweildauer, also die Aufenthaltsdauer, in diesen Betrieben länger ist.

Ich darf nur noch ein Wort zur Struktur der Betten überhaupt sagen: Insgesamt gibt es rund 55 Prozent gewerbliche Zimmer und rund 45 Prozent private Zimmer. Alle Fremdenzimmer, sowohl die gewerblichen als auch die Privatzimmer, haben ihre Funktion zu erfüllen, und es hat keinen Zweck, daß man sich gegenseitig Vorwürfe macht, sondern man muß wirklich diese ganze Fremdenverkehrswirtschaft koordinieren, eben entsprechend planen.

Wir waren am heutigen Vormittag bei der Verkehrstagung, die der Herr Verkehrsminister einberufen hat. Dort werden immer von Fremdenverkehrsleuten Wünsche in bezug auf den Verkehr in ihren Bundesländern vorgebracht. Man hat immer oder oft, wenn die Redner dort ihre Wünsche vorbringen, den Eindruck, daß einer auf Kosten des anderen mehr haben will. Ich glaube, das ist gerade in dieser Sparte nicht möglich; daher ist eine verstärkte Koordinierung anzustreben.

Was mich persönlich besonders bedrückt, ist die Tatsache, daß im vergangenen Jahr die Anzahl der Betten in den Jugendherbergen abermals um 200 zurückgegangen ist. Gerade auf diesem Sektor wäre eine Vermehrung notwendig.

Unter Berücksichtigung aller Umstände und unter Einbeziehung der Mittel, die aus dem ERP-Fonds kommen, hat der Ausschuß für Planung für drei Jahre einen jährlichen Bedarf von 700 Millionen Schilling errechnet, um die notwendigsten Belange und notwendigsten Einrichtungen schaffen zu können. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß der Plan bereits hier wäre, nur sollte nicht so viel geredet werden, er sollte in diese Überlegungen miteinbezogen werden und möglichst rasch verwirklicht werden.

Vor einiger Zeit war in unserem Gebiet eine große Tagung, die sich nur mit dem Fremdenverkehr beschäftigt hat. Dort wurde auch von verschiedenen Angelegenheiten gesprochen, auch schon von den Ansätzen im Budget, daß sie besser dotiert werden sollen. Es wurde auch auf die BÜRGES-Mittel hingewiesen, die nun um einige Millionen Schilling mehr ausmachen. Ich möchte hier aber sehr deutlich auf den Bericht der Bundeskammer hinweisen, der besagt, daß bisher nur 20 Prozent der BÜRGES-Mittel für Fremdenverkehrsbetriebe zur Verfügung gestellt wurden; anfangs waren es überhaupt nur 6 Prozent. Es müßten also diese 4,5 Millionen, wenn sie voll zum Tragen kommen sollen, auch wirklich der Fremdenverkehrswirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Nun fußt dieser Plan auf der Tatsache, auf der Forderung, daß diejenigen, die diese Investitionen vornehmen wollen, 50 Prozent an Eigenmitteln einbringen müssen: Dazu, meine Damen und Herren, gehören auch die Gemeinden, von denen heute auch schon die Rede gewesen ist, die Gemeinden, die in sehr vielen Fremdenverkehrsinstitutionen vertreten sind und die entsprechenden Mittel auf den Tisch legen müssen.

Ich möchte hier — Kollege Pichler hat schon darauf hingewiesen — geradezu auf eine Tragik bei den ERP-Mitteln anspielen, nämlich darauf, daß es ausdrücklich verboten oder nicht statthaft ist, daß Gemeinden aus den ERP-Mitteln direkt Gelder, also Kapital erhalten können. Wie die Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen sollen, davon wird ja nicht gesprochen.

Nun möchte ich, nachdem ich das schon voriges Jahr getan habe, noch einmal auf die steuerliche Seite des Fremdenverkehrs in bezug auf die Getränkesteuern der Gemeinden hinweisen. Ich hätte das heute nicht getan,

2730

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Thalhammer

aber ein maßgeblicher Vertreter der Fremdenverkehrswirtschaft, noch dazu ein Bürgermeister, hat große Ausführungen in einer Zeitung gemacht und darauf hingewiesen, daß diese Getränkesteuer nun abgeschafft werden müßte. Er hat diese Forderung sozusagen wissenschaftlich, pseudowissenschaftlich untermauert. Er hat nämlich festgestellt, daß die Getränkesteuer nur 3 Prozent der gesamten Einnahmen der Gemeinden ausmacht. Er hat nur einen Fehler gemacht: Er hat die Einnahmen sämtlicher Gemeinden zusammengezählt und die Getränkesteuer der Fremdenverkehrsgemeinden gegenübergestellt, und dabei kommt natürlich ein ganz anderes Bild heraus.

Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß sich in 12 Prozent der Gemeinden 60 Prozent des Fremdenverkehrs abwickeln. Da kann man nicht sagen, die Durchschnittssteuer betrage 3 Prozent, und darauf könnte man leicht verzichten. In meiner Gemeinde macht die Getränkesteuer immerhin zwischen 12 und 14 Prozent aus. Ich glaube, wenn man diese Steuer kürzen würde, wäre dort nicht nur der Fremdenverkehr erledigt, sondern auch so verschiedene andere Projekte, Vorhaben und notwendige Maßnahmen, die eine Gemeinde durchzuführen hat.

Es ist daher sehr bedauerlich, daß dieser Bürgermeister, der auch ein hoher Funktionär der Bundeshandelskammer ist, wortwörtlich sagte: „Ich lasse mir nicht einreden, daß der Verlust von 3 Prozent Getränkesteuer den Ruin der Gemeinden bedeutet.“ Er stellte ferner fest: „Die Gemeinde trinkt bei Kaffee, Wein und Fruchtsaft mit: Jeder zehnte Schluck gehört der Gemeinde.“

Ich möchte wissen, welchen Zweck solche Ausführungen haben sollten. Ich habe mich allerdings vergeblich bemüht, die Einwohnerzahl dieser Gemeinde und die Leistungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs irgendwie zu eruieren.

Demgegenüber möchte ich noch einmal die Ausführungen des Generalsekretärs Hammer des Österreichischen Gemeindebundes in Erinnerung bringen, der festgestellt hat, daß es von keiner guten Fremdenverkehrsgesinnung sprechen würde, wenn die Gemeinden auf diese Steuer verzichten würden, weil sie dann nicht mehr in der Lage wären, für den Fremdenverkehr entsprechend Vorsorge zu treffen.

Nun einige Worte zur Werbung. Es ist richtig: Wir müssen auf Grund der Situation eine vermehrte Werbung, eine verstärkte Werbung durchführen. Der Inländerverkehr in das Ausland hat genausowenig den Höhepunkt erreicht wie umgekehrt, und daher wäre vorzusorgen.

Ich habe schon vor längerer Zeit in der Zeitung gelesen, daß wir zwölf Werbebüros im Ausland haben, daß aber nur zwei davon in guter Position sind und daß zehn von diesen Werbebüros, die uns die Fremden, die Gäste bringen sollten, in Gassen sind, wo sich die Füchse gute Nacht sagen. Wenn das den Tatsachen entspricht, dann sind sie dort fehl am Platz. Es wäre sehr interessant, vom Herrn Vizekanzler eine Auskunft darüber zu erhalten, ob das den Tatsachen entspricht.

Vermehrte Werbung, jawohl! Kollege Weidinger hat festgestellt, daß um 4 Millionen mehr für die Werbung ausgegeben werden. Er hat dem Herrn Vizekanzler Dr. Bock und dem Herrn Finanzminister Dr. Schmitz dafür gedankt, daß er diese 4 Millionen zur Verfügung gestellt hat. Allerdings hat Herr Kollege Weidinger vergessen nachzurechnen und auch die Einnahmen zu untersuchen. Kollege Weidinger! Sie haben offensichtlich dem Verein Österreichischer Fremdenverkehrswerbung geglaubt, wo im Ansatz bei den Ausgaben tatsächlich 4 Millionen mehr sind. Aber diese 4 Millionen Schilling kommen ausschließlich aus Beiträgen der Bundeswirtschaftskammer und der Länder. Der Bund selbst gibt keinen Groschen mehr als im vorigen Jahr, er gibt auch keinen Groschen mehr als vor zwei Jahren. Immer sind das genau 17.740.000 S. Wenn Sie das nachrechnen, werden Sie meine Rechnung bestätigen. Auch ich bin der Meinung, daß für die Werbung mehr getan werden muß.

Zum Schluß komme ich mit einigen Sätzen auf eine Neueinführung des österreichischen Fremdenverkehrs zu sprechen. Auf Grund privater Initiative des Kurdirektors hat bei uns die Kurdirektion eine Einrichtung geschaffen, die für den Fremdenverkehr unter Umständen sehr wichtig sein wird: die Gmundner Fremdenverkehrsfilmstage. Filmproduzenten werden eingeladen, ihre Filme, Fremdenverkehrsfilme zu zeigen und Vergleiche anzustellen. Diese Fremdenverkehrsfilmstage wurden im vorigen Jahr nur auf nationaler Basis, also nur auf der Ebene der Bundesländer, abgehalten. Aber schon damals hat sich ihre Richtigkeit gezeigt, und den Nutzen daraus hat man schon gezogen, weil man dabei ein Gefälle zwischen guten und schlechten Filmen sieht, sodaß die Produzenten und Regisseure veranlaßt werden, eben wirklich Filme, die für die Werbung zweckmäßig sind, zu produzieren. Heuer, im Jahre 1966, sind diese Filmtage auf internationaler Basis abgehalten worden. Es waren einige Länder, zum Beispiel die Schweiz, auch die Tschechoslowakei, Deutschland und so weiter — ich glaube, sieben Länder waren

Thalhammer

es —, dort vertreten. Es war wirklich eindrucksvoll, welche Filme dort vorgeführt wurden und was man dort alles lernen kann, vor allen Dingen was die Regisseure und die Produzenten dort lernen können.

Allerdings ist es wieder so bedrückend, festzustellen, daß um jeden Groschen, den man dort natürlich für Beherbergung, für die Säle, für den Ablauf der ganzen Veranstaltung und so weiter braucht, gebettelt werden muß, daß diese Veranstaltung immer an einem seidenen Faden hängt, weil unter Umständen kein Geld aufgetrieben werden kann.

Ich glaube, hier müßte auch eine Wandlung eintreten. Man müßte dieser guten Institution, dieser guten Einrichtung mehr unter die Arme greifen.

Zum Schluß kommend, möchte ich feststellen: Auch die heurige Entwicklung hat bewiesen, daß trotz Konkurrenz und schlechtem Wetter Interesse am österreichischen Fremdenverkehr, an den Orten und Gemeinden, die sich damit beschäftigen, besteht, daß wir uns aber durch eine noch immer große Zahl von Gästen, die zu uns gekommen sind, nicht täuschen lassen sollten. Es muß daher die Forderung aufgestellt werden, daß dem Interesse ein dementsprechendes Angebot, wie ich das kurz skizziert habe, gegenübergestellt wird. Da die Träger des Fremdenverkehrs, ob privat oder öffentliche Hand, vor allen Dingen die Gemeinden, aus eigener finanzieller Kraft dies in den meisten Fällen nicht leisten können, muß eine dementsprechende Unterstützung seitens der öffentlichen Hand, der übergeordneten Stellen, also vor allem des Bundes gegeben werden. Diese Unterstützung kann sich nicht in schönen Reden und Versprechen erschöpfen, sondern muß durch Taten zum Ausdruck kommen. Ich möchte hier wieder auf den Ausschuß für Planung und Investitionen hinweisen, der ja praktisch schon alle Unterlagen in der Hand hat.

Die zugegebenermaßen geringfügigen Verbesserungen im Ansatz des Kapitels 63 tragen dieser Forderung noch immer nicht Rechnung. Ich möchte diese Kritik nicht so zum Ausdruck bringen, wie es vor zwei Wochen ein auf dem Fremdenverkehrssektor sehr bedeutender Mann getan hat. Er, der nicht mein Parteigänger ist, hat bei dieser schon einmal erwähnten großen Tagung des ältesten Fremdenverkehrsverbandes in Oberösterreich alle diesbezüglichen Ansätze, die ganze Art und Weise, wie man den Fremdenverkehr in Österreich behandelt, in Grund und Boden verdammt. Er hat dort erklärt, daß die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft im Stich

gelassen worden ist und angefangen vom ERP-Fonds bis zu den Förderungsbeträgen nur Benachteiligungen in Kauf nehmen muß. Ich möchte das nicht so tun, sondern sagen, daß die Ansätze wohl etwas höher sind, aber lange noch nicht den Forderungen, die die Fremdenverkehrswirtschaft zu stellen hat, gerecht werden. Ich möchte das sehr dezidiert erklären. Ich glaube, daß die Ansätze im Budgetentwurf noch immer unterentwickelt sind und daß das nicht zum Nutzen des österreichischen Fremdenverkehrs sein kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Krempl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Krempl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Kollege Dr. Tull und Kollege Pay haben sich in ihren Ansprachen in liebenswürdiger Weise mit dem ÖAAB beschäftigt. Sie haben gemeint, es wären ohnmächtige Figuren, die hier sitzen, und es wären Leute, die zu Salzsäulen erstarrt wären.

Ich möchte die Kollegen von der sozialistischen Fraktion daran erinnern, daß wir erst kürzlich die Betriebsratswahlen in den verstaatlichten Industrien durchgeführt und dabei sehr gut abgeschnitten haben (Abg. Dr. Tull: Siehe VÖEST! — Abg. Weikhart: „Sehr gut“ ist ein relativer Begriff!), daß wir dort ein sehr kräftiges Lebenszeichen von uns gegeben haben, sehr zu Ihrem Leidwesen, meine Kollegen von der sozialistischen Fraktion. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Tull: Ein schwaches Lebenszeichen! — Abg. Ing. Kunst: In der politischen Propaganda sind Sie „sehr gut“! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Damit haben wir Ihnen bewiesen, daß der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund noch lange nicht in Agonie liegt, auch dies sehr zu Ihrem Leidwesen, meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Tull: Er wird bald eingehen!) Man sieht: Ihr Interesse am Arbeiter- und Angestelltenbund wächst ja immer mehr und mehr.

Kollege Sekanina hat ja auch in einer seiner schönen Sonntagsreden darauf hingewiesen, auch der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat uns apostrophiert und gemeint, der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund wäre nun der ärteste und stärkste Gegner der Sozialistischen Partei und es müßte mit allen Mitteln getrachtet werden, diesen ÖAAB aus den Betrieben wieder hinauszutreiben und ihn zu eliminieren. (Abg. Pay: Das werden wir schon machen!) Genauso wurde das geäußert. Ich kann Ihnen versichern: So leicht sind wir nicht umzubringen. Aber die Tatsache, daß Sie uns immer wieder in

Krempl

den Mund nehmen (*Abg. Weikhart: Nein, nein, in den Mund nehmen wir euch nicht!* — *Abg. Dr. Withalm: Das ginge sich nicht aus, er ist viel zu groß und stark!*), ob es nun hier im Parlament ist oder draußen in den Betrieben, beweist, daß das alte Sprichwort in Erfüllung geht: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen“. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Die Wespen sollen die Früchte ganz auffressen!*) Da wird ihnen schlecht im Magen!

Kollege Pay hat einen Antrag, betreffend den Kohlenbergbau, eingebracht. Ich darf darauf hinweisen, daß der Finanz- und Budgetausschuß ebenfalls einstimmig einen Entschließungsantrag angenommen hat, in dem die Bundesregierung ersucht wird, ihre Bemühungen fortzusetzen, in den Kohlengebieten die Ansiedlung von Ersatzbetrieben zu fördern. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Bundesregierung auf Grund dieses Entschließungsantrages und im Sinne dieses Entschließungsantrages bereits 100 Millionen zur Verfügung gestellt hat und die steirische Landesregierung auf Grund dessen ebenfalls 100 Millionen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat.

Meine Damen und Herren! Die beiden Vorredner, die Kollegen Dr. Tull und Pay, haben mit Recht auf die Barbara-Feiern hingewiesen, die am vergangenen Wochenende in den Bergbaubetrieben abgehalten worden sind. Sie haben auch mit Recht auf die Sorgen hingewiesen, die unsere Leute in den Bergbaubetrieben haben. Es ist kein Wunder, wenn gerade wir von der Steiermark diesen Entwicklungen mit ganz besonderer Sorge entgegenschauen, hat doch der Bergbaubetrieb, ob es nun der steirische Erzberg ist oder der Kohlenbergbau, das Land geprägt und dem ganzen Land seinen Charakter gegeben. Nicht zu Unrecht hat die Steiermark den Namen „eherne Mark“, und nicht zu Unrecht wird der steirische Erzberg auch der Eiserne Brotlaib dieses Landes genannt.

Ich darf hier ganz besonders den Kohlenbergbau mit einschließen. Schließlich wissen wir erst seit kurzem, daß es in der Steiermark schon vor 2500 Jahren Bergleute gegeben hat. Als von einem anderen Berufsstand überhaupt noch nicht die Rede war, hat es in der Steiermark schon Bergleute gegeben. Im steirischen Salzkammergut hat man unlängst ein Skelett gefunden, das, wie man auf Grund des Knochengerüsts und auf Grund der Bekleidung, die das Skelett noch angehabt hat — durch die Sole konserviert —, schließen konnte, 2500 Jahre alt ist. (*Abg. Libal: Das war schon ein ÖAAB-ler!*) Nein, aber es war bestimmt auch kein Sozialist! — Wenn wir Steirer die Entwicklung auf dem Kohlen-

sektor mit ganz besonderer Sorge betrachten, so mit besonderem Recht. Meine Damen und Herren! Die Reden, die anlässlich der Barbara-Feiern gehalten worden sind — ob es nun von Seiten der Arbeiterkammer, der Landesregierung oder der Vertreter der Bundesregierung war —, waren wirklich von ernster Sorge um die Entwicklung im Kohlenbergbau getragen. Ich möchte sagen, daß dieses Problem ja nicht die Kohlenbergleute, die Erzbergleute oder die Industrieleute allein betrifft, sondern diese Strukturentwicklung ist ein Problem, das die ganze Wirtschaft betrifft.

Wenn wir darauf hinweisen, daß auch andere Länder ihre Probleme haben, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, Belgien oder England, wo die englische Regierung ihren Landsleuten eine sehr herbe Kur verschreiben mußte, die den Arbeitern, den Angestellten und den Unternehmern gar nicht besonders munden wird, dann wollen wir dadurch nicht über unsere eigenen Probleme hinwegtäuschen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Altenburger, zur SPÖ gewendet: Fragen Sie, was die Gemeinde Wien Kohlen abnimmt! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Abgeordnete Krempl! Ich bitte, sich zu beruhigen.

Abgeordneter **Krempl** (*fortsetzend*): Ich muß darauf hinweisen, daß wir in Österreich viel zu lange gewartet (*Abg. Ing. Kunst: Sehr richtig!*) und diese strukturpolitischen Probleme viel zu spät in Angriff genommen haben. (*Abg. Ing. Kunst: Wir haben sie jahrelang aufgezeigt!*) Vielleicht fehlte den früheren Verantwortlichen der Mut, andererseits vielleicht auch das Selbstvertrauen in die eigene wirtschaftliche Leistungskraft.

Strukturwandelungen sind in einer wachsenden Wirtschaft unvermeidlich, sie müssen nur rechtzeitig erkannt, und es müssen auch rechtzeitig die entsprechenden Anpassungsmaßnahmen getroffen werden. Wenn Sie hier Zwischenrufe machen, so muß ich immer wieder darauf hinweisen, daß wir vor dem 6. März nicht allein die Verantwortung getragen haben, sondern daß Ihre Fraktion und Ihre Regierungsmitglieder gerade für diese Probleme wesentlich verantwortlich gewesen sind und nicht in der Lage waren und nicht den Mut hatten, vor die Kohlenbergleute hinzutreten und ihnen den Ernst der Situation zu schildern. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Kunst: Wir haben die Gegenmaßnahmen vorgeschlagen, Sie haben sie nicht durchgeführt!*)

Ohne Wandlung und Anpassung gibt es in der Wirtschaft keinen Fortschritt, und ohne Fortschritt gibt es keinen Wohlstand für alle.

Krempl

(*Abg. Dr. Tull: Und mit Blockierungen auch nicht, Herr Kollege!*)

Meine Damen und Herren! Anlässlich der letzten Budgetdebatte am 16. Juni dieses Jahres wurde von den Rednern des Hohen Hauses die Problematik auf dem Energie sektor aufgezeigt und besonders auf die Schwierigkeiten auf dem Kohlensektor hingewiesen. Ich habe damals betont, daß die Arbeiter und Angestellten keine Schuld an der strukturellen Krise trifft, und daß Lösungen vorbereitet werden müssen, die nicht allein den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, sondern vor allem auf die vielen menschlichen und sozialen Probleme dieser Gebiete Rücksicht nehmen.

Wir haben darauf hingewiesen, daß der Energieträger Kohle von anderen Energieträgern, wie Erdöl, Erdgas und Atomenergie, verdrängt wird. Wir haben darauf hingewiesen, daß viele Kohlenbergbaue defizitär sind. Wir wissen alle, daß die Kohlenproduktion, gemessen an der Nachfrage und im Hinblick auf die künftige Entwicklung, zu hoch ist. Die Lösung dieses Problems kann nicht allein darin liegen, daß Bergbaue geschlossen werden, sondern die Fragen sind viel komplexer und können nur im Rahmen einer gesamt österreichischen Energiepolitik gesehen werden. Bei den Kohlenbergbauen wurde nie von einer Schließung gesprochen. (*Ironische Rufe bei der SPÖ: Nein, nie!*) Von uns aus nie, von euch wahrscheinlich in Sonntagsreden! (*Abg. Pay: Sie verdrehen alles!*) Auf die Dauer gesehen werden sich weitere Einschränkungen auf dem Kohlensektor nicht vermeiden lassen. Weil aber die Kohlenkrise, wie wir immer betont haben, in erster Linie soziale Probleme aufwirft, wurde von uns gleichzeitig auch verlangt, daß man zuerst neue Arbeitsplätze schaffen möge, damit die freiwerdenden Arbeitskräfte reibungslos in den neuen Betrieben beschäftigt werden können. Nur dadurch können weitestgehend soziale Härten vermieden werden. (*Abg. Ing. Kunst: Ich hoffe, Herr Abgeordneter, daß Sie heute unserem Antrag zustimmen werden!*) Herr Kollege, Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß Sie die Arbeitnehmerinteressen nicht allein für sich gepachtet haben! Ich muß noch einmal sagen, daß der Wahlerfolg vom 6. März nicht zuletzt dadurch zustande gekommen ist, daß sehr, sehr viele Arbeiter und Angestellte, gerade in der Schwerindustrie, die Österreichische Volkspartei gewählt haben. (*Abg. Ing. Kunst: Die Abstimmung heute wird beweisen, ob Sie wirklich helfen wollen oder nicht!*)

Wir haben immer wieder betont, daß die Kohlenkrise in erster Linie soziale Probleme

aufwirft. Zuerst müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, bevor man Kohlengruben schließt. Mit verschiedenen Meldungen — da gehören Sie, meine Herren Kollegen von der sozialistischen Fraktion dazu — wurde Unruhe in die Belegschaft gebracht. Es ist ja nicht zu verdenken, daß die Belegschaft, die Leitung des Unternehmens und die Regierung unruhig werden, wenn man weiß, daß die Depots bei den Kraftwerken und Gruben heuer im Sommer den Höchststand von 2,4 Millionen Tonnen erreicht haben — das sind um rund 900.000 t mehr als im Krisenjahr 1962. Die Situation war so unhaltbar, daß ein Unternehmen kaum mehr in der Lage war, die Löhne und Gehälter auszuzahlen. Die Verluste, die der Alpine zugemutet werden, betrugen im Jahre 1965 119 Millionen Schilling.

Angesichts dieser höchst bedenklichen Situation muß doch endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob die Volkswirtschaft am Kohlenbergbau interessiert ist oder nicht. Denn es darf doch nicht übersehen werden, auch wenn die Kohle heute — weiterhin eine normale Wirtschaftsentwicklung vorausgesetzt — und in Zukunft zu den teureren Energieträgern gehört, so ist sie doch eine nationale Energiereserve, auf die aus neutralitätspolitischen, wehrpolitischen und auch aus Gründen der Vorsorge für den Fall einer Energieversorgungskrise nicht verzichtet werden darf.

Bundeskanzler Klaus hat nun auf Grund dieser Situation eine Kommission mit Staatssekretär Dr. Gruber, Sektionschef Dr. Preglau und Direktor Dr. Schmidt in die gefährdeten steirischen Kohlengebiete entsendet, die sich an Ort und Stelle in Besprechungen mit den örtlichen Kohlenkomitees über die wirtschaftliche Situation unterrichtete. Ich möchte hier von dieser Stelle aus dem Herrn Kanzler danken, daß er durch die Entsendung dieser Regierungskommission das Einvernehmen mit dem steirischen Landeshauptmann und mit der steirischen Landesregierung hergestellt hat. Ich möchte aber auch dem steirischen Landeshauptmann Krainer für seine wirklich tatkräftige und vor allem unbeirrbare Standfestigkeit in dieser Angelegenheit danken. (*Abg. Libal: Der Finanzminister fehlt noch, der gehört noch dazu!*) Alle Menschen in den betroffenen Gebieten von Fohnsdorf und Pölfing-Bergla sind froh, daß Bund und Land nun gemeinsam an die Arbeit gehen, um im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und wirtschaftlichen Gegebenheiten soziale und wirtschaftlich vernünftige Lösungen zu finden.

Ich möchte aber auch den Dank den Vorsitzenden der Alpine aussprechen, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine

2734

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Krempl

Lösung dieser Probleme ebenfalls bemüht haben. (Abg. Rosa Jochmann: *Und den Arbeitern auch?*)

Meine Damen und Herren! Wenn es anderen Ländern gelungen ist, die sozialen Auswirkungen ihrer Kohlenkrise im Rahmen des Erträglichen zu halten, so müssen doch auch wir Österreicher in der Lage sein und die Tatkräft besitzen, um die bestimmt nicht leichte Krise überwinden zu können.

Die Bergarbeiter, die die größte Zahl der Betroffenen bilden, haben in den schwersten Zeiten nach dem zweiten Weltkrieg wahrhaftig das Ihre geleistet, und jeder österreichische Haushalt, jede österreichische Familie und jeder österreichische Betrieb waren froh, wenn sie von dieser ach so minderwertigen Kohle aus Fohnsdorf und Pölfing-Bergla nur ein klein wenig bekommen haben.

Es heißt im alten Bergmannslied ganz richtig:

Der Bergmannsstand sei hoch geehret,
es lebe hoch der Bergmannsstand,
wenn er auch des Tages Licht entbehret,
so tut er's doch für's teure Vaterland.

Und hier im Namen der Bergleute der Appell an das Vaterland: Es liegen nun Memoranden vor, es sind Resolutionen beschlossen worden, es liegen Untersuchungsergebnisse vor. Es ist nun Zeit, und ich glaube, höchst an der Zeit, für eine tragbare Lösung und eine spürbare Entlastung für alle Menschen in diesen krisen-gefährdeten Gebieten Sorge zu tragen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lanc. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Lanc (SPÖ): Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich das Thema etwas umkremple und mich den Fragen der Integration zuwende, denn diese Thematik ist ja auch beim Herrn Vizekanzler Dr. Bock beziehungsweise seinem Ressort nicht erst seit dem 6. März, sondern schon seit 1962 federführend beheimatet.

Man kann über dieses Problem auf zweierlei Art diskutieren. Man kann es so machen, wie es jetzt die Bundesregierung macht, zum Beispiel der Herr Bundeskanzler Klaus, der sich laut „Volksblatt“ vom 2. Dezember dieses Jahres in der Richtung geäußert hat, daß man bei der EWG-Problematik Österreichs auch den Fremdenverkehr miteinbeziehen müsse. „So gesehen, hingen 60 Prozent des österreichischen Außenwirtschaftsvolumens innigst mit der EWG zusammen.“ Wahrhaftig für einen Regierungschef eine epochale Feststellung, denn jedermann, der mit den Dingen einigermaßen vertraut ist, weiß, daß nicht das gesamte Außenhandelsvolumen, das wir mit

der EWG abwickeln, Gegenstand unserer EWG-Problematik ist, sondern der Teil unseres Außenhandels, der durch die Außenzollschranken der EWG derzeit diskriminiert ist. Dazu zählt zweifellos nicht der EWG-Fremdenverkehrlexport.

Es kommt aber noch besser. Laut „Volksblatt“ vom 4. Dezember hat der Herr Bundeskanzler in einem Gespräch in London in bezug auf den Besuch des Staatspräsidenten Podgorny und seine integrationsorientierten Äußerungen folgendes gesagt: „Für nachträgliche Mutmaßungen“ in bezug auf Podgornys Äußerungen „und Spekulationen war jedenfalls keine Basis vorhanden, und das ist ein gutes Zeichen, sagte der Kanzler“.

Gleich in der nächsten Spalte steht skurrilweise:

„Außenminister Dr. Tončić meinte gestern in einem Vortrag in Salzburg, durch den Podgorny-Besuch habe sich eine ‚bemerkenswerte Änderung‘ insofern ergeben, als Moskau die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Regelung mit der EWG nicht mehr verneine; das komme in dem sowjetischen Vorschlag zum Ausdruck, mit der EWG einen Handelsvertrag abzuschließen.“

Ich hoffe, diesen Satz hat der Herr Außenminister nicht gesagt, es wäre nämlich ein sehr schlechtes Deutsch.

Es ist aber eigentlich, daß einerseits allen Spekulationen die Basis entzogen wird, nämlich in Spalte 4, auf Spalte 5 wird aber bereits lustig spekuliert. Integrationspolitik betreibt auf Spalte 4 der Herr Bundeskanzler und in der nächsten Spalte der Herr Außenminister. Zuständig für die Integrationspolitik ist doch eigentlich der Herr Vizekanzler Dr. Bock. Der hat sich in letzter Zeit nicht geäußert. Wenn man diese Äußerungen hier liest, muß man ihm dafür sogar noch dankbar sein.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, die Integrationspolitik sollte man nicht so zu analysieren versuchen, man sollte nicht so zu ihr Stellung nehmen, sondern mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes sollte man unseren Standort auf diesem Gebiete prüfen. Welchen Ausgangspunkt hat man dazu zu wählen? Meiner Auffassung nach muß man die tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten analysieren.

Welches Ziel will ich damit verfolgen? Ich will versuchen aufzuzeigen, welchen Zustand Österreich anzustreben hat und inwie weit die Politik der Bundesregierung zu einem solchen erstrebenswerten Zustand hinführt oder nicht. Vorerst zum politischen Status Österreichs im Hinblick auf seine Integrations-

Lanc

bemühungen. Basis unserer Politik war und ist der Staatsvertrag einerseits und das Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die immerwährende Neutralität andererseits. In einer Linie mit den beiden anderen EFTA-Neutralen, Schweden und Schweiz, haben wir unser EWG-Gesuch im Dezember 1961 eingebroacht.

Am 28. Juli 1962 wurde dieses Gesuch vor dem EWG-Ministerrat authentisch interpretiert. Dabei wurde klar gesagt, daß wir wohl über eine Zollunion in Richtung einer Wirtschaftsunion hinauszugehen bereit sind, jedoch nur so weit, als dies die Staatsvertrags- und Neutralitätsverpflichtungen Österreichs zu lassen. Auf der Basis der gemeinsam mit Schweden und der Schweiz erarbeiteten Neutralitätsdoktrin heißt das zu deutsch:

1. Die Handelsvertragsfähigkeit, also die treaty making power, gegenüber Dritten muß uns gewahrt bleiben. Das schließt ein mit der EWG vereinbartes Konsultationsverfahren nicht aus.

2. Im drohenden oder tatsächlichen Kriegsfall müssen wir teilweise oder ganz kündigen können.

3. Österreich muß eine binnengewirtschaftliche Vorsorge für Kriegszeiten ermöglicht werden, selbstverständlich, ohne daß daraus ein Vorwand zur Umgehung unangenehmer Integrationsmaßnahmen werden darf.

Dem 13. Integrationsbericht der Bundesregierung an das Hohe Haus ist zu entnehmen, daß Österreich am Ende von Verhandlungen, die in mehreren Runden 1965 und im heurigen Frühjahr geführt wurden, etwa so dasteht:

Die Harmonisierung des österreichischen mit dem EWG-Recht soll unterteilt werden in konkrete Verpflichtungen und in Programmsätze. Das Wie und Wann, bei den Programmsätzen auch noch die Konkretisierung des Inhaltes, soll Sache der zuständigen Organe sein, auf deren Vielfalt ich noch später zu sprechen kommen werde. Streitigkeiten sollen gütlich geregelt werden. Da man aber doch weiß, daß Streit gemeinhin Güte ausschließt, sollen alle sich solcherart ergebenden Maßnahmen, die wohl in erster Linie dem stärkeren Partner, also der EWG, zu Gebote stehen, schiedsgerichtlicher Kontrolle unterliegen. Dies ist die Forderung der österreichischen Delegation in Brüssel laut Regierungsbericht an das Hohe Haus.

Einverständnis mit dem EWG-Verhandlungspartner wurde, soweit das aus dem Bericht zu entnehmen ist, jedoch nur darüber erzielt, daß eventuelle Maßnahmen — in erster Linie der EWG — keine Gegenmaßnahmen, sondern nur Ausgleichsmaßnahmen sein

sollen. — Wie gütig und verständnisvoll! Das steht nicht im Bericht.

Österreichs Vorbehalte, die sich aus Staatsvertrag und Neutralitätsstatus ergeben, hat die EWG laut Bericht nicht „zur Kenntnis genommen“, sondern sie hat nur „von ihnen Kenntnis genommen“. Man merke den feinen Unterschied.

Der Assoziierungsrat, paritätisch zusammengesetzt, soll Beschlüsse fassen, die Österreich völkerrechtlich verpflichten und durch einfache Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Österreich geltendes Recht werden. Er soll darüber hinaus Grundsatzbeschlüsse fassen, die nur hinsichtlich der Zielsetzung Österreich verpflichten, während die Ausführung je nach innerösterreichischer Gesetzeslage dem Gesetzgeber, also dem Parlament oder der Verwaltung, wenn schon eine gesetzliche Grundlage besteht, zukommt. Schließlich soll der Assoziierungsrat Empfehlungen geben können, die nur durch österreichische autonome Rechtsakte Verbindlichkeit erlangen können.

Kommen wir schließlich zur Schiedsinstanz. Sie soll aus unabhängigen Richtern gebildet werden, wobei aus dem Bericht nichts über das Auswahlverfahren hervorgeht. Die Schiedsinstanz müßte, nach offenbar sehr bestimmt vorgebrachter Ansicht der EWG — so ist es dem Berichtstext der Bundesregierung zu entnehmen —, weitgehend parallel zur Judikatur des Europäischen Gerichtshofes entscheiden.

Aus den bisherigen „vorläufigen Bemerkungen“ — so werden von der EWG selbst ihre bisherigen Stellungnahmen in den Gesprächen qualifiziert — geht hervor: Via Rat, in dem immerhin noch Österreichs Regierung vertreten ist, werden dem Parlament Rechte und der Republik Souveränität entzogen. Nichts Neues, aber es verdient, festgehalten zu werden. Via Schiedsinstanz soll zusätzlich noch in Anlehnung an die EWG-Rechtsprechung interpretiert werden. Erstes ist meiner Auffassung nach mehr als einmal zu überlegen und dann politisch zu entscheiden. Letzteres ist, sofern es im Bericht richtig wiedergegeben wurde, meiner Auffassung nach unannehmbar. Für die Rechtsprechung einer Schiedsinstanz zwischen der EWG und Österreich kann es keine Parallelität zum Europäischen Gerichtshof, sondern nur eine Konformität mit dem Vertragsinhalt geben, der zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgehandelt worden ist, wenn er ausgehandelt wird. Andernfalls könnten wir uns ja der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofes unterziehen oder sie anerkennen.

Nicht nur das bisherige Ergebnis der EWG-Kontakte ist jedoch meiner Auffassung nach

2736

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Lanc

für die Feststellung unseres integrationspolitischen Standpunktes wesentlich. Ebenso entscheidend wie unsere Bemühungen, zu einem EWG-Vertrag zu kommen, ist es, wie diese Bemühungen außerhalb der westlichen Welt aufgenommen werden. Wenn eine Regierung sieht, daß da Schwierigkeiten bestehen, ist besonders vorsichtiges Taktieren am Platz. Vollkommen daneben liegt man meiner Auffassung nach, wenn man glaubt, mit Gastfreundlichkeit und Folklore den politischen Standpunkt einer Weltmacht aufweichen zu können. Wer das unternimmt, der muß gewißtig sein, das zu hören zu bekommen, was er ja gar nicht hören wollte. Und wo liegt der Sinn, wenn die Regierungspresse beispielsweise einen republikanischen Kongreßabgeordneten aus den Vereinigten Staaten, der in Wien zu Besuch weilt und seine übliche Pressekonferenz macht, groß herausstellt? Selbstverständlich weist er Gerüchte zurück, nach denen die USA wegen der EWG-Absichten Österreichs Schwierigkeiten mit der Sowjetunion befürchten. Das ist, wenn das Thema nicht zu ernst wäre, fast Stoff für einen No-na-Witz: No na, was anderes wird dieser republikanische Kongreßabgeordnete, so gefragt, antworten.

Wie ist nun unser derzeitiger politischer Standort in der Integrationsfrage zu bewerten? Die EWG ist willig, aber noch keineswegs entschieden. Der Standpunkt der Sowjetunion ist — der Herr Kanzler hat es ja selber gesagt — unverändert. Man kann auch gar keine Spekulationen darüber anstellen, außer man ist Außenminister. Österreich wartet auf ein neues Verhandlungsmandat durch den EWG-Ministerrat. Somit ist das einzige, was wir derzeit sicher haben, unsere EFTA-Mitgliedschaft. Das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Peter sagen, der heute behauptet hat, wir sitzen zwischen zwei Sesseln. Wenn wir die Politik gemacht hätten, die der Herr Abgeordnete Peter hier im Hause verfolgt hat, dann würden wir heute tatsächlich zwischen zwei Sesseln sitzen. Daß wir nicht zwischen zwei Sesseln sitzen, das haben wir der Politik zu danken, die die Sozialisten seinerzeit in der Integrationsfrage in der Koalitionsregierung betrieben haben.

Ich glaube aber, längerfristig gesehen, ist es vielleicht noch entscheidender, wirtschaftliche Überlegungen anzustellen, die im Zusammenhang mit den österreichischen Integrationsbemühungen stehen.

Im Durchschnitt des Jahres 1965 haben wir 59,2 Prozent unserer Einfuhren aus der EWG, 14,9 Prozent aus der EFTA und 12,1 Prozent aus Osteuropa bezogen. Im gleichen Zeitraum gingen von unseren Ausfuhren 46,7 Prozent in die EWG, 18,4 Prozent in die EFTA und

17,7 Prozent in den Osten. Vor unserem EFTA-Beitritt war die EWG-Kopflastigkeit unserer Ausfuhren wesentlich größer, als sie heute ist. Die diskriminierende Wirkung, die durch die EWG-Außenzollmauer zweifellos auf einzelne Warengruppen ausgeübt wird, hat unseren EWG-Export relativ schrumpfen lassen. Gegenüber der EFTA und im Osthandel hat unser Export hingegen expandiert. Unsere Außenhandelsbasis ist somit breiter und damit risikoärmer geworden.

Ist das nur Anlaß, um zu jammern? Will man nicht auch die positiven Seiten dieser Entwicklung sehen? Hier appelliere ich an alle Kaufleute und an alle Leute, die im Bankfach zu tun haben: Je risikogestreuter ein solches Institut arbeitet, umso sicherer arbeitet es. Das gilt auch für die Außenhandelspolitik. Und das wird sehr konsequent auch von unserem neutralen Nachbarn, der Schweiz, verfolgt.

Wer heute eine alleinige EWG-Politik unterstützt, akzeptiert praktisch eine Außenhandelspolitik ohne Alternative. Man könnte praktisch sagen: EWG-Vertrag = to be, kein EWG-Vertrag = not to be. Aber ich muß sagen: Das ist für uns Sozialisten nicht die Question. Es kann nur eine Fragestellung für eine verantwortungsvolle österreichische Integrationspolitik geben, und eine solche muß lauten: Was muß Österreich tun, um sowohl für den Fall eines EWG-Arrangements als auch für den Fall eines Nichtzustandekommens eines solchen Vertrages vorbereitet zu sein? Ob so oder so, wir werden uns auf unsere eigenen Kräfte zu besinnen haben. Dazu gehört in erster Linie ein klares Wirtschaftskonzept.

Hier komme ich neuerlich auf die Bundesregierung und ihr Rezept zu sprechen. Das Rezept der Regierung lautet: Rasche Assozierung an die EWG, um von der Dynamik zu leben, die man selber nicht hat. Verstärkte Verflechtung mit der ausländischen Industrie, um der österreichischen Industrie das „know how“ der Weltkonzerne zu verschaffen, bei weitgehender Vernachlässigung der Eigenanstrengungen selbst auf jenen Gebieten der Forschung, wo der Abstand zum Weltniveau noch nicht uneinholbar ist. Hier hat ja heute der ÖVP-Abgeordnete Helbich schon dankenswerte Worte gesprochen.

Nun, was ist das weitere Rezept der Bundesregierung? Steuererleichterungen ohne Selektion und damit Verzögerung der notwendigen Strukturpassagen, indem man unrentable Produktionen wieder rentabel macht. Das ist meiner Auffassung nach nichts anderes als eine neue Form der Subventionspolitik. Zusammengekommen ist dieses Rezept die Politik

Lanc

des mangelnden Selbstvertrauens, eine neue Variante des „alleine schaffen wir es nicht“. Mit dem Dynamik-Fetisch ist man übrigens schon vor mehr als hundert Jahren in Österreich hausieren gegangen, als es sich um den Beitritt Österreichs zum Deutschen Zollverein gehandelt hat.

Man soll sich nicht täuschen, meine Damen und Herren: Wer Dynamik von außen bezieht, wird seine besten Kräfte an die außerhalb Österreichs liegenden Zentren dieser Dynamik verlieren. Und an „know how“ werden wir in der Regel nicht das „know how“ von heute, sondern das von gestern und keinesfalls das von morgen bekommen.

Daher: Wie immer die konkrete Form einer künftigen Teilnahme Österreichs an einem integrierten Europa aussehen wird, Österreich muß sich seine wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit schon aus rein wirtschaftlichen Gründen weitgehend erhalten. Das allein wäre aber zuwenig, denn Freiheit nützt ja bekanntlich nur, wenn man mit ihr etwas anzufangen weiß. Wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit hat daher nur dann Sinn, wenn von der Bundesregierung eine vorausschauende Wirtschaftspolitik betrieben wird.

Vor mehr als zwei Jahren hat ein Team junger Nationalökonomien, fast durchwegs erklärte Anhänger einer EWG-Assozierung und keine Mitglieder der Sozialistischen Partei, im Auftrag eines Wiener Kreditinstitutes eine umfangreiche Integrationsstudie angefertigt. In dieser Studie wurden im Teil der Schlußfolgerungen staatliche Maßnahmen zur Vorbereitung Österreichs auf eine integrierte Wirtschaft vorgeschlagen. Ich möchte hier nur einige Punkte herausgreifen.

Da wird vorgeschlagen: Staatlich begünstigte Fremd-Finanzierungsaktionen für solche Betriebe, die auf Grund der Ergebnisse von detaillierten branchenmäßigen und regionalen Spezialstudien integrationsreif gemacht werden können.

Ich habe bei der Debatte zu diesem Kapitel im Finanz- und Budgetausschuß dem Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Herrn Vizekanzler Dr. Bock, einige diesbezügliche Fragen gestellt. Ich habe keinerlei Antworten darauf bekommen. Nur in der Frage einer eventuell zu befürchtenden Abwanderung von EWG-Niederlassungen in Österreich zur Bearbeitung des EFTA-Marktes hat in Stellvertretung des Herrn Vizekanzlers der Herr Abgeordnete Dr. Hauser einige beschwichtigende Bemerkungen gemacht.

Diese jungen Nationalökonomen haben weiter gefordert: Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und Förderung der angewandten Forschung. Keine umwerfenden Neuigkeiten, werden Sie von der ÖVP-Seite

sagen. Das ist richtig. Sozialistische Abgeordnete erheben diese Forderungen schon lange und haben sie auch schon im Verlaufe dieser Budgetdebatte erhoben. Sie sind auch durch einen heute verteilten Initiativantrag hier im Hause neuerlich auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik aktiv geworden.

Meine Damen und Herren! Im Interesse Österreichs wird es Zeit, daß die Bundesregierung ihre Scheu vor Wirtschaftskonzepten ablegt und bewußte Schritte unternimmt, um für die Integrationsreife der österreichischen Wirtschaft vorzusorgen. Eines möchte ich ganz eindeutig feststellen: Der EWG-Fetischismus und seine Pflege löst unsere Probleme nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Staudinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Staudinger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Ende einer Debatte, in der sehr viel Bedeutendes gesagt wurde, ist es vielleicht gestattet, daß einer auch etwas sagt, was nicht so bedeutend ist. Wenn ich mich hier von meinen Vorrednern unterscheide, dann möchte ich mich allerdings in meinen Ausführungen auch insofern von einigen Vorrednern unterscheiden, insbesondere von Herrn Dr. Tull, daß ich hier nichts sage, das erwiesenermaßen an Hand von meßbaren Tatsachen unrichtig, falsch und unsinnig ist.

Vorerst aber möchte ich die geschätzte Aufmerksamkeit des geehrten Publikums auf ein Märchen der Brüder Grimm richten, auf das Märchen vom Igel und vom Hasen. Die Brüder Grimm leiten dieses Märchen mit der ausdrücklichen Versicherung ein, daß die Geschichte zwar lügenhaft zu erzählen sei, daß sie aber tatsächlich wahr sei, das Märchen vom Swinegel und vom Hasen. Ich glaube, bei uns allen taucht so mit Nachfreude gemalt das Bild dieses Ereignisses auf, wo der Hase, der wie ein Sturmwind über den Acker fegt, daß ihm die Ohren am Kopfe fliegen, wie die Brüder Grimm sagen, am Ende der Furche ankommt, wo sich der Igel aufdrückt und ihm genüßlich entgegenruft: Ich bin schon da!

Ich glaube, wir können es Germanisten und anderen Berufenen überlassen, darüber zu schreiben oder meinewegen auch zu promovieren, warum der Märchenschatz der Völker einen so unverkennbaren Zug ins Grausame hat. Aber worum es hier geht, ist, einem Mangel abzuhelfen, nämlich dem Mangel, daß das Verhalten der Wettbewerber in dieser berühmten Buxtehuder Affäre einmal objektiv gewürdigt wird.

Die Bedeutung der Brüder Grimm ist insbesondere von sozialistischen Abgeordneten im

Staudinger

Zuge des Wahlkampfes ohnehin längst erkannt worden. Wir haben hier allerdings den interessanten Fall, daß wir nicht in der Nachdichtung Ähnliches versuchen wie die Brüder Grimm, sondern daß wir erkennen können, daß hier eigentlich gar kein Märchen erzählt ist, sondern eine Fallstudie, allerdings eine verschlüsselte Fallstudie, für den Wettbewerb. Der Beweis dafür ist unschwer zu erbringen, es ist nur notwendig, den Sachverhalt objektiv zu erfassen, um sich durch den Schleier von Sympathien und Antipathien nicht ablenken zu lassen. Der Erzähler schildert nämlich den Hasen als hoffärtig und eitel und könnte also mit dieser gefühlsmäßigen Beeinflussung des Lesers von der Rechtslage ablenken lassen.

Wenn man so die Geschichte des poetischen Rankenwerkes entkleidet, dann ergeben sich folgende wesentliche Punkte:

Erstens: Die Wettbewerber starten nicht in der gleichen Furche. Das ist ausdrücklich in dem Märchen erwähnt. Der Igel in der einen, der Hase in der anderen Furche. Es ist also eine Untersuchung der Ausgangsposition unterblieben. Freilich hätte ein unparteiischer Schiedsrichter bestellt werden können, oder aber die Wettbewerbsverhältnisse hätten zuerst überprüft werden können. Nun, der eine, der Igel, hat darauf vergessen, und der Hase, der hat wohlweislich daran nicht erinnert. Eine Enquête über diese Frage hätte möglicherweise auch zu keinen Ergebnissen geführt. Es gibt solche Beispiele. Der Hase hätte aber immerhin einen unparteiischen Schiedsrichter verlangen können.

Zweitens: Der Hase — im Vertrauen auf seine Stärke, auf seine Spurtschnelligkeit — richtet sich auf einen Leistungswettbewerb ein. Der Igel aber, verstärkt durch seine Familie, mit der Frau, verwandelt listigerweise diesen Wettbewerb in einen Standortbewerb. Er besetzt die strategisch wichtigen Punkte am Anfang und am Ziel der Wettkampfstrecke und hat also so alle Trümpfe für sich. Seine Absicht, foul zu spielen, wird darin erkennbar, daß er die Frau dort hinten hinsetzt, und der Hase steht der heimlichen Konzentration — in dem Fall der Igelfamilie — praktisch machtlos gegenüber. (Abg. Czettel: Sie schlagen die Brüder Grimm!) Ich bin fertig damit.

Warum ich Ihnen das erzähle Ich möchte damit eigentlich nur eine Replik garnieren; ich habe es Ihnen ja gesagt, daß es nichts Bedeutendes sein wird. Mir scheint nämlich, dieses Märchen vom Hasen und vom Igel entspricht einer sehr harten, einer sehr grauslichen, möchte ich sagen, Wirklichkeit, in der sich der gewerbliche Mittelstand in Österreich befindet. Es ist heute dazu einiges, das heißt, sogar mehreres sehr Richtiges gesagt worden

vom Abgeordneten Meißl, vom Abgeordneten Kostroun, von unserem Präsidenten Ing. Sallinger oder vom Abgeordneten Dr. Mussil. Ich glaube, es ist nicht nötig, allzuviel hinzuzufügen.

Nur eines möchte ich vielleicht ausdrücklich feststellen: Der Staat hat die Aufgabe, einer modernen Volkswirtschaft die Rahmenordnung zu geben für einen echten, fairen und unverfälschten Wettbewerb. Ich glaube, das sollten wir uns alle, denen der Mittelstand ehrlich am Herzen liegt und nicht nur einige Tage vor der Wahl in Wahlversammlungen als Vorwand für freundliche Erklärungen dient, merken, daß Mittelstandspolitik sicherlich vor allem, nicht ausschließlich, aber vor allem, bedeutet: die Wettbewerbsgleichheit für alle, die gleichen Chancen für alle! Es ist richtig, daß zusätzlich noch etliches geschehen kann. Sicher, ja, und einiges könnte man hier noch anfügen. Aber wenn wir das einmal erreichen, daß die gleichen Verhältnisse hergestellt sind!

Der Abgeordnete Kostroun hat bereits im vergangenen Jahr — im Programm des Freien Wirtschaftsverbandes ist das auch enthalten — darauf hingewiesen, daß wir ein Förderungsgesetz für die Wirtschaft brauchen. Ich meine durchaus auch, daß die Mittelstandspolitik unter einem sehr fühlbaren Mangel an wirklichen Taten aus dem gewerblichen Mittelstand leidet, daß uns also Angaben über die Struktur, über Ertragslage, über die Vermögenslage, über die Kostenstruktur und so weiter und so weiter fehlen. Mit allgemeinen Beteuerungen kann man in der Politik schlecht operieren. Es kommt sicherlich darauf an, daß wir einmal eine klare Sicht bekommen, damit wir auch echt entscheiden können, wo eingegriffen werden muß, wo geholfen werden kann, daß wir also echte Nöte von falschen Klagen trennen.

Ich bitte aber, daß wir uns über folgendes klar sind: Die gewerbliche Wirtschaft fühlt sich von anonymen Mächten bedroht, denen sie nichts Gleiches entgegenstellen kann. Wenn wir nun die Idee eines Förderungsgesetzes gegenüberstellen, sozusagen das Schlagwort davon, dann — so scheint mir — verscheucht man eine anonyme Bedrohung mit einer anonymen Verheißung. Machen wir uns doch nichts vor! So wichtig es ist, die Situation zu diagnostizieren, so wenig wird sich das Schicksal der gewerblichen Wirtschaft in irgendeinem Mittelstandsausschuß entscheiden. Das Schicksal der gewerblichen Wirtschaft entscheidet sich letzten Endes auf dem Markt.

Freilich aber kommt es darauf an — auch darüber sind wir uns vollkommen klar —, daß es nicht nur einfach der Marktwilligkeit bedarf, sondern daß es auch der Marktfähigkeit bedarf, und die Marktfähigkeit wird von

Staudinger

politischen Dingen beeinflußt, die eben in Österreich dazu führen, daß wir keineswegs gleiche Wettbewerbsverhältnisse haben.

Dabei hat der Mittelstand nicht — wie der Hase — versäumt, einen unparteiischen Schiedsrichter herbeizurufen, sondern hat sehr wohl oft und oft genug diesen unparteiischen Schiedsrichter aufgerufen, wiewohl dafür überhaupt keine Notwendigkeit bestanden hätte. Denn der unparteiische Schiedsrichter müßte eigentlich ungerufen der Gesetzgeber sein, müßten also wir sein! Ich will hier gar nicht untersuchen, von welchen politischen, von welchen wirtschaftlichen oder weiß Gott von welchen Gründen es abhängig ist, daß der unparteiische Schiedsrichter dieser Aufgabe nicht gerecht geworden ist. Nur eines, glaube ich, könnte man sich erwarten.

Und damit komme ich zu meinem eigentlichen Anliegen. Nur eines könnte man sich erwarten: Wenn der Schiedsrichter nicht in der Lage oder vielleicht auch nicht willens ist, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, einen gerechten, fairen, unverfälschten Wettbewerb zu garantieren, dann sollte der Schiedsrichter es wenigstens unterlassen, selbst in das Spiel mit Foul-Spiel einzugreifen.

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Beispielen dafür erzählen, aber gestatten Sie mir, daß ich ein einziges, hinsichtlich der Person allerdings recht attraktives Beispiel hervornehme. Ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei, der in der Sozialistischen Partei vor allem mit Problemen der Parteidogmatik beschäftigt ist — sehr zum Leidwesen von Sozialisten wie meinetwegen Dr. Nenning, Dr. Leser, Dr. Koref, Dr. Misch und Genossen —, der kommt gelegentlich auch in die Situation — konkret war das bei einer Diskussion der Chefredakteure —, zu wirtschaftlichen Dingen Stellung zu nehmen. Dort muß man natürlich die Gelegenheit beim Schopf packen, auch auf die Gefahr hin, von Dingen zu reden, von denen man nichts versteht. (*Zwischenrufe*.) Konkret hat dieser Abgeordnete im Fernsehen — ich glaube, November 1965 war es — folgendes gesagt: Die EFTA-Zollsenkungen sind in Österreich nicht wirksam geworden, die ganzen Zollsenkungen sind im Handel und im Zwischenhandel spurlos untergegangen. — Wissen Sie, was das, natürlich in entsprechender feiner Diktion — dieser Diktion ist dieser Abgeordnete durchaus mächtig, man kann ihm auch sehr gut zuhören; wer so wie ich für politische Belletristik etwas übrig hat, der hört ihm ja gern zu; nur wenn es eben ins Konkrete, Wirtschaftliche geht, wo die Fakten klar erkennbar sind, da erlischt das belletristische Interesse, und da kann es einem dann sauer aufsteigen —, bedeutet? Dieser Abgeordnete

hat nämlich gesagt: Das verschwindet im Handel und im Zwischenhandel, und er hat damit verblümt die alte sozialistische These vom Profitgeier, vom Preistreiber und so weiter wiedererstehen lassen. Das sind die Leute, die hier angeflekt werden, vor denen der Abgeordnete Kostroun dann vor den Wahlen seine liebe Not hat, ihnen zu erklären, daß das also keineswegs den Tatsachen entspreche, daß die Sozialistische Partei für den gewerblichen Mittelständischen nichts übrig habe.

Wir haben dem eine ganz konkrete Wirklichkeit entgegenzusetzen: Die Zollsenkungen (*anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ*) — ich habe versprochen, nur eine Viertelstunde zu reden, ich gehe daher auf Zwischenrufe nicht ein — aus den Importen im EFTA-Raum betrugen 70 Millionen Schilling. Der Gesamtimport betrug 7 Milliarden Schilling. Die Zollsenkungen betrugen daher 1 Prozent, global gesehen nicht viel.

Abgesehen davon kam es sehr wohl selbstverständlich, und nicht nur bei den Luxusartikeln, wie meinetwegen bei Whisky und ähnlichen Sachen, zu Preissenkungen. Aber dem Herrn Abgeordneten, der bei der Diskussion der Chefredakteure geredet hat, dem ist gar nicht klargeworden, daß nicht nur in Österreich die Preise — Gott sei es geklagt — steigen; auf seinen ausgedehnten Reisen müßte ihm immerhin auch einmal bekanntgeworden sein, daß auch in den Staaten der EFTA die Preise steigen und daß daher die Zollsenkung vielfach nur das Ergebnis gehabt hat, einen größeren Preisauftrieb zu verhindern, wiewohl noch einmal gesagt, auch konkret Preissenkungen erzielt wurden.

Dieser selbe Abgeordnete hat übrigens etwas gesagt, bei dem ihm der Herr Dr. Tull heute nachgefolgt ist. Er hat damals erklärt, daß die Produktivität der österreichischen Volkswirtschaft von 1958 bis 1964 um 34 Prozent gestiegen sei, die Löhne und Gehälter aber nur um 16 Prozent. Sehen Sie, und da meine ich (*Abg. Czettel: Also haben die Löhne allein schuld für die Preisbildung? Ihr habt aber die Theorie, daß die Arbeiter schuld sind!*): Bevor man so etwas sagt — ich gehe jetzt auf die Problematik Löhne-Preise, auf die Frage, was das andere antreibt, gar nicht ein (*Abg. Czettel: Was der Handel in Österreich wirklich verdrückt, das wissen Sie genau!*) —, könnte man das Wirtschaftsstatistische Handbuch der Arbeiterkammer Wien zur Hand nehmen und die Seite 275 aufschlagen oder das Wirtschaftsstatistische Taschenbuch des Österreichischen Arbeiterkammertages und die Seite 109 aufschlagen. Da stellt sich dann nämlich heraus, daß von 1958

Staudinger

bis 1964 die monatlichen Durchschnittseinkommen bei den Arbeitern von 1740 S auf 2890 S gestiegen sind; die Differenz beträgt 1150 S. Sie können es nachrechnen, das macht 66 Prozent aus. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.*) Brutto, das sei zugegeben. Aber immerhin nicht 16 Prozent, sondern 66 Prozent. (*Abg. Dr. Kreisky: Aber die Dividenden!*)

Bei den Angestellten und Beamten stiegen die durchschnittlichen Monatsverdienste von 2913 S — bitte, noch einmal: das sagt nicht die Bundeswirtschaftskammer, sondern das Statistische Handbuch der Arbeiterkammer Wien — auf 4280 S; die Differenz beträgt 1367 S, wenn ich richtig gerechnet habe. Das heißt also: Plus 47 Prozent.

Ich möchte mich fragen, ob denn diese Handbücher nur die ÖVP-Abgeordneten kriegen und der Herr Abgeordnete Czernetz und der Herr Abgeordnete Dr. Tull nicht? Der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat hier nämlich denselben — Entschuldigung, sagen wir nicht Unsinn, aber: dieselbe Unrichtigkeit behauptet. (*Abg. Czettel: Sie haben am Anfang „Unsinn“ gesagt!*) Er hat nur andere Jahre genannt. Aber auch hier, zwischen 1960 und 1965, Arbeiter, Beamte und Angestellte zusammen, ist die Erhöhung von 2349 S auf 3640 S gegangen; Differenz: 1291 S = 54 Prozent mehr! Das sind Fakten. Man könnte das jetzt vielleicht meinetwegen auf die Nettogehälter oder Nettolöhne umrechnen. Ich garantiere Ihnen: Sie kommen nicht auf 16 Prozent. Das sind Fakten.

Zweitens: Der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat sich darüber echauffiert, daß zur Rede unseres Abgeordneten Dr. Mussil niemand vom AAB sich zum Wort gemeldet hat. Darf ich dazu sagen: Ich traue es dem Dr. Tull nicht zu, daß er, Akademiker, Jurist, in wirtschaftlichen Dingen so ahnungslos ist, wie er das heute dargetan hat. Bei uns ist kein einziger vom AAB über die sehr komplizierten, schwierigen wirtschaftlichen Zusammenhänge so wenig informiert, wie er sich heute gezeigt hat. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Er hat zum Beispiel gesagt oder darzulegen versucht, daß die Produktivität sozusagen das Ergebnis der vermehrten Anstrengungen der sogenannten arbeitenden Menschen sei; „so genannt“ sage ich nämlich deswegen, weil ich glaube, Sie müßten wenigstens Wert darauf legen, Herr Abgeordneter Kostroun, daß der Herr Dr. Tull auch die sozialistischen Unternehmer unter die arbeitenden Menschen eingliedert; bei den ÖVP-Leuten ist es logisch, daß es Ausbeuter, Kapitalisten und Nichtstuer sind (*Heiterkeit bei der ÖVP — Abg. Czettel: Ihre Rede gehört ins Fernsehen!*),

aber bei den Sozialisten glaube ich nicht, daß das zutrifft; ich nehme an, die gehören auch zu den arbeitenden Menschen. Er hat völlig die Tatsache übergangen, daß die Produktivitätssteigerung doch in erster Linie — darüber gibt es doch gar keinen Zweifel! — von der Rationalisierung der Betriebe, von der Investitionsrate abhängt. Kein Wort davon, welch ein Widerspruch es ist, auf der einen Seite das mangelnde Wirtschaftswachstum der österreichischen Wirtschaft zu beklagen, auf der anderen Seite, wie es heute auch geschehen ist, von „Steuergeschenken an die Reichen“ zu reden und gleichzeitig von der Abschwächung der Investitionsrate zu reden. Wir sind es ja müde, auf jeden Fehler und auf jede Unrichtigkeit einzugehen, wir kämen ja aus diesem Haus gar nicht hinaus. (*Heftiger Widerspruch bei der SPÖ.*) Aber weil sich diese Gelegenheit gerade ergibt, müssen wir sagen: Bei uns in der Österreichischen Volkspartei, da gibt es im AAB keinen einzigen Mann, der nicht die Zusammenhänge zwischen Unternehmergeinn, zwischen Investition und zwischen Rationalisierung und Produktivitätssteigerung erkennt, Herr Dr. Tull kennt sie offenbar nicht. (*Abg. Dr. Tull: Auf Sie habe ich gewartet!*)

Wir haben in Österreich im Jahre 1965 Bruttoinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung von 7700 S etwa gehabt, in Deutschland waren es rund 12.200 S, in der Schweiz waren es 16.700 S. Merken Sie, wo die Differenz im Wirtschaftswachstum herkommt?

Wenn trotzdem ein relativ gutes Wirtschaftswachstum erzielt wurde, dann möchte ich auf etwas hinweisen, was einer Ihrer Abgeordneten zu Beginn dieser Legislaturperiode erwähnt hat. Er hat den Professor Nemschak zitiert. Ich traute mir nicht ihn zu zitieren, weil er nicht in der Sozialistischen Partei eingeschriebenes Mitglied ist. Aber da er von einem Sozialisten zitiert wurde, darf ich das auch tun. Er hat also positiv Professor Nemschak zitiert. Darf ich dazu sagen, daß Nemschak in diesem Aufsatz oder in dieser Rede zum Beginn der neuen Legislaturperiode ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß in der Privatwirtschaft die Anpassung an die geänderte Bedarfsstruktur mehr oder minder reibungslos vor sich gegangen ist, während in der verstaatlichten Industrie, die erst seit dem 6. März nicht mehr absolut in der Hand der Sozialistischen Partei ist, diese Anpassung mehr schlecht als recht vor sich gegangen ist; er hat darauf hingewiesen, daß die Verstaatlichte von 1949 bis 1961 ein größeres Wachstum hatte als die private Wirtschaft, daß aber von 1961 bis 1965 die Verstaatlichte weniger Wachstum hatte als die private Wirtschaft. (*Abg. Czettel: Dafür haben Sie mehr Subven-*

Staudinger

tionen an die Privatwirtschaft gegeben!) An der privaten Wirtschaft und am marktwirtschaftlichen System war es also nicht gelegen. Darauf müssen wir hinweisen, trotz eines öffentlichen Klimas, das von den Sozialisten geflissentlich — gelegentlich offen, wie heute — gemacht wird (*Zwischenruf bei der SPÖ*), unter Verkennung der gesellschaftlichen Funktion des Unternehmers, mit einem Unverstehen gegenüber der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Funktion des Unternehmergewinnes. Damit kann man natürlich eine Wirtschaft nicht ankurbeln. (*Beifall bei der ÖVP*. — *Abg. Dr. Tull*: *Davon hat kein Mensch gesprochen!*) Herr Dr. Tull! Ich gebrauche gern das Beispiel: Im Jahre 1921 hat der Herr Kommerzrat Kapsamer in Schwanenstadt seinen Betrieb (*anhaltende Zwischenrufe*), den der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann besucht hat und wo er seine Anerkennung für die große Leistung ausgesprochen hat, mit zwei Leuten begonnen. Waren damals sozialistische Wirtschaftsphilosophie oder Wirtschaftspornographie (*heftige Zwischenrufe bei der SPÖ* — *Abg. Skritek*: *Das ist provokant, wie Sie reden!*), wie Sie wollen, wirksam gewesen, dann hätte dieser Betrieb sich nicht so weit entwickelt, daß er heute 1000 Arbeitnehmern Arbeit und Brot gibt und praktisch zwei Gemeinden finanziert. (*Beifall bei der ÖVP*. — *Abg. Czettel*: *Die alte Gehässigkeit!*)

Wir müssen wenigstens dann und wann die Gelegenheit benutzen, Ihnen zu sagen, was wahr ist! Die Schiedsrichterfunktion... (*Weitere anhaltende Zwischenrufe*. — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen*. — *Abg. Czettel*: *Wo ist der ÖAAB?* *Das ist die politische Gesinnung!* — *Abg. Skritek*: *Er glaubt, daß er eine gute Bewertung bekommt!* *Das ist nur schlechte Erziehung, die er hat!* *Schlechte Erziehung haben Sie!*) Mag sein.

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich etwas zu beruhigen. (*Weitere Zwischenrufe*.) Das Wort hat der Abgeordnete Staudinger. Es kann sich ja jeder zum Wort melden. (*Abg. Doktor Broda*: *Haben Sie den Mut, den Ausdruck zu wiederholen!*)

Abgeordneter **Staudinger** (*fortsetzend*): Die Schiedsrichterfunktion zu vernachlässigen, gleichzeitig aber, statt Schiedsrichter zu sein, unfair in das Spiel einzugreifen — jetzt komme ich auf das Bild vom Igel und vom Swinegel zurück —, das sind Swinegeleien! (*Beifall bei der ÖVP*. — *Abg. Dr. Broda*: *Herr Präsident!*)

Präsident: Ich bitte zu warten, bis ich meine Entscheidung getroffen habe. Ich brauche keine Hinweise.

Wegen dieses letzten Ausdruckes des Abgeordneten Staudinger erteile ich den Ordensruf. (*Abg. Czettel*: *Es wird ja nur geschimpft bei euch die ganze Zeit!* — *Abg. Lanc*: *Das Wort „Pornographie“ haben Sie ins Haus gebracht! Das war ein Skandal!* — *Ironische Heiterkeit bei der ÖVP*. — *Abg. Doktor Broda*: *Das ist Ihr Bildungsgrad!* *Schämen Sie sich!* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Die Debatte darüber ist erledigt.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. (*Weitere lebhafte Zwischenrufe*.) Die Frau Abgeordnete Rosa Jochmann hat vorgestern gesagt, wenn das Glockenzeichen des Präsidenten ertönt, sollte wieder Ruhe im Haus einkehren. (*Abg. Czettel*: *Der Mehrheitsfimmel da drüber!*)

Das Wort hat der Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte, um Mißdeutungen zu vermeiden, feststellen, daß die Unruhe vor meiner Wortmeldung war. Ich sage aber auch aus Fairneß gleich, wenn irgendein Herr der anderen Oppositionspartei das Bedürfnis hat, jetzt etwas zu antworten, so bin ich gerne bereit, mich später wieder zum Wort zu melden, um meinen Platz jetzt zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte einen Unterschied zum Kollegen Staudinger klarstellen: Ich verspreche nicht, nur eine Viertelstunde zu sprechen, aber ich verspreche dafür, daß ich auf jeden Zwischenruf, der gemacht wird, eingehen werde.

Ich darf einleitend die Stellungnahme der Freiheitlichen zu den Anträgen, die gestellt worden sind, mitteilen. Von sozialistischer Seite sind bereits im Ausschuß Anträge gestellt worden, die wir Freiheitlichen nicht unterstützen können. Wir Freiheitlichen haben den Antrag, den der Kollege Tödler gestellt hat und mit dem die Bundesregierung erachtet wird, ihre Bemühungen fortzusetzen, in Kohlengebieten die Ansiedlung von Ersatzbetrieben zu fördern, unterstützt, und damit erübrigts sich nach unserer Ansicht die Unterstützung der weiteren gestellten Anträge.

Ich möchte zuerst auf einige Ausführungen von Vorrednern eingehen.

Herr Dr. Mussil hat am Vormittag auf die Forderung nach einer Gewerberechtsreform, die mit Recht von den Sprechern verschiedener Parteien im Hause nicht erst seit heute urgirt wird, damit geantwortet, daß im vorigen Jahrhundert die Ausarbeitung des Gewerberechts vier Jahrzehnte, das heißt vierzig Jahre, in Anspruch genommen hat. Ich hoffe, daß das keine Vorbereitung darauf war, daß aus der Aktion 20 nun eine Aktion 40 geworden

Zeillinger

ist und wir somit 40 Jahre auf das warten müssen, was die Volkspartei vor der Wahl versprochen hat. Ich zumindest gebe mich der Hoffnung hin, daß die Einparteinregierung der Volkspartei nicht so lange dauern wird.

Herr Dr. Mussil hat weiter gesagt, er gebrauche ausdrücklich das Wort „sogenannter Bautenskandal“. Ich möchte mich jetzt nicht mit dem Wort „Bautenskandal“ beschäftigen, sondern mit dem Versuch, das, was die Öffentlichkeit, nicht nur das Hohe Haus, weit über unsere Parteigrenzen hinaus bewegt, nun plötzlich zu verniedlichen, plötzlich so zu tun, als wäre überhaupt nichts geschehen, und das vorzubereiten, was wir Freiheitlichen schon von Anfang an befürchtet haben: daß nämlich am Schluß dann der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter schuld sein werden und alle jene, die in die Untersuchung gezogen würden, als Unschuldsengel heraussteigen werden. Ich glaube, Recht soll Recht bleiben. Wir wollen warten, welches Urteil die Richter sprechen, und sollen nicht jetzt schon wieder versuchen, die Öffentlichkeit in der Hinsicht zu beeinflussen, daß es eigentlich gar kein Skandal, sondern nur ein von der bösen Opposition „so genannter“ Bautenskandal ist.

Die Gelegenheit, darüber zu sprechen, ist allerdings sehr ungünstig, denn wir sind sowohl heute wie auch morgen, wie man im Volksmund sagt, beim falschen Begräbnis. In dieser Hinsicht klappt die Regie der Mehrheitspartei in diesem Hause wunderbar. Heute sitzt in der Person des Herrn Vizekanzlers jener Mann hier, mit dem wir gerade über das Thema Bautenskandal sehr viel zu sprechen hätten — aber der Bautenskandal steht nicht auf der Tagesordnung. Morgen, wenn der Bautenskandal auf der Tagesordnung stehen wird, wird aber der Herr Vizekanzler nicht hier sein. Wir werden also sowohl heute als auch morgen Schwierigkeiten haben, das richtige Wort dem richtigen Mann sagen zu können. Gerade in dieser Hinsicht klappt — wie gesagt — die Regie vorzüglich.

Ich möchte aber jetzt schon sagen: Es ist auch kein Zufall, daß heute beim Kapitel Handel, wo der Bautenskandal nicht zur Debatte steht, das Fernsehen im Saal war, während für morgen nachmittag, wenn der Bautenskandal zur Diskussion steht, das Fernsehen wieder ein Verbot bekommen hat, hier im Saale Aufnahmen zu machen, damit die Öffentlichkeit nicht über das, was die Parlamentarier darüber zu sagen haben, informiert werden kann.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lanc hat heute die Befürchtung ausgesprochen, daß wir zwischen EWG und EFTA

zwischen zwei Sesseln sozusagen auf der Erde sitzen könnten. Herr Kollege Lanc! Wenn ich die heutige Diskussion im Zusammenhang mit der Entwicklung der letzten Jahre betrachte, dann habe ich eher das Gefühl, daß wir uns von Haus aus auf den falschen Sessel gesetzt haben, und das ist viel gefährlicher, als wenn wir zwischen zwei Sesseln auf der Erde sitzen würden.

Wir haben in letzter Zeit eine gewaltige Sinnesänderung erlebt — ich möchte nicht so weit gehen zu sagen, daß die Regierungspartei, die Volkspartei, in der Europapolitik auf die Linie der Freiheitlichen eingeschwungen ist —, wir haben einen gewaltigen Gesinnungswandel in den Reihen der Österreichischen Volkspartei feststellen können. Ich las vor einigen Tagen in der Zeitung ein Exklusivinterview mit dem Bundeskanzler zur Frage der Beziehungen EWG—EFTA. In diesem Interview sagte der Kanzler, Österreich könne nicht recht an multilaterale Lösungen glauben, daher habe es sehr früh den Versuch unternommen, seine wirtschaftlichen Beziehungen zur EWG bilateral zu lösen.

Ich gehöre erst seit 13 Jahren diesem Parlament an. Ich muß sagen: Entweder war ich bis jetzt immer in einem anderen Parlament, oder der Herr Bundeskanzler weiß nicht, was er und seine Partei bisher in diesem Parlament gesprochen haben. Hat man uns denn in den vergangenen Jahren nicht immer gesagt: Wir Österreicher gehen — obwohl es vollkommen widernatürlich und gar nicht in unserem Interesse ist — deswegen zur englischen Freihandelszone, weil wir im Zuge der multilateralen Lösungen eine viel bessere Stellung für Österreich herausholen können. Nun sagt derselbe Kanzler, derselbe Parteiobmann, dessen Partei bisher grundsätzlich immer alles niedergestimmt hat, was für die EWG war, und Österreich auf diesen EFTA-Irrweg getrieben hat, plötzlich, daß wir gar nie für multilaterale Lösungen waren und daher schon frühzeitig begonnen haben, die bilaterale Lösung mit der EWG zu suchen.

Ich glaube schon, daß es notwendig wäre, in dieser Frage mit dem Herrn Bundeskanzler ein klares Wort zu sprechen und ihm die Protokolle der vergangenen Jahre in Erinnerung zu rufen. Es entsteht sonst tatsächlich eines Tages der Eindruck, daß jene Partei, deren Parteiobmann Bundeskanzler Klaus ist, nämlich die Österreichische Volkspartei, in den vergangenen Jahren mit den Freiheitlichen gegen die englische Freihandelszone und für die europäische Einigung gesprochen und gestimmt hat.

Ich rufe aber in Erinnerung und sage es hier nochmals, obwohl ich es schon x-mal

Zeillinger

hier im Hause festgestellt habe: Ich wende mich deshalb an Ihre Seite — von den Sozialisten haben wir ja nie eine andere Stellungnahme erwartet —, weil Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, draußen in den Versammlungen dauernd von Europa und von der EWG gesprochen haben. Kaum aber waren Sie hier im Hause, machten Sie plötzlich eine Kehrtwendung um 180 Grad und stimmten gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, für die englische Freihandelszone und betrieben auch noch eine Politik gegen die EWG.

Meine Wortmeldung wurde durch die letzten Wortmeldungen über die Zoll- und Preissenkungen ausgelöst, die wir auf Grund unseres Vertrages mit der englischen Freihandelszone nun endlich zu spüren bekommen müssen. Ich möchte jetzt gar nicht in den Streit zwischen ÖVP und Sozialistischer Partei eingreifen und im einzelnen untersuchen, wo die Ursache liegt, daß wir die Preissenkungen nicht schon bisher gespürt haben, sondern ich möchte die Ansicht der Freiheitlichen voranstellen — ich kann mir vorstellen, daß auch der eine oder andere Abgeordnete einer anderen Partei durchaus bereit ist, dem zuzustimmen —, daß der Konsument letzten Endes der Nutznießer unserer Politik sein sollte. Das trifft sowohl die Preissenkungen, die wir hier beschließen, als auch die Zollsenkungen, die sich aus dem Arrangement, aus dem Vertrag mit der englischen Freihandelszone, ergeben.

Es stellt sich aber heraus — meine Herren von der Sozialistischen Partei, hier werde ich Ihnen einen konkreten Fall sagen, an dem keineswegs der Handel oder der Zwischenhandel schuld ist —, daß unter dem Deckmantel der EFTA eine Politik betrieben wird, Zollsenkungen zu versprechen und in Versammlungen und in Parlamentsreden zu erklären: Aber diese Zollsenkungen müssen dem Konsumenten zugute kommen. Ich will Ihnen nur an einem Beispiel nachweisen, zu wessen Gunsten sich tatsächlich die Beschlüsse auswirken, die wir hier im Interesse des Konsumenten fassen, und wer die Dutzende Millionen in den vergangenen Jahren auf einem ganz bestimmten Sektor eingesteckt hat.

Die Salzburger werden es mir bestätigen: Wir leben im Grenzland zwischen EWG und EFTA, und bei uns ist der Vergleich zwischen EFTA-Raum und EWG-Raum sehr naheliegend. Es ist für uns immer überraschend, wenn wir in den EWG-Raum kommen — wir fahren ja mit den städtischen Verkehrsmitteln von Salzburg hinüber nach Deutschland — und plötzlich feststellen müssen, daß die Wirtschafts- und Konsumgüter englischer Pro-

venienz im EWG-Raum billiger sind als bei uns im EFTA-Raum. Das können Sie, angefangen von den Lebensmitteln, bei den verschiedensten Wirtschaftsgütern feststellen.

Es wäre nun sehr billig — hier, meine Herren von der Sozialistischen Partei, widerspreche ich Ihnen — einfach zu sagen: Der Handel in Österreich ist unmoralisch, der Handel macht Zuschläge, die unvertretbar sind, darum ist die Ware bei uns teurer. Ich habe auf dem Autosektor dieses Problem einmal untersucht und bin zu überraschenden Ergebnissen gekommen. Für mich war es deswegen aktuell, weil ich Ihren Beschlüssen insofern vorausseilte, als ich einen Wagen englischer Herkunft kaufte. Dabei kam ich auf folgende interessante Feststellung — ich will jetzt keinen Firmennamen nennen, sondern nur eine Wagentype —: Ein Wagen größerer Klasse kostet bei uns im Inland derzeit 109.000 S. Derselbe Wagen kostet wenige Kilometer weiter auf Dollarbasis 78.000 S, und wenn ein Ausländer dieses Auto bei uns in Österreich kaufen will, zahlt er nicht 109.000 S, sondern 82.000 S. Das zu einem Zeitpunkt, wo wir den Zoll eigentlich schon abgebaut haben, wo wir glauben sollten, daß wir den englischen Wagen fast zu demselben Preis wie in England hereinbekommen, denn es liegen ja nur mehr 4 oder 5 Prozent Zoll auf dem Auto, alles andere ist nachgelassen worden. Und dennoch müssen wir statt 78.000 S 109.000 S bezahlen!

Ich kann Ihnen weitere Ziffern nennen: Eine andere Type kostet bei uns 95.900 S, sie kostet in England, also im Ausland, 65.700 S. Wir haben keinen Zoll darauf. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die Handelsspanne, die ich überprüft habe — sie ist in Dollar von der Company, einer amerikanischen Firma, festgelegt, — gleich ist. Eine weitere Wagentype — jetzt komme ich zu meinem Wagen — kostet im Ausland 62.000 S, hier bei uns 84.000 S. Als ich den Wagen vor vier Jahren kaufte, bezahlte ich samt Zoll 65.000 S; damals kostete er im Ausland etwa 60.000 S. Im Ausland ist er von 60.000 auf 62.000 S gestiegen. In den 65.000 S war der Zoll inbegriffen, den haben wir mittlerweile abgebaut, und jetzt kostet der Wagen 84.000 S! Der Händler hat aber genau dieselbe Spanne wie vor der Zollsenkung. In diesem Fall muß ich den Handel in Schutz nehmen: es ist nicht der Händler. Der Konsument steht somit vor der Tatsache, daß er in Österreich wesentlich mehr bezahlen muß, als wenn er 500 m weiter, über der Grenze, den Wagen kaufen würde. Dabei führen wir den Wagen praktisch ohne Zoll ein!

Und nun kommt das Interessante: Ich habe mich bei derselben Firma erkundigt, was der

2744

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Zeillinger

Wagen nach dem 1. Jänner kosten wird, denn dann fällt der Zoll zur Gänze, Herr Minister! Ab Jänner wird der Wagen noch teurer. Wir lassen jetzt auch noch die letzten Prozente an Zoll nach, und der Wagen wird weiter teurer! Gleichzeitig konnte ich mich aus einem Rundschreiben überzeugen, daß die Handelsspanne der Händler, auf Dollarbasis berechnet, unverändert bleibt.

Herr Handelsminister, da ist doch irgendwo ein Wurm drin. Wir haben hier doch alle erklärt, die Zollsenkung im EFTA-Raum soll dem Konsumenten zugute kommen. Ich lade Sie ein, mit mir in Salzburg über die Grenze zu fahren, ich zeige Ihnen in Freilassing unzählige Lebensmittel englischer Herkunft, die drüben um 40 bis 60 Prozent billiger sind als bei uns in Salzburg. Das liegt nicht am Händler. Ich bin jederzeit bereit, Ihnen die Automarke bekanntzugeben, von der ich gerade gesprochen habe. Ich kann Ihnen auch sagen, wo der Gewinn steckt: Der Gewinn steckt bei jener amerikanischen Company, die die Wagen hieher importiert und die nun eben an jedem Auto um zehntausende Schilling mehr verdient als vorher. Sind wir deswegen zur englischen Freihandelszone gegangen, damit die englischen und amerikanischen Importeure, die zu uns hereinliefern, eine größere Handelsspanne haben, während die Handelsspanne unserer Händler gleich bleibt und der Konsument trotz Zollsenkung und trotz Zollnachlaß nicht nur nicht weniger bezahlt, sondern, wie sich jetzt an einer ganzen Reihe von Beispielen herausstellt, sogar mehr bezahlen muß?

Herr Handelsminister! Diese Beispiele könnte man endlos fortsetzen, aber ich möchte die Viertelstunde einhalten, auch wenn ich es nicht versprochen habe. Das ist doch ein Zeichen, daß die Freihandelszonenpolitik, die hier versprochen worden ist, sich in der Praxis als undurchführbar herausgestellt hat. Entweder ist etwas Falsches bewußt versprochen worden, oder Sie, Herr Handelsminister, waren nicht in der Lage, die Handelspolitik, die Sie hier im Hause versprochen haben, nämlich eine Zollsenkung für den Konsumenten zu bringen, auch in die Tat umzusetzen. Das ist die Wahrheit. Ganz gleichgültig, ob Sozialisten, Volkspartei oder Freiheitliche: Wir machen hier keine Politik für eine amerikanische Company oder für englische Importeure, sondern wir machen Politik für Österreicher. Wenn wir für den Autokauf einen Zollnachlaß von 15.000 bis 20.000 S geben und nach vier Jahren feststellen müssen, daß das Auto nicht billiger, sondern sogar um 20.000 S teurer geworden ist, wenn Waren gleicher Herkunft in Deutschland um 30, 40 und 50 Prozent billiger sind als in Österreich, dann ist das ein

eindeutiges Debakel einer sogenannten europäischen Wirtschaftspolitik, die Sie versprochen haben, die aber im Ernst nie betrieben worden ist.

Wir sind momentan nicht in der Lage, die Hintergründe aufzuzeigen. Aber das sind die Tatsachen, und darauf ist dem Volk eine Antwort zu geben, nämlich die Antwort darauf, warum das Versprechen: Wir treten der englischen Freihandelszone bei, und wir machen eine Zoll- und Preispolitik für die Konsumenten, nicht in die Tat umgesetzt worden ist.

Wenn ich jetzt ein ganz anderes Beispiel aus dem Inland bringe, ein Beispiel, das ich vor zwei, drei Tagen in der Zeitung gelesen habe, so deswegen, weil es zu derselben Überschrift paßt: „Politik für den Konsumenten“. Es handelt sich um das Heizöl, Sie erinnern sich, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei und von der Sozialistischen Partei, wir haben im Parlament übereinstimmend festgestellt, daß bei jener Sondersteuer, die die Regierung Klaus für den Straßenbau eingeführt hat, nicht die Besitzer von Ölöfen den Straßenbau mitfinanzieren sollen. Diesen einstimmigen Beschuß hat die Regierung auch in die Wirklichkeit umgesetzt. Unter großem Propagandaufwand ist der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, daß sie jetzt das Heizöl um 1,70 S kaufen kann, während es vorher nur zu dem amtlich festgesetzten höheren Preis zu haben war.

Nun lesen wir von den Schwierigkeiten, billiges Heizöl zu bekommen. Ich habe versucht, den Artikel zu überprüfen, und habe es in der Praxis festgestellt. Bitte, vielleicht bin ich zuwenig bekannt, aber ich konnte keine Firma finden, wo das Heizöl tatsächlich zu jenem Preis zu bekommen wäre, zu dem es der Konsument laut Parlamentsbeschuß bekommen soll. Dafür machen wir aber doch keine Preispolitik! Wir haben doch ausdrücklich gesagt, der Konsument soll das Heizöl um 1,70 S bekommen. Wo immer jetzt das Geld hinfießt, Tatsache ist, daß er heute 2 S, 2,20 S, ja sogar bis 2,30 S in der Praxis bezahlen muß. Das ist doch nicht jene Politik, die die Österreichische Volkspartei als Regierungsgruppe vorher versprochen hat. Dem Heizölverbraucher ist es doch gleichgültig, ob er 2,20 S oder 2,30 S bezahlen muß, ob das Mehr nun für den Straßenbau — wenn er ein Auto hat, ist es ihm vielleicht sogar lieber, es geht in den Straßenbau — oder für irgend etwas anderes verwendet wird. (Abg. Mayr übergibt dem Redner einen Zeitungsausschnitt.)

Herr Kollege, ich kann keine Reklame für eine Firma machen. Ich bin aber gerne bereit, mit Ihnen nachher Firmen anzurufen, und

Zeillinger

wir fahren dann hin und kaufen Öl, ohne zu sagen, wer wir sind. Jedesmal, wenn wir mehr als 1,70 S zahlen, gehen Sie dann hieher und sagen: Ich habe Unrecht.

Ich muß noch einmal sagen: Es kommt nicht darauf an, ob vielleicht eine Firma in der Lage ist, billiger zu verkaufen. Da gibt es nämlich Sonderfälle, etwa wenn man eigene Gebinde mitbringt; ich kann das jetzt in der Eile nicht überprüfen.

Ich bin selber Besitzer von Heizölöfen, ich kenne den jetzigen Preis, und ich habe noch eine Einlagerung vorgenommen. Ich bin neugierig, ob ich das Heizöl jetzt noch um 1,70 S bekomme.

Herr Kollege, da kommen wir wieder zu der Grundeinstellung. Ich lasse mich gerne belehren und lasse mir sagen: Stehen wir auf, machen wir einen Beschuß, Herr Kollege Reich, machen wir gemeinsam einen Beschuß, daß der Konsument nur das zu zahlen braucht, was wir wollen. Aber ich ersehe aus der Tatsache, daß Sie mir ein Inserat hergeben, schon wieder den Versuch, das abzuleugnen. Ableugnen können Sie es nicht, weil ich heute hier in Wien selber noch festgestellt habe, daß es so ist, wie ich es geschildert habe. Ich glaube, da sollten wir eher nach einem Weg suchen, wie wir es abstellen, wie wir den Konsumenten jenen Preis verschaffen, den wir wollen.

Das liegt auch vollkommen auf der Linie der anderen Waren, bei denen ich Ihnen gesagt habe: Ich darf Sie einladen, Herr Kollege Reich, Sie können jederzeit mein Auto anschauen ... (*Rufe bei der ÖVP: Mayr!*) — Verzeihung, Mayr. Ich bitte, das im Protokoll immer richtigzustellen, damit nicht der Reich zu falschen Ehren kommt. Sie können sich jederzeit die Lebensmittelpreise und alle übrigen Preise in Salzburg ansehen. Wollen wir doch den Kopf nicht wieder in den Sand stecken! Das ist doch das Gefährliche! Ich habe das vor einigen Tagen hier gesagt. Es entsteht dann bei den Ministern der Eindruck, es ist ohnehin alles in Ordnung, sie brauchen sich nicht zu kümmern. Und wir Freiheitlichen sagen: Herr Minister, es ist gar nichts in Ordnung! Die Politik, die Sie uns versprochen haben, haben Sie uns bis heute vorenthalten. Die englische Freihandelszone war ein leeres Versprechen, das nicht in Erfüllung gegangen ist. Wenn Sie heute hier, Herr Kollege Mayr, beim Herrn Minister den Eindruck mit einem Inserat erwecken, es ist ohnehin alles in Ordnung, dann ist doch der Herr Vizekanzler Dr. Bock der erste, der sagt: Dann brauche ich nichts mehr zu machen!

Nein, das ist nicht der Sinn einer parlamentarischen Aussprache. Der Sinn einer parla-

mentarischen Aussprache ist erstens, daß wir die Interessen des Volkes, und das sind primär die Konsumenten, vertreten. Wobei ich hier gesagt habe: Es liegt nicht am Handel, sondern es liegt ganz woanders, wenn wir solche Mißstände aufzeigen. Und das zweite ist, daß wir dafür sorgen müssen, daß unsere Beschlüsse auch in die Praxis umgesetzt werden. Keine Regierung und kein Minister kann uns daran hindern! Ich sage Ihnen: Ohne Rücksicht auf die Partei hat uns der Konsument näher zu stehen als ein Minister.

Daher darf ich an Sie, Herr Vizekanzler, eine Bitte richten. Ich bitte Sie namens der Freiheitlichen: Bestellen Sie Ihrem Nachfolger (*Heiterkeit bei der SPÖ*), daß er dafür sorgen soll, daß die vom Parlament betriebene Zollsenkungs- und Preispolitik den Konsumenten zugute kommt und nicht irgendwelchen ausländischen Konzernen. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Bock: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist meine Aufgabe, zu einer Reihe von aufgeworfenen Themen einige ergänzende Feststellungen zu treffen.

Am Anfang der Debatte wurde von einzelnen Rednern die Frage angeschnitten, wann die neue Gewerbeordnung beschlußreif dem Hohen Haus vorgelegt werden kann. Ich wiederhole, was ich schon dem Finanz- und Budgetausschuß mitgeteilt habe, daß der allgemeine Teil und das Verfahrens- und Marktrecht, also ungefähr die eine Hälfte der neuen Gewerbeordnung, noch in diesem Jahr zur allgemeinen Begutachtung ausgesendet wird. Die Begutachtungsfrist — es ist noch keine endgültige Entscheidung darüber getroffen — wird aber jedenfalls einige Monate in Anspruch nehmen, weil die Materie sehr umfangreich und sehr schwierig ist, und den begutachtenden Stellen ausreichend Gelegenheit gegeben werden muß, die Begutachtung entsprechend genau vorzunehmen. Es ist anzunehmen, daß in der Zwischenzeit, während die Begutachtungsfrist für den ersten Teil läuft, der restliche Teil der Gewerbeordnung soweit in der Gewerberechtskommission vorberaten sein wird, daß im Anschluß daran auch der zweite Teil zur Begutachtung ausgesendet werden kann.

Es ist richtig, daß die bisherigen Arbeiten einen Zeitraum von fast acht Jahren in Anspruch genommen haben. Es ist in der Debatte schon darauf hingewiesen worden, daß das kein erstmaliger Fall ist. Es handelt sich schließlich um einen Teil der österreichischen Rechtsordnung, bei der vor allem die beruf-

Vizekanzler Dr. Bock

lichen Interessen sehr divergent sind. Es war sehr schwierig, diesen ersten Teil begutachtungsreif zu machen. Es wird beim zweiten Teil sicherlich nicht leichter sein.

Ich möchte das Hohe Haus auch bitten, zu berücksichtigen, daß es außerdem sehr schwierig ist, eine Kommission, die aus Parlamentariern, Wissenschaftlern, Sachvertretern und Kammervertretern, also aus einer großen Anzahl von Personen besteht, zu Sitzungen einzuberufen. Wenn Parlamentstermine sind, fallen diese Sitzungstermine für die Kommission selbstverständlich weg, und auch das ist ein Verzögerungselement, das man in Rechnung stellen muß. Es wird aber mit Eifer und im Rahmen des Möglichen getrachtet werden, bis Ende 1967 das gesamte Gesetzeswerk begutachtungsreif zu machen, sodaß, wenn dieser Zeitplan eingehalten werden kann, das Hohe Haus sich im Jahre 1968 mit der Materie wird beschäftigen können.

Sehr dankenswert war es, daß das Kapitel Fremdenverkehr einen wesentlichen Teil der heutigen Debatte in Anspruch genommen hat. Allein dadurch kommt die Bedeutung, die dem Fremdenverkehr aus den verschiedenen angegebenen Gründen zuzumessen ist, besonders deutlich zum Ausdruck.

Ich möchte zu all den vielen Begründungen über die notwendige Förderung des Fremdenverkehrs noch eine Bemerkung insofern machen, als die Devisenüberschüsse aus dem Fremdenverkehr, die uns bekanntlich helfen, das Zahlungsbilanzgleichgewicht, wenn nicht herzustellen, so doch wenigstens zu einem hohen Prozentsatz auszugleichen, die Voraussetzung für die allgemeine liberale Handelspolitik der Regierung darstellen. Hätten wir die Devisenüberschüsse aus dem Fremdenverkehr nicht oder nicht in einem immerhin so hohen Ausmaß, müßten wir uns über die Handelspolitik und über das Einfuhr- und Ausfuhrregime im Warenverkehr sehr ernste Sorgen machen.

Ich möchte dabei — ich komme noch einmal darauf zu sprechen — nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die fortschreitende Passivierung der Zahlungsbilanz und das ständig zunehmende strukturelle Handelspassivum selbstverständlich auch Gegenstand genauerster Beobachtungen sein müssen.

Zu den im Budget angegebenen, erwähnten Ziffern muß ich eine Berichtigung anbringen. Ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Thalhammer, der davon gesprochen hat, daß die Mehraufwendungen für den Fremdenverkehr nur etwa 4 Millionen Schilling betragen. Hier liegt insofern ein Irrtum vor, als unter der Post 63.106 diese Differenz wohl bei den Mitgliedsbeiträgen für den Verein Österreichische Fremdenverkehrswerbung ausgewiesen

ist — sie steigen von 27,6 Millionen auf 31,9 Millionen Schilling, es ist aber übersehen worden, daß die nachfolgenden drei Positionen, die ebenfalls den Fremdenverkehr betreffen, von 32,8 Millionen auf 49,3 Millionen gestiegen sind, was eine Gesamtsteigerung der Aufwendungen für den Fremdenverkehr von 50,4 Millionen auf 81,3 Millionen Schilling, also um mehr als 30 Millionen Schilling ausmacht.

Ich gebe aber dem Herrn Abgeordneten Thalhammer recht, daß auch diese Ansätze als unterentwickelt bezeichnet werden müssen. Allerdings kann man nur fragen: Welche Ansätze sind im Vergleich zu den berechtigten Anforderungen, die allenthalben an das Budget zu stellen wären, dann nicht als unterentwickelt zu bezeichnen? Ich bin froh, daß es für das Jahr 1967, also erstmalig, möglich ist, immerhin eine so bedeutende Steigerungsrate für den Fremdenverkehr zu erreichen.

Dazu kommt, daß im Bundesfinanzgesetz 1967 unter dem Kapitel 54, Titel 093, Bereich 36, also unter den Ansätzen, die zum Finanzministerium ressortieren, ein Betrag von 14 Millionen Schilling als Aufstockungsbeitrag für die „Bürges“-Aktion zugunsten des Fremdenverkehrs vorgesehen ist. Das bedeutet, daß ein Betrag von etwa 140 Millionen Schilling an Krediten aus dieser Aktion für den Fremdenverkehr mehr zu Verfügung stehen wird, weil das Aufstockungskapital nur 10 Prozent ausmachen muß.

Es ist allerdings dabei auch zu verfügen, daß diese Kredite den Rahmen von 150.000 S überschreiten müssen, weil mit der Grenze von 150.000 S beim Fremdenverkehr nicht das Auslangen gefunden werden könnte.

Außerdem ist dazu noch festzustellen, daß aus den sonstigen Förderungsmitteln für den Fremdenverkehr für die Kredite, die die Kreditwerber in Anspruch nehmen, Zinszuschüsse in einer Höhe gegeben werden, daß die Zinsenbelastung maximal 5 Prozent ausmacht.

Zusammenfassend möchte ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, daß die Ansätze und die vorgesehenen Maßnahmen für 1967 — obwohl man viel mehr brauchen könnte, das ist unbestritten — doch gerade dem Fremdenverkehrssektor wesentlich mehr bringen werden, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

Ich teile auch die vertretene Auffassung, daß wir uns weniger mit der Bettenervermehrung als mehr mit der besseren Ausstattung und mit dem Verpflegungssektor befassen müssen, aus den Gründen, die hier in der Debatte bereits angegeben worden sind.

Einen breiten Raum in der Diskussion haben auch die Frage des Energieplanes und

Vizekanzler Dr. Bock

das Kohlenproblem eingenommen. Hohes Haus! Ich muß hier allerdings auf das verweisen, was ich im Zuge der Beantwortung einer dringlichen Anfrage schon einmal hier als Standpunkt der Bundesregierung mitzuteilen hatte. Ich muß darauf verweisen, daß die Notwendigkeit eines Energieplanes nicht erst seit 1966 besteht und daß im Schoße früherer Bundesregierungen immer wieder auch von mir persönlich die damals zuständigen Ressortleiter aufmerksam gemacht wurden auf eine solche Notwendigkeit; vor allem auch im Zusammenhang mit dem Problem Kohle, denn auch das Kohlenproblem ist kein Problem des Jahres 1966, sondern es ist schon fünf oder sechs Jahre her, daß wir genau wissen, in welche Situation die österreichische Kohle zwangsläufig geraten muß.

Die neue Bundesregierung hat — auch das habe ich mir erlaubt, dem Hohen Hause bei der Anfragebeantwortung schon mitzuteilen — bereits in ihrer zweiten Sitzung ein Ministerkomitee zur Erstellung eines Energieplanes eingesetzt.

Sie wissen, daß eine erste Regelung für die Kohle dem Ministerrat vorgelegt wurde. Ich komme gleich darauf noch einmal zu sprechen. Ich kann jetzt mitteilen, daß ein Teil, der das Gas betreffen wird, bereits im Jänner des nächsten Jahres, und der Teil, der das Öl betrifft, wahrscheinlich Ende Februar oder spätestens im März den Ministerrat beschäftigen wird.

Ich hoffe, daß es dem Verkehrsministerium möglich sein wird, im Anschluß daran den Teil, der die Elektrowirtschaft betrifft, dem Ministerrat vorzulegen.

Es bleibt als letztes noch die Atomenergie, für die ich im Augenblick keine Zeitbestimmung angeben möchte, zumal ja hier wahrscheinlich, von österreichischer Warte aus gesehen, auch noch einige technische Entwicklungsphasen abzuwarten sein werden.

Nach dieser Zeitplanung glaube ich sagen zu können, daß wir etwa bis Mitte des nächsten Jahres in der Lage sein werden, ein erstes Konzept für einen gesamtösterreichischen Energieplan zu erstellen. Schneller ist es aus begreiflichen Gründen — und wer die Materie kennt, wird das bestätigen — leider nicht möglich. Es ist, wie gesagt, bedauerlich, daß man nicht früher mit dieser Planung begonnen hat.

Nun ein paar Sätze zum Kohlenproblem. Es ist dem Hohen Hause ja bekannt, welche Beschlüsse den Ministerrat schon damit befaßt haben. Ich möchte ergänzend, wie ich es schon im Ausschuß getan habe, das Hohe Haus auch noch von einer Vorsprache der Arbeitnehmervertreter am 10. November dieses Jahres im Bundeskanzleramt informieren. Diese Vorsprache hat zu einem Vortrag meinerseits

an den Ministerrat geführt, in dem unter anderem ausgeführt wird — und damit komme ich auch auf einige spezielle Fragen, die in der Debatte angeschnitten worden sind —:

1. Der Bundeskanzler wird ersucht, zu prüfen, ob eine Streichung oder langfristige Stundung des ERP-Kredites für die Wolfsegg-Trauntal-Kohlenwerke AG. möglich ist, um den ungestörten Betrieb dieser Grube, deren Absatz gesichert wäre, zu ermöglichen. — Es ist in der Debatte gerade auf dieses Problem hingewiesen worden.

2. Der Bundeskanzler wird ersucht, zu prüfen, ob eine Änderung der Rückzahlungsbedingungen des ERP-Kredites für das Fernheizwerk Pinkafeld mit dem Ziel möglich erscheint, den Kohlenabsatz der Grube Tauchen weiterhin sicherzustellen.

3. Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, die Frage der Umsatzsteuer in der Kohlenwirtschaft mit dem Ziele zu überprüfen, für die Kohle eine ermäßigte Umsatzsteuer zu erreichen.

4. Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, in Form einer Aufstockung der Bergbauförderungskredite 1966 um 5 Millionen Schilling die Auszahlung der Weihnachtsgelder für die Arbeitnehmer der LAKOG sicherzustellen. — Ich darf hinzufügen, daß in dem Ministerratsbeschuß von voriger Woche, betreffend ein Budgetüberschreitungsgesetz, dieser Betrag enthalten ist. Ich glaube, Herr Präsident, es ist dem Hohen Hause dieser Antrag des Ministerrates auch schon übermittelt worden, weil auch diesbezüglich vorhin gefragt wurde.

5. Der Bundesminister für soziale Verwaltung wird ersucht, die Frage der Sicherung der erworbenen Pensionsrechte und der Bergarbeiterversicherung für jene Bergarbeiter zu prüfen, die wegen Schließung von Bergwerken oder aus anderen Gründen in andere Berufe eintreten.

6. Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wird ersucht, die Tarife für die Kohlenbeförderung der Bundesbahnen, insbesondere bezüglich der Differenz für In- und Auslandskohle, mit dem Ziel zu überprüfen, für die Beförderung der Inlandskohle Tariferleichterungen zu erreichen.

7. Die Vertreter der Gewerkschaft beantragen den Termin vom 31. 3. 1967 für die beabsichtigten Reduktionsmaßnahmen nicht aufrechtzuhalten, sondern aus dem Falltermin einen Richttermin zu machen. — Dann ist noch festgehalten, daß die Besprechungen mit der gewerkschaftlichen Seite im Jänner nächsten Jahres fortgesetzt werden.

Wenn ich noch verweisen darf auf den Beschuß der Bundesregierung — es ist auch

2748

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Vizekanzler Dr. Bock

davon gesprochen worden —, den Betrag von 100 Millionen Schilling aus ERP-Mitteln zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, so glaube ich damit einen Überblick gegeben zu haben über das, was die Bundesregierung in dieser außerordentlich schwierigen Situation, in der sich die österreichische Kohle befindet, bisher getan hat.

Ich muß die Feststellung eines Redners als nicht richtig bezeichnen, daß die Verteilung der bisherigen Mittel nach dem Bergbauförderungsgesetz gesetzwidrig gewesen sei. Ich darf darauf verweisen, daß nach dem Gesetz von 1963 auf Antrag des Handelsministers und mit Zustimmung des Finanzministers und damals des Ministers für die verstaatlichten Betriebe, also Sektion IV im Bundeskanzleramt, diese Verteilungen erfolgt sind. Ohne eine Übereinstimmung wäre eine solche Verteilung gar nicht möglich gewesen. Die endgültige Verteilung der vorhandenen Mittel für 1966 konnte dem Redner noch nicht bekannt sein. Er hat zwar, ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Pay, an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, die ich aber erst heute früh beantworten konnte. Sie wird nun dem Herrn Abgeordneten und dem Hohen Hause bekannt sein. Man kann also nicht von einer Verteilung, die noch gar nicht bekanntgegeben worden ist, sagen, daß sie gesetzwidrig wäre.

Was die Angelegenheiten der beiden Bergbaubetriebe Pfeifer und Habisch betrifft, die ebenfalls angeschnitten worden sind, möchte ich ebenso wie der Redner einfach auf die von ihm gemeinte Grazer Tageszeitung verweisen. Dort ist nämlich vom Handelsministerium die Berichtigung der ganzen Angelegenheit ebenfalls vollinhaltlich abgedruckt worden. Ich stelle fest, daß auch die Handhabung des Bergbauförderungsgesetzes bei diesen beiden Betrieben vollkommen richtig und ordnungsgemäß erfolgt ist und die Vorwürfe, die der Redner gegen den Sektionschef Kern erhoben hat, daher nicht zutreffen.

Zur Frage der Energiewirtschaft gehört auch das Problem Pipeline in Österreich. Es ist dem Hohen Hause bekannt, daß unter Federführung der ÖMV seit langem Bemühungen laufen, mit ausländischen Ölgesellschaften zu einem Vertrag zu gelangen, der eine Versorgung Österreichs mit Rohöl im Wege einer Pipeline von der Adria sicherstellen soll, weil wir ja diese Quantitäten des Rohöls für die österreichische Erdölwirtschaft in Zukunft unbedingt brauchen.

Ich teile restlos die Auffassung des Redners, daß erstens dieser Vertrag möglichst bald unter Dach und Fach kommt und zweitens, daß in der Frage des Standortes der Raffinerie nur von ökonomischen und betriebswirtschaft-

lichen Grundsätzen ausgegangen werden kann. Ich verstehe andererseits selbstverständlich, daß sich zum Beispiel der Kärntner Landeshauptmann aus Standortsproblemen heraus auch um die Errichtung einer solchen Raffinerie bemüht. Das ist ein begreifliches Bemühen, aber ich glaube, die Entscheidung kann, so oder so — ich kann dem gar nicht vorgreifen, es ist auch nicht Sache der Regierung —, nur nach den Grundsätzen des ökonomisch richtigen Standortes erfolgen.

Ich möchte noch einmal betonen, daß ein baldiger Abschluß des Pipeline-Vertrages und damit natürlich zusammenhängend die endgültige Wahl des Standortes für die österreichische Erdölwirtschaft von großer Bedeutung sind.

Zur Frage des Berufsausbildungsgesetzes kann ich mitteilen, daß ein in Grundsätzen festgehaltener Arbeitsentwurf unter den Sozialpartnern ausgearbeitet worden ist. Es besteht also Übereinstimmung über die Grundsätze eines solchen Berufsausbildungsgesetzes unter den Sozialpartnern, und es wird demnächst vom Handelsministerium ein diesen Grundsätzen entsprechender Gesetzentwurf zur Begutachtung ausgesendet werden. Ich hoffe, daß das noch vor den Weihnachtsferien möglich ist. Damit ist auch der Regierungserklärung entsprochen, die die Berufsausbildung entsprechend erwähnt hat.

Nun einige Bemerkungen zum Integrationsproblem. Ich möchte zunächst — das ist schon oft von dieser Stelle aus geschehen — richtigstellen, was über die EFTA-Mitgliedschaft Österreichs gesagt wurde. Es ist dem Hohen Haus sicherlich in Erinnerung, daß die immer wieder von Seiten der Regierung gegebene Begründung für den seinerzeitigen Beitritt Österreichs zur EFTA vor allem zwei Punkte umfaßt hat:

Erstens hätte sich Österreich, wenn es damals im Jahre 1960 nicht der EFTA beigetreten wäre, zusätzlich zur EWG-Zolldiskriminierung auch noch einer ähnlichen oder gleichen Diskriminierung seitens der EFTA-Gemeinschaft ausgesetzt, was absolut einen bedeutenden Nachteil für die österreichischen Exportmöglichkeiten heraufbeschworen hätte. Außerdem — das ist in der Präambel des EFTA-Vertrages ausdrücklich festgehalten — wurde diese kleine Freihandelszone auch zu dem Zweck ins Leben gerufen, ein Instrument für eine gesamteuropäische Lösung darzustellen. Daß sie das nicht geworden ist, konnte im Jahre 1959/1960 niemand wissen, aber jedermann hätte damals Österreich, wenn es nicht seinen Beitritt zur EFTA vollzogen hätte, den Vorwurf machen können,

Vizekanzler Dr. Bock

daß es sich an einer Gemeinschaft nicht beteiligt, deren erklärt Ziel eine gesamteuropäische Regelung darstellt. Ich wiederhole: Es konnte niemand wissen, daß dieses Ziel von der EFTA bis heute nicht erreicht wurde.

Die Regierung ist daher auch allen bisherigen Initiativen für eine gesamteuropäische Lösung, ob man sie Brückenschlag oder sonst irgendwie nennt, mit einer großen Nüchternheit gegenübergestanden, und sie wird das auch weiterhin sicherlich tun. Natürlich würde Österreich jede Möglichkeit begrüßen, die zu einer gesamteuropäischen Lösung, zu einer echten Beseitigung des wirtschaftlichen Grabens, der durch Europa geht, beitragen könnte. Allerdings — und das hat die österreichische Delegation bei der großen EFTA-Ministerkonferenz im Mai vergangenen Jahres in Wien ausdrücklich erklärt — könnte als eine gesamteuropäische Lösung nur eine solche angesprochen werden, die auch das Zollproblem umfaßt. Alle anderen Dinge sind sehr schön und sehr begrüßenswert, würden aber nicht ausreichen, um in österreichischer Sicht von einer echten gesamteuropäischen Lösung zu sprechen.

Nun hat sich bisher kein Weg zu einer solchen gesamteuropäischen Lösung gezeigt. Es war bisher und ist auch im Augenblick kein solcher Weg für eine gesamteuropäische Lösung sichtbar; welche Konsequenzen und Folgen der Schritt der britischen Regierung, der bekanntlich heute in einer Ministerpräsidentenkonferenz in London behandelt wird, haben wird, läßt sich im Augenblick ebenfalls noch nicht sagen. Damit aber ist die Richtigkeit des bilateralen Weges, den Österreich mit seinen Verhandlungen in Brüssel eingeschlagen hat, ohne Zweifel bewiesen.

Im Augenblick — das Hohe Haus weiß das — wartet Österreich auf die Erteilung eines neuen Verhandlungsmandates für die EWG-Kommission in Brüssel, und ich kann zur Stunde nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß in der morgen beginnenden Ministerratsitzung der EWG in Brüssel diese Mandatserteilung auch erfolgen wird. Österreichischerseits ist jedenfalls alles getan worden, was in österreichischen Kräften stand, um eine solche Mandatserteilung zu ermöglichen. Sollte eine solche Mandatserteilung erfolgen, wird die Bundesregierung kurze Zeit danach auch einen entsprechenden Antrag an die Montanunion-Regierungen richten mit dem Zwecke, daß auch mit der Montanunion Verhandlungen aufgenommen werden können.

Nur um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, mich zu verschweigen, möchte ich auch bei dieser Gelegenheit immer wieder

den absoluten Willen der Bundesregierung wiederholen, daß alle Verhandlungen mit der EWG von dem Grundsatz ausgehen müssen, daß Neutralität und Staatsvertragsverpflichtungen unberührt bleiben. Daher ist auch, Herr Abgeordneter Lanc, in dem 13. Integrationsbericht der Bundesregierung davon die Rede, daß von den Neutralitätsvorbehalten seitens der EWG-Kommission Kenntnis genommen wurde, weil die Bundesregierung es ablehnt, über ihre Neutralitätspolitik und über die Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag Verhandlungen zu führen. Darüber gibt es keine Verhandlungen, denn die Neutralitätsdoktrin ist nun einmal die Grundlage unserer österreichischen Außenpolitik, und der Vorsatz, die Staatsvertragsverpflichtungen sowie sämtliche internationale Verpflichtungen und Verträge getreulich einzuhalten, ist ebenfalls eine Maxime der österreichischen Außenpolitik. Daher wird über diese Punkte nicht verhandelt, sondern es wird zur Kenntnis gebracht, welches eben die notwendigen Neutralitätsvorbehalte und die Vorbehalte bezüglich des Staatsvertrages bei solchen Verhandlungen sind.

Ich muß noch etwas richtigstellen. Es gibt keine gemeinsame Neutralitätspolitik mit den anderen neutralen Staaten. Wohl haben — das hat auch schon ein Redner gesagt — Befreiungen zwischen Österreich, Schweden und der Schweiz stattgefunden, aber es ist zu keiner gemeinsamen Neutralitätsdoktrin gekommen, denn das hieße ja, daß die drei Staaten eine gemeinsame Neutralitätspolitik machen müssen. Das hat jeder der drei Staaten abgelehnt. Österreich hat sich aber den meisten der Punkte, die dort zur Diskussion gestanden sind, treaty making power, Kündigungsrecht und so weiter, angeschlossen und vertritt diese Punkte auch bei den Verhandlungen in Brüssel.

Es ist in der Debatte auch viel davon gesprochen worden, welches denn die Folgen einer Integration sein werden oder welches die Folgen sind, wenn uns ein Vertrag mit Brüssel nicht gelingt. Hohes Haus! Ich glaube, gerade die zweite Frage ist die wirklich aktuelle Frage. Es ist nun einmal so, und niemand hat das gesucht und niemand hat das konstruiert, daß die sechs EWG-Länder der größte Handelspartner Österreichs sind. 47 Prozent im Export und 58 Prozent im Import stellen nun einmal eine ganz gewaltige und für die österreichische Wirtschaft sehr bedeutsame Quantität unseres Wirtschaftslebens und unserer wirtschaftlichen Erfolge dar. Wenn diese 47 Prozent unseres Exportes beziehungsweise Exporte, die eine entsprechende Zollbelastung haben — entsprechende Ab-

2750

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Vizekanzler Dr. Bock

striche wären ja auch in der Relation zur EFTA zu machen —, dauernd der zollmäßigen Diskriminierung unterliegen würden, wenn wir den Vertrag nicht zustande brächten, dann müßte man mit großer Sorge in die österreichische wirtschaftliche Zukunft blicken. Daran ändert sich nichts, daran können wir nichts ändern, daher wäre es eine echte Sorge, was mit der österreichischen Wirtschaft zu geschehen hätte, wenn der Vertrag mit Brüssel nicht möglich sein würde. Und daher bemüht sich die Regierung, diesen Vertrag zustande zu bringen — ich füge hinzu, genau in der Form, wie auch die vorhergehenden Regierungen die Integrationspolitik eingeleitet und geführt haben. Die Frage ist also wirklich berechtigt, welche Konsequenzen daraus entstehen müßten, wenn wir diesen Vertrag nicht zustande brächten.

Es ist auch ein Bericht moniert worden. Ich wiederhole, was ich im Ausschuß ebenfalls gesagt habe: Der Sozial- und Wirtschaftsbeirat der Kammern befaßt sich seit über einem Jahr mit diesem Bericht. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit eine Einigung unter den Sozialpartnern über sehr neuralgische und wesentliche Punkte in den Formulierungen dieses Berichtes zustande kommen kann.

Hohes Haus! Das Wort vom EWG-Fetischismus scheint mir ein sehr bedenkliches zu sein. Ich möchte es viel lieber ersetzt haben durch das Wort von der Sorge um die österreichische Wirtschaft, die wir aus gegebenen Handels- und Wirtschaftsrelationen eben dann zu beseitigen vermögen, nach Auffassung dieser und der vorhergehenden Regierungen, wenn wir den von uns beabsichtigten Vertrag mit Brüssel bekommen.

Es ist doch nicht so, daß die Bundesregierung nicht das nötige Vertrauen zur eigenen Kraft der österreichischen Wirtschaft hätte. Wir zweifeln — ich glaube, so war die Formulierung —, ob wir es allein schaffen könnten. Wenn wir es allein schaffen könnten, Hohes Haus, dann hätten wir auch nicht vor sechs Jahren zur EFTA gehen müssen. Das Problem des großen Wirtschaftsraumes ist einfach für alle in der Welt gestellt, und es ist für die kleinen Volkswirtschaften wie etwa die österreichische eben eine unbedingte Notwendigkeit, eine dieser Volkswirtschaft und den politischen Verhältnissen angemessene Teilnahme und Mitwirkung an einem größeren wirtschaftlichen Raum zu finden. Das ist die Ratio und die Begründung für die österreichische Integrationspolitik, die wir — damit möchte ich schließen —, wie wir nun hoffen durch Erteilung eines neuen Mandates in Kürze aktiv fortsetzen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czernetz (SPÖ): Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Staudinger hat in seiner Rede, ich möchte offen sagen, „dieses Haus“ in eine etwas schwierige Lage gebracht. Auf das, was sachlich zu antworten ist, werde ich nachher eingehen. Es war Herrn Abgeordneten Staudinger vorbehalten, das erstmal die Bezeichnung „Wirtschaftspornographie“ zu verwenden. Ich werde nicht die sprachliche Ableitung bringen, sondern nur die Übersetzung aus dem Lexikon: Pornographie wird als unzüchtige Darstellung in Wort und Bild erklärt.

Ich muß sagen, diese Bezeichnung im Zusammenhang mit Wirtschaft zu verwenden, ist gelinde gesagt, unsinnig, und ich glaube nur, daß der Herr Abgeordnete Staudinger vorsichtig sein und nicht Dinge sagen sollte, die Leute veranlassen könnten, zu meinen, daß das seiner Phantasie entspricht, nicht aber den Gegebenheiten in dieser Debatte. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Zu dem Sachlichen, das Herr Abgeordneter Staudinger vorbrachte, muß man ein paar Feststellungen machen. Das Merkwürdige ist, daß er in den beiden von ihm erwähnten Punkten etwas Pech hat. Ich möchte mit der Frage der Zollsenkungen beginnen. Er hat gesagt: Der Czernetz hat bei Diskussionen gesagt, die ganzen Zollsenkungen, die im Rahmen der EFTA erfolgten, sind im Handel verschluckt worden, sie sind dem Konsumenten nicht zugute gekommen. — Er hätte sich bei seinen Kollegen, die Delegierte dieses Parlaments im Europarat waren, erkundigen sollen, dann wüßte er, daß ich seit Jahren in der Wirtschaftskommission des Europarates sowohl die Vertreter der Europäischen Kommission der EWG wie die Vertreter des Generalsekretariats der EFTA gerade in dieser Sache befragt und immer wieder ersucht habe, uns doch endlich einmal zu sagen: Was geschieht denn mit den Zollsenkungen? Wir haben jahrelang nur ausweichende Antworten bekommen: Es gibt keine diesbezüglichen Untersuchungen in der EFTA! Auch in der EWG gibt es keine, und dann antwortete der Vertreter der Europäischen Kommission: Auch wir in der EWG kennen nicht die Auswirkungen der Zollsenkungen auf die Preise.

In der erwähnten Fernsehdiskussion habe ich ausdrücklich gesagt, man antwortet uns in letzter Zeit, daß die Zollsenkungen nicht, wie wir wohl alle naiverweise ursprünglich angenommen hatten, dem Konsumenten zugute kommen werden, sondern daß sie im

Czernetz

Handel aufgesogen werden, oder, wie es dann so schön heißt, „es werden weitere Preiserhöhungen gedämpft“. Genau das ist ja das Problem, vor dem wir stehen. Was heißt: Preiserhöhungen werden gedämpft? Wir haben überall Produktivitätssteigerungen, wir haben überall eine Vergrößerung des Ausstoßes, und es können Zollsenkungen, die bis zu einer vollkommenen Zollfreiheit gehen, in dieser Wirtschaft, die wir in ganz Europa in beiden Wirtschaftsräumen sehen, nur die Preiserhöhungen dämpfen.

Aber, Herr Abgeordneter Staudinger, ich habe das damals nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt, sondern auf Grund der eingehenden Debatten in der Wirtschaftskommission des Europarates und in den informellen Gesprächen der EFTA-Parlamentarier mit dem Generalsekretariat vorgebracht, da wir diese Frage im internationalen Rahmen immer wieder aufgeworfen haben.

Es gibt jetzt die erste offizielle Untersuchung — sie ist in der vorigen Woche in Genf erschienen — über den Effekt der Tarifherabsetzungen auf die Preise im Rahmen der EFTA. Es handelt sich um eine vollkommen neue Publikation, die ich noch nicht zur Gänze studieren konnte. Ich habe den Teil „Österreich“ aufmerksamer gelesen als das andere, und ich finde dabei in der Aufstellung für 1960 bis 1964, daß sich bei 57 Warenkategorien keine Preisänderungen ergeben haben, obwohl die Zölle zuletzt schon um 80 Prozent gesenkt waren, daß Preisreduktionen bei 23 und Preiserhöhungen bei 16 Warenkategorien erfolgt sind. Das ist das Ergebnis der Untersuchungen für Österreich. Nach dem flüchtigen Durchsehen des Berichtes, der sehr umfangreich und detailliert ist, habe ich noch nicht die Möglichkeit gehabt, die Ergebnisse mit allen anderen Ländern zu vergleichen, über die hier berichtet wird. Ich habe beim ersten Durchsehen lediglich feststellen können, daß es in Schweden ein wenig günstiger steht, obwohl es auch dort nicht so ist, wie wir ursprünglich erwartet haben.

Im Text zu den Tabellen beim Kapitel „Österreich“ heißt es ganz klar und eindeutig, daß es bei den EFTA-Produkten kaum zu einer Herabsetzung der individuellen Preise gekommen ist. Eine besondere Ausnahme stellt der Automobilmarkt dar. Es ist außerordentlich interessant, daß alle Argumente, die für Preiserhöhungen herangezogen werden, auch für den Automobilmarkt sprechen — mit einem Unterschied: Es gibt dort eine Halsabschneiderkonkurrenz, man ringt dort verzweifelt um die Märkte und hat genügend Gewinnmargen, um diesen Konkurrenzkampf entsprechend führen zu können. Das ist ein

ernstes Problem für alle in Europa, für die EWG so wie für die EFTA, und wir haben dabei unsere Last zu tragen. Nur davon war damals die Rede.

Der zweite Problemkreis ist schon vorher von einer Reihe von Rednern in der Debatte erwähnt worden. Es geht um die Frage: Wie schaut es mit den Lohn- und den Preiserhöhungen aus? Wo beginnen sie, und wo ist ihr Anfang? War das Ei zuerst oder die Henne? Dieser Streit wird immer wieder geführt, und man bringt dabei auch Statistiken.

Der Herr Abgeordnete Staudinger hat die Statistiken, die ich einmal in einer FernsehSendung gebracht habe, heftigst bestritten. Es heißt immer: Ja, die Löhne sind gestiegen. Darf ich fragen: Welche Löhne? Ich meine jetzt nicht die einzelnen Arbeiter- oder Angestelltenkategorien, sondern ich frage: Meinen Sie die Steigerungen der Nominallöhne, den Schillingbetrag? Nehmen Sie da überhaupt keine Rücksicht auf die Tatsache, daß laut amtlicher Statistik von 1958 bis 1965 der Kaufkraftverlust 24,7 Prozent betragen hat? Ja, wenn man die Nominallohnhöhe zum Vergleich heranzieht, kann man kein richtiges Resultat erreichen. Man muß natürlich die Korrektur der Nominallohnhöhe durch die Kaufkraftsenkung durchführen. Man muß die Reallöhne zum Vergleich heranziehen, wenn man den Zusammenhang mit der Produktivität erkennen will.

Ich habe auch damals, Herr Abgeordneter Staudinger, nicht aus dem Blitzblauen herausgesprochen. Wenn Sie sich mit Statistiken befassen, wissen Sie, wie oft man darüber klagt, daß die Ausgangsbasis bei Indexzahlen einmal 1945, dann 1956, dann 1958 ist. Zum Glück haben wir jetzt Unterlagen, die auf Grund der verschiedenen amtlichen Dokumente zusammengestellt sind: Direktorium der Österreichischen Nationalbank, Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, Statistische Nachrichten des Zentralamtes und die Monatsberichte des Institutes für Wirtschaftsforschung.

Aus einer Durchrechnung dieses Materials vom Statistischen Amt der Stadt Wien ergibt sich, daß die Produktivität von 1958 (100) bis 1965 auf 138,9, also um 38,9 Prozent, gestiegen ist. Produktivität ist Produktion je Beschäftigten, wobei wir genau wissen, wie die Produktion gestiegen ist, aber die Zahl der Beschäftigten in dem mehr oder weniger bestehenden Dauerzustand der Vollbeschäftigung sich nicht mehr wesentlich erhöht hat. Die Arbeiter-Nettotariflöhne — real — unter Einrechnung der Kinderbeihilfen für zwei Kinder in Wien sind von 1958 (100) bis 1965 auf 120,9 gestiegen. (Hört! Hört!-Rufe bei der

Czernetz

SPÖ.) Das sind amtliche Durchrechnungen, die wir nicht direkt vom Statistischen Zentralamt bekommen, sondern die vom Statistischen Amt der Stadt Wien auf Grund dieser Unterlagen durchgeführt worden sind.

Ich weiß, daß diese Statistik so wie jede andere Fehlerquellen enthält. Es handelt sich hier ja um globale Durchschnittszahlen, es gibt dabei Höchst- und Mindestzahlen. Wenn man aber grob vergleichen will, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die Produktivität der Arbeit in Österreich bei einer ziemlich gleichbleibenden Zahl von Arbeitern und Angestellten und bei dem außerordentlich beträchtlichen Wachstum der Produktionsmengen stärker gestiegen ist als die Reallöhne — nicht die Nominallöhne! Denn wir haben in allen diesen Jahren der Hochkonjunktur, in unserem Lande sowie überall, eine Senkung der Kaufkraft des Schillings erlebt. Das bringt zum Ausdruck, daß die Arbeiter und Angestellten Österreichs beim Wiederaufbau und beim Wachstum dieser Wirtschaft eine große Last auf sich genommen haben. Sie haben Opfer gebracht, und sie bringen Opfer. Aber glauben Sie nicht, daß sie weiterhin immer noch die größeren Lasten und das größere Opfer zu bringen gewillt sind! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Absicht war ursprünglich, vorwiegend zur Frage der Integration Stellung zu nehmen, da wir ja jetzt Gelegenheit haben, mit dem zuständigen Ressortminister, dem Herrn Vizekanzler und Handelsminister Dr. Bock, zu reden. In unserer ersten Integrationsdebatte hatten wir leider nur Gelegenheit, mit dem Außenminister zu reden, der ja nach der Kompetenzverteilung nicht zuständig ist, obwohl die Neutralitätspolitik in einem höheren Maße eine Frage des Außenamtes als eine Frage des Handelsministeriums und des Integrationsministers ist.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat in seinem Angriff auf die vergangene und auf die gegenwärtige Regierung gemeint, die ganze EFTA-Politik war von Anfang an ein Fehler, sie war falsch, sie hat uns wirtschaftlich geschadet. Das ist der Punkt, wo ich mit der Antwort des Herrn Vizekanzlers und Bundesministers Bock auf die Bemerkung des Abgeordneten Zeillinger übereinstimme.

Sehen Sie sich einmal die amtlichen Zahlen an — es sind das die Mitteilungen des Direktoriums der Nationalbank — und ziehen Sie allein folgendes in Betracht:

Unser Export in die EFTA-Länder ist von 1958 auf 1965 fast verdreifacht worden. Unser Export in die Schweiz ist weitaus mehr als verdreifacht worden. Die Schweiz ist nicht irgendwie belangloser kleiner Handelspartner,

sondern sie ist unser drittgrößter Handelspartner, auf den großen Wert zu legen wir allen Grund haben. Die Schweiz kommt in der Exportzahl verhältnismäßig knapp hinter Italien, dem zweitgrößten Handelspartner, daran, nur die deutsche Bundesrepublik liegt weit vor Italien und der Schweiz.

Andererseits haben wir auch unseren Export in die EWG-Länder gesteigert, aber er ist in der gleichen Zeit nur um das 1,7fache gesteigert worden, nicht aber um mehr als das Dreifache.

Man kann also absolut nicht sagen, daß das eine mißglückte Politik war, die uns gar nicht genutzt hat. Es ist schon so, daß wir in den Jahren 1958 und 1959 vor der Tatsache standen: Mitglied der EWG können wir nicht werden. Das haben wir selbst festgestellt. Aber wenn man am Anfang die Frage der Assoziation aufwarf, konnte man von der EWG nur hören: Bitte, kommt uns jetzt in dem schwierigen Stadium des Starts nicht auch noch mit diesen Problemen! Wir haben dann 1961 den Assoziationsantrag gestellt, und Sie kennen ja das Ergebnis; Sie wissen, wie wir von 1961 an jahrelang warten mußten, bis es auch nur zum Beginn der ersten exploratory talks, der ersten Erkundungsgespräche, kam.

Ich möchte noch auf eine andere wichtige Tatsache aufmerksam machen. Minister der EWG-Länder haben uns mehr als einmal gesagt: Das große Problem für Österreich ist — so wie man es in der EWG gesehen hat — gar nicht einmal die Neutralitätsfrage, sondern eine Frage wirtschaftspolitischer Natur. Das große Problem ist, daß Österreich als erstes Land einen Assoziationsvertrag oder ein Arrangement suchte. Man sagte uns, es bestehe die Gefahr, daß bei der Bereitschaft der EWG, uns Konzessionen zu machen, Österreich als ein Beispielsfall angesehen wird, die EWG aber nicht bereit ist, ähnliche Konzessionen, wie sie sie Österreich machen könnte, auch der Schweiz oder Schweden oder gar den NATO-Ländern, die der EFTA angehören, zu machen.

Es war also gerade das Umgekehrte von dem, was man hier in Österreich sehr oft erwartet und angenommen hat. Der Gedanke, daß wir die Bahnbrecher für die anderen sind, ist daher grundfalsch, weil man in der EWG auf keinen Fall daran denkt, die Zugeständnisse, die man Österreich zu machen bereit ist, auch auf andere Staaten auszudehnen.

Bei der Beurteilung der Fragen — jetzt einmal wirtschaftlich gesehen, nicht von der politischen und Neutralitätsseite her — möchte ich an Hand eines Zitats zeigen, daß es notwendig ist, „die propagandistisch vorgetriebene EWG-Hysterie wieder abzubauen, ehe sie größeren Schaden im wirtschaftlichen Selbst-

Czernetz

bewußtsein des Österreicher anrichtet. Der Bevölkerung muß endlich der wirklichkeits-treue Maßstab für dieses Problem gegeben werden“.

Ich sagte, es ist ein Zitat. Der Text ist nicht von mir, er ist aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ und stammt von dem Redakteur Hermann Polz. Die Warnungen kommen nicht nur von uns. Meine Damen und Herren! Verschließen Sie weder Ihre Augen noch Ihre Ohren vor der Tatsache, daß das ernste gemeinsame Sorgen sind.

Wir stehen vor der Frage, welche Auswirkungen wir auf unseren Export zu erwarten haben. Die Importfrage halte ich nicht für ausschlaggebend. Solange wir imstande sind, Waren zu kaufen und zu bezahlen, werden wir sie in dieser Welt von der einen, der anderen Seite oder einer dritten Seite kaufen können. Das Problem lautet: Wohin können wir exportieren, wo können wir die Devisen verdienen, mit denen wir die Importe bezahlen können. Das ist die Frage nach den Auswirkungen, und das ist, Herr Bundesminister und Vizekanzler, auch die Frage, die wir nicht nur in bezug auf die Wirkungen der Diskriminierung stellen, sondern das ist auch die besorgte Frage: Was haben wir zu erwarten, wenn es uns gelingt, alle politischen Schwierigkeiten zu überwinden und einen Vertrag zustande zu bringen, den wir überlegen können? Wie wird es dann wirtschaftlich aussehen?

In dieser Beziehung und hinsichtlich der verschiedenen Vertrags- und Verhandlungsmöglichkeiten ist der 13. Integrationsbericht unzureichend. Das haben wir im Budgetausschuß dem Herrn Vizekanzler schon deutlich genug gesagt. Dort ist zum Beispiel über die Frage der Neutralitätsgefährdung nichts enthalten außer der bloßen Feststellung, die jetzt auch der Herr Vizekanzler in seiner Rede getroffen hat, daß nämlich Österreich nicht über die Neutralitätsbedingungen verhandle. Aber wir verhandeln weiter! Wir wollen über Zölle und wirtschaftliche Probleme verhandeln und haben diese entscheidende Grundfrage, die offenbleibt, nicht geklärt. Herr Vizekanzler! Wenn Sie über die Neutralität nicht verhandeln wollen, so akzeptiere ich das mit Genugtuung, weil das unsere Lebensgrundlage ist. Wir haben das in der außenpolitischen Debatte gesagt. Aber dann kann man doch über Zollprozente und die anderen Teilprobleme nur sinnvoll reden, wenn man weiß, ob wir politisch eine Möglichkeit finden, uns mit der EWG zu arrangieren, und welcher Art es sein und welchen Umfang ein solches Arrangement haben könnte. Ein Beamter des Außenministeriums hat in der von mir schon in der

vorigen Debatte erwähnten schweizerischen Zeitschrift „Außenwirtschaft“ dargestellt, daß die EWG darauf besteht, sich in unsere Neutralitätsbestimmung — in Form von Schiedsgerichten oder in einem anderen Verfahren — einzumischen. Wenn wir uns über eine mögliche Einmischung in unsere Neutralitätsrechte von anderer Seite aufregen, dann muß man feststellen: Den EWG-Wünschen gegenüber haben wir uns nicht aufgeregt, Herr Vizekanzler! Es wäre doch mindestens angezeigt gewesen, diesem Hohen Hause im 13. Integrationsbericht zu berichten, daß man von der Seite der EWG-Kommission diesen Versuch gemacht hat.

Nun aber zum Wirtschaftlichen: Der Herr Vizekanzler hat gerade vorhin gesagt, es sei schließlich nicht zu unterschätzen, daß 47 Prozent unserer Exporte in den EWG-Markt gehen. Wir haben schon im Budgetausschuß darüber gesprochen. Ich muß mir erlauben, hier noch einmal darauf hinzuweisen.

Wir müssen diese globalen Exportziffern noch analysieren. Es ist ja nicht genau das gleiche, ob man von Rohstoffexporten, also etwa von Holz und Eisenerz, oder ob man von industriellen Finalprodukten spricht. Man muß sich jedesmal genau überlegen, wieweit wir imstande sind, an Stelle von Halbfabrikaten oder Rohstoffen Finalprodukte zu exportieren, weil wir gerade am Export von Finalprodukten größtes Interesse haben. Das ist für unsere Wirtschaft entscheidend.

Nun möchte ich die Unterscheidung im einzelnen auf Grund des amtlichen Berichtes machen, Herr Vizekanzler! Es zeigt sich nämlich, daß wir im Jahre 1965 mengenmäßig an Rohstoffen und Nahrungsmitteln Güter um 793 Millionen Schilling in den EFTA-Raum exportiert haben, in die Oststaaten, mit denen wir den sogenannten Osthandel treiben, Güter um 426 Millionen Schilling, aber in den EWG-Markt Waren im Werte von 6747 Millionen Schilling. EFTA- und Osthandel würden, so wie die Verhandlungen jetzt liegen, bei einem EWG-Arrangement in einer schwierigen Lage sein.

Sie sagen mit Recht: Haben wir kein EWG-Arrangement, dann sind wir von der EWG diskriminiert. Wenn die EWG darauf besteht, daß wir aus der EFTA austreten müssen — das ist aus den Berichten, die uns gegeben werden, klar ersichtlich —, und wenn man daran denkt, den Osthandel irgendwie einfrieren zu lassen, dann sind das sehr ernste Gefahren! Wenn ich einen Vergleich der Exportmengen bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln anstelle, zeigt sich ein großes Übergewicht unseres Exportes in die EWG: Es wird das Fünfeinhalfache an Rohstoffen und

2754

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Czernetz

Nahrungsmitteln in die EWG im Verhältnis zu den beiden Ländergruppen EFTA und Osthandel exportiert.

Anders liegt dies bei den industriellen Finalproduktien: in die EFTA 6,5 Milliarden, in die Oststaaten über 4,5 Milliarden, zusammen also über 11 Milliarden — genau 11.192 Millionen —, und in die EWG 12.660 Millionen.

Meine Damen und Herren! Die Diskriminierungsfrage nach der einen und der anderen Seite ist sehr ernst und sehr bedenklich. Ich setze mich in keiner Weise über die Gefahr einer Diskriminierung durch die EWG hinweg. Ich bitte Sie nur zu verstehen, daß wir eine Diskriminierungsgefahr auch auf der anderen Seite haben, wenn man uns aus der EFTA hinausdrängt und wenn unser Osthandel beschränkt wird. Das sind doch Probleme, die man sehen muß. Das ist doch keine quantité négligeable, da kann man nicht sagen: Was ist schon die EFTA? Das ist ja eine Spielerei, das ist ja gar nichts. Nein! Diese Wirtschaftsblöcke, zu denen wir eine Relation haben, mit denen wir Handel treiben müssen, liegen in einer vergleichbaren Größenlage zueinander. Wir haben allen Grund, diese Entwicklung mit großem Ernst zu betrachten.

Wir werden uns nicht leichtfertig darüber hinwegsetzen dürfen. Wir werden auch zu überlegen haben, mit welchen Folgen wir in einer Depressionszeit oder zumindest in der Zeit einer Rezession zu rechnen haben. Es ist nicht nur die Dynamik des großen Marktes von Bedeutung, Herr Vizekanzler, sondern es können gerade bei kommenden Anzeichen einer Rezession auch andere Erscheinungen eine Rolle spielen. Nach beiden Seiten soll man das sehen. Hier gilt auch das Wort des verstorbenen Altbundeskanzlers Raab, der immer sagte: Eine Einbahnstraße ist das nicht, der Weg geht nach beiden Seiten, und wir haben beide Richtungen zu beachten. Die seit Jahren wiederholt gestellte, aber nie beantwortete Frage, Herr Vizekanzler, lautete immer: Was tut Ihr Ministerium, um unserer Wirtschaft zu helfen, damit sie international konkurrenzfähig wird? Denn ob wir ein Arrangement mit der EWG bekommen oder nicht — die entscheidende Frage wird immer sein: Sind wir konkurrenzfähig oder nicht? Wenn wir konkurrenzfähig sind, werden wir es aushalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte noch auf eine andere Seite aufmerksam machen. Zu der Bemerkung des Herrn Vizekanzlers: Wir hoffen, daß jetzt das Mandat zu Verhandlungen mit Österreich erneuert wird — wenn das eintritt, werden wir einen Antrag auf Verhandlungen mit der Montanunion stellen. Sie haben nicht von der Dynamik der Montanunion gesprochen,

das weiß ich schon, Herr Vizekanzler. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gerade jetzt eine angesehene deutsche Zeitung einen Artikel mit dem Titel „Die Montanunion ist bankrott“ bringt. Es ist die Hamburger Zeitung „Die Zeit“, die ganz offen darstellt, daß der Vertrag revisionsbedürftig ist, da die Montanunion bankrott ist, daß es keine Gemeinschaft mehr gibt, sondern nur den Egoismus der einzelnen Nationalstaaten und Nationalwirtschaften.

Ich glaube, wir sollen vorsichtig sein und sorgfältig vorgehen und nicht einfach nur in eine allgemeine Drängerei kommen, in jenes Drängen, das von einer EWG-Hysterie diktiert ist, von der die „Oberösterreichischen Nachrichten“ vor kurzem geschrieben haben.

Das Hauptproblem bleibt natürlich bei all dem das Politische. Ich bedaure, man kann es dem Herrn Vizekanzler nicht ersparen, ein paar Worte dazu zu sagen, umso mehr, als er sich in seinen Darstellungen nicht nur mit der wirtschaftspolitischen und handelspolitischen Seite, sondern auch mit der anderen, der politischen Seite beschäftigt.

Ich verweise etwa auf die Erklärung des Herrn Vizekanzlers Bock in den „Salzburger Nachrichten“, auf eine Erklärung, die nach dem Podgorny-Besuch am 26. November abgegeben wurde. Darin lese ich unter anderem, daß der Herr Vizekanzler zu den völkerrechtlichen Fragen Stellung nimmt. Er sagte, man solle doch da nicht von wirtschaftlicher Neutralität reden. Er fügte wörtlich hinzu:

„Nicht einmal der Verkauf von Waffen an kriegsführende Staaten ist einem neutralen Lande verboten!“

Ich bitte um Entschuldigung, Herr Vizekanzler: Das dürfte nicht passieren! Die Darstellung des Völkerrechtes von Professor Verdross sagt gerade zu diesem Punkt, das Völkerrecht unterscheide zwischen der Kriegshilfe, die eine neutrale Regierung einem Kriegsführenden gewähre, und einer Unterstützung eines Kriegsführenden durch Privatpersonen. Jene Hilfe sei streng untersagt, selbst wenn sie beiden Kriegsteilen gewährt werde. Dieser Grundsatz verbiete aber den neutralen Staaten nur, die Kriegsführenden in allen den Krieg betreffenden Angelegenheiten unmittelbar oder mittelbar zu unterstützen. Sie dürfen ihnen daher weder Truppen noch Kriegsmaterial oder Geld zur Verfügung stellen und so weiter. Es wird dann noch einmal festgestellt, private Staatsangehörige eines neutralen Staates müssen von dem neutralen Staat nicht gehindert werden. — Dazu ist der neutrale Staat nicht verpflichtet. Aber, Herr Vizekanzler, wenn Sie sagen, nicht einmal der Verkauf von Waffen an

Czernetz

kriegsführende Staaten sei einem neutralen Land verboten, dann kann ich nur die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß die Bundesregierung, bevor sie zu Entscheidungen dieser Art kommt, doch die Völkerrechtsabteilung des Außenamtes heranziehen wird, denn das ist sicher keine Integrationsangelegenheit. (Abg. Dr. Kreisky: *Die wird nicht herangezogen! Der Herr Bundesminister hat eine eigene!*)

Es ist unangenehm, daß man das nicht nur bei uns, sondern auch anderswo in der Welt liest. So etwas sollte nicht passieren; davon ist mein Patriotismus etwas berührt. Als Österreicher hat man es nicht gern, wenn man auf internationaler Ebene gefragt wird, wie so etwas geschehen konnte.

Aber in dem ganzen Artikel, Herr Vizekanzler, sprechen Sie immer wieder davon, daß die Argumente der Sowjetunion nicht stichhäftig, völkerrechtlich nicht anwendbar, nicht haltbar sind, nicht anerkannt werden können. Wir haben keine Absicht, die Integrationspolitik aufzugeben, unsere Politik und unsere Verhandlungen werden wir fortsetzen. — Das ist genau das, was wir in der außenpolitischen Debatte besprochen haben. Was heißt denn das? Wollen wir einfach frisch-fröhlich drauflosgehen ohne Rücksicht auf gegebene internationale Tatsachen? Natürlich ist das jetzt wahnsinnig schwer, aber — das haben wir in der außenpolitischen Debatte gesagt — es hätte uns ja gar nicht passieren dürfen, daß der Staatspräsident Podgorny in Wien und nicht nur in den Gesprächen, sondern nachher noch in einem Fernsehinterview das noch einmal öffentlich sagt, es uns „einreibt“, damit wir es schwerer haben sollen. Wozu das Ganze? Man wußte es ja seit Jahren. Auch Sie wußten es, Herr Vizekanzler. Das ist die Frage, mit der wir es hier zu tun haben.

Der Herr Bundeskanzler Klaus erklärte nach den heutigen Morgenblättern in London in einem Interview mit großem Nachdruck, daß Österreich seine Verhandlungen in Brüssel wie bisher weiterführen werde, daran würden weder die Erklärungen des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny bei dessen Österreich-Besuch noch auch die jetzige Konferenz mit Wilson und den anderen EFTA-Staaten etwas ändern. Das ist sehr schön und mutig. Aber ich glaube, es genügt nicht, wenn man in Österreich sagt: Wenn es der Podgorny nicht glaubt, dann kann ich ihm nicht helfen. — Wir müssen nicht dem Podgorny helfen, uns wird man dabei helfen müssen! (Beifall bei der SPÖ.) Wer wird das?

Auf der Ministerbank saß noch vor ein paar Minuten Herr Außenminister Tončić.

In der gleichen von mir zitierten Zeitung „Die Presse“ habe ich am 18. November eine Nachricht aus Paris gelesen, in der es unter dem Titel „Tončić zu Couve de Murville“ heißt: „Wie von autorisierter diplomatischer Quelle in Paris mitgeteilt wird, will Frankreich bei der EWG-Bindung Österreichs jede Formel vermeiden, die für Moskau unannehmbar wäre.“

Das ist die gleiche Wiener Tageszeitung, die heute eine nette Glosse „Im Blick nach Brüssel“ bringt und sagt:

„Für Bundeskanzler Klaus bietet das Londoner Treffen jedoch zugleich die Möglichkeit, nun auch mit der britischen Regierung (Paris wurde schon von Tončić informiert) persönlich die österreichische EWG-Politik zu erörtern.“

Erörtern können wir noch und noch. Es kommt darauf an, was wir tun. Meine Damen und Herren! Ich glaube eines: Jetzt ist der Punkt erreicht, wo wir uns auf die Reblaus nicht mehr verlassen können. (Beifall bei der SPÖ.) Jetzt ist die Lage viel zu ernst.

Daß diese Warnung nicht nur von einem Sozialisten kommt, das können Sie aus der nicht deswegen, aber doch beschlagnahmten Wochenzeitung „Die Furche“ ersehen, in der in der Nummer vom 3. Dezember Chefredakteur Skalnik einen Artikel über „Die Stunde der Wahrheit“ geschrieben hat. Ich fürchte, daß viele der hier anwesenden Abgeordneten keine Gelegenheit haben werden, die schon beschlagnahmte „Furche“ zu lesen.

Darf ich mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aufmerksam machen, daß der Chefredakteur Skalnik sagt:

„War nicht aus all den Reden, Interviews und Kommuniqués dieses Staatsbesuches das Schlaganfall einer ‚kleinen Stunde der Wahrheit‘ zu vernehmen, die den Verantwortlichen für die österreichische Politik und uns allen — vorausgesetzt, daß wir noch Ohren haben, um zu hören, ‚was es geschlagen hat‘ — eine große bittere Stunde der Wahrheit mit all ihren politischen, geistigen und wirtschaftlichen Erschütterungen ersparen kann?“

Es ist in dem Artikel von Skalnik die Rede von der EWG-Lobby, daß heißt, dem EWG-Vorzimmer mit den Pressure-Groups, die er „Maximalisten“ nennt, die alles verlangen. Er sagt von ihnen wörtlich:

„Den neutralen Status unseres Landes wollen zwar auch sie gewahrt wissen, doch hatten sie nichts dagegen, die Kurve möglichst knapp und riskant genommen zu sehen. Die Neutralität war und ist in diesen Bezirken eben keine Herzensangelegenheit, sondern eher ein aufgezwungenes Statut.“

2756

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Czernetz

Skalnik warnt vor diesem Gedanken, und er sagt:

„Man hat dauernd gegen die, die gewarnt haben, Stellung genommen.“

Er spricht davon, daß es hier eine „Massage der öffentlichen Meinung“ gegeben hat, „wie sie in der Geschichte der Zweiten Republik keine Parallelen kennt.“ Und er sagt: „Am besten geht das hierzulande noch immer, wenn man im Stile des seligen McCarthy (oder Goebbels?) dem lästigen Mahner versucht, die Attribute ‚ostanfällig‘, ‚linksgerichtet‘ und andere mehr anzuhängen. Bezeichnend ist nur“ — schreibt „Die Furche“ —, „daß die ‚Ostanfälligen‘ beinahe ohne Ausnahme Männer sind, die in den düstersten Tagen der Besatzungszeit im Osten Österreichs im harten Ringen mit den Kommunisten und ihren Protektoren der Freiheit und Demokratie in diesem Land ihren festen Platz erkämpften, während ihre ‚öffentlichen Ankläger‘ oft in stillen Hinterzimmern dem verflossenen Dritten Reich nachtrauerten oder jenseits der Enns der Tapferkeit besseren Teil erwählt hatten.“ (Zustimmung und starker Beifall bei der SPÖ.)

Das schreibt „Die Furche“. Und sie kommt zu dem Schluß:

„Kann wirklich mit Brüssel nach der Devise ‚Sag’n ma, ’s war nichts‘ auf der bisherigen Basis weiterverhandelt werden, wo bei man Podgorny und die anderen Kreml-führer im fernen Moskau ruhig gute oder, in diesem Fall besser gesagt, böse Männer sein läßt? Wer solches rät, riskiert nicht nur tatsächlich eine radikale Änderung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Österreich — nach dem Nikolaus kann eines Tages auch der Krampus kommen —, er riskiert auch, daß die Zweite Republik in der EWG-Frage denselben Refus erleidet, wie ihn die Erste Republik mit den Zollunionsplänen erlitten hat.“

Hohes Haus! Es ist die gleiche Warnung, die wir hier vorgebracht haben. Und darum empfiehlt es sich schon, wie es hier heißt — das haben nicht einmal wir gesagt —: „... das Ende des von Podgorny mit ‚Handelsvertrag‘ bezeichneten Fadens festzuhalten, auch wenn er fürs erste nicht allzu attraktiv erscheint. Wenn man ihn geschickt aufspult, kann er noch der Goldfaden eines soliden erweiterten Wirtschaftsvertrages werden. Auf das Geschick kommt es an.“ Das sagt „Die Furche“.

Und ich möchte hinzufügen: Es kommt darauf an, daß wir die wirtschaftlichen Lebensinteressen dieses Landes mit den Neutralitätsbedingungen zu verbinden vermögen, unser österreichisches Selbstvertrauen entwickeln und

stärken und internationales Vertrauen schaffen. Abenteuer sind kein Dienst an diesem Land und seinem Volk. (Starker, anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pay. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pay (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! „Keine Antwort ist auch eine Antwort.“ Es bleibt also, wenn der Herr Vizekanzler wieder ausweicht, dabei, daß die Bergbauförderung nicht erhöht wird.

Warum redet der steirische Landeshauptmann von einer Erhöhung der Mittel für die Bergbauförderung, während der Herr Vizekanzler kein Wort davon sagt? Ich erlaube mir nochmals, ein Telegramm des Herrn Landeshauptmannes Krainer, am 6. 11. aufgegeben an den Zentralbetriebsratsobmann der GKB, Herrn Landtagsabgeordneten Zagger, kurz zu zitieren. In diesem Telegramm heißt es, nachdem eine Terminaussprache vereinbart wurde, folgendermaßen:

„Zur Sache selbst ist zu sagen: Das Communiqué des Ministerrates hat einige Verwirrung hervorgerufen. Es sei nochmals klar gestellt, daß bei den Beratungen am Montag dieser Woche unter Vorsitz des Bundeskanzlers ausgesprochen wurde, daß die Schließungstermine, die das Energiekomitee vorgeschlagen hat, fallengelassen werden. Es werde jedoch notwendig sein, die Kohleförderung bis 1970 um rund 1,1 Millionen Tonnen zu reduzieren. Für die Defizitabdeckung der Alpine, der LAKOG und so weiter würde der Ministerrat einen Betrag von 140 Millionen Schilling in das Budget 1967 aufnehmen und denselben Betrag bis einschließlich 1969 jährlich im Budget einsetzen. Das sind jene 420 Millionen, die auch im Communiqué der Bundesregierung erwähnt sind.“ Ich möchte deshalb konkret nochmals fragen: In welchem Zusammenhang steht die Erklärung des Herrn Landeshauptmannes Krainer, der der Österreichischen Volkspartei angehört, und die Nichterklärung des Herrn Vizekanzlers Dr. Bock? (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mitterer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mitterer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich veranlaßt, kurz, aber doch auf einige Fragen, die der vorhergehende Redner, der Herr Abgeordneter Czernetz, angeschnitten hat, zu replizieren. Ich hoffe, Herr Abgeordneter Czernetz, Sie werden mir ebenso ganz ruhig, wie ich das getan habe und wir es getan haben, zuhören

Mitterer

und dann Ihre Argumente dagegen geltend machen, wenn Sie das noch für richtig halten.

Bei der Auswirkung der Zollsenkung darf nicht vergessen werden, daß inzwischen in sehr vielen Branchen erhebliche Erhöhungen der Ausgleichsteuer stattgefunden haben und diese Ausgleichsteuer genauso belastend für den Import wirkt wie etwa zugebaute Zölle. Wenn also ein Zoll abgebaut und gleichzeitig eine Ausgleichsteuer erhöht wird, so bringt das selbstverständlich in der Endkalkulation keine Veränderung. Außerdem wissen wir alle ganz genau, daß es im ganzen Ausland sehr erhebliche Preissteigerungen gegeben hat und daß solche Preissteigerungen selbstverständlich nicht spurlos an der inländischen Preisbildung vorbeigehen können. Ich möchte das einmal eindeutig zu diesem Punkt sagen.

Sie haben sehr viele Statistiken gebracht; ich kann nur ad hoc zu Ihren Ausführungen Stellung nehmen, ich habe selbstverständlich innerhalb einiger Minuten keine solchen Statistiken zur Hand und kann sie mir nicht so rasch vorbereiten. Aber ich möchte doch eines sagen: Die Produktivitätssteigerung, von der Sie gesprochen haben, ist ja nicht der alleinige Faktor. Feststeht jedenfalls, daß, wenn immer Sie eine längere Spanne Zeit vergleichen, doch zwei Dinge entscheidend für den Konsumenten und für die ganze Bevölkerung sind, nämlich die Entwicklung der Reallöhne und die Entwicklung der Preise. Welche Zeit immer Sie nun vergleichen — natürlich eine gewisse Zeit, nicht ein oder zwei Monate mit irgendwelchen Sondererscheinungen, wie wir sie voriges Jahr auf einem bestimmten Sektor infolge der schlechten Ernte gehabt haben —, so steht fest, daß die Reallöhne mehr gestiegen sind als die Preise. Ich kann Ihnen das, wenn Sie es wünschen, ganz genau nachweisen, und zwar an Hand klarer Statistiken; verlangen Sie aber bitte nicht, daß ich auf eine Rede binnen zehn Minuten sämtliche Statistiken vorlege, denn es läßt sich mit Zahlen trefflich streiten. Es steht aber fest, daß die Reallöhne mehr gestiegen sind als die Preise. Und das ist also erst ... (Abg. Rosa Weber: *Man kann doch nur Nominallöhne und Preise miteinander vergleichen!*) Ja, um so besser, wenn Sie Nominallöhne wollen, dann brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten. Die sind noch viel größer. (Abg. Rosa Weber: *Das andere ist sinnlos!*) Das haben Sie offenbar verwechselt, gnädige Frau. Wenn Sie also die Nominalsteigerungen haben wollen, so ist das ein umso besseres Bild, weil sie weit mehr gestiegen sind als die Preise. Ich rede aber nur von Reallöhnen, weil das korrekt ist, weil ja der Kaufwert und nicht der nominelle Wert in Frage kommt.

Und nun darf ich dazu sagen — Sie werden das in sehr vielen Bilanzen auch der Verstaatlichten finden, aber auch in anderen Bilanzen, und nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt —, daß die Erträge der Wirtschaftsbetriebe, mit wenigen Ausnahmen, weltweit rückläufig sind, weil die Kosten überall mehr gestiegen sind, als selbst Umsatzsteigerungen auffangen konnten. Das ist eine Entwicklung, die wir auf der ganzen Welt feststellen können, nicht nur in Österreich. Auch das darf nicht übersehen werden. Ich bitte daher, doch wenigstens so weit loyal zu sein, daß Sie diese Entwicklung allgemein rückläufiger Erträge in der ganzen Welt berücksichtigen. (Abg. Czernetz: *Ich bin bereit zuzugeben, daß es überall Preisbewegungen hinauf gegeben hat! Aber Sie können nicht von einem Zurückgehen der Erträge reden!*) Ja, der Erträge! Ich habe gesagt: Weltweit fast überall. Wenn Sie mir nun sagen, es gibt zwei oder drei Ausnahmen, so ist das kein Beweis dafür, daß nicht die Allgemeinentwicklung so lautet. Selbstverständlich gibt es solche Ausnahmen. (Abg. Dr. Kreisky: *Aber beweisen Sie doch diese Behauptung!*) Ja, das können wir ganz leicht. Wenn Sie wollen, werde ich es Ihnen sogar schriftlich zustellen, damit Sie es in Ruhe überprüfen können. (Abg. Dr. Kreisky: *Erkundigen Sie sich bei der Steuerbehörde! Nicht einmal in Österreich stimmt das!*) Aber, Herr Minister Dr. Kreisky, wie können Sie denn so etwas sagen? Natürlich sind die Erträge rückläufig. Schauen Sie sich doch die Steuerstatistik an. Nicht nur in Österreich. Schauen Sie sich die Erträge in Deutschland, in Italien, in Frankreich und auch in Amerika an. (Abg. Dr. Kreisky: *Nicht absolut, nur relativ!*) Es ist überall das gleiche, mit Ausnahme weniger Branchen. Ich betone, daß das kein Beweis dafür ist, wenn Sie mir nun einige solche Branchen nennen, die eine besondere Konjunktur gehabt haben. Das ist aber keine Norm für die allgemeine Beurteilung der Frage. (Abg. Czernetz: *In Amerika sind die sogenannten Profite fast um das Doppelte gegenüber vorher gestiegen!*) Nein, in Europa überhaupt nicht! Aber, Herr Minister, das sind ja klare Hypothesen und Behauptungen, deren Gegenteil Sie doch niemals beweisen können. (Abg. Dr. Kreisky: *Weil es so viele Steuerschlupflöcher gibt, durch die man durch kann!*) Nein, es gibt keine Steuerschlupflöcher. Und ich möchte diese ewigen Unterstellungen zurückweisen. Wenn Sie Vergleiche mit anderen Ländern in dieser Frage herstellen, wissen Sie ganz genau, daß die Ausgangsbasis anders sind. Wenn Sie immer wieder Vergleiche mit anderen Ländern anstellen, so wissen Sie genau, daß beispielsweise in England eine Abschrei-

2758

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Mitterer

bung über den Anschaffungswert möglich ist und daher auch die Ausgangsbasis der Ertragsteuern überhaupt falsch ist, weil hier ein Vergleich gar nicht möglich ist. Das wissen Sie doch ganz genau, und ich hoffe, daß Sie es wenigstens mir allein gegenüber zugeben werden. Wenn Sie schon meinen, daß Sie hier... (Abg. Dr. Kreisky: *Nein, das pflegen wir nicht zu tun! Das pflegen Ihre Herren zu tun, daß sie etwas anderes sagen!*) Nein, nein, also nicht „Ihre Herren“. Ich habe Sie auch nicht verdächtigt. Ich bitte Sie nur, der Wahrheit Raum zu geben und nicht Behauptungen aufzustellen, für die Sie niemals einen Beweis erbringen können. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: *Wir werden Ihnen das in der Steuerdiskussion schon beweisen!*)

Sie haben sich hier, Herr Abgeordneter Czernetz, in beredten Worten über die Frage der EWG geäußert und nun verschiedene Überlegungen angestellt. Ich möchte vor allem — ich weiß nicht, zum wievielten Male — wiederholen: Die Frage der EWG ist nicht nur eine Frage der Zollangelegenheit. Der Zoll spielt eine sehr wesentliche Rolle, aber was wir doch heute in der ganzen Welt feststellen können, ist eine weltweite Verflechtung der Betriebe, eine immer mehr fortschreitende Konzentration. Diese Konzentration können wir weder aufhalten noch ändern. Sie mag uns nicht freuen, sie ist eine Realität. In einer solchen Entwicklung war das Wort, das ein Vortragender anlässlich der Anwesenheit unserer Delegation bei der EWG, der auch Ihre Kollegen angehört haben, ganz klar gesagt hat: „Der Zug ist abgefahren, und nun ist es Ihre Aufgabe, daß Sie ihn noch erreichen, wenn er ein mäßiges Tempo hat.“ Es geht nicht nur um Zollkorrekturen beziehungsweise um Zollherabsetzungen, es geht um Verflechtungsscheinungen, die heute weltweit sind. Wenn Sie heute hören, daß sich bereits Giganten zusammenschließen, Vorlieferanten einschalten und Zulieferanten, dann können Sie doch nicht bestreiten, daß eine solche Entwicklung auch in Österreich Platz greifen muß.

Und nun etwas, was Sie immer wieder sagen und worauf ich immer wieder replizieren muß. Sie fragen: Sind wir nun auf diese ganze Entwicklung vorbereitet? Sie tun so, als sei die Frage etwa so gestellt: Heute EFTA in einem geschützten Raum, morgen EWG in freier Konkurrenz. Aber die Frage lautet ja leider nicht so, meine Damen und Herren. Wir haben heute eine massive Konkurrenz der ganzen EWG-Länder, und zwar nicht nur durch ihre Kapitalstärke, sondern auch dadurch, daß diese Betriebe in Österreich filierte Betriebe eröffnet haben, daß sie sich hier festsetzen und mit einer gewaltigen Wirtschaftsmacht nun

als Konkurrenz auftreten. Sie haben sich das schaffen können und konnten im österreichischen Raum durch Filialgründungen unserer österreichischen Wirtschaft eine schwere Konkurrenz gegenüberstellen, während wir, die wir solche gigantische Niederlassungen nicht gründen können, nun ganz schutzlos — denn hier gibt es dann keinerlei Zollschutz — dem gegenüberstehen, auf der anderen Seite aber dasselbe in dem EWG-Raum auf Filialgründungsbasis nicht machen können. So lautet doch die Frage. Es ist doch völlig falsch, so zu tun, als ob wir heute keine Konkurrenz dieser Giganten des EWG-Raumes hätten und uns nur praktisch aus Mutwillen zu einer neuen Lösung aus Risikofreude entscheiden wollten. In Wirklichkeit ist das eine sehr ernste, wirtschaftliche Überlegung, die uns dazu bringt. Sie mögen das vielleicht heute noch nicht zugeben — wenn Sie sich einmal den Kalender ansehen, wie viele große deutsche Betriebe und andere Betriebe aus anderen Ländern sich bereits in Österreich festgesetzt haben, dann werden Sie doch andere Überlegungen anstellen, die dann auch zu anderen Konsequenzen führen.

Sie sagen weiter: Wir können nicht über technische Fragen weiterverhandeln, weil ja noch gar nicht feststeht — so, glaube ich, waren doch Ihre Ausführungen zu verstehen —, ob überhaupt die politischen Möglichkeiten gegeben sein werden. Ja, wenn wir immer darauf warten, dann werden wir sagen: Jetzt wären die politischen Möglichkeiten da, wir haben aber die technischen noch nicht erledigt. Wenn jemand Klavierspielen lernt, muß er zuerst den Fingersatz können, und dann kann er sich den musikalischen Darbietungen zuwenden. In Wirklichkeit müssen alle technischen Fragen vorher geklärt sein, und nachher werden wir ja sehen, ob Ihre Prophezeiungen richtig sind, daß es hier keine tragbare politische Lösung geben mag.

Zur Exportstruktur haben Sie gesagt, wir wollen den Osthändel einfrieren lassen. Ich möchte feststellen, daß das völlig falsch ist. (Abg. Czernetz: *Nicht ihr!*) Sondern? (Abg. Czernetz: *Die EWG!*) Nein! Das ist völlig falsch. Ich darf Ihnen hier wieder zitieren, und es waren wieder Ihre Kollegen dabei, als wir diese Aussprache hatten. Es waren immerhin sehr maßgebende Herren der EWG-Behörden und nicht irgendwelche Schalterbeamte anwesend — ich glaube, das werden Sie uns schon zumuten, daß wir das unterscheiden können —, die eindeutig erklärt haben, daß sie selbstverständlich wissen, daß wir den Osthändel nicht nur aufrechterhalten müssen, sondern daß wir ihn im normalen Umfange ausbauen; die EWG wünscht nur

Mitterer

nicht — und das kommt sowieso gar nicht in Frage aus Gründen, die ich jetzt gleich anführen werde —, daß der Osthandel ein überdimensioniertes Ausmaß bekommt.

Aber darf ich Ihnen dazu auch etwas sehr offen sagen: Wenn die Bestrebungen des Ostens weiter Raum gewinnen sollten dahin gehend, daß immer mehr vom bilateralen Handelsverkehr abgegangen wird und zu einem multilateralen Verkehr übergegangen werden sollte, dann werden diese Länder die daraus gewonnenen Clearing-Spitzen verwenden, Drittlandgeschäfte zu finanzieren, und wir werden es sehr schwer haben, auf diesem leider nun sich anbahnenden Weg überhaupt das Ausmaß unseres Osthandels aufrechtzuerhalten. Es ist doch nicht so, daß wir den mutwillig riskieren, sondern wir tun alles, diesen Osthandel entsprechend zu halten. Und das, meine Damen und Herren, ist nicht leicht genug, weil ja die Gegenlieferungen, wie Sie selbst wissen, immer mit großen Schwierigkeiten verbunden sind, woran auch die Tatsache nichts ändert, daß es vorübergehend einmal eine aktive Clearing-Spitze mit dem einen oder anderen Land geben mag.

Sie führen nun die Exportstruktur an. Ja, sicherlich wäre es sehr schön, wenn wir eine Exportstruktur wie die Schweiz hätten. Wir haben sie aber eben nicht. Nicht, weil wir leichtfertig waren oder weil wir nichts getan haben, sondern weil die Schweiz quasi Monopolexporte hat, die sie in die ganze Welt liefern kann, während aber Österreich in dieser Richtung bereits große Schwierigkeiten gehabt hat und in der Frage der Exportstruktur eben leider nicht mit der Schweiz zu vergleichen ist, die, was man geflissentlich auch übersieht, Jahrhunderte keinen Krieg gehabt hat, keine alten Verbindungen abgebrochen hat und sich daher heute in einer wesentlich besseren Situation befindet.

Meine Damen und Herren! Wenn nun das stimmen sollte, was Sie immer sagen, wie wir das alles schlecht machen, so muß ich mich doch fragen: Warum ist nun die Regierung in England drauf und dran, alles zu versuchen, mit der EWG zu einer Assoziation und zu einem Arrangement zu kommen? (Zwischenruf bei der SPÖ.) Weil die Engländer doch ganz klar und deutlich sehen, daß die Dynamik dieses EWG-Raumes so stark ist, daß man sich ihm nicht entziehen kann. Das geschieht nicht deshalb etwa, weil Wilson plötzlich seine besondere Liebe für den EWG-Raum erkannt haben sollte, sondern weil er klar weiß, daß der EWG-Raum heute für eine größere wirtschaftliche Potenz und für einen Industriestaat eben nicht mehr zu übergehen ist, und weil die Exportstruktur ebenfalls dazu zwingt,

Änderungen eintreten zu lassen. Das sollte man doch auch einmal klar aussprechen.

Sie fragen nun nach der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Ich habe schon vorhin erwähnt: Wir sind ja auch heute gezwungen, in Konkurrenz mit jenen großen Betrieben des EWG-Raumes zu treten, die heute ihre Filialen und ihre Niederlassungen hier haben, die mit der ganzen wirtschaftlichen Macht und Kraft gegen uns auftreten und versuchen, ihre Positionen auszubauen, was ihr legitimes Recht ist. Aber es ist doch so, daß sie es tun. (Abg. Dr. Kreisky: Wie wird das dann werden?) Sicherlich ist das eine Frage. Aber Sie glauben doch nicht, daß das dann stärker wird. Ja, warum denn? Wenn sie hier schon im Lande sitzen, haben sie doch noch viel mehr Interesse, diese Betriebe hier aufzufüttern, als wenn sie auch in diesen Raum hereinexportieren können, ohne gezwungen zu sein, eine solche Expositur hier zu machen. Durch unser Fernbleiben aus dem EWG-Raum haben wir die Betriebe förmlich gelockt, hier Betriebe aufzumachen und daher ihre ganze Kraft hier zur Geltung zu bringen. (Abg. Dr. Kreisky: Die exportieren ja von hier hinaus!)

Außerdem möchte ich, meine Damen und Herren, doch auch eindeutig feststellen: Es gibt eine Reihe von Branchen, die in voller Konkurrenzqualität bestehen können. Ich denke hier nur immer an den Fremdenverkehr. Für ihn gibt es keinen Zollschutz, keinen Steuerschutz, nichts, im Gegenteil: der Fremdenverkehr hat heute größere Steuern und mehr Abgaben als in anderen vergleichbaren Ländern. Hat er sich nicht bewährt? Hat er nicht gezeigt, daß er etwas leisten kann? Zeigt er nicht täglich und ständig und im Jahresabschluß, daß er in der Lage ist, fast 15 Milliarden Schilling in Devisen abzuliefern und damit eindeutig und klar unser aller Lebensstandard überhaupt zu sichern?

Ich glaube also, so kleinmütig sollte man nicht sein, daß man immer davon ausgeht und sagt: Wir sind zu nichts, wir taugen nichts, wer weiß, ob wir bestehen werden! Wer nichts wagt und wer nicht mutig ist in der Wirtschaft, der wird nicht bestehen. (Abg. Dr. Kreisky: Im Fremdenverkehr gibt es drei Konkurrenten in Europa!) Ich möchte doch sagen: Der Fremdenverkehr hat den typischen Beweis erbracht, daß eine Sparte, die man arbeiten läßt und der man auch eine Hilfe angedeihen läßt, sich zweifellos auch bewähren wird. Und genauso gibt es andere sehr große Betriebe . . . (Abg. Dr. Kreisky: Aber da haben Sie doch nur drei Konkurrenten in Europa: Italien und die Schweiz!) Nein, da haben wir nicht nur drei Konkurrenten. Aber, Herr Minister, Sie werden

2760

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Mitterer

doch wohl nicht bestreiten, daß die drei Konkurrenten ausgeben! Das ist so wie die Kraftpille: ein Pferd — ein Huhn. Italien, Frankreich und Spanien gegen Österreich — na, das ist eine gesunde Konkurrenz. (Abg. Dr. Kreisky: Sie können doch nur vergleichbare Länder rechnen!) Ich glaube also, so kann man das nicht beurteilen, wenn Sie diese großen Länder ... (Abg. Dr. Kreisky: Die sind in ganz anderen Bereichen! Sie können doch nur vergleichbare Länder im Alpenraum nehmen! Wo wollen Sie in Spanien Wintersport betreiben?) Selbstverständlich sind es vergleichbare Länder! Sie können wohl nicht sagen, daß Österreich nicht gegen Italien und Frankreich entsprechende Konkurrenz hat. Das ist doch wirklich weit hergeholt. (Abg. Dr. Kreisky: Haben sie auch nicht!)

Sie stellen nun die Frage: Wie wird es nun politisch weitergehen? Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollen uns nicht immer die Köpfe der anderen zerbrechen, sondern den eigenen. Wir werden die technischen Voraussetzungen schaffen. Nun erfordert ja ein solcher Vertrag die Unterschrift der EWG-Staaten, zu denen zum Beispiel auch Frankreich gehört. Wenn es also nicht gelingen sollte, die Unterschrift eines dieser Staaten zu bekommen, dann sind wir eben leider nicht weitergekommen. Aber man kann doch nicht im voraus sagen: Wir wissen schon, daß es nicht gehen wird!, obwohl wir noch gar nicht wissen, wie diese Staaten reagieren werden. Und da bei diesen Staaten nicht nur einer oder zwei, sondern alle EWG-Länder ratifizieren müssen, sollen wir es diesen Staaten überlassen, ob sie der Meinung sind, daß diese Lösung richtig ist.

Was die Frage der Neutralität anlangt, ist darüber schon genug gesprochen worden, so daß ich nicht immer wieder das gleiche wiederholen will.

Herr Abgeordneter Czernetz, ich muß Ihnen folgendes sagen: Sie haben hier, wie immer, in einer sehr brillanten Weise eine Rede gehalten. Aber ich bin sehr verführt gewesen, zu sagen: Es war die Rede des Marc Anton. Wollen Sie also nicht in den EWG-Raum und nicht assoziieren? (Zwischenruf: Das ist es!) Dann sagen Sie es doch einmal deutlich und verschweigen Sie es nicht immer und sagen Sie nicht: Wir wollen dazu, aber: erstens, zweitens, drittens, viertens — so lange, bis alles nicht möglich ist! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czernetz: Erstens, zweitens, drittens, viertens waren Bedingungen der Bundesregierung!) Ich habe Sie nicht unterbrochen, unterbrechen Sie mich daher auch nicht!

Wenn Sie also der Meinung sind, daß man nicht in den EWG-Raum gehen soll, daß man

nicht assoziieren soll, dann bekennen Sie es offen und klar! Aber sagen Sie nicht: „Wir sind ja dafür, aber ...“ Sie liefern damit die Argumente unseren Gegnern franko ins Haus, auf daß sie diese Argumente dann gegen uns verwenden. (Beifall bei der ÖVP. — Rufe und Zwischenrufe zwischen SPÖ und ÖVP. — Abg. Weikhart: Das brauchen die nicht! — Abg. Lanc: Das sind „Volksblatt“-Worte! — Abg. Dr. Kreisky: Wir verheimlichen die Zugverbindungen!)

Und dann, meine Damen und Herren, würde ich Sie doch sehr bitten, was die „Ostansfälligkeit“ anlangt, ein bißchen mehr Fair play in dieser Frage anzuwenden! (Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Horejs: Ausgerechnet Sie sagen das!) Waren Raab und Figl vielleicht nicht im Osten Österreichs? Haben sie nicht für dieses Land gekämpft und gearbeitet und gelitten? Ich glaube, so weit kann es doch nicht gehen, daß Sie das heute sagen: „... während andere im Westen gesessen sind“. (Abg. Horejs: Zuerst einen Verleumdungsfeldzug führen und sich dann beschweren!) Ja, wer ist denn von uns im Westen gesessen? Unsere Leute sind, wenn es darauf angekommen ist, gestanden und sind dafür eingestanden und haben genug Blutopfer gebracht! (Rufe bei der SPÖ: Wo? — Abg. Jungwirth: Sie nicht!) Ich war vielleicht nicht hier, Herr Kollege? Nein? Was denn? Also mit Ihnen nehme ich es jedenfalls noch auf.

Ich glaube also, Sie sollten doch nicht immer wieder mit solchen Argumenten kommen (Abg. Dr. Kreisky: Den Schleier darüber!) und solche Geschichten erzählen, daß die Leute vielleicht nicht hier gewesen seien. Mag sein, daß der eine oder andere nicht hier gewesen ist. (Abg. Rosa Weber: Sagen Sie das dem Herrn Skalnik! — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Die maßgebenden Herren von uns waren alle hier, sie sind auf ihrem Platz gestanden. (Abg. Horejs: Sagen Sie das der „Furche“!) Ich bin ja nicht der Korrektor der „Furche“! Sie sind ja für die dauernde Korrektur von Zeitungen und für eine entsprechende Beschlagnahme. (Abg. Probst: Das ist nicht wahr!) Wir lassen die Zeitungen ruhig schreiben. Wir sagen unsere Argumente dagegen und schreien nicht immer, wenn eine andere Zeitung etwas sagt. (Abg. Gertrude Wondrack: Wer hat denn die „Furche“ beschlagnahmen lassen, Herr Abgeordneter Mitterer?) Ich glaube also, es besteht gar kein Grund, zu unterstellen, daß wir irgendwie Fersengeld gegeben haben und jetzt plötzlich hier erscheinen, um einen anderen Ton hineinzubringen.

Wir haben immer gesagt, daß wir das tun wollen, was für dieses Land wirtschaftlich

Mitterer

notwendig ist, und wirtschaftlich werden wir als ein Kleinwirtschaftsraum auf die Dauer nicht bestehen können. Ich glaube, es wird kein Nationalökonom widerlegen können, daß ein kleiner Wirtschaftsraum auf die Dauer einfach nicht mehr bestehen kann. Das mag bedauerlich sein, das mag man anders wünschen, so ist es jedenfalls. Es ist kindisch, zu glauben, daß wir irgendwie eine Ausnahme machen werden, weil wir versuchen wollen, eine andere Lösung anzupreisen.

Wir sind für eine Assozierung mit der EWG! Wir werden selbstverständlich die eingegangenen Verpflichtungen im Staatsvertrag und im Neutralitätsstatut klar und deutlich respektieren! Wir lassen uns aber nicht in eine Entwicklung drängen, wo Sie dann wieder sagen werden: Warum hat denn die ÖVP-Regierung in der Stunde der Entscheidung versagt? Wir gehen diesen Weg, weil wir der Meinung sind, daß eine wirtschaftliche Sicherheit für dieses Land eine der Voraussetzungen für eine echte Neutralität bilden muß. Wenn wir nur die Neutralität sähen und nichts anderes, wäre es durchaus falsch. Wir wollen keinerlei Vertrag schließen, der uns an politische Mehrheitsentscheidungen bindet. Das weiß die EWG, und das wissen wir.

Ich darf zum Abschluß feststellen: Herr Minister Rey, der sicherlich ein sehr maßgebender Mann der EWG ist, hat uns bei unserem Besuch in Brüssel, wo auch sozialistische Vertreter mit waren, deutlich und klar gesagt, wie er sich den Ablauf vorstellt. Es ist nun Sache der unterzeichnenden Staaten, zu erklären, ob sie mitgehen oder nicht. Da bei diesen unterzeichnenden Staaten auch Frankreich, auch Italien und andere Großmächte dabei sind, glaube ich, kann man nicht unterstellen, daß das eine Sache ist, die man, wie Sie sagen, so aus dem Handgelenk beurteilt und nur irgendwie flüchtig behandelt.

Wir haben gründliche Arbeit geleistet. Unsere EWG-Botschaft in Brüssel hat hervorragende Arbeit geleistet. Wir sind dabei, die technischen Voraussetzungen restlos zu schaffen. Es ist dann Sache der EWG-Staaten, zu entscheiden. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn wir vor die Frage gestellt sind: Entscheiden wir uns für eine westliche oder für eine östliche Wirtschaftsform ?, daß man dann noch eine Antwort erwartet. (Abg. Czernetz: *Davon war keine Rede!*) Das ist aber schon die Rede, denn letzten Endes, Herr Kollege, wissen Sie genau ... (Abg. Czernetz: *Nein! Das ist eine Unterstellung! Davon habe ich kein Wort gesprochen!*) Nein! Das ist keine Unterstellung! Sie haben es nicht gesprochen (Abg. Weikhart: *Sie haben gehört, er hat nicht gesprochen!*), aber Sie haben deutlich ge-

fordert, daß wir so bleiben, wie es war, nämlich im Rahmen der EFTA. Bis es nämlich kein EFTA-Mitglied mehr geben wird, dann werden Sie sagen: Die ÖVP hat die Chance versäumt! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn es nicht die schwarzen Wolken, die vorwiegend über unseren Kohlenrevieren, die aber viel mehr noch auf unserem ganzen wirtschaftlichen Horizont im Zeichen der schwarzen Regierung aufgestiegen sind, wären, die uns daran mahnen, wie die wirtschaftliche Lage Österreichs derzeit ist, so wäre es die Entwicklung unserer Handelsbilanz gewesen, die zeigt, daß hier etwas sehr im argen liegt. Denn diese Bilanz muß doch in erster Linie als Maßstab genommen werden für den Erfolg oder Mißerfolg ganz besonders der Handelspolitik. Mehr als 80 Milliarden Defizit im heurigen Jahr sprechen eine unmißverständliche und unüberhörbare Sprache.

Die im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Handelsministers und Vizekanzlers eröffnete Debatte zwingt auch uns, noch einmal ganz klar und unmißverständlich unsere Position zu diesen Fragen kurz zu umreißen. Ganz besonders deshalb, weil ja der derzeitige Vizekanzler, der als Bautenminister sein völliges Versagen so eindeutig unter Beweis gestellt hat, auch in dieser lebenswichtigen Frage keineswegs unser Vertrauen genießt.

Es scheint uns doch so, daß die Frage EWG — EFTA, als sie vor sechs, sieben Jahren erstmals ernstlich zur Diskussion stand, ein vorwiegend wirtschaftliches Problem war. Und heute — das ist, glaube ich, nicht zu bestreiten — ist sie dank des mehrjährigen intrakoalitionären Gezänkes zu einer vorwiegend politischen Frage geworden. Das ist im Hinblick auf die österreichische Wirtschaft sehr bedauerlich. Aber ich glaube nicht — und da möchte ich dem zustimmen, was gesagt wurde —, daß wir der Lösung des Problems näherkommen, wenn wir es unter emotionalen Überlegungen sehen, wenn wir auf der einen Seite einen Teil dieses Hauses der Ostanfälligkeit im Zusammenhang mit dieser Frage verdächtigen oder wenn wir der Diktion der „Furche“ folgen wollen und auf der anderen Seite jeden, der sich zur EWG bekennt und die Assoziation an die EWG als eine Lebensfrage beurteilt, als einen vielleicht in anderer Richtung Anfälligen betrachten. Gott sei Dank ist die „Furche“ für uns in dieser Richtung nicht maßgebend. Denn wenn ich die Schreibweise dieses Blattes

Dr. Scrinzi

gerade zum Thema der außenpolitischen Beziehungen Österreichs qualifizieren möchte, so kann ich nur sagen: Die „Furche“ ist längst schon für den Lenin-Orden fällig. (*Bravo-Rufe und Beifall bei der FPÖ.*) Ich erinnere nur daran, was einer der maßgeblichen Mitarbeiter, Herr Dr. Daim, etwa vor vielen Jahren an der Lomonossow-Universität von sich gegeben hat. Es ist damit schon unter Beweis gestellt, daß das nicht das Blatt ist, welches in der Stunde der Wahrheit die Wahrheit zu sagen in der Lage ist.

Ich glaube aber, es muß hier gesagt werden, daß man auch die Vergleichszahlen, die von dem Herrn Abgeordneten Czernetz gebracht wurden, etwas durchleuchten muß. Zweifellos ist heute die Frage EFTA oder EWG nicht nur aus der Frage der Quantität der jeweiligen handelspolitischen Beziehungen und Erfolge zu beurteilen, sondern diese Frage hat auch ein eminentes strukturpolitisches Profil. Aber wir dürfen auf der anderen Seite nicht vergessen, daß die mangelhafte strukturelle Entwicklung in wesentlichen Gebieten unserer Wirtschaft eine Folge, ich möchte sagen, des handelspolitischen Luftmangels ist, an dem sie dank des Weges leidet, den die Koalition ging und den auch heute, ich weiß nicht, ob mit Überzeugung, ein Teil des Hauses zu gehen bereit ist, weil dieser Weg es unmöglich gemacht hat, daß wir zeitgerecht an die Lösung wichtigster Strukturprobleme unserer Wirtschaft herangehen könnten. Richtig ist es, daß es unser Ziel sein müßte, die Finalindustrie, das Finalprodukt in unserem Außenhandel mehr in den Vordergrund zu bringen.

Das zu begründen ist hier wohl überflüssig. Aber aus den derzeit bestehenden Zahlen eine Prognose stellen zu wollen, das halte ich für falsch, denn die gegenwärtigen Verhältnisse im Außenhandelsvolumen wie auch in der Außenhandelsstruktur sind ja schon eine Folge der von Österreich gewählten Situation auf diesem Gebiet. Sie sind nur sehr bedingt geeignet, hier eine Prognose zu erlauben.

Eines ist klar, und das ist vielleicht noch nicht gesagt worden. Ich unterschreibe, was der Abgeordnete Mitterer zur Frage Zollproblem, Wettbewerbsfähigkeit und Notwendigkeit der großräumigen Integration nicht nur von der Frage des Absatzes unserer Wirtschaft, sondern auch von der Frage der Entwicklung dieser Wirtschaft her gesagt hat. Das ist gar kein Zweifel, daß wir als kleines Land trotz des Fleißes, trotz des Einsatzes, trotz des Ingeniums, das zweifellos vorhanden ist, unsere Wirtschaft zu entwickeln, einfach nicht die materiellen Voraussetzungen haben,

in der erforderlichen europäischen Entwicklung, ja in der weltweiten Entwicklung Schritt zu halten. Sehen wir davon ab, daß uns ja schon auf Jahre die Mittel entgangen sind, die die EWG sehr erfolgreich zur Strukturverbesserung, zur Strukturangleichung und zur Ausrichtung der einzelnen nationalen Wirtschaften einsetzen konnte. Wir hätten sie sehr notwendig gebraucht, und wir könnten sie gerade jetzt besonders brauchen.

Ich darf aber vielleicht darauf hinweisen, was auch heute im Hause schon gesagt wurde, daß es auch das Problem der wissenschaftlichen, der forschungsmäßigen Integration ist, das wir nicht bewältigen können ohne die Möglichkeiten, die uns hier ein größerer Wirtschaftsraum bietet. Wir sind auf diesem Gebiet schon seit Jahren nicht mehr konkurrenzfähig, und das Passivum unserer geistigen Handelsbilanz nimmt in noch viel bedrohlicherer Weise als das auf wirtschaftlichem Gebiet seit Jahren bedenklich zu, sodaß wir heute schon nicht mehr wissen, wie wir dieses Passivum ausgleichen sollen, da sich gerade hier unsere mangelnde Europareife und Europafähigkeit im Sinne eines unentwegten und noch zunehmenden Sogs auf unsere Wissenschaft und Forschung auswirkt. Das wird unter anderem auch in den Bilanzen unserer Exporte und Importe auf dem Lizenzgebiet ausgedrückt, was ich mir anlässlich der einschlägigen Debatte schon zu erwähnen erlaubt habe.

Aber nun kommt noch etwas sehr Wesentliches dazu: die Entwicklung der EWG können wir bis zum Jahre 1970 ganz klar voraussehen. Insbesondere können wir die Auswirkungen dieser Entwicklung auf einen Teil des Wirtschaftsorganismus voraussehen, an dessen Lebensfähigkeit wir alle außerordentlich interessiert sein müssen: das ist die Landwirtschaft. Hier können wir mit Überlegungen einer Finalisierung unserer Wirtschaft nur sehr bedingt weiterkommen. Zweifellos sind auch in der Landwirtschaft durch entsprechende Maßnahmen manche Strukturverbesserungen zu erreichen. Aber immer wird unsere Landwirtschaft einen adäquaten Absatzmarkt brauchen, um diese Entwicklung vorantreiben zu können und die hohen Investitionen, die zum Teil allerdings von der Allgemeinheit im Rahmen des Grünen Planes abgefangen werden, auf die Dauer wirtschaftlich verkraften zu können. Um für die Landwirtschaft entsprechende Kredite zu Bedingungen bereitstellen zu können, die die Landwirtschaft selber tragen kann, werden wir unseinfach diesen Großabsatzmarkt aufschließen müssen. Das erste Beben mit dem Problem der Importabgabe haben wir heuer im Sommer,

Dr. Scrinzi

besonders im Raume Kärnten, leider noch in der unglückseligen Kombination mit der Katastrophe, erleben müssen. Das muß also überlegt werden.

Noch eine Frage, weil das hier angeklungen ist: Mit Recht ist auf die Problematik des seinerzeitigen Schober-Curtius-Abkommens, also der deutsch-österreichischen Zollunion, hingewiesen worden. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt vollkommen frei von jeder billigen Demagogie folgende Überlegung anstellen: Nehmen wir an, dieses Abkommen wäre 1930, in einer Zeit, wo sich eine weltweite Krise angebahnt hat, verwirklicht worden. Hätte es ein Jahr 1933, 1934, 1938 und 1939 in diesem unglückseligen Europa gegeben, wenn es möglich gewesen wäre, die Wirtschaftsstrukturen dieser beiden Länder im Rahmen dieses Abkommens zu befruchten und den Eintritt der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern? Überlegen wir uns einmal diese Konsequenz. Stehen wir nicht in mancher Beziehung jetzt oder in naher Zeit vor einer ähnlichen Frage? Ich glaube, daß wir das unentwegt, statt uns gegenseitig der Anfälligkeit nach dieser oder jener Richtung zu zeihen, erörtern müßten und daß wir auch den Sowjetrussen unentwegt diese Notwendigkeiten, die sich unter Umständen hier abzeichnen, vor Augen führen müßten. Die Russen sind Realpolitiker genug, man darf ihnen nur nicht — wie ja auch in der außenpolitischen Debatte von verschiedenen Seiten kritisiert wurde — etwa mit Charme oder Folklore kommen wollen; ich könnte boshafterweise auch Polka sagen. Überlegen wir uns das einmal. Ich glaube, man wird doch zustimmen müssen, daß wir dieses Problem zweifellos nicht emotional, sondern unter Abwägung aller Momente, ganz im Vordergrund politische Momente, die heute nicht überhörbar sind, lösen müssen. Wir Freiheitlichen meinen, daß es vor sechs, acht Jahren leichter gewesen wäre, diese politischen Überlegungen in den Hintergrund zu stellen. Wenn wir das aber nicht tun — da möchte ich noch einmal auf ein Zitat zurückkommen —, werden wir im Jahre 1970 feststellen, daß wir nicht in einer Einbahn, sondern daß wir in einer Sackgasse sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Mitterer hat an die sozialistische Seite dieses Hauses die Frage gestellt: Wollen Sie in die EWG oder nicht? Schon allein in der Art, wie er die Frage gestellt hat, liegt etwas sehr Gefährliches, denn die

Bundesregierung selber hat ja immer wieder gesagt, daß sie ein Arrangement mit der EWG haben will, daß sie nicht in die EWG hinein will (*Abg. Mitterer: Ich habe gesagt: eine Assoziiierung!*), daß sie keine Mitgliedschaft anstreben kann, weil eine solche mit unserer Neutralität unvereinbar wäre. Aber wenn ich jetzt davon absehe, daß einem in der Hitze des Gefechtes — Sie sind ja ein besonders hitziger Redner — ein Lapsus passieren kann, den ich also übergehen will, so möchte ich Ihnen darauf sehr klar und eindeutig die Antwort geben: Die Sozialistische Partei will im Interesse der österreichischen Wirtschaft die Folgen der Diskriminierung vermeiden. Mehr können wir uns im Augenblick nicht vorstellen, und wir wollen daher einen Vertrag mit der EWG, der uns vor den Folgen dieser Diskriminierung bewahrt.

Ich möchte hier keine lange Rede halten und prüfen, inwieweit überhaupt dieses ganze Integrationschinesisch einen Sinn hat oder nicht. Auf der einen Seite nämlich sehnen Sie sich alle nach dem rauen Wind der EWG, und auf der anderen Seite, in derselben Debatte zum selben Budgetkapitel, lamentieren Sie, wie schwer Sie es auch in der gegenwärtigen Glashausatmosphäre haben — unter dem Schutz der hohen Zölle —, zu existieren.

Sie reden von weltwirtschaftlicher Verflechtung, von kontinentalen Verflechtungen, was wird denn da eigentlich in Österreich verflochten werden, ohne daß man dabei untergeht? Sie wissen doch ganz genau, oder — ich bediene mich jetzt schon derselben Formel wie Sie — ich nehme an, daß Sie es wissen, daß man zum Beispiel in Deutschland der Meinung ist, wenn wir in ein sehr weitgehendes Nahverhältnis zur Montanunion treten, dann werden wir uns sehr bald mit dem Gedanken abfinden müssen, daß der Erzberg seine besten Zeiten gesehen hat. Schon jetzt werden ja von der Montanunion viele Millionen Tonnen Erz aus Afrika und Lateinamerika importiert, weil es sich nicht mehr rentiert, das Erz in den kontinentalen Erzgebieten zu fördern.

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von anderen Beispielen nennen. Ich bitte Sie nur, meine Herren, weil wir ja alle auch haben wollen, daß man sich in solchen Debatten, wenn man sich gegenseitig schon nicht überzeugen kann, so doch wenigstens zum Nachdenken veranlaßt, einmal die folgenden Überlegungen nicht ganz auszuschließen. Wir halten die Diskriminierung unserer Industrieprodukte auf dem EWG-Markt nicht aus, obwohl die härteste Diskriminierung — ich sage: die härteste Diskriminierung! — ungefähr 10 Prozent unserer gewerblichen Pro-

2764

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Dr. Kreisky

duktion trifft. Ich meine damit die gesamte gewerbliche und industrielle Produktion, da ja nur ungefähr 26 bis 27 Prozent dieser Produktion in den Export gehen, davon die Hälfte in die EWG, wovon ein Drittel extrem diskriminiert ist, während das zweite Drittel etwas schwächer und das dritte Drittel, die Rohstoffe, überhaupt nicht diskriminiert ist.

Jetzt sagen wir: Wir halten die Diskriminierung bei diesen Waren nicht aus, von denen wir doch ganz genau wissen, daß sie aus jenen Industrien kommen, die auf dem Weltmarkt am ehesten bestehen können. Und jetzt frage ich Sie, ob es uns da nicht wirklich Sorge machen müßte, was denn mit den über 70 Prozent jener Produktion geschehen soll, die wir bis jetzt geschützt haben, die für den heimischen Markt arbeitet. Die soll dann auf einmal diese rauen Winde der Konkurrenz aus dem Westen, aus der EWG, so leicht aushalten, wenn unsere bestausgerüsteten und modernsten Industrien, die auf dem EWG-Markt bestehen können, wenn sie auch einen harten Kampf zu führen haben, durch diese Diskriminierung an den Rand des Abgrundes kommen?

Wir sollten hier viel illusionsloser sein, wir sollten verstehen, daß wir uns für alle diese Dinge besser vorbereiten und das Versäumte rasch nachholen müßten, daß wir uns aber auch klar darüber sein müßten, was eine solche Entwicklung für ein Land wie Österreich bei seiner Randlage, bei seinen hohen Frachtraten, bei seiner weiten Entfernung von den Märkten der EWG bedeuten muß. Und trotzdem sind wir der Meinung, daß wir uns bemühen müssen, einen Vertrag mit der EWG zu erreichen, der uns jedenfalls in dieser Phase der politischen Entwicklung in Europa vor den ärgsten Folgen der Diskriminierung bewahrt.

Man kommt immer wieder — das ist eine sonderbare Art, zu argumentieren — und sagt: So etwas kriegen wir nicht, so etwas ist ganz unmöglich. — Das stimmt doch gar nicht! Jedenfalls haben Sie es bis heute noch gar nicht probiert. Probieren wir einmal diesen Weg und sagen wir unseren Freunden in der EWG: Meine Herren, ihr meint es immer so gut mit Österreich. Ihr sagt immer, wie wohlwollend ihr uns gesinnt seid. So helft uns doch, einen Vertrag zu machen, mit dem wir außenpolitisch bestehen können.

Ich habe immer, auch in diesem Haus, von der Ministerbank aus, vor diesen Konsequenzen gewarnt. Ich möchte Ihnen eines sagen: Vor sieben oder acht Jahren war die Situation gar nicht besser, sondern genau die gleiche. Die EWG hat uns nie eine Chance gegeben. Derselbe von Ihnen genannte Mon-

sieur Rey hat klar und deutlich einer österreichischen Parlamentarierdelegation aller Parteien gesagt, es habe früher gar keine Chance gegeben, denn wir haben erst unser eigenes Haus bestellen müssen, ehe wir uns um Sonderregelungen bemühen.

Die Russen haben uns nie über die Folgen in Zweifel gelassen. Der Herr Bundeskanzler außer Dienst Dr. Gorbach — ich hatte die Ehre, ihn nach Moskau zu begleiten — wird sich erinnern, wie klar und eindeutig uns damals geantwortet wurde, und auch der verstorbene Bundeskanzler Ingenieur Raab hat das alles gewußt. Nur war er ein sehr geschickter Politiker und hat gesagt: Das soll der Kreisky austragen, ich halte mich zurück und werde mich da nicht dreinmischen. Ich habe ihn einmal gefragt, ob er sich erinnert — und er hat es sicher auch einigen von Ihnen erzählt —, daß ihm der sowjetische Botschafter schon im Jahre 1959 klar und deutlich gesagt hat, was die Sowjetunion von diesen Dingen hält. Ich bin nicht der Meinung, daß man nicht auch einen Versuch unternehmen muß, mit den Russen zu reden; wir haben es ja immer getan. Aber man soll sich doch keinen Illusionen über das, was möglich ist, hingeben.

Und so sage ich Ihnen eines: Wenn es in Europa ein höheres Maß an Entspannung und ein größeres Vertrauen zwischen den Mächten gibt, wenn es möglich werden sollte — und ich halte es für möglich —, daß man auch auf sowjetischer Seite die Integration also solche anders sieht, als man sie jetzt noch beurteilt, wenn man auch auf der anderen Seite weniger Angst hat vor dem, was eine „Einverleibung Österreichs in die EWG“ bedeuten könnte, dann kann ich mir sehr gut vorstellen, daß sich für eine vernünftige und realistische Politik auch neue Möglichkeiten eröffnen werden.

Ich möchte Ihnen aber sagen, damit gleich einer Legendenbildung vorgegriffen wird, daß der Abgeordnete Czernetz nicht nur „Die Furche“ hätte zitieren müssen, die ja bekanntlich kein Blatt ist, das der Vorwärts AG gehört, sondern einer ganz anderen Gesellschaft. Es gibt auch eine zweite Zeitung, die nicht direkt im Verdacht steht, eine sozialistische zu sein, nämlich die „Kleine Zeitung“ in Graz, in der aus Anlaß des Podgorny-Besuches folgendes zu lesen stand: Dennoch hat sie — die Podgorny-Erklärung — in Wien eine neue Situation geschaffen. Das Wunschenken ist schwieriger geworden. Die Illusion etwa, wir könnten mit Brüssel ein Arrangement treffen und das ganze eben einfach Handelsvertrag nennen, ohne daß die Sowjets den „Schwindel“ merken würden, diese Illusion dürfte aus-

Dr. Kreisky

geträumt sein. — Dann kommen ein paar Bemerkungen über die beiden Herren, die auf der Regierungsbank sitzen, die möchte ich aber nicht vorlesen, weil ich mir vielleicht sonst einen Ordnungsruf zuziehen würde. (Heiterkeit.)

Aber nicht nur diese beiden Blätter, „Die Furche“ und die „Kleine Zeitung“ in Graz, haben diese Auffassung vertreten, auch das Blatt „Internationale Wirtschaft“, das der Bundeskammer sehr nahesteht, schließt seinen Kommentar über den Podgorny-Besuch mit einigen Sätzen, die viel weiter gehen als die, welche der Herr Abgeordnete Czernetz hier gesprochen hat. Dort steht: Auf jeden Fall aber soll man sich vor allen Illusionen hüten und dem bisher oft leichtfertig zur Schau getragenen Optimismus endlich abschwören. Denn die politischen Realitäten sind leider viel stärker als die schönsten Wunschträume. — Das sind immerhin ernst zu nehmende Sätze, die sicher auch sehr ernst gemeint gewesen sind, vor allem, wenn man weiß, wem diese Zeitung gehört.

Meine Damen und Herren! Hier geht es gar nicht um die Frage, ob uns die EWG gefällt oder nicht. Unter den sozialistischen Ökonomen gibt es sehr viele, denen die EWG sehr gut gefällt, weil überhaupt nirgends auf der Welt außer in den kommunistischen Staaten soviel Technokraten am Werke sind wie dort. Die Herren von der agrarischen Seite wissen ganz genau: Wenn man bei der EWG ist, muß man den ganzen Tag am Fernschreiber sitzen, weil jede Marktschwenkung, jede Preisdifferenz, nach Brüssel weitergegeben werden muß und weil man jede Viertelstunde eine neue Weisung für den eigenen Markt aus Brüssel bekommt. Das ist die gigantischste technokratische Maschine, die es überhaupt in der modernen Wirtschaft der Demokratie gibt. Wenn unsere eigenen Ökonomen an alles das denken, so gefällt es ihnen natürlich sehr gut. Ich sage Ihnen ganz offen, manchmal gibt es dort Dinge, die auch mir sehr gut gefallen und die ich gerade Ihnen, Herr Abgeordneter Mitterer, sehr wünschen möchte. (Abg. Mitterer: Aber nur manchmal!)

Trotzdem ist die Sorge um die weitere ruhige politische Entwicklung unseres Landes wichtiger als das Wunschdenken, von dem die „Internationale Wirtschaft“ gesprochen hat. Es könnte sonst nämlich leicht passieren, daß die paar Prozent Zollvorteil, die wir hier einkassieren, durch schwere Erschütterungen in diesem Teil Europas wettgemacht werden, die wir unserem Lande, eingedenkt der Erfahrungen der dreißiger Jahre, ersparen wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus den Worten des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky ist das Integrationsbemühen der Sozialistischen Partei klarer hervorgetreten als aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Czernetz. Wir wissen nunmehr, daß das Anliegen der sozialistischen Fraktion darin besteht, die Folgen der Zolldiskriminierungen durch einen Vertrag besonderer Art zu beseitigen.

Trotzdem verstehe ich eine Argumentation der sozialistischen Fraktion allerdings nicht: daß man das Contra gegen die EWG, das zweifellos in dem einen oder anderen Punkt schwerwiegend vorhanden ist, über Gebühr darstellt, während man jene Probleme auf der anderen Seite durch die sozialistische Nationalratsfraktion nicht in jenem Maß heraußstellt, wie sie zumindest jener österreichischen Parlamentarierdelegation anlässlich der Rußlandreise im September dieses Jahres an Ort und Stelle begegnet sind. Wir würden uns, glaube ich, eines großen Versäumnisses schuldig machen, wollten wir eine so schwerwiegende Frage Österreichs wie die EWG zu sehr von emotionellen Aspekten her beurteilen.

Ich glaube, jede der drei Fraktionen ist verpflichtet, das Für und Wider verantwortungsbewußt zu prüfen. Es genügt meines Erachtens nicht, Herr Abgeordneter Czernetz, eine deutsche Zeitung zu zitieren, um die tatsächliche Lage der Montanunion zu charakterisieren.

Wir hatten im Oktober dieses Jahres Gelegenheit, mit 32 Abgeordneten aller Fraktionen dieses Hohen Hauses die europäischen Gemeinschaften in Brüssel und Luxemburg zu besuchen. Ich bin der Meinung, daß auch die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion bereit sind, anzuerkennen, mit welcher Nüchternheit, mit welcher Objektivität Marcel Marth namens der Montanunion die Schwierigkeiten dieser Europäischen Gemeinschaft dargestellt hat. Diese Schwierigkeiten sind eingehend dargelegt worden und uns in aller Offenheit zur Kenntnis gebracht worden.

Gerade aber auf Grund der Eindrücke, die ich persönlich bei den Europäischen Gemeinschaften sammeln konnte, bin ich in meiner Überzeugung bestärkt worden, daß Österreich dringend der Verbindung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und mit der Montanunion bedarf, will es seine wirtschaftliche Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit erhalten.

2766

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Peter

Hier sind Entwicklungen angebahnt worden, die konkrete Erkenntnisse im Gefolge haben, wie man die von Amerika auf Europa und von der EWG auf Österreich zukommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten steuern kann. Auf der einen Seite bedarf die österreichische Privatwirtschaft dringend — drücken wir uns vorsichtig aus — einer Verbindung, eines Vertrages besonderer Art mit den Europäischen Gemeinschaften, und auf der anderen Seite braucht ebenso notwendig wie die Privatwirtschaft auch die Verstaatlichte Industrie diesen Vertrag. Die verstaatlichte Industrie Österreichs befindet sich deswegen in einer Malaise ungeahnten Ausmaßes, weil die sich seit 1960 abzeichnende Strukturkrise von der verantwortlichen Führung dieses Wirtschaftszweiges nicht erkannt wurde.

Der Herr Verkehrsminister mußte jüngst zur Kenntnis bringen, daß Güterwaggons, Elektrolokomotiven und Diesellokomotiven bei der verstaatlichten Industrie Österreichs aus patriotischen Gründen wesentlich teurer erstanden werden müssen, als wir diese Güterwaggons, Elektrolokomotiven und Diesellokomotiven in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland erhalten würden.

Glauben Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, ja nicht, daß die Krise auf dem Eisen- und Stahlmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht hat. Diese Krise treibt in den nächsten Jahren ihrem Höhepunkt zu. Uns ist aber die Frage gestellt, wie wir ihr im Bereich der österreichischen verstaatlichten Schwerindustrie entgegenzutreten in der Lage sind.

Österreich hat auf dem Gebiet der Strukturpolitik, die Verstaatlichte Industrie betreffend, weniger Vorkehrungen getroffen als im Bereich der privatwirtschaftlichen Initiative.

Heute ist in diesem Hohen Hause neuerdings zum Ausdruck gebracht worden, daß 100 Millionen Schilling aus ERP-Mitteln bereitgestellt werden, um eine Teilkrise des Kohlenbergbaues zu bewältigen. Ich wage guten Gewissens die Behauptung, daß diese Maßnahme zur Bewältigung dieses außergewöhnlich schwierigen Problems bestimmt nicht zielführend sein wird.

Die österreichischen Parlamentarier konnten sich in Luxemburg davon überzeugen, wie man im Bereich der Montanunion versucht, der krisenhaften Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir können der Tatsache nicht aus dem Weg gehen, daß die amerikanische Kohle heute billiger auf den europäischen Markt kommt, als die europäische Steinkohle produziert werden kann.

Diese Entwicklung macht vor Österreich nicht halt. Diese Entwicklung kann Österreich nicht aufhalten. Es kann sich auch der Tatsache nicht verschließen, daß die Länder der Montanunion in den letzten Jahren 24 Prozent ihrer Rohstahlkapazität in die Küstenbereiche verlegt haben; an die Mittelmeerküste und an die Kanalküste (Abg. Dr. Pittermann: ... und wieder stilllegen!), um dort die Transportkosten zu senken. Die italienischen Betriebe sind nicht stillgelegt, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, sie haben in der letzten Zeit einen Aufschwung genommen. Das bestätigen Ihnen die Herren der VÖEST, wenn Sie es hören wollen.

Ebenso schließen sich die deutschen Stahl- und Eisenfirmen zu vier Verkaufskontoren im nächsten Jahr zusammen, um der Krise einigermaßen Herr zu werden. Jener Krise, von der man annimmt, daß sie erst in den Jahren 1969/70 ihren Höhepunkt erreichen wird, weil zu diesem Zeitpunkt der Stahl- und Eisenbedarf um mindestens 25 Prozent gesteigert werden müßte, soll das verkauft werden, was bis zu diesem Zeitpunkt produziert werden wird.

Das Schicksal des Erzbergs liegt dem Herrn Abgeordneten Kreisky sicher genauso am Herzen wie jedem anderen Abgeordneten dieses Hohen Hauses. Aber, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, Sie werden den Erzberg nicht unter einen Glassturz stellen können. Sie werden den Erzberg aus einer gesamteuropäischen und darüber hinaus weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht ausklammern können. Wir werden genötigt sein, in diesem Zusammenhang Strukturkonzepte zu erarbeiten und möglichst rasch anzuwenden.

Herr Abgeordneter Kreisky vertrat heute die Meinung: „Integrationschinesisch“ würde hier im Nationalrat dargeboten. Das stellt doch unter Beweis, daß es auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration Europas in diesem Hohen Hause noch unerhört viel zu klären gibt. In diesem Sinne möchte ich diese Feststellung Dr. Kreisks verstanden wissen.

Nun gestatten Sie, daß ich mit einigen Worten jenen Eindruck wiedergebe, den zumindest ich persönlich anlässlich der Informationsreise nach Rußland gewinnen konnte. In einem offiziellen Gespräch wurde das ceterum censeo hinsichtlich des Weges Österreichs in die EWG niemals erhoben. In privaten Gesprächen wurde dieses Thema von unseren russischen Gastgebern immer wieder angeschlagen. Im besonderen war es einmal Minister Messyazev, der uns in einem Privatgespräch vor Augen führte, daß Österreich unter gar keinen Umständen diesen Weg in die EWG gehen könne, sonst würde es die Neu-

Peter

tralität verletzen und sich dem Nato-Block einordnen.

Ich versuchte, dem Thema auf eine andere Art und Weise zu begegnen, und führte vor Augen, daß wir heute in Österreich einen hoch-industrialisierten Staat vor uns haben, der seine Produktion ans Ausland verkaufen muß, soll eine empfindliche Arbeitslosigkeit vermieden werden. Daran müßte doch auch Sowjetrußland interessiert sein. Bis hierher folgten die Gastgeber unserer Argumentation.

Wenn man dann den Dingen weiter nachzugehen versuchte, so war die Antwort unserer russischen Gastgeber anläßlich unseres Besuches in der Sowjetunion: Warten Sie! Lassen Sie sich Zeit! Mit diesem Argument, meine Damen und Herren, werden wir die Probleme der österreichischen Wirtschaft und die der wirtschaftlichen Integration nicht zu lösen in der Lage sein.

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky zitierte Bedenken, die Jean Rey vor einigen Jahren gegenüber einer österreichischen Parlamentarierdelegation zum Ausdruck gebracht hat. Im Oktober dieses Jahres waren die Äußerungen Reys optimistischer, wenn sich auch seine weitreichenden Voraussagen bis zur Stunde leider Gottes nicht erfüllt haben. Aber eines klang auch aus der Diskussion mit den Vertretern der Europäischen Gemeinschaft unmißverständlich an: daß die EWG nunmehr nicht aus Liebe zu Österreich zu einem größeren Entgegenkommen als bisher bereit ist. Es gibt zwingende Gründe für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, dem österreichischen Anliegen aufgeschlossener als bisher gegenüberzustehen: es ist die Sorge, wohin die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihre Überproduktion verkaufen kann. Maßgebliche Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft brachten zum Ausdruck, daß sie den Österreichern besondere Fähigkeiten und besondere Erfahrungen im Umgang mit ihren Nachbarn im Osten und Südosten zubilligen. Ich glaube, eine der Grundvoraussetzungen für ein größeres EWG-Entgegenkommen als bisher — das ist mein persönlicher Eindruck — ist in der Tatsache gegeben, daß die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Hilfe eines Sondervertrages für Österreich das Tor zu den Ostblockstaaten für ihre Überschußgüter aufzustoßen versuchen. Sollte uns das gelingen, meine Damen und Herren, so würde dieser Weg Österreichs in die EWG mit Hilfe eines Vertrages besonderer Art nicht nur nicht die Grundsätze unserer Neutralität verletzen, sondern dann würde die Lösung dieser Frage im aufgezeigten Sinn einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West darstellen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler Dr. Bock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Vizekanzler Dr. Bock: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß zunächst eine neuerliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Pay beantworten. Er hat gefragt, ob der Budgetansatz für die Bergbauförderung 1967 eine Erhöhung erfahren wird oder nicht. Die Antwort hat er sich allerdings selbst in seiner ersten Rede gegeben, in der er auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers verwiesen hat, wo sich der Herr Finanzminister dazu bereit erklärte. Ich habe in Ergänzung dieser Zitierung außerdem dem Hohen Hause die Maßnahmen und die Arbeiten der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht und darauf verwiesen, daß im Jänner eine neuerliche Verhandlung mit den Arbeitnehmervertretern stattfinden wird. Es kann also angenommen werden, daß nach diesem Gespräch auch der Finanzminister einen entsprechenden Budgeterweiterungsantrag für diese Post gemäß seiner Erklärung in der Budgetrede einbringen wird. (Abg. Pay: Und das Telegramm an den Herrn Landeshauptmann?) Zu Telegrammen, die ich nicht selber abschicke, kann ich wirklich nichts sagen. Da muß ich schon bitten, den Absender zu fragen.

Zur Integrationsdebatte erlaube ich mir auch noch einige Feststellungen zu treffen. Hohes Haus! Die Bundesregierung wird — ich habe mir erlaubt, das vorhin darzulegen — die Integrationspolitik, so wie sie ihre Vorgänger auch schon begonnen haben, fortsetzen. Dafür sind mehrere Gründe maßgeblich, und ich möchte mir gestatten — es ist ja einiges auch in der Debatte gesagt worden —, hiezu noch einiges zu ergänzen:

1. Der wirtschaftliche Vertrag besonderer Art, den wir mit Brüssel anstreben, ist deshalb notwendig, weil ein Handelsvertrag, wie er uns etwa auch vom sowjetischen Staatschef empfohlen wurde, einfach nicht ausreicht beziehungsweise gar nicht möglich ist. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß es heute Handelsverträge zwischen den GATT-Angehörigen westlicher Industriestaaten gar nicht mehr gibt, weil es keine Materie für einen Handelsvertrag im üblichen Sinn des Wortes — und nur so kann man das verstehen — gibt. Die Liberalisierung der Warenimporte ist hundertprozentig durchgeführt. Wir werden am Ende dieses Jahres auch mit unserer Liberalisierungsliste fertig sein. Die Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs ist eingeführt. Die Staaten verfügen über eine konvertible Währung, und Zollkontingente sind nach GATT-Vorschriften verboten, außer man gibt

Vizekanzler Dr. Bock

sie GATT-weit. Es gibt also keine Materie für bilaterale Handelsverträge mehr, gleichgültig, ob solche bilaterale Handelsverträge zwischen zwei Staaten oder zwischen einem Staat und einer Staatengruppe oder zwischen zwei Staatengruppen geschlossen werden. Daher ist der Vorschlag — und jeder, der einen solchen Vorschlag macht, muß das ja wissen —, einen Handelsvertrag zu schließen oder ihn als goldenen Faden anzusehen, auf dem man mit einigem Geschick alles andere weiterspinnen könne, nicht ausreichend, er ist überhaupt nicht brauchbar.

2. Was wollen wir denn von der EWG? — Das muß doch immer wieder festgestellt werden: Wir wollen den Warenfreiverkehr auf dem industriell-gewerblichen Sektor und dem landwirtschaftlichen Sektor. Der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat das in die Formulierung gekleidet: „Die Beseitigung der Diskriminierung“. Das deckt sich nicht ganz, aber im wesentlichen trifft es den Kern. Wir wollen den Warenfreiverkehr für unsere österreichischen Waren. Warum wollen wir das? Es ist in der Debatte oft genug gesagt worden: einfach deshalb, weil der österreichische Binnenmarkt eben zu klein ist. Wir müssen exportieren, und mit dem Warenfreiverkehr durch Beseitigung der Diskriminierung — was also heißt: bei null Zöllen, sonst ist die Diskriminierung nicht beseitigt — ist für die österreichischen Waren ein Binnenmarkt von 160 Millionen hergestellt, während jetzt der Binnenmarkt 7 Millionen ausmacht.

Wir haben dazu angemeldet — aber das sage ich nur deshalb, um es ja nicht zu versäumen —, allenfalls notwendige Vorsorge zu treffen, daß durch diese Herstellung des Warenfreiverkehrs auf dem landwirtschaftlichen und dem gewerblichen Sektor zwischen Österreich und der EWG der Osthändel nicht beeinträchtigt werden darf. Ich weiß nicht, wer von einer Limitierung oder Erstarrung oder Einfrierung gesprochen hat; wir haben in Brüssel die Formulierung gebraucht: „Die Erhaltung und organische Entwicklung des Osthändels als eine Bedingung, die durch diesen Vertrag erfüllt beziehungsweise nicht gestört werden darf.“

Das ist im wesentlichen der Inhalt des von uns angestrebten Vertrages. Das ist kein Handelsvertrag — darüber habe ich vorhin gesprochen —, das ist eben ein Vertrag besonderer Art, und — das ist jetzt der dritte Punkt, und Hohes Haus, das sollte doch die einhellige Auffassung des ganzen Hohen Hauses sein, ich glaube, sie ist es ja auch — mit diesem so wenig wie mit einem anderen internationalen Vertrag, den Österreich abschließt, dürfen seine Neutralitätsstatus und die Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag gestört werden.

Ich möchte allerdings hinzufügen: Wir haben auch ein internationales Anrecht darauf, daß man diese Erklärung der Regierung, die, glaube ich, von allen drei Parteien dabei auch gestützt wird, in der internationalen Welt ernst nimmt. Österreich hat niemals einen Anlaß gegeben, seine Vertragstreue und seinen Standpunkt zur immerwährenden Neutralität in Zweifel zu ziehen. Wir müssen daher auch von unseren sowjetischen Freunden verlangen, daß sie uns dieses ernste Anliegen, dem niemand in Österreich widerspricht, glauben. Es ist kein Anlaß, daß man es nicht tut. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn es also so ist, daß das, was man uns empfiehlt, ein Handelsvertrag, mangels einer geeigneten Materie hiezu nicht möglich ist, zweitens der Inhalt des von uns angestrebten Vertrages den Warenfreiverkehr beinhaltet, ja die Erhaltung und organische Entwicklung des Osthändels sicherstellen soll, und drittens die Maximen der österreichischen Außenpolitik, Neutralität und Staatsvertrag, gewahrt sind, dann gibt es in Wirklichkeit weder innerhalb noch außerhalb Österreichs ein Hemmnis, diesen Vertrag zu schließen, wenn man ihn wirklich schließen will beziehungsweise wenn man auch als Dritter gegenüber Österreich seinen guten Willen bezeugen kann. Nicht mehr will die Regierung; das ist ihre alte, seit eh und jeh eingeschlagene Richtung vis-à-vis Brüssel. Diese Absicht weiter zu verfolgen, ist ihr gutes Recht, und ich glaube, auch mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Gegebenheiten ihre bestimmte Pflicht. Eines allerdings, Hohes Haus, möchte ich namens der Regierung ablehnen: Dieser Vertrag zwischen Österreich und der EWG, wie ich ihn skizziert habe und den wir anstreben, ist ein bilateraler Vertrag zwischen uns und der Sechsergemeinschaft.

Es wurde heute ein Artikel aus einer Zeitung zitiert. Es ist nicht meine Absicht, diesen Artikel zu kritisieren, aber es kommt ein Wort vor, das ich auch hier ganz absichtlich verwende. Der Vertrag, den Österreich mit der EWG anstrebt, ist kein „Dreiecksverhältnis“, sondern ein wirtschaftliches Verhältnis, ein wirtschaftlicher Vertrag zwischen Österreich und der EWG — so wollen wir es —, nicht ein Verhältnis, das jemanden Dritten berührt. Wäre es so, müßten wir uns auch mit einem Dritten an den Verhandlungstisch setzen. Das ist in diesem Falle aber nicht gegeben. Sowenig wie jemandem anderen das Recht zusteht, unsere Neutralität auszulegen, die eine österreichische Angelegenheit ist, denn sie ist auch kein Bestandteil des Staatsvertrages — das haben unsere Unterhändler in Moskau ja auch niemals akzeptiert —, ebenso muß es mit

Vizekanzler Dr. Bock

dem Vertrag zwischen Österreich und der Gemeinschaft sein, in den man gar nichts „hineingeheimnissen“ muß, sondern sehen, was wir wollen und wie wir den Weg erreichen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. Pittermann (SPÖ): Hohes Haus! Eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Peter von heute vormittag verpflichtet mich zu einer Klarstellung. Er hat hier einen angeblich von mir stammenden Satz zitiert, der lautet: „Wer für den Beitritt Österreichs in die EWG eintritt, spricht sich für einen Anschluß Österreichs an Deutschland aus.“ Mir ist es nicht erinnerlich, ein solches Wort gebraucht zu haben. Es scheint auch dem Herrn Abgeordneten Peter später der Zweifel am Wortlaut gekommen zu sein, denn im stenographischen Protokoll hat er das Wort „Beitritt“ durchgestrichen und durch das Wort „Weg“ ersetzt. (Abg. Peter: Gestatten Sie einen Zwischenruf: Ich habe das stenographische Protokoll nicht in Händen gehabt!) Dann war es also der Stenograph, der das Wort „Weg“ eingesetzt hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagen würden, wie das war.

Aber in einem haben Sie recht, Herr Kollege Peter: Ich bin gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland, persönlich, politisch — nicht, wie Sie vielleicht glauben, isoliert, sondern mit allen meinen Parteifreunden. Und ich glaube, nicht nur mit meinen Parteifreunden, denn dem Staatsvertrag, der das Anschlußverbot enthält, haben wir alle — Sie waren damals nicht im Hohen Haus — die Zustimmung gegeben. Soweit ich mich erinnern kann, taten das auch Ihre politischen Vorgänger. Er enthält das Anschlußverbot im Artikel 4, dessen zweiter Absatz nicht sehr glücklich formuliert ist, zu manchen Deutungen Anlaß geben kann, weshalb es zweckmäßiger wäre, wenn man auch in einer Einparteienregierung trachten würde, den Standpunkt Österreichs so wie in der Vergangenheit auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Leider ist das gerade bei den letzten Besprechungen mit dem russischen Staatspräsidenten Podgorny nicht gemacht worden.

Ich möchte sehr klar und eindeutig sagen: Die Interpretation des Begriffs der österreichischen Neutralität nimmt Österreich allein für sich in Anspruch, aber nicht eine Partei allein, sondern das österreichische Parlament, das der Verfassungsgesetzgeber ist! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Sie werden nie erwarten können, daß wir einer einseitigen parteipolitischen Auslegung des Begriffs Neutralität unsere Zustimmung geben werden, sondern

so wie seinerzeit 1955, als wir den Begriff „immerwährende Neutralität“ in unsere Verfassung durch einen gemeinsamen Beschuß eingefügt haben.

Ich habe mich aber auch zum Wort gemeldet, Herr Vizekanzler, um zu einigen Ihrer letzten Ausführungen Stellung zu nehmen. Sie haben hier erklärt — das ist Ihr gutes Recht —: Sie haften nicht für ein Telegramm, das der Herr Landeshauptmann Krainer an die in ihrer Existenz sich bedroht fühlenden Bergleute gerichtet hat und in dem er ihnen als Ergebnis seiner Vorsprache in Wien bei der Regierung, die ja jetzt nur mehr aus Angehörigen einer Partei besteht, versichert, daß für die Existenz der Bergleute etwas getan werde. Das ist der Grund, warum ich mich zum Wort gemeldet habe.

Meine Damen und Herren! Die Situation in den österreichischen Bergbaubetrieben wird kritisch. Die Menschen verlieren die Geduld, wenn ihnen von verschiedenen Seiten ganz verschiedene Versprechungen gemacht werden, wenn man ihnen bei den Barbara-Feiern durch offizielle Sprecher der Regierung verkündet, ihre Existenz sei gesichert, und sie dann etwa in der Zeitung lesen müssen, daß die kritische Lage bei der LAKOG besteht.

Herr Vizekanzler! Das Versprechen, daß sich im Jänner die Regierung zusammensetzen wird, um darüber zu reden, kann nicht genügen, denn es ist Ihnen ja nicht unbekannt, daß seitens des verantwortlichen Vorstands der Gesellschaft ein Antrag auf Konkurseröffnung in Erwägung gezogen ist, und zwar nicht erst im Jänner, bis die Regierung fertig ist, sondern für einen sehr nahen Termin. Es ist auch den Bergleuten nicht unbekannt, die ja davon in ihrer Existenz betroffen sind. Heute kann man sich doch nicht mehr darauf ausreden, daß in der Regierung ein einheitliches Konzept nicht möglich ist, weil die einen das Gegenteil von dem wollen, was die anderen wollen. Heute ist eine Partei in der Regierung, und wir müssen doch eigentlich annehmen, daß diese eine Partei imstande ist, die Fragen, die einmal zwischen zwei Parteien mit verschiedenen Programmen strittig waren, jetzt zu lösen.

Ich möchte darauf hinweisen, Herr Vizekanzler, daß Sie recht haben — ich gehe das ohne weiteres zu —, wenn Sie sagen, daß wir sehr lange in der Regierung über Energiepläne verhandelt haben. Wenn ich mich richtig erinnere, war der Vorsitzende der dafür zuständigen Unterkommission des Ministerrates seit der Kanzlerschaft von Dr. Klaus der damalige Handelsminister Dr. Bock. Wir haben auch verhandelt. Ich gebe offen zu: Wir waren nicht einverstanden mit Ihrem Reduktionsplan auf 3,3 Millionen Tonnen Förde-

2770

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

DDr. Pittermann

rung, weil wir gemeint haben, das sei der Situation Österreichs nicht zumutbar.

Wir haben uns auch über die Frage unterhalten — Herr Vizekanzler, Sie wissen das —, wie wir die Depotkohle bei den kalorischen Kraftwerken wegbringen. Ich wundere mich daher sehr, wenn ich höre, daß in dem Bericht, den die jetzt in die Kohlengebiete entsendete Kommission an die Bundesregierung erstattet hat, auf einmal drinnensteht, der Herr Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft soll die Zahlen errechnen. Ich muß sagen: Sie haben sie gehabt, wir haben sie auch gehabt. Wir haben genau gewußt, was notwendig ist, um die damaligen Halden zu verheizen: ungefähr 65 Millionen Schilling. Wir waren uns nur nicht darüber einig, wie dieser Betrag aufgebracht werden sollte, weil wir nicht damit einverstanden waren, daß man das mechanisch auf die Konsumenten von elektrischem Strom überwälzt. Aber der Widerstand von uns ist weggefallen.

Ich muß Ihnen auch sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir mit den Methoden der „Kommissionitis“ weiterkommen können. Ich kenne alle drei Herren, die dabei waren: den Staatssekretär Dr. Gruber, den Sektionschef Dr. Preglau und den Direktor der Kontrollbank Dr. Schmidt, persönlich. Wir kennen Dr. Gruber ja schon seit sehr langer Zeit: aus der Zeit, in der er rot war, und aus der Zeit, seit der er schwarz ist, aber mehr als in der Farbe hat er zur Kohle keine Beziehungen — das möchte ich nur feststellen —, während Sie doch der Chef der Obersten Bergbehörde sind und natürlich in Ihrer Ressortverwaltung Fachleute haben, die die Dinge kennen. Was kann herauskommen, wenn man auf einmal zur Prüfung dieser Frage, zur Prüfung des Zusammenspiels zwischen Kohlenbergbau und Energiewirtschaft eine ganz neue Kommission schickt, die besteht aus einem Staatssekretär, der lange Zeit Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik war und der bis zuletzt im diplomatischen Dienst stand, dem zuständigen Sektionschef der Koordinationskommission im Bundeskanzleramt, der sich seinerzeit mit Händen und Füßen und jahrelang erfolgreich dagegen gewährt hat, daß man die erste Sanierung der LAKOG durchführt, und dem in seinem Fach verdienstvollen Direktor der Kontrollbank? Wenn die erst jetzt daraufkommen, vom Energieministerium die Ziffern zu verlangen, die seit Jahren dort liegen, dann, muß ich sagen, ist doch die Unruhe der Bergleute wirklich berechtigt und begreiflich, und sie sagen: Ja, was ist denn das? Jeder sagt uns etwas anderes! Jeder redet etwas anderes! Jeder verspricht uns die Sicherung der Existenz,

aber jetzt ist einer der Bergbaubetriebe, der immerhin 1700 Menschen beschäftigt, in einer Gegend, wo es für lange Zeit kaum eine Möglichkeit gibt, einen Ersatzbetrieb zu errichten, vom wirtschaftlichen Ruin bedroht.

Herr Vizekanzler, hier ist die Hilfe, die zu leisten ist, und zu der sich, wie wir hören — auch aus Ihrem Munde hören —, die Regierung entschlossen hat, in ausreichendem Maße sofort zu leisten. Sie haben jetzt in der letzten Regierungssitzung 5 Millionen bewilligt, damit man in der Lavanttal Kohlenbergbau Ges. m. b. H. die Weihnachtsremunerationen für die Arbeiter hat bezahlen können. Wir hören, daß das à conto der nächstjährigen Bergbauförderung bewilligt wurde, sodaß im nächsten Jahr nicht 42 Millionen, an sich unzureichend... (*Bundesminister Dr. Bock: Stimmt nicht!*) Dann bin ich froh, wenn das nicht so ist. Sie wissen ja genauso wie wir, daß diese 42 Millionen ungenügend sind. Aber hier handelt es sich doch darum, den Bergleuten endlich zu sagen, was die Bundesregierung macht und wann es geschieht.

Schließlich und endlich muß man auch den Mut haben, allmächtigen Landesherren — ich habe gestern auch einen bei uns oben im Hausruck reden gehört — zu sagen: Meine Herren, die Versprechungen, die ihr gebt, müssen vorher mit der Regierung abgesprochen werden! Nichts dagegen zu sagen, daß ein Landeshauptmann verspricht, meldet, was er vorher ausgemacht hat, aber wie wir uns das gestern angehört haben, Herr Kollege Dr. Gruber und Herr Kollege Dr. Tull, haben die Bergleute aus dem Hausruckviertel, nach den Worten des Landeshauptmannes, weggehen können mit dem Eindruck: „unsere Existenz ist gesichert“, wobei dort die wirtschaftlichen und geologischen Verhältnisse die günstigsten vom ganzen österreichischen Kohlenbergbau sind.

Das, Herr Vizekanzler, wäre die dringendste Maßnahme. Gerade jetzt haben wir eine größere Deputation von Vertretern der Kohlenreviere hier im Haus; der Herr Präsident Benya wird ja noch mit ihnen beschäftigt sein, ich bin nur herübergekommen, um jetzt Ihnen hier zuhören zu können und selbst das Wort zu ergreifen. Aber die einmütige Auffassung ist: Wir wollen aus berufenem Munde hören, was geschieht, und zwar von denen, die dann auch nach ihrer Funktion dafür die Verantwortung zu übernehmen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Peter, ich muß zum Schluß noch ein paar Ziffern klarstellen. Sie haben ja auch einen kleinen Exkurs in den Bereich der verstaatlichten Industrie unternommen. Ich bin immer ein wanderfreudiger

DDr. Pittermann

Mensch und habe daher nichts dagegen, wenn Sie heute schon der Diskussion vom nächsten Montag vorgreifen. Nur tut mir der nicht zuständige Herr Vizekanzler und Handelsminister leid; das sollte man doch auf ein weißes Blatt schreiben, was wir darüber zu sagen haben. Aber da es ins Protokoll kommt, muß ich es hier klarstellen.

Die verstaatlichten Industrieunternehmungen stellen im Durchschnitt — manchmal etwas mehr, ich glaube, jetzt etwas weniger — ein Viertel des österreichischen Gesamtexportes; die VÖEST allein ungefähr 10½ Prozent. Die Streuung, und zwar nach einem Konzept, dessen Fehlen Sie bemängeln, die immer vorhanden war, ist anders als im österreichischen Gesamtaußendhandel. Von der Produktion der verstaatlichten Unternehmungen, die exportieren — es sind dies ungefähr 64 Prozent —, gehen 37,4 Prozent in den EWG-Raum — bitte, ich nenne das jetzt aus dem Gedächtnis, es können vielleicht 36 Prozent sein — und ungefähr 35,2 Prozent nach Osteuropa. Dort ist das ungefähr ausgeglichen. Das entspricht nicht etwa einem besonderen Maße von „Ostafälligkeit“, wie manchmal behauptet wird, sondern den alten Linien des österreichischen Exports. Denn 1937, im letzten Jahr, aus dem wir noch eine österreichische Handelsbilanz vorliegen haben, betrugen die Exporte Österreichs in die Staaten, die jetzt unter dem Begriff „Ostblock“ zusammengefaßt werden, 31 Prozent des Gesamtexportes. Das heißt, die verstaatlichten Unternehmungen mit ihrer Schwer- und chemischen Industrie, teilweise früher auch mit ihrer Elektroindustrie, haben für ihren Bereich, der ein Viertel des Gesamtexportes darstellt, diese frühere, aus der Ersten Republik stammende Exportziffer sogar leicht überholt; sie ist übrigens auch in den EWG-Raum leicht überholt worden.

Ich wollte Ihnen damit sagen: Bei den Exporten der verstaatlichten Industrie ist das Verhältnis etwas besser ausgeglichen worden, und zwar vor allem deswegen, weil es sich hier hauptsächlich um Halbfabrikate gehandelt hat, wobei aber in viel höherem Maße, als Sie annehmen, bereits Investitionsgüter ausgeführt werden. Längst sind die maßgebenden Firmen, nicht nur die VÖEST, sondern auch die anderen Unternehmen auf dem Stahlsektor, soweit sie überhaupt konnten, zum Industrieanlagenbau übergegangen.

Was Sie, Herr Kollege Peter, der Simmering-Graz-Pauker vorwerfen und damit dem Minister Weiß, erinnert mich eigentlich an eine Passage aus Nestroys Posse „Judith und Holofernes“, wo Holofernes sagt: „Jetzt möchte ich wissen, wer der Stärkere is: ich oder ich?“ — Ich, der Verkehrsminister Dr. Weiß, der ich

für die Bundesbahnen die teuren Waggons von der Simmering-Graz-Pauker AG. kaufen muß, wo ich, der Minister für verstaatlichte Unternehmungen, weiß, die Hauptversammlung repräsentiere und sehr wohl bei der Genehmigung der Bilanz vorbringen kann, daß die Preise, die dieses Unternehmen für sehr namhafte, für ihre Hauptkunden erstellt, weit über dem europäischen Durchschnitt — wenn es so zutrifft, ich kann das jetzt überhaupt nicht mehr beurteilen — liegen.

Wenn Sie zuletzt, Herr Abgeordneter Peter, von einem „Tor zum Osten“ gesprochen haben, so ist es doch nicht so, daß etwa die verstaatlichte Industrie, aber auch private Industrieunternehmungen in Österreich von einem „Autarkiewahn“ so besessen sind, daß sie alles selber machen müssen. Selbstverständlich arbeitet man doch schon seit langem mit internationalen Großkonzernen aus der Bundesrepublik, aus Frankreich, aus England zusammen, weil ja auch das Risiko der Bezahlung der langen Kredite nicht von einem allein getragen werden muß. Das ist längst geschehen.

Nur eines, Herr Kollege Peter, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Bei allem Interesse an internationalen Handelsbeziehungen, bei allem Interesse an einer Hilfsstellung von auch an Absatzschwierigkeiten leidenden Großkonzernen der EWG für ein österreichisches Unternehmen, und noch dazu für ein verstaatlichtes, müssen zuerst wir kommen. Wir stoßen auf. Wir haben aufgestoßen. Wir sind manchmal dann hinten hineingestoßen worden von den eigenen Leuten — aber ich hoffe, daß hier langsam bessere Einsicht eintritt. Aber wir haben aufgestoßen, zuerst für uns, wir haben natürlich nie abgelehnt und sollen nie ablehnen — jetzt hat ein anderer die Verantwortung dafür —, daß wir auch die besten Verbindungen mit anderen branchenmäßig verwandten europäischen Großkonzernen aufrechterhalten. Ich weiß, wer heute zum Beispiel in Wien ist, um Besprechungen zu führen, die auf diesem Gebiete weitergehen. Es ist doch so, daß wir vielfach aus den österreichischen Unternehmungen, vor allem auch aus der VÖEST, doch Großprojekte — eines davon ist ja im Gange, wie Sie und ich auch nur aus den Zeitungen erfahren haben, das Projekt über eine europä- und asienweite Gasleitung — in Zusammenarbeit machen. Aber, Herr Abgeordneter Peter, glauben Sie mir, wir wollen das machen als österreichische Unternehmungen, die von ihrem technischen Können überzeugt sind, unter österreichischer Flagge und unter keiner anderen! (Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter

2772

Nationalrat XI. GP. — 35. Sitzung — 5. Dezember 1966

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

verzichtet auf das Schlußwort. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe IX beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über diese Gruppe. Diese umfaßt: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsanträge. Es sind dies: ein Entschließungsantrag, der dem Ausschußbericht beigedruckt ist, sowie zwei Entschließungsanträge der Abgeordneten Pay und Genossen und ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Tull und Genossen.

Ich werde zunächst abstimmen lassen über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay und Genossen als den weitestgehenden, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, keinerlei Schließung von Bergbaubetrieben vorzunehmen, solange nicht entsprechende Ersatzbetriebe zur Verfügung stehen.

Ich lasse nunmehr zuerst über den ersten Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay und Genossen, betreffend die Unterlassung der Schließung von Bergbaubetrieben, solange nicht die entsprechenden Ersatzbetriebe zur Verfügung stehen, abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Abgelehnt. (Abg. Ulbrich: Wo ist Krempl? — Abg. Pay: Wo bleibt der ÖAAB? — Abg. Dr. Withalm: Jetzt, beim nächsten Antrag, kommt er schon!)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den dem Ausschußbericht beigedruckten Entschließungsantrag, in dem die Bundes-

regierung ersucht wird, ihre Bemühungen wegen Ansiedlung von Ersatzbetrieben in den Kohlegebieten fortzusetzen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen. (Abg. Dr. Withalm: Na also! Wozu die Aufregung? — Abg. Benya: Das ist sehr weich!)

Wir kommen nunmehr zum zweiten Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay und Genossen, betreffend Zurverfügungstellung eines Betrages von je 140 Millionen Schilling für die Zwecke des Bergbaues in den Bundesfinanzgesetzen 1968 und 1969 und eines ausreichenden Betrages für das kommende Finanzjahr. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Tull und Genossen, betreffend Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen eines allfälligen Arrangements mit der EWG. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Auch dieser Antrag hat nur die Mehrheit bekommen und ist daher abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Dienstag, den 6. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe V, Kapitel 30: Justiz, und über die Beratungsgruppe XIII, Kapitel 64: Bauten und Technik.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 25 Minuten